

**Wird mein Kind in dieser Gesellschaft dazugehören; AKTIVISMUS Das Kollektiv Migrantas setzt die Auseinandersetzung von Migrantinnen mit ihren Erfahrungen in Piktogramme um**

taz, die tageszeitung

Donnerstag 08. August 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** KULTUR; S. 24

**Length:** 517 words

**Byline:** PANIZ MUSAWI

**Highlight:** AKTIVISMUS Das Kollektiv Migrantas setzt die Auseinandersetzung von Migrantinnen mit ihren Erfahrungen in Piktogramme um

## Body

---

Ich will frei sein und Ich bin frei! : auf einer Zeichnung blickt ein mit Bleistift kritzelig gezeichnetes Mädchen triste zu Boden. Auf einer anderen Zeichnung blickt die Figur selbstbewusst dem Betrachter entgegen. Gezeichnet wurden sie von Frauen, die ihre Ursprünge nicht in Deutschland haben. Ihre Arbeiten sind das Ergebnis des letzten Migrantas-Workshops in Berlin im Frühjahr.

Das Kollektiv Migrantas, dessen Gründerinnen die Grafikerin Florencia Young und die Künstlerin Marula Di Como sind, arbeitet seit 2005 in Berlin. Zuvor haben sie bereits in Buenos Aires gemeinsam Projekte konzeptualisiert und ausgeführt. Di Como bewundert die Ausdrucksstärke der reduktionistischen Darstellungsform: Piktogramme beschreiben etwas, indem sie es auf das Wesentliche reduzieren, beschreibt Di Como. Young ergänzt überzeugt: Für Migrantas ist das Piktogramm mehr als ein weiblicher Körper auf einer Toilettentür. Es erzählt eine Geschichte.

Inzwischen blicken beide auf eine zehnjährige Zusammenarbeit zurück, während der sie unter anderem in Berlin, Hamburg, Köln und Sevilla gearbeitet haben. Mit Start eines neuen Projektes kontaktieren sie lokale Frauenorganisationen und -vereine oder bieten Migrantinnen ihre Workshops in Sprachinstitutionen an. In den Workshops haben wir alle gemeinsam, dass wir unser Land verlassen haben: egal ob als Akademikerinnen oder Flüchtlinge. Wir sind alle Migrantinnen, sagt Young. Das Ziel von Migrantas ist es, mittels von Piktogrammen auf Plakaten an Bauzäunen, auf Bannern oder Postkarten zu visualisieren, was die in der jeweiligen Stadt lebenden Migrantinnen beschäftigt. Auf den Piktogrammen repräsentieren sich die Frauen, die an dem Projekt teilgenommen haben. Wir versuchen die Verbindung von den Migrantinnen zum Betrachter herzustellen, sagt Young.

Die teilnehmenden Frauen versuchen, ihre Gedanken und Gefühle in Zeichnungen auszudrücken. So sind rund 300 Zeichnungen zusammen gekommen. Es sind zum Teil Kritzeleien, einige muten an, von Kindern gezeichnet worden zu sein, aber um die Kunstfertigkeit geht es nicht. Die Zeichnungen sind direkt und ehrlich. Einige sprechen von der Angst vor der Zukunft, andere vor dem Jetzt. Wird mein Kind in dieser Gesellschaft dazugehören? Bin ich

Wird mein Kind in dieser Gesellschaft dazugehören AKTIVISMUS Das Kollektiv Migrantas setzt die Auseinandersetzung von Migrantinnen mit ihren Erfahrungen in Pikt....

für die anderen je mehr als eine Putzfrau? Wird mein Universitätsabschluss in Deutschland irgendwann anerkannt? Andere stellen zufrieden fest: Ich liebe das Leben! .

Für Di Como und Young beginnt nach Abschluss jedes Workshops eine analytische Phase. Das Team versucht, die Zeichnungen zu analysieren, indem sie schauen, welche Themen häufig auftauchen, was die Frauen am meisten beschäftigt und was die Zeichnungen mitteilen. Die Themen, die häufiger vertreten sind, werden in Piktogramme umgesetzt.

Die Frauen sind dabei, wenn ihre Zeichnungen der Öffentlichkeit präsentiert werden. Das Private ist öffentlich, scheinen alle Piktogramme auszusagen. Die minimalistische Darstellungsform ist der visualisierte Versuch, den Frauen die Möglichkeit zu geben, sich selbst zu repräsentieren und ihre eigenen Stimmen, in all ihren Facetten darzustellen. PANIZ MUSAWI

**Load-Date:** August 7, 2013

## **Die Deutschen aufrütteln; PROTEST Dreißig AsylbewerberInnen marschieren von Bayern bis nach Berlin**

taz, die tageszeitung

Freitag 05. Oktober 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** THEMEN DES TAGES; S. 03

**Length:** 912 words

**Byline:** KONRAD LITSCHKO

**Highlight:** PROTEST Dreißig **AsylbewerberInnen** marschieren von Bayern bis nach Berlin

### **Body**

---

VON KONRAD LITSCHKO

Die Sportschuhe von Mohammed Tamin sinken in den Ackerboden, abgeerntete Maisstängel brechen unter seinen Schritten. Links, am Ackerrand, wuchern hüfthoch Brennnesseln und Unkraut. Schon einmal ist der 19-jährige Afghane durch solches Gestrüpp gelaufen im Jahr 2010, auf seiner Flucht in den Bergen zwischen dem Iran und der Türkei. Heute ist er tief im Süden Brandenburgs unterwegs, zwischen Klein Marzehns und Bad Belzig. Mit 29 anderen **Flüchtlingen** zieht er über den Acker, Rucksack an Rucksack. Vorne läuft Turgay Ulu, der türkische Kommunist mit der gelben Freiheit-Fahne, hinten schiebt Omid Moradian, Kurde aus dem Iran, sein Fahrrad.

Gut 400 Kilometer hat der Tross da schon hinter sich, 100 Kilometer noch vor sich: vom bayrischen Würzburg, wo die **Asylbewerber** am 8. September aufbrachen, bis nach Berlin. Wir treten in eine neue Phase des Protests, haben sie in einem Manifest erklärt. Wir laufen, um die Isolation zu durchbrechen.

Ein Protestmarsch von Flüchtlingen, quer durch die Republik, das hat es noch nicht gegeben. Die Stimmung ist an diesem Tag gelöst. Ein Mann lässt persische Popschnulzen über ein Megafon tönen, eine Frau schimpft darüber. Andere singen, einer schlägt mit einer rot-schwarzen Fahne Äpfel vom Baum.

Im Heim verzweifelt

Als der iranische Kurde Moradian erzählt, warum er unterwegs ist, verfliegt die Leichtigkeit: Der 28-Jährige war als Student in der Opposition aktiv und musste fliehen. Im Iran, sagt er, werden Menschen mit Waffen getötet, hier werden sie mit Lagern getötet. Nachdem sich im Januar in Würzburg wieder ein Flüchtling erhängt hatte, zogen Moradian und andere Asylbewerber mit Zelten auf Marktplätze zuerst in Würzburg, später auch in Regensburg, Berlin, Düsseldorf, Osnabrück. Dann entschieden sie sich für den Marsch nach Berlin.

Es soll Schluss sein mit Abschiebungen, sagen die Marschierer, mit der isolierten Unterbringung, mit der Residenzpflicht, die ihnen untersagt, ohne Erlaubnis ihren Landkreis zu verlassen. Diese Auflage haben die 30

## Die Deutschen aufrütteln PROTEST Dreißig AsylbewerberInnen marschieren von Bayern bis nach Berlin

schon vor drei Wochen gebrochen, als sie die bayrische Grenze zu Thüringen überschritten, ihre Aufenthaltspapiere zerrissen und in weiße Umschläge packten, um sie nach Nürnberg zu schicken, ans Bundesamt für Migration. Die Polizei stoppte sie nicht. Die Flüchtlinge seien ja namentlich bekannt, hieß es. Salomon Wantchoucou, der aus Benin stammt, im sächsisch-anhaltinischen Möhlau im Heim lebt und dort eine Flüchtlingsinitiative gegründet hat, sagt, er habe keine Angst vor Strafe: Wir leben doch in Repression. Irgendwann muss man sich wehren.

Als sie das Dorf Rädigke erreichen, hallen ihre Kein Mensch ist illegal -Rufe ins Leere. Die Jalousien an den Häusern links und rechts der Hauptstraße sind geschlossen. Ein Hund bellt hinter einem Hoftor. Schließlich treffen sie vor einem Haus mit mintgrün-bröckelndem Putz doch noch zwei Frauen und einen Mann in grüner Latzhose.

Ja ja, sagt der Latzhosenträger, das mit dem Asyl gehe so nicht weiter. Einer seiner Verwandten arbeite in einem Asylheim. Ist kein Leben da drin, viel zu klein, und die Hygiene! Also ich bin auf eurer Seite. Die Protestierer lächeln. Die meisten, denen sie begegneten, sagt der iranische Kurde Omid Moradian, wüssten gar nichts über Asylbewerber. Fast alle von ihnen lebten ja außerhalb der Städte, in alten Plattenbauten, unsichtbar. Ihr Marsch bringt sie wieder zurück in die Gesellschaft. Und rede man mit den Leuten, sagt Moradian, seien fast alle sehr, sehr nett.

Die anderen, wie die Neonazis der NPD, die aufrief, den Flüchtlingstreck mit kreativen Aktionen zu stören, die, sagt Moradian, gibt es überall. Als die Rechten in Erfurt tatsächlich auftauchten, haben die Flüchtlinge sie allerdings vertrieben. Schon vor ihrem Protestzug hatten sich die Asylbewerber zwischen den Unterkünften vernetzt. In den Zeltlagern traten einige in Hungerstreik, andere nähten sich den Mund zu. Schließlich entschieden sie sich zum Marsch.

Nur nicht aufgeben

Turguy Ulu, der Kommunist, der 15 Jahre in der Türkei in Haft saß, weil er einem inhaftierten Oppositionellen zur Flucht verholfen haben soll, ist schon einmal marschiert: von Istanbul nach Ankara, für Arbeiter einer geschlossenen Fabrik. Er lehne ein Leben ohne Menschlichkeit ab, sagt Ulu, blinzelt freundlich durch seine runde Brille. Überall.

Nach fünf Stunden erreicht die Gruppe ihr Etappenziel, Bad Belzig. Zwei Polizisten kommen vorbei. Alles ruhig? , fragt einer. Er ziehe ja den Hut vor diesem Marsch und den Strapazen.

Würde die Polizei doch nur immer so sein, sagt Omid Moradian später. Er denkt an gezielte Ausweiskontrollen: Nur weil ich dunkel bin. Letzter Stopp an diesem Tag ist das Asylbewerberheim am Stadtrand. Bleiberecht überall , rufen die Protestläufer, als sie durch das offene Tor kommen, vor die weißen Baracken mit den Hagebuttensträuchern. Ein paar Bewohner kommen aus der Tür, darunter ein Liberianer, der seit neun Jahren hier lebt. No good here , sagt er leise.

Die iranische Fotografin Mahdijeh Kalhor, ehemals Philosophiestudentin und eine der zwei Flüchtlingsfrauen auf dem Marsch, weiß, dass sich aus diesem Heim wieder nur wenige ihnen anschließen werden. Sie weiß auch, dass die Asylgesetze nicht gekippt werden, sobald sie nach Berlin kommen. Die junge Frau mit den langen Locken und der Sonnenbrille hat acht Jahre in Asylheimen verbracht eine Zeit, die nicht vergehen wollte. Die Hauptsache ist , sagt Kalhor, dass wir jetzt wieder etwas tun, dass wir kämpfen.

**Load-Date:** October 4, 2012

**Integration nach Plan; FLÜCHTLINGE Die Stadt Osnabrück befindet heute über ein eigenes Flüchtlingskonzept - als erste Kommune in Niedersachsen. Die Integration soll dadurch verbessert werden**

taz, die tageszeitung

Dienstag 17. Dezember 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** NORD AKTUELL; S. 22

**Length:** 550 words

**Byline:** ANNE REINERT

**Highlight:** **FLÜCHTLINGE** Die Stadt Osnabrück befindet heute über ein eigenes **Flüchtlingskonzept** als erste Kommune in Niedersachsen. Die Integration soll dadurch verbessert werden

## Body

---

AUS OSNABRÜCK ANNE REINERT

Osnabrück könnte die erste Kommune in Niedersachsen mit einem eigenen **Flüchtlingskonzept** werden. Der Stadtrat stimmt am heutigen Dienstag über das Konzept zur Wohnraumversorgung und Integration von **Flüchtlingen** ab. In erster Linie regelt das Papier die Unterbringung und die Einrichtung einer Koordinierungsstelle für **Flüchtlingssozialarbeit**.

Im Frühjahr hatte der Stadtrat der Verwaltung den Auftrag gegeben, ein entsprechendes Konzept zu entwerfen. Anlass waren die steigenden Flüchtlingszahlen durch den Bürgerkrieg in Syrien. Derzeit leben in Osnabrück rund 280 Flüchtlinge; 260 sollen in nächster Zeit dazukommen.

Eine radikale Änderung der derzeitigen Situation ist das Konzept nicht. Die zentrale und dezentrale Unterbringung gibt es schon jetzt. Neu ist dagegen der Katalog, der die Kriterien transparent macht, wer innerhalb der ersten 24 Monate dezentral untergebracht wird, sagt Seda Rass-Turgut, Leiterin des Teams Integration in Osnabrück. So sieht der Gesetzgeber die Unterbringung in einer Gemeinschaftswohnung innerhalb der ersten zwei Jahre als Regelfall vor. Die Stadt Osnabrück will klar festlegen, für wen Ausnahmen gelten etwa für Familien mit schulpflichtigen Kindern, für Menschen mit psychischen Problemen oder für alleinstehende Frauen. Mit 47 Prozent ist der Anteil der dezentral untergebrachten Flüchtlinge schon jetzt hoch.

Außerdem soll eine Koordinierungsstelle mit zwei SozialarbeiterInnen eingerichtet werden, die die Integration der Flüchtlinge unterstützen. Sie sollen etwa Neuankömmlingen bei Anträgen helfen, Sprachkurse organisieren oder kulturelle, sportliche und Bildungsangebote erschließen.

Integration nach Plan FLÜCHTLINGE Die Stadt Osnabrück befindet heute über ein eigenes Flüchtlingskonzept  
- als erste Kommune in Niedersachsen . Die Integration ....

Das Konzept dürfte im Stadtrat fast einstimmig angenommen werden. Bei der Abstimmung im Sozialausschuss stimmten alle Fraktionen bis auf den Vertreter der Linken dafür. Der war dem Entwurf nicht abgeneigt, fand aber, dass die Koordinierungsstelle mit zwei SozialarbeiterInnen zu dünn besetzt sei.

Der niedersächsische Flüchtlingsrat hält das Konzept im Prinzip für gut, hat aber Kritik im Detail , wie Geschäftsführer Kai Weber sagt. Er bemängelt, dass Flüchtlinge zwei Jahre lang in Gemeinschaftsunterkünften leben sollen und fordert, dass jeder, der will, so schnell wie möglich eine eigene Wohnung bekommen sollte. Außerdem sollte das Konzept konkrete Pläne für die Integration in den Arbeitsmarkt enthalten.

Auch der Migrationsbeirat der Stadt Osnabrück hat Verbesserungsvorschläge für das Konzept. So sollten Wohnheime vor dem Einzug saniert werden, und eine Unterbringung in Mehrbettzimmern nur im Ausnahmefall möglich sein. Das Konzept sieht vor, dass es in den Gemeinschaftsunterkünften Zwei und zum Teil auch Drei-Bett-Zimmer gibt. Außerdem fordert der Migrationsbeirat, dass alle erwachsenen Flüchtlinge schon in den ersten Monaten an Deutschkursen teilnehmen können.

Seda Rass-Turgut dagegen betont, das Konzept schöpfe den gesetzlichen Rahmen so weit wie möglich aus. So sei die Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften innerhalb der ersten 24 Monate gesetzlich vorgeschrieben. Auf kommunaler Ebene sind wir da gebunden , sagt Rass-Turgut. Sie ist optimistisch, dass die Osnabrücker das Konzept annehmen. Bisher habe sie fast nur positive Rückmeldungen bekommen.

Wann Flüchtlinge eigene Wohnungen bekommen, soll transparent werden

**Load-Date:** December 16, 2013

**Soldaten prügeln Syrer in ihren Häusern; LIBANON Wegen eines angeblichen Anstiegs der Kriminalität geht die Armee gegen Migranten aus dem Nachbarland vor. Dahinter steht ein gewisses Misstrauen aus der Zeit der Besatzung, aber auch Rassismus**

taz, die tageszeitung

Donnerstag 01. November 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** AUSLAND; S. 11

**Length:** 684 words

**Byline:** RAPHAEL THELEN

**Highlight:** LIBANON Wegen eines angeblichen Anstiegs der Kriminalität geht die Armee gegen **Migranten** aus dem Nachbarland vor. Dahinter steht ein gewisses Misstrauen aus der Zeit der Besatzung, aber auch Rassismus

## Body

---

AUS BEIRUT RAPHAEL THELEN

Ich bin froh, dass die Armee die Syrer verprügelt hat. Sie kommen in mein Geschäft und stehlen, sie belästigen unsere Frauen und verprügeln unsere Jugendlichen, sagt Cesar. Der 61-Jährige betreibt einen Laden in Jeitawi, einem Stadtteil von Beirut. Er liegt in der Nähe einiger Häuser, in denen mehrheitlich syrische **Migranten** wohnen.

Vor einigen Tagen drang die libanesische Armee in mehrere dieser Häuser ein. In einer vierstündigen Aktion verprügelte sie die dort lebenden Syrer, Ägypter und Sudanesen. Immer wieder mussten sich die Migranten hinknien, während sie mit Kabeln und Besenstielen geschlagen wurden. Unter den Augen mehrerer Nachbarn wurden die Männer eine Außentreppe hochgetrieben, während Soldaten ihnen mit den Fäusten ins Gesicht schlugen.

Die Soldaten stürmten einfach in unser Haus und fingen an, uns zu schlagen, sagt Mahmud (\*), einer der Syrer, der taz. Auf seinem Rücken prangt ein tellergroßer Bluterguss. Sie stellten uns keine Fragen, sondern brüllten nur Armee! Armee! Laut Mahmud mussten vier Männer im Krankenhaus behandelt werden.

Jeitawi ist mehrheitlich christlich. Die Familienbeziehungen im Viertel sind eng. Meine Familie lebt hier schon seit meinem Urgroßvater, sagt Cesar und nickt in Richtung der kleinen verschlungenen Straßen. Das hier ist wie ein kleines Dorf, wir wollen die Migranten hier nicht. Während des libanesischen Bürgerkriegs und in den darauffolgenden Jahren litt das Viertel immer wieder unter Angriffen des syrischen Militärs und Geheimdiensts.

Soldaten prügeln Syrer in ihren Häusern LIBANON Wegen eines angeblichen Anstiegs der Kriminalität geht die Armee gegen Migranten aus dem Nachbarland vor. Dahint....

In einer Stellungnahme rechtfertigte die libanesische Armee ihre Aktion und verwies auf angebliche Zunahme von Verbrechen und sexueller Belästigung durch Arbeiter anderer Nationalitäten . Sexuelle Belästigung ist ein weitverbreitetes Phänomen im Libanon.

Mehrere Lokalpolitiker unterstützten die Armee in einer Stellungnahme und forderten sie auf, weiter gegen Belästigung, Vergewaltigung, Mord und Diebstahl seitens Tausender ausländischer Arbeiter vorzugehen .

Die Stellungnahmen spiegeln den wachsenden Rassismus wider, der im ganzen Land um sich greift nicht zuletzt, seit der Bürgerkrieg in Syrien auch auf den Libanon übergreift. Eine Autobombe tötete vor zehn Tagen drei Menschen und verletzte mehr als hundert. Der Anschlag, den Beobachter dem syrischen Regime anlasten, rief bei vielen böse Erinnerungen wach. Syrische Truppen besetzten den Libanon während und nach dem Bürgerkrieg für 29 Jahre. Viele der schlimmsten Menschenrechtsverletzungen fallen in diese Zeit. Dementsprechend treffen syrische Flüchtlinge und Migranten verstärkt auf Ablehnung und Rassismus.

In Hamra, einem anderen Stadtteil Beiruts, wurden kürzlich sechs Syrer mit Messern angegriffen. Mehrere wurden lebensbedrohlich verletzt. In Wadi Khaled im Nordosten des Landes mehren sich die Klagen über steigende Lebensmittel- und Mietpreise, seit die Zahl der syrischen Flüchtlinge zunimmt. Doch während Letzteres laut einer Studie der UNO zutrifft, basierte die Militäraktion in Jeitawi auf Gerüchten und Hörensagen.

Selbstverständlich kommt es zu Diebstahl und sexueller Belästigung in Jeitawi. Aber es gibt dabei keinen besonderen Zusammenhang mit Syrern , sagte ein Polizeibeamter, der es vorzog, anonym zu bleiben, zur taz. Die Stellungnahmen der Armee und der Lokalpolitiker haben keinerlei faktische Basis.

Das entspricht auch der Erfahrung von Noha Roukoss vom Caritas Lebanon Migrant Center (CLMC). Das CLMC hilft Syrern, wenn sie verhaftet werden oder vor Gericht stehen. Es gibt keine Zunahme sexueller Belästigung seitens syrischer Einwanderer , sagt Roukoss. Aber es gibt eine Art von Panik in der libanesischen Bevölkerung.

Für Farah Salka, Mitglied der Bewegung gegen Rassismus, hat diese Panik einen Namen. Es ist ein klarer Fall von Rassismus. Ihrer Ansicht nach kannte jemand aus dem Viertel jemanden in der Armee und bat um einen Gefallen. Die Armee ist gekommen, um den Syrern klarzumachen, wo ihr Platz ist. Sie sollen sich hier nicht allzu sehr heimisch fühlen.

\* Name geändert

Die Syrer sollen sich hier nicht allzu sehr heimisch fühlen

FARAH SALKA, AKTIVISTIN

**Load-Date:** October 31, 2012



**Aufgeflogen; Fünfzehn Jahre lang lebt Yassin nun ohne Papiere in Stuttgart. Das Leben im Untergrund hat den 35-Jährigen geprägt. Wenn Vorsicht und Misstrauen zur zweiten Haut geworden sind, werden Entspannung und Zuversicht zu Fremdwörtern. Nun ist Yassin trotz aller Vorsicht aufgeflogen. Ihm droht die Abschiebung nach Algerien**

taz, die tageszeitung

Samstag 14. Januar 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** HINTERGRUND; S. 04

**Length:** 1413 words

**Byline:** Susanne Stiefel

**Highlight:** Fünfzehn Jahre lang lebt Yassin nun ohne Papiere in Stuttgart. Das Leben im Untergrund hat den 35-Jährigen geprägt. Wenn Vorsicht und Misstrauen zur zweiten Haut geworden sind, werden Entspannung und Zuversicht zu Fremdwörtern. Nun ist Yassin trotz aller Vorsicht aufgeflogen. Ihm droht die Abschiebung nach Algerien

## Body

---

von Susanne Stiefel

Es passierte an einem Ort, den er sonst meidet. Wie jeden Ort, an dem die Häufigkeit der Passkontrollen mit der Anzahl der Ausländer wächst. An jenem Tag war Yassin leichtsinnigerweise mit einem Freund am Stuttgarter Marienplatz verabredet, als die Polizei zu einem Diebstahl gerufen wurde. Yassin, der dreimal die Woche joggt und jedem davonläuft, wenn es sein muss, hatte keine Chance: Die Kontrolleure standen am Ausgang der U-Bahn. Yassin hatte einen Fahrschein, aber er hatte keine Papiere. Sie nahmen seine Personalien auf, sie erkannten, dass der Algerier vor 15 Jahren in Karlsruhe einen **Asylantrag** gestellt hatte und dann untergetaucht war. Warum das so war, wussten sie nicht. Seit damals jedoch lebt Yassin (Name geändert) in der Angst, abgeschoben zu werden.

Yassin ist ein Illegaler, ein Papierloser, ein Mensch ohne Aufenthaltserlaubnis. Weil der Mann mit dem hellen Teint nicht aussieht wie ein Araber, weil er nahezu perfekt Deutsch spricht, schwimmt er in Stuttgart mit wie ein Fisch im Wasser. Und auch sonst fällt Yassin nicht auf in seinen gebügelten Jeans und seinem sauberen T-Shirt. Er ist ein Geist, der in einer Zwischenwelt lebt, bemüht, unauffällig zu bleiben, unsichtbar zu werden. Yassin ist ein Lebenskünstler, ein Überlebenskünstler mit einer Art trotzigem Humor, ein Clown, der die rote Nase der Fröhlichkeit trägt wie eine Maske. Ein Heimatloser. Ich habe mich nie geschämt, illegal zu sein, sagt er trotzig, während er die Königstraße hinaufgeht. Natürlich in der Mitte, dort, wo die Polizei nicht kontrolliert. Vorsicht ist ihm längst zur zweiten Natur geworden. Und nun haben sie ihn dennoch erwischt.

Aufgeflogen Fünfzehn Jahre lang lebt Yassin nun ohne Papiere in Stuttgart. Das Leben im Untergrund hat den 35-Jährigen geprägt. Wenn Vorsicht und Misstrauen zur....

Es gibt keine Amnestie für Menschen wie Yassin

Sie schickten Yassin zur Rückkehrhilfe der Stadt Stuttgart. Genauer gesagt zu Gert Lienig. Der 58-Jährige arbeitet seit 25 Jahren in der Flüchtlingshilfe, seit 2006 hat der gelernte Lehrer einen Job bei der Fachstelle Migration, die von der Kommune, dem Land und der EU finanziert wird. Seine Aufgabe ist, den rechtlichen Hintergrund der Migranten zu klären und ihnen Hilfe bei der Rückkehr anzubieten. Die Leute kommen zu mir, wenn Hoffnungen, Träume oder Wünsche nicht in Erfüllung gegangen sind, sagt Lienig in seinem Büro in der Eberhardstraße. Etwa, wenn eine Ehe gescheitert und damit auch der Aufenthalt geplatzt ist. Wenn eine Kranke daheim bei ihrer Familie sterben will, wie die krebskranke Frau, der er half, auszufliegen in ihr Heimatland Ghana.

Wer ihn so reden hört in seinem kargen Behördenzimmer, merkt, wie ihm diese Schicksale unter die Haut gehen. Auch Yassin ist bei ihm gelandet. Ihm, den Lienig für sehr gut integriert in die deutsche Gesellschaft hält, hat er erklärt, wie das gehen soll mit der Reintegration in Algerien. Manchmal, seufzt Lienig, würde er sich wünschen, dass es wie in Spanien oder Italien auch in Deutschland eine regelmäßige Amnestie gäbe für Illegale, die schon lange im Land leben. Für solche wie Yassin.

Yassin, der Geist, will nicht zurück nach Algerien. Kann nicht zurück in seine alte Heimat, die längst keine mehr ist, weil er sich von ihr immer mehr entfernt hat, je mehr er sich in Deutschland eingefunden hat. Was heißt das: Reintegration?, fragt der Exalgerier. Er bestellt ein Bier und hält die Flasche in beiden Händen. Die arabischen Bekannten am Nachbartisch sollen nicht sehen, dass er Alkohol trinkt. Reintegration dieses Wort hat er zum ersten Mal aus dem Mund von Gert Lienig gehört. Aber was soll das heißen, fragt er sich, und nimmt einen Schluck aus der Flasche: Dass ich mir jetzt einen 22 Zentimeter langen Bart wachsen lasse? Dass meine Frau eine Burka trägt? Dass ich Juden hassen und keinen Alkohol mehr trinken soll? Yassin hat in Deutschland viel gelernt. Toleranz. Liberalität. Aufgeschlossenheit. Er hat sich hier integriert. Was soll er mit all diesen neu erworbenen Werten in Algerien? Manchmal fühlt sich Yassin heimatlos.

In Chemnitz bekam Yassin eine Bierflasche an den Kopf

Als er kurz nach seinem Abitur in Deutschland ankam, wurde der 21-Jährige nicht eben freundlich aufgenommen. Zunächst beantragte er Asyl in Karlsruhe. Dort schickte man ihn nach Chemnitz. Das war 1996, vier Jahre nach dem Mordanschlag in Mölln und dem Pogrom von Rostock, den Anschlägen, die sich gegen Ausländer und Asylbewerber richteten. Als Yassin mitten in der Nacht in Chemnitz aus dem Bus stieg, flog ihm aus einem vorbeifahrenden Auto eine Bierflasche an den Kopf. Die Narbe an der Wange ist heute noch zu sehen. Ich bin nicht aus Algerien abgehauen, um das hier zu haben, sagt er heute. Er ging heimlich wieder zurück in den Westen. Er verließ den ihm zugewiesenen Platz. Und damit war er illegal.

Ein Geist hat keine Zukunft. Ein Illegaler lebt allenfalls in der Gegenwart. Er muss spontan sein, flexibel, reagieren können, jederzeit umziehen, in eine andere Wohnung, eine andere Stadt. Wer Yassin fragt, wie er sich seine Zukunft vorstellt, erntet nur ein hilfloses Schulterzucken. Ob er eine Familie will, Kinder, eine feste Wohnung? Erneutes Schulterzucken. Das alles kann er sich nicht vorstellen. Wer flexibel sein muss, hat keinen Plan. Was nützt es schon, einen Plan zu haben, wenn er so leicht durchkreuzt werden kann? Zur falschen Zeit am falschen Ort, und schon sind Pläne nicht mehr als geplatzte Träume. Yassin verbietet es sich zu träumen.

Bis zu einer Million illegale Einwanderer leben in Deutschland. In Europa sind es nach Schätzungen des Hamburger Weltwirtschaftsinstituts 2,8 bis 6 Millionen Menschen. Viele Deutsche folgen der schlichten Gleichung illegal gleich kriminell. Doch meist sind Papierlose schlicht Menschen, die ihrer Familie folgen. Die vor Gewalt fliehen. Die Arbeit suchen.

Das Leben in der Illegalität zermürbt

Werner Baumgarten kennt viele solcher Fälle. In der Beratungsstelle des Stuttgarter Asylpfarrers sitzen sie immer wieder, Menschen ohne gültigen Aufenthalt in Deutschland. Der 61-Jährige arbeitet seit dreißig Jahren mit Flüchtlingen. Er weiß, dass das Leben in der Illegalität zermürbt, kaputtmacht. Oft sitzen in seiner Beratungsstelle verzweifelte Geister, die sich in der Grauzone mehr schlecht als recht durchschlagen.

Aufgeflogen Fünfzehn Jahre lang lebt Yassin nun ohne Papiere in Stuttgart. Das Leben im Untergrund hat den 35-Jährigen geprägt. Wenn Vorsicht und Misstrauen zur....

Erst kürzlich hatte Werner Baumgarten wieder einen solchen Geist in dem gemütlichen Raum in der Vogelsangstraße. Er hat dem Bengalen nach einem langen Gespräch einfach einen Platz zum Ausruhen angeboten. Dort hat der Mann, nach neun langen Jahren der Unsicherheit, zum ersten Mal wieder entspannt geschlafen. Der Mensch braucht eine Vertrauenskultur, sagt Baumgarten, der für seine Arbeit mit dem Stuttgarter Friedenspreis ausgezeichnet wurde.

Auch die katholische Bischofskonferenz hat sich auf der VII. Jahrestagung Illegalität für einen menschenrechtlich akzeptablen Umgang mit Menschen ohne Papiere starkgemacht. Ich bin überzeugt, dass Gesellschaft und Politik bereit sind, die Spannung zwischen Ordnungsrecht und grundlegenden sozialen Rechten im Sinne pragmatischer Lösungen auszuhalten, so der Vorsitzende des katholischen Forums Leben in der Illegalität, Norbert Trelle.

Für solch pragmatische Lösungen machen sich in Stuttgart auch die im Arbeitskreis Menschen in der Illegalität zusammengeschlossenen Institutionen stark. Sie kennen sich, sie tauschen sich aus, vermitteln die Hilfe suchenden Migranten weiter: die Männer und Frauen des AK Asyl, der Rückkehrhilfe, der Malteser Migranten-Medizin oder der evangelischen Gesellschaft. Sie helfen bei rechtlichen und sozialen Problemen, bei Krankheit und bei der Rückkehr in die alte Heimat, aus der die Papierlosen einst aufgebrochen sind, ihr Glück zu suchen. Yassin hat seine Krankheiten immer selbst behandelt. Etwa seine gebrochene Nase oder seine schwere Grippe. Erst jetzt, bei der Rückkehrhilfe, hat er erfahren, dass die Ärzte der Malteser nicht nach Papieren und Geld fragen und hier in Stuttgart seit 2008 kostenlos medizinische Hilfe anbieten.

Yassin ist nicht der gute Mensch von Stuttgart. Nicht immer geht er einfach zur Seite, wenn das Leben ihm krumm kommt, wenn ihn einer schräg anmacht. Er ist als junger Mann vor der Gewalt in Algerien geflohen, um in Deutschland sicherer leben zu können. Einerseits. Doch andererseits weiß er manchmal nicht so genau, ob diese Rechnung aufgegangen ist, ob das Leben als Illegaler nicht zu stark von der dauernden Angst vor Entdeckung geprägt war. In Algerien war wenigstens die arabische Sauna eine Oase, in der man sich entspannen konnte, erzählt Yassin sehnsüchtig. Manchmal geistert Yassin nun zwischen zwei Welten.

**Load-Date:** January 13, 2012

**Tolerantes Miteinander; INTEGRATION Zum Anlass der Integrationswoche werden in der Stadtbibliothek individuelle Geschichten von Kindern mit Migrationshintergrund ausgestellt**

taz, die tageszeitung

Donnerstag 20. September 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** BREMEN AKTUELL; S. 28

**Length:** 388 words

**Byline:** KRY

**Highlight:** INTEGRATION Zum Anlass der Integrationswoche werden in der Stadtbibliothek individuelle Geschichten von Kindern mit Migrationshintergrund ausgestellt

## Body

---

In den Gängen vor der Krimibibliothek hängen große Plakate mit Fotos, Bildern und Geschichten von Kindern mit Migrationserfahrung: Die Acht- bis Zehnjährigen erzählen, wie und warum sie sich auf den Weg nach Deutschland gemacht haben, und wie sie hier aufgenommen wurden.

Die Ausstellung 'Ich heiße Rose. Ich komme aus Ghana' wurde von Barbara Schüll und Susanne Becker organisiert. Motiviert hat sie das zehnjährige Bestehen der sogenannten Vorkurse. An 15 Grundschulen gibt es für Kinder, die neu nach Bremen kommen, die Möglichkeit Deutsch zu lernen und dabei allmählich in den deutschen Schulalltag integriert zu werden. Nun schildern diese Kinder ihre Erfahrungen. Es sind anrührende Geschichten über ein Leben als Kindersoldaten, über Enteignung und Verfolgung. Viele der Flüchtlinge hatten anfangs große Schwierigkeiten in Bremen. Rassismus, Heimweh, Einsamkeit – das sind nur einige der Probleme, mit denen die Kinder konfrontiert wurden: Die Ausstellung ist Vorbote der dritten Bremer Integrationswoche, die am Sonntag beginnt, und nur eine von 200 Veranstaltungen, die zu mehr Toleranz aufrufen sollen.

Unsere Stadtgesellschaft lebt von Partizipation und Integration, sagt Staatsrätin Eva Quante-Brandt. Man müsse den Menschen die Vorteile eines multikulturellen Zusammenlebens aufzeigen. Die MigrantInnen stecken oft in einem Dilemma, sagt Helmut Hafner, Senatsbeauftragter für interkulturelle Begegnung, sie fühlen sich weder in Deutschland noch im Herkunftsland der Familien als Einheimische und kämpfen um Anerkennung und ein Dazugehörigkeitsgefühl.

Gerade Kinder und Jugendliche aus migrantischen Familien, die in Deutschland geboren und aufgewachsen sind, hätten oft Identitätsprobleme. Auf der einen Seite werden sie im gesellschaftlichen Diskurs nicht als Deutsche akzeptiert, auf der anderen Seite haben sie keinen engeren Bezug zum Herkunftsland der Eltern. Durch Fachkonferenzen, Diskussionsrunden und Workshops wolle man Brücken zwischen Deutschen und Menschen mit

Tolerantes Miteinander INTEGRATION Zum Anlass der Integrationswoche werden in der Stadtbibliothek individuelle Geschichten von Kindern mit Migrationshintergrund....

Migrationshintergrund bauen, die knapp 30 Prozent der Bremer Einwohner ausmachen. Denn beide Seiten müssen sich aufeinander zubewegen, so Hafner. KRY

Stadtbibliothek, 2. OG, bis 29. 9. Weitere Infos: [www.bremer-integrationswoche.de](http://www.bremer-integrationswoche.de)

MigrantInnen stecken oft in einem Dilemma

Helmut Haffner, Senatsbeauftragter für interkulturelle Begegnung

**Load-Date:** September 19, 2012

---

End of Document

**Herkunft ist Nebensache; WAHL I Alle wichtigen Parteien stellen in Berlin  
auch migrantische Kandidaten auf - aber deren Chancen sind sehr  
unterschiedlich**

taz, die tageszeitung

Freitag 20. September 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** BERLIN; S. 17

**Length:** 678 words

**Byline:** ALKE WIERTH

**Highlight:** WAHL I Alle wichtigen Parteien stellen in Berlin auch migrantische Kandidaten auf aber deren Chancen sind sehr unterschiedlich

## Body

---

VON ALKE WIERTH

Es wird voll im kleinen Ladenlokal des Vereins Divan in Charlottenburg: SPD-Chef Sigmar Gabriel kommt. Gut 50 Leute drängeln sich in dem Interkulturellen Nachbarschaftszentrum im Klausener Kiez Menschen jeglicher Herkunft und Hautfarbe. Gabriel ist da, um die hiesige SPD-Kandidatin zu unterstützen: Ülker Radziwill, türkischer Vor-, osteuropäischer Nachname, 1973 aus der Türkei nach Deutschland gekommen, steht auch persönlich für diese Mischung im Kiez.

Bei den Fragen, die Gabriel gestellt werden, kommt Integrationspolitik aber nicht vor. Es geht um steigende Mieten und niedrige Renten, um Arbeitslosigkeit und Ärger mit dem Jobcenter die Probleme eben, die die Menschen im Kiez umtreiben. Es sind Radziwills Themen: Die 47-Jährige sitzt seit 2001 im Abgeordnetenhaus und ist sozialpolitische Sprecherin der SPD. Nun will sie in den Bundestag. Dafür kämpft sie ihren vierten Wahlkampf und macht ganz neue Erfahrungen. Heute werde überwiegend positiv auf ihre Herkunft reagiert: Die Leute sind interessiert, fragen zum Beispiel nach der Herkunft meines Namens. Die alten defizitorientierten Debatten um das Thema Migrationshintergrund gibt es nicht.

Das bestätigt Azize Tank, die als Parteilose für die Tempelhof-Schöneberger Linke kandidiert. Ich habe befürchtet, oft konfrontativ auf meinen Migrationshintergrund angesprochen zu werden. Zu meiner Freude ist es nicht so, sagt die 63-Jährige, die 20 Jahre lang Integrationsbeauftragte von Charlottenburg-Wilmersdorf war.

Noch nicht so weit

In vielen Wahlkreisen seien KandidatInnen mit Migrationshintergrund selbstverständlicher geworden, sagt zwar auch Linken-Direktkandidat Hakan Tas. In seinem Wahlkreis Reinickendorf ist es aber wohl noch nicht so weit: Dort

Herkunft ist Nebensache WAHL I Alle wichtigen Parteien stellen in Berlin auch migrantische Kandidaten auf - aber deren Chancen sind sehr unterschiedlich

gab es gerade Protest gegen ein Flüchtlingsheim. Er werde sehr oft auf integrations- oder flüchtlingspolitische Themen angesprochen, sagt Tas. In dem Bezirk, wo die CDU bei der Abgeordnetenhauswahl 2011 fast 42, die SPD knapp 28 Prozent bekam und die Linke unter Sonstige fällt, hat er keine Chance. Und sein achter Platz der Landesliste böte sie ihm nur, wenn die Partei in Berlin kräftig zulegen könnte. Aktuell sitzen fünf Berliner Linke im Bundestag bei einem Ergebnis von 20,2 Prozent im Jahr 2009. Derzeit kann die Partei laut Umfragen mit 15 bis 18 Prozent rechnen auch für Azize Tank mit Listenplatz 6 liegt der Einzug ins Parlament also in weiter Ferne.

Immerhin hat die Linke zwei KandidatInnen mit Migrationshintergrund auf vorderen Plätzen und mit Lampros Savvidis einen dritten aussichtslosen als Steglitz-Zehlendorfer Direktkandidat. Bei der CDU, deren Landesgruppe im Bundestag sechs Mitglieder hat, steht der erste Kandidat mit Migrationshintergrund chancenlos auf Listenplatz 13 auch er türkischer Herkunft, Korkmaz Özmen. Bei der FDP sucht man vergeblich KandidatInnen mit Einwanderungshintergrund, die Piraten haben einen solchen Kandidaten.

Etwas anders sieht es bei Sozialdemokraten und Grünen aus. Die 38-jährige SPD-Cansel Kiziltepe hat als Direktkandidatin in Friedrichshain-Kreuzberg zwar keine Chance gegen den Grünen Christian Ströbele. Aber mit Listenplatz 5 ist ihr das Bundestagsmandat relativ sicher: Genau fünf Berliner SPD-Abgeordnete sind derzeit drin. Radzwill muss ihren Wahlkreis gewinnen: Einen Listenplatz hat sie nicht. Die Grünen, derzeit mit vier Abgeordneten in der Bundestagsfraktion vertreten, schicken mit Özcan Mutlu auf Listenplatz 2 einen Kandidaten in den sicheren Sieg, der bereits jahrelange Erfahrung im Abgeordnetenhaus hat. Eine weitere Migrantin, Mÿjgan Percin auf Platz 9, braucht sich keine Hoffnungen zu machen.

Grob gerechnet 10 Prozent der Berliner BundestagskandidatInnen haben damit Migrationshintergrund und keine Partei hat mehr als einen auf einem aussichtsreichen Listenplatz aufgestellt. Auch wenn die Ressentiments der Berliner gegenüber Volksvertretern mit Einwanderungsgeschichte wegschmelzen: Von einer politischen Vertretung entsprechend ihrem Bevölkerungsanteil sind EinwanderInnen noch weit entfernt dazu gehört in Berlin fast jeder Dritte.

**Load-Date:** September 19, 2013

**Ein Bezirk sucht die Toleranz; NACH DER HETZE Am Samstag feierte Hellersdorf ein Fest gegen Nazis. Es wurden Gospels gesungen und Luftballons verteilt. Ein Versuch, wieder zur Normalität zurückzukehren**

taz, die tageszeitung

Montag 02. September 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** BERLIN AKTUELL; S. 16

**Length:** 676 words

**Byline:** KONRAD LITSCHKO

**Highlight:** NACH DER HETZE Am Samstag feierte Hellersdorf ein Fest gegen Nazis. Es wurden Gospels gesungen und Luftballons verteilt. Ein Versuch, wieder zur Normalität zurückzukehren

## Body

---

VON KONRAD LITSCHKO

Auf der Bühne spielt die Rockband Life is life, die Linkspartei verschenkt Luftballons mit Friedenstaube, die afrikanische Gemeinde posiert zum Gruppenfoto. Es gibt selbst gebackenen Kuchen, und der linke Motorradclub Kuhle Wampe hat auf seiner Ausfahrt eigens mit 40 Mitgliedern einen Stopp eingelegt. Aus Solidarität mit den **Flüchtlingsen**, wie Jürgen, ein weißbärtiger Member, sagt.

Es könnte so einfach sein. Rund 40 Büdchen stehen an diesem Samstag auf dem Alice-Salomon-Platz. Hellersdorf feiert ein buntes Fest: Schöner leben ohne Nazis. Zum fünften Mal schon, einst ausgedacht, um Engagierte gegen rechts zu vernetzen. Doch diesmal ist alles anders.

Kein Stand, keine Rede, die sich nicht solidarisch mit der Schule erklärt. Seit zwei Wochen ist die frühere Reinhardt-Schule Unterkunft für rund 80 Asylbewerber und heftig in der Diskussion. Anwohner wetterten gegen das Heim, angestachelt von Neonazis. Erst vor wenigen Tagen schmierte wieder jemand ein Hakenkreuz auf den Bürgersteig nahe der Schule. Und noch vor einer Woche piffen auf dem Festplatz Demonstranten die NPD nieder, die gegen die Asylbewerber hetzte. Hellersdorf, das stand zuletzt eher für Braun statt Bunt.

Die Sache mit dem Heim habe alles kaputt gemacht, sagt Elena Marburg. Seit 1990 ist die gebürtige Bulgarin Integrationsbeauftragte im Bezirk. Eine Stimmung wie jetzt habe sie noch nicht erlebt. Die Aussagen mancher Anwohner waren heftig. Aber was jetzt mit dem Bezirk gemacht wird, ist auch ungerecht.

Marburg steht mit ihrer Enkelin inmitten des Festes. Ganz Hellersdorf werde jetzt verteufelt, klagt sie. Dabei lebten hier Tausende Migranten, gebe es weitere Asylunterkünfte, alles ohne Probleme. Und die Unterstützung für das neue Heim sei gewaltig.



Ein Bezirk sucht die Toleranz NACH DER HETZE Am Samstag feierte Hellersdorf ein Fest gegen Nazis. Es wurden Gospels gesungen und Luftballons verteilt. Ein Versu....

Wie zum Beweis berichtet Luisa am Stand der Initiative Hellersdorf hilft Asylbewerbern von einer uns überrollenden Solidarität . Schuhe, Jacken, Rucksäcke, Kinderfahrräder hätten die Leute in den letzten Tagen abgegeben, erzählt die Studentin. Die Initiative hatte sich nach den Anfeindungen gebildet, am Montag will sie erste Spenden an die Flüchtlinge übergeben.

Es ist das freundliche Hellersdorf, das sich am Samstag präsentiert. Ein Bezirk, der die Normalität sucht. Auch Vizebürgermeisterin Dagmar Pohle von der Linken betont, dass ihr Bezirk weiter für Vielfalt stehe.

Teil der Vielfalt ist auch Fardin. Seit fünf Tagen wohnt der 26-jährige Afghane in der Reinhardt-Schule. An diesem Nachmittag steht er in Flipflops vorm Eingang. Okay sei es hier, sagt er. Und doch wirkt er, als falle es ihm schwer, einzuordnen, was hier gerade passiert: die Polizei, die vorm Heim Streife fährt. Die reservierten Anwohner vom Plattenbau gegenüber. Das halbe Dutzend Linker, das immer noch eine Mahnwache hält.

Zu den Nachbarn, erzählt Fardin, habe er noch keinen Kontakt. Am Mittag aber sei er auf dem Fest gewesen. Eine Frau vom Flüchtlingsrat habe ihn und weitere Bewohner hingefahren. Very good sei es dort gewesen, nice people .

Den Mann mit dem Fußballschal, der an der Ecke auf die linke Mahnwache schimpft, meint er nicht. Wegen denen ist kein Platz mehr für unsere Kinder in den Kitas , poltert der Endzwanzigjährige drauflos, zeigt auf das Flüchtlingsheim. Muss Deutschland jeden aufnehmen? Was die da drin bekommen, können wir uns nicht leisten.

Ob er kein Mitleid habe, fragen die Linken zurück. Doch der Mann schimpft weiter. Die Politik müssen den Anwohnern wieder mehr zuhören, sagt Rafaela Kiene, die junge Grünen-Bezirksabgeordnete auf dem Alice-Salomon-Platz. Nicht die Flüchtlinge seien deren Problem, sondern das Gefühl, schon länger abgehängt zu sein .

Auf der Bühne verlesen Kienes Parlamentskollegen eine Resolution, die sie zwei Tage zuvor verabschiedet haben einstimmig, nur der NPD-Abgeordnete votierte dagegen. Menschen aus Kriegsgebieten seien dringend auf unsere Hilfe angewiesen wir heißen Flüchtlinge in unserem Bezirk willkommen . Wenn es denn immer so einfach wäre.

Schuhe, Rucksäcke, Kinderfahrräder haben die Leute inzwischen gespendet

LUISA, UNTERSTÜTZERIN

**Load-Date:** September 1, 2013

**Appell für "Willkommenskultur"; MIGRATION Eine Gefahr für die Demokratie sieht der Bremer Integration-Rat in Vorurteilen in der Debatte um Flüchtlingsheime. Er fordert Sachlichkeit**

taz, die tageszeitung

Dienstag 30. Juli 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** BREMEN AKTUELL; S. 24

**Length:** 416 words

**Byline:** KIS

**Highlight:** **MIGRATION** Eine Gefahr für die Demokratie sieht der Bremer Integration-Rat in Vorurteilen in der Debatte um **Flüchtlingsheime**. Er fordert Sachlichkeit

## Body

---

Vor einer fremdenfeindlichen Stimmung warnt die Vorsitzende des Bremer Rats für Integration, Libuse Cerna, in der Debatte um neue **Flüchtlings**-Unterkünfte. In einem offenen Brief heißt es: Diffuse Ängste und Vorurteile bestimmen zunehmend den öffentlichen Diskurs. Dies beschädige die Gesellschaft und gefährde die Demokratie. Cerna fordert eine Versachlichung.

Eine Stimmung, die in anderen Städten ausschließlich von rechteextremen Gruppen geschürt wird, geht in Bremen von großen Parteien aus, sagte Cerna zur taz. Sie nennt vor allem die CDU, die sich im Beirat Vegesack mit den Bürgern in Wut zusammen getan hat und BürgerInnen gegen die Flüchtlingsunterkunft mobilisierte. Auf einer Beiratssitzung mit aggressiver Stimmung wurde dort eine Container-Siedlung abgelehnt. Vertreter des Sozialressort und auch Cerna selbst wurden niedergebrüllt. Dass Flüchtlinge kämen, um die man sich kümmern müsse sei ein ganz normaler Vorgang. Offenbar geht das nicht, das ist unfassbar, so Cerna.

Wegen steigender Flüchtlings-Zahlen sucht die Stadt nach neuen Unterkünften. In Bremen Mitte wurde bereits ein neues Heim bezogen. Anfang August stehen weitere Beiratssitzungen an: In Gröpelingen ist die SPD gegen eine weitere Ansiedlung von Flüchtlingen im Stadtteil und in Obervieland kursieren fremdenfeindliche Flugblätter. Die Ursachen für diese Situation sind aus der Sicht des Bremer Rates für Integration häufig Unkenntnis und mangelnde Kommunikation, heißt es dazu in dem offenen Brief. Dies verschärfe zusätzlich die ohnehin prekäre Situation der Flüchtlinge. Behörden, Parlamentarier und Beiratsmitglieder sollten an konstruktiven Lösungen gemeinsam arbeiten und für Vorbilder sorgen.

Auf keinen Fall dürfe die Diskussion um Flüchtlings-Unterkünfte zu einem Nebenthema des Bundestagswahlkampf gemacht werden, so Cerna. Sie schlägt vor, Beiratsmitglieder könnten etwa ankommende Flüchtlinge in den Unterkünften begrüßen. Es gehe um eine Willkommenskultur, wie sie nach anfänglicher Skepsis auch an den neuen Unterkunfts-Standorten in Schwachhausen und im Viertel zu finden sei.

Appell für "Willkommenskultur" MIGRATION Eine Gefahr für die Demokratie sieht der Bremer Integration-Rat in Vorurteilen in der Debatte um Flüchtlingsheime. Er f....

Dort zeige sich, dass nicht alles schrecklich verlaufe, sagte Cerna. In Schwachhausen seien sogar mehr Spielsachen gespendet worden, als nötig wären. Es sei wichtig, diese Bereitschaft aufzufangen und Hilfsangebote zu koordinieren. KIS

Eine Stimmung, die in anderen Städten ausschließlich von rechteextremen Gruppen geschürt wird, geht in Bremen von großen Parteien aus

Libuse Cerna, Bremer Rat für Integration

**Load-Date:** July 29, 2013

---

End of Document

## In Griechenland werden Flüchtlinge zu Sündenböcken; FOLGEN DER KRISE Die Organisation Ärzte ohne Grenzen warnt vor humanitärer Katastrophe

taz, die tageszeitung

Samstag 16. Juni 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** AUSLAND; S. 09

**Length:** 398 words

**Byline:** CHRISTIAN JAKOB

**Highlight:** FOLGEN DER KRISE Die Organisation Ärzte ohne Grenzen warnt vor humanitärer Katastrophe

### Body

---

BERLIN taz | Rassismus und Pogrome auf der Straße, dazu ein bankrottetes Gemeinwesen und ein Staat, der nicht helfen will: die Krise in Griechenland bedroht zunehmend auch Flüchtlinge und Migranten, warnt die Hilfsorganisation Ärzte ohne Grenzen (MSF). Durch die politische Entwicklung in Griechenland hat sich die Lage für Menschen anderer Hautfarbe in den letzten Monaten deutlich verschärft, sagte MSF-Geschäftsführer Frank Dörner am Freitag in Berlin. Vor allem Papierlose müssten immer öfter als Sündenböcke für die desolate wirtschaftliche und soziale Lage herhalten.

55.000 kamen im letzten Jahr nach Griechenland, darunter 6.000 unbegleitete Minderjährige. Im ersten Quartal dieses Jahres stieg die Zahl um 30 Prozent. Die meisten der aus der Türkei Einreisenden stamme aus Afghanistan, Irak oder Syrien, viele seien Folteropfer oder traumatisiert, sagte Apostolos Veizis, der Leiter des medizinischen Dienstes von MSF in Griechenland.

Seit Jahren sperrt der griechische Staat Flüchtlinge nach ihrer Ankunft monatelang in Internierungslager. Dort werde die Lage immer dramatischer, so Veizis. Die Menschen wüssten nicht, warum und wie lange sie dort gefangen seien. Oft würden Minderjährige, Männer und Frauen zusammen in völlig überfüllten Sammelzellen gehalten, im Winter gebe es teils keine Heizung, im Sommer keine Klimaanlage. Es mangle an Kleidung und Hygieneartikeln. Das macht die Leute krank und es gibt meist keine Gesundheitsversorgung. Die EU gebe Griechenland 300 Millionen Euro zur Grenzsicherung, aber nur 10 Millionen für Flüchtlingsnothilfe.

Doch auch nach der Freilassung sei die Lage der Papierlosen oft katastrophal: Wenn sie aus den Lagern raus sind, existieren sie für den Staat nicht mehr, sagt Veizis. Weiter in andere EU-Staaten reisen dürfen sie nicht, sie müssten auf der Straße leben und blieben sich selbst überlassen: Die Migranten hatten schon vor der Krise nur im Notfall Zugang zu Gesundheitsversorgung. Nun werde immer öfter selbst die Notfallversorgung verweigert. Sogar Komplikationen bei Schwangerschaften gelten nicht mehr als Notfall. Die faschistische Morgenröte-Partei habe angekündigt, Migranten aus Krankenhäusern hinauszuerwerfen. Die Stimmung schlage in Pogrome und rassistische Angriffe gegen Siedlungen von Papierlosen um, wie zuletzt in Athen und Patras. CHRISTIAN JAKOB

In Griechenland werden Flüchtlinge zu Sündenböcken FOLGEN DER KRISE Die Organisation Ärzte ohne Grenzen warnt vor humanitärer Katastrophe

Wirtschaft + Umwelt SEITE 8

Meinung + Diskussion SEITE 11

**Load-Date:** June 15, 2012

---

End of Document

**Unterkunft in Obervieland; HEIME FÜR FLÜCHTLINGE Nach einer stürmischen öffentlichen Sitzung stimmte der Beirat Obervieland fast geschlossen für Übergangs-Wohnungen an der Hans-Hackmack-Straße**

taz, die tageszeitung

Donnerstag 29. August 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** BREMEN AKTUELL; S. 24

**Length:** 439 words

**Byline:** KAWE

**Highlight:** HEIME FÜR **FLÜCHTLINGE** Nach einer stürmischen öffentlichen Sitzung stimmte der Beirat Obervieland fast geschlossen für Übergangs-Wohnungen an der Hans-Hackmack-Straße

## Body

---

Der Saal im Bürgerhaus Obervieland war brechend voll, rund 400 Interessierte waren gekommen, um mitzuerleben, wie der Beirat mit dem Anliegen des Sozialressorts umgeht, im Stadtteil ein Übergangswohnheim für **Flüchtlinge** aufzubauen. Nach dem Beifall war die Stimmung geteilt, auch wenn es für die Bemerkung einer Frau den lautesten Applaus gab, die darauf hinwies, dass derzeit in Kattenturm-Mitte oft Deutsch nur noch die erste Fremdsprache sei. Ortsamtsleiter Ingo Funk (SPD) griff an dieser Stelle ein: Als total überflüssig bezeichnete er den Beifall für diese Äußerung.

Konkret ging es am Dienstagabend um eine neue Übergangs-Unterkunft, für die sich im Vorfeld der dafür um zwei Wochen verschobenen Beiratssitzung eine Lösung angebahnt hatte: an der Hans-Hackmack-Straße wäre ein Grundstück frei. Bisher regte sich in der Nachbarschaft kein Protest, anders als 300 Meter weiter an der Brenning-Straße. Dort hatten Anwohner Unterschriften gesammelt. Mittellos in direkter Nachbarschaft zu einer Neubausiedlung würden die Flüchtlinge dort leben müssen, so das Argument, das daraus erwachsende Konfliktpotenzial sei nicht kalkulierbar. Außerdem drohe ein Wertverlust der benachbarten Eigentums-Häuser, so ihre Befürchtungen.

Die Argumente des Beirates gegen diesen Standort hätten zum Teil eingeleuchtet, teilte ein Vertreter der Sozialbehörde mit.

Woher kommen die Flüchtlinge, wie lange wird das Übergangswohnheim gebraucht, warum muss jetzt alles so schnell gehen, solche Fragen stellen Bewohner des Stadtteils. Horst Frehe erklärte, die Sozialbehörde sei überrascht worden vom Anstieg der Flüchtlingszahlen.

In der Tat liegen die Zahlen im ersten Halbjahr 2013 fast um das Doppelte über denen des Vorjahres. Die größte Gruppe der Flüchtlinge kommt aus Tschetschenien, sagt das Bundesamt Migration in Nürnberg, der Hintergrund

Unterkunft in Obervieland HEIME FÜR FLÜCHTLINGE Nach einer stürmischen öffentlichen Sitzung stimmte der Beirat Obervieland fast geschlossen für Übergangs-Wohnun....

sei nicht ganz klar. Die Lage in Tschetschenien jedenfalls habe sich nicht erkennbar verschlechtert. Etwa halb so groß sind die Flüchtlings-Zahlen aus Krisenländern wie Syrien, Serbien, Afghanistan und mit gewissem Abstand Pakistan. Von 100.000 Flüchtlingen, mit denen das Bundesamt dieses Jahr rechnet, werden knapp 1.000 auf Bremen verteilt.

Der Beirat stimmte nach der Debatte dem Standort Hans-Hackmack-Straße zu bis auf Burkhard Winter von den Grünen. Der enthielt sich der Stimme, für ihn war der Entscheidungsdruck zu stark. Bei gründlicherer Überlegung hätte es seiner Ansicht nach möglicherweise eine bessere Lösung, auch hinsichtlich der Stadtteilgerechtigkeit, geben können. KAWE

Die größte Gruppe der Flüchtlinge kommt laut Bundesamt für Migration aus Tschetschenien warum, ist unklar

**Load-Date:** August 28, 2013

---

End of Document

**Flüchtlingsfamilien dürfen nachkommen; MIGRATION Schleswig-Holstein legt vor, andere Bundesländer folgen: Syrische Flüchtlinge dürfen künftig ihre Verwandten nachholen. Sie müssen aber für deren Unterbringung und Lebensunterhalt aufkommen. Grundsätzliche Probleme bleiben ungelöst**

taz, die tageszeitung

Freitag 30. August 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** NORD AKTUELL; S. 15

**Length:** 514 words

**Byline:** ESTHER GEISSLINGER

**Highlight:** **MIGRATION** Schleswig-Holstein legt vor, andere Bundesländer folgen: Syrische **Flüchtlinge** dürfen künftig ihre Verwandten nachholen. Sie müssen aber für deren Unterbringung und Lebensunterhalt aufkommen. Grundsätzliche Probleme bleiben ungelöst

## Body

---

VON ESTHER GEISSLINGER

Serpil Midyatli, **migrationspolitische** Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion in Kiel, kommentierte die Nachricht mit einem Wort: Endlich! Ab sofort dürfen Bürgerkriegsflüchtlinge aus Syrien, die bereits in Schleswig-Holstein leben, ihre Verwandten nachholen. Seit Wochen setzt sich der schleswig-holsteinische Innenminister Andreas Breitner (SPD) für diese Ausnahmeregelung ein.

Den Weg dafür hatte der Bundestag im Juni frei gemacht. Dennoch dauerte es, bis Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) dem Vorstoß aus Kiel zustimmte. Inzwischen folgen andere Bundesländer, darunter Niedersachsen und Bremen. Aus Sicht von Flüchtlingsräten ist die Ausnahmeregel erfreulich. Sie bemängeln aber ungeklärte Details. Und: Öffentlichkeitswirksame Hilfe für einzelne Gruppen lässt vergessen, dass grundsätzliche Probleme bei der Aufnahme von Flüchtlingen ungelöst bleiben.

Zurzeit leben 1.600 Syrer in Schleswig-Holstein. Der Flüchtlingsrat geht davon aus, dass 74 Familien und einige hundert Einzelpersonen, darunter 199 Kinder, ihre Verwandten nachholen wollen wobei unklar ist, ob alle von der neuen Regelung profitieren können, wie Martin Link vom Flüchtlingsrat sagt.

Wir freuen uns über den Vorstoß des Innenministers, so Link. Es ist aber die Frage, wie sich örtliche Behörden und vor allem die Deutschen Botschaften verhalten. Denn wer zu seiner Familie nach Deutschland will, braucht ein Visum. In zehn Fällen, von denen wir wissen, wurden die Visa siebenmal verweigert und dreimal bis dato nicht beschieden.



Flüchtlingsfamilien dürfen nachkommen MIGRATION Schleswig-Holstein legt vor, andere Bundesländer folgen:  
Syrische Flüchtlinge dürfen künftig ihre Verwandten nac....

Für Breitner ist die Sonderregelung eine humanitäre Selbstverständlichkeit . Er hatte zunächst auf eine bundeseinheitliche Regelung gewartet, die den fraktionsübergreifenden Beschluss des Bundestages umsetzt. Der verspricht, die Aufnahme von 5.000 Flüchtlingen aus Syrien längst beschlossen möglichst zügig umzusetzen, außerdem sollen studentische Visa verlängert und Ermessensspielräume für Syrer ohne dauerndes Aufenthaltsrecht großzügig ausgelegt werden.

Wirklich neu ist die Möglichkeit für die Länder, den Nachzug von Angehörigen eigenständig zu handhaben: Bremen ermöglicht Müttern, Vätern und Geschwistern die Einreise, Schleswig-Holstein und Niedersachsen legen dabei das Verwandtschaftsverhältnis großzügiger aus, Sie stellen aber eine Hürde auf: Die Familie in Deutschland muss sich verpflichten, dass die Kosten für Unterbringung und Lebensunterhalt übernommen werden , teilt das niedersächsische Innenministerium mit. Das werden nicht alle Familien schaffen , befürchtet Martin Link. Er hoffe auf großzügige Entscheidungen im Einzelfall .

Klar sei, dass das große öffentliche und mediale Interesse am Konflikt in Syrien helfe, Ausnahmen durchzusetzen. Die Jahrzehnte dauernden Bürgerkriege in Somalia oder im Kongo haben nicht zu einem liberaleren Umgang mit den Opfern dieser Konflikte geführt , sagt Link. Seit Jahren werde gefordert, regelmäßig Flüchtlinge aus Krisengebieten in europäischen Ländern anzusiedeln, statt nur in Einzelfällen. Zuletzt gab es 2010 ein Sonderprogramm für bundesweit 2.500 Flüchtlinge aus dem Irak.

**Load-Date:** August 29, 2013

**"Suboptimaler Start"; MIGRATION Die neue Integrationsbeauftragte Monika Lücke will Fürsprecherin von EinwanderInnen sein. Differenzen mit der CDU erwartet sie dabei nicht**

taz, die tageszeitung

Mittwoch 12. September 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** BERLIN AKTUELL; S. 22

**Length:** 431 words

**Byline:** AKW

**Highlight:** **MIGRATION** Die neue Integrationsbeauftragte Monika Lücke will Fürsprecherin von EinwanderInnen sein. Differenzen mit der CDU erwartet sie dabei nicht

## Body

---

Es sei ein schöner Tag für die Integrationssenatorin, sagte selbige am Dienstag bei der Vorstellung von Berlins neuer Integrationsbeauftragten. Dazu hatte der Senat gerade Monika Lücke ernannt, die Wunschkandidatin von Integrationssenatorin Dilek Kolat (SPD). Sie freue sich auf die Aufgabe, habe aber auch großen Respekt vor dem, was anstehe, so Monika Lücke selbst.

Die 43-Jährige wird ihr Amt Anfang November antreten. Bisher war die Juristin Generalsekretärin von Amnesty International Deutschland, arbeitete entwicklungspolitisch in Kenia und Kambodscha und als Beraterin für Flüchtlings- und Migrationsfragen bei der evangelischen Kirche in Berlin und Brüssel.

63 Bewerbungen hatte es auf die Stelle gegeben, die der frühere Amtsinhaber Günter Piening im Februar mit der Begründung geräumt hatte, er sehe keine Chance, seine Vorstellung von Integrationspolitik unter einer rot-schwarzen Landesregierung fortzusetzen. Sie habe sich für Monika Lücke entschieden, weil ich fest überzeugt bin, dass sie eine gute Ansprechpartnerin sein wird, so Kolat.

Sie sehe sich als Fürsprecherin und Türöffnerin der EinwanderInnen, sagte die künftige Integrationsbeauftragte. Probleme aufgrund der Großen Koalition erwarte sie nicht. Lücke selbst ist langjähriges SPD-Mitglied. Die Grundlage ihrer Arbeit sei das Landesgesetz für Partizipation und Integration. Daran sei die Verwaltung gebunden, so Lücke auch die CDU.

Sie wolle in den ersten Wochen ihrer neuen Tätigkeit vor allem die Verbände kennenlernen und zuhören. Berlin sei für sie in der Integrationspolitik mit Blick auf andere Bundesländer immer Vorreiter gewesen, etwa mit dem Partizipationsgesetz. Ihre künftige Aufgabe sehe sie vor allem darin, dem Gesetz weiter Leben einzuhauchen. Als persönliche Schwerpunkte nannte Lücke zudem das Thema ältere MigrantInnen und deren Pflege sowie die Weiterentwicklung einer Willkommenskultur für Neuzuwanderer in Berlin.

"Suboptimaler Start" MIGRATION Die neue Integrationsbeauftragte Monika Lücke will Fürsprecherin von EinwanderInnen sein. Differenzen mit der CDU erwartet sie dab....

Zu dem ihrer Ernennung vorausgegangenem Streit zwischen Integrationsministerin und den MigrantenvertreterInnen im Landesintegrationsbeirat sagte Lücke, das sei ein suboptimaler Start gewesen. Sie wolle den Kontakt zu den Beiratsmitgliedern bereits vor ihrem offiziellen Dienstantritt suchen. 13 von 14 der in den Landesbeirat gewählten MigrantInnen hatten Lückes Vorstellung in dem Gremium boykottiert, weil Kolat den Namen ihrer Kandidatin zeitgleich bereits veröffentlicht hatte. Die Anhörung des Beirats vor der offiziellen Ernennung der Integrationsbeauftragten ist gesetzlich vorgeschrieben. AKW

Sie wolle nun vor allem die Verbände kennenlernen und zuhören

**Load-Date:** September 11, 2012

---

End of Document

## Flüchtlinge? Infiltranten!; ISRAEL Wenig Chancen für Einwanderer aus Afrika

taz, die tageszeitung

Mittwoch 12. September 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** THEMEN DES TAGES; S. 03

**Length:** 351 words

**Byline:** SUSANNE KNAUL

**Highlight:** ISRAEL Wenig Chancen für Einwanderer aus Afrika

### Body

---

JERUSALEM taz | Die Zahl der illegal nach Israel eingewanderten **Flüchtlinge** wird auf rund 60.000 geschätzt. Fast alle kommen mit der Hilfe von Menschenschmugglern über die ägyptische Grenze, wo nur ein Zaun die beiden Staaten voneinander trennt. Die **Migrationsbewegung** wächst seit zwei Jahren dramatisch an: Im Juli 2010 zählte das Innenministerium 27.000 Einwanderer, im Januar dieses Jahres doppelt so viele.

Die große Mehrheit der Menschen kommt aus dem Sudan und Eritrea, aus Somalia, Ghana und der Elfenbeinküste. Grund für die Migrationsentscheidung sind die Sicherheitslage in den Heimatländern, Krieg, Zwangsrekrutierung und die Hoffnung, Arbeit zu finden. Hauptanziehungspunkt für die Flüchtlinge sind die Städte Tel Aviv, Eilat, Aschdod, Aschkelon und Arad. Einige Sudanesen ließen sich jüngst auch in dem arabischen Dorf Manda, östlich von Haifa nieder. Doch Israels Städte sind nicht darauf ausgerichtet, große Menschenmengen aufzunehmen. Immer öfter kommt es zu Auseinandersetzungen mit der lokalen Bevölkerung.

Mehrere Tausend illegale Immigranten, die in Israel offiziell als Infiltranten bezeichnet werden, sind in geschlossenen Lagern untergebracht. Ein neues Gesetz macht es den Behörden möglich, jeden ins Land kommenden Flüchtling für drei Jahre festzuhalten. Eine Haftanlage mit 10.000 Plätzen ist im Bau.

Parallel dazu ist eine Gesetzesreform im Gespräch, die Abschiebungen von 30.000 Menschen im ersten Jahr und 50.000 im Folgejahr vorsieht. Eine solche Rechtsprechung dürfte indes schwierig sein, denn die meisten Flüchtlinge fallen unter den Schutz der Genfer Konvention. Israelische Parlamentarier sprachen von einem Krebsgeschwür. Regierungschef Benjamin Netanjahu fürchtet, dass die Arbeitsimmigranten den jüdischen Charakter des Staates Israel bedrohen könnten.

Die Regierung zahlte einigen Familien, die Bereitschaft zeigten, freiwillig das Land zu verlassen, ein Abschiebegeld in Höhe von ein paar hundert Dollar. Bis Ende des Jahres soll der Zaun im ägyptisch-israelischen Grenzgebiet fertiggestellt sein, um das Eindringen illegaler Einwanderer zu unterbinden. SUSANNE KNAUL

Flüchtlinge? Infiltranten! ISRAEL Wenig Chancen für Einwanderer aus Afrika

**Load-Date:** September 11, 2012

---

End of Document

**Schulbesuch ausgelagert; ASYL Mehr als die Hälfte der rund 600  
BewohnerInnen in Berlins größtem Flüchtlingsheim sind Kinder. Ein Besuch  
im Notaufnahmelager Marienfelde**

taz, die tageszeitung

Mittwoch 19. Dezember 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** BERLIN AKTUELL; S. 23

**Length:** 1013 words

**Byline:** MARINA MAI

**Highlight:** ASYL Mehr als die Hälfte der rund 600 BewohnerInnen in Berlins größtem Flüchtlingsheim sind Kinder. Ein Besuch im Notaufnahmelager Marienfelde

## Body

---

VON MARINA MAI

Mehr als 30 Kinder mit bunten Schulmappen auf dem Rücken schieben sich frühmorgens durch das Tor vor den dreigeschossigen Gebäuden, die in den 50er Jahren für die Aufnahme von DDR-Flüchtlingen gebaut wurden. Es ist 8.30 Uhr, die Kinder, die im Flüchtlingsheim Marienfelde wohnen, sind auf dem Weg in die Schule. Eine halbe Stunde später wirkt das Gelände wie ausgestorben. Nur ein paar Lebensmittel hängen in Netzen aus den Küchenfenstern, weil die Kühlschränke knapp sind, und erinnern daran, dass hier Menschen leben. 600 Bewohner sind in Berlins größtem Flüchtlingsheim derzeit untergebracht, 320 von ihnen sind Kinder.

Uta Sternal ist die Leiterin des Heims. Die zierliche Frau weiß, dass ein Platz in Marienfelde unter Asylbewerbern begehrt ist. Hier gibt es Dreiraumwohnungen: Jede Familie hat ein eigenes Bad und eine Küche, sagt sie. Und zwischen den kleinen Häusern gibt es einen Spielplatz und einen Fußballplatz für die Kleinen. Die neuen Lager, die der Senat jetzt notdürftig in ehemaligen Schulen, Polizeigebäuden und Büroräumen errichtet, haben das nicht zu bieten – die meisten sind nur Bettenburgen.

Zwischen fünf und acht Personen leben in Marienfelde in einer Dreiraumwohnung. Es duftet nach frischem Kiefernholz wegen der neuen Möbel. Als das Areal hier 2010 geschlossen wurde, landeten die alten Möbel auf dem Müll, sagt Uta Sternal. Man dachte, die Einrichtung sei überflüssig geworden. Doch dann stiegen die Zahlen der Flüchtlinge, wenige Monate später wurde wiedereröffnet (siehe Kasten) und neu möbliert.

Wir sollten zuerst 250 Menschen hier aufnehmen, sagt Uta Sternal. Inzwischen seien es 600. Platz zum Wohnen haben wir hier zwar für alle – aber es fehlt die Infrastruktur. Vor allem Plätze in Kitas, Schulen und Jugendfreizeiteinrichtungen fehlten. 14 Kinder stünden derzeit auf einer Warteliste für eine Schule, sagt Sternal, weitere stünden noch nicht einmal dort, weil das Gesundheitsamt mit den Eingangsuntersuchungen nicht

## Schulbesuch ausgelagert ASYL Mehr als die Hälfte der rund 600 BewohnerInnen in Berlins größtem Flüchtlingsheim sind Kinder. Ein Besuch im Notaufnahmelager Marie....

hinterherkomme. Die benachbarten Grund- und Sekundarschulen haben je eine Klasse hierher ausgelagert, weil ihnen die Räume für den Unterricht der jungen Flüchtlinge fehlen. Für Uta Sternal ist das eine Notlösung. Unsere Kinder können dadurch nicht von deutschen Kindern lernen obwohl die Kinder oft sehr wissbegierig seien.

Auch die Fahrzeiten der Busse seien nicht geändert worden, seit hier 600 Menschen auf engem Raum wohnen, ergänzt Sozialstadträtin Sybill Klotz (Grüne). Wenn es nur 40 der 600 Bewohnern einfällt, gleichzeitig mit dem Bus fahren zu wollen, ist das ein Problem.

Die Grüne ärgert das Gerede über angebliche Flüchtlingswellen, wie sie es nennt. Es ist doch mehr als peinlich, dass Berlin mit seinen 3,5 Millionen Einwohnern ein Problem damit hat, 12.000 Asylbewerber aufzunehmen. Die Probleme, so Klotz, entstünden nicht wegen einer herbeigeredeten Flüchtlingswelle, sondern weil die Leute an wenigen Punkten in Lichtenberg, Spandau und bei uns konzentriert werden.

Sozialsenator Mario Czaja (CDU) kennt die Position des Bezirks Tempelhof-Schöneberg, der nach Lichtenberg (derzeit rund 1.200) die meisten Asylbewerber (780) beherbergt. Meine Verwaltung steht eigentlich beim Bezirk im Wort, Marienfelde nur mit 500 Flüchtlingen zu belegen, sagt er. Doch da viele andere Bezirke bei der Bereitstellung von zusätzlichen Wohnheimplätzen mauern würden, hätte er keine andere Wahl, als 600 Leute nach Marienfelde zu schicken. Ich darf zusätzliche Gebäude nur dann an den Bezirken vorbei als Notunterkünfte beschlagnahmen, wenn das der Vermeidung von Obdachlosigkeit dient, sagt er. Dazu müssten sowohl Marienfelde als auch die marode Aufnahmestelle in der Spandauer Motardstraße bis auf den letzten Platz belegt sein.

In Marienfelde sei ein großer Teil der Bäder sanierungsbedürftig, berichtet Leiterin Sternal. Sie wurden in den 1950er Jahren mit gusseisernen Wannen und ohne Waschbecken errichtet und seit der großen Welle der DDR-Flüchtlinge 1990 nicht mehr genutzt. Da das Land Berlin aber kein Konzept für die Unterbringung von Flüchtlingen hat, ist an eine Sanierung derzeit nicht zu denken.

Immerhin: Die Probleme mit der Nachbarschaft halten sich in Grenzen. Es gebe zwar öfter Klagen über Kinderlärm, sagt Uta Sternal. Ich versuche, dass die Kinder im Innern des Geländes spielen. Auf der anderen Seite würden Nachbarn Kleidung, Kinderfahrräder und Weihnachtsgeschenke spenden. Sybill Klotz weiß von den Sorgen der Marienfelder über Autodiebstähle oder Einbrüche. Das ist aber eine rein gefühlte Sorge. Die Kriminalität ist nicht angestiegen, seit die Asylbewerber hier wohnen.

Die 17-jährige Tschetschenin Petina lernt deutsche Grammatik. Sie geht in eine Kleinklasse für Anfänger der deutschen Sprache gemeinsam mit fünf deutlich jüngeren Romajungen. Sekundarschule im Flüchtlingsheim heißt auch, dass es mangels Turnhalle keinen Sportunterricht gibt. Und es heißt, dass eine Lehrerin alle Fächer unterrichten muss und das binnendifferenziert. Denn Petina lernt deutlich schneller als die Jungen, die gerade üben, Adjektivpaare wie hart-weich oder hell-dunkel zu sortieren.

Drei Jahre lang bin ich in Tschetschenien zur Schule gegangen, erzählt die 17-Jährige. Danach begann die jahrelange Flucht durch Russland, sie wurde von den Eltern und älteren Brüdern unterrichtet. Dass sie in Berlin wieder in einer Schule lernen kann, sei einfach cool.

Doch möglicherweise wird das Mädchen, das einmal Köchin werden will, nicht lange lernen dürfen. Denn die Schulpflicht geht in Deutschland nur bis zum Alter von 16 Jahren. Eine Schule zu finden, die sie nach dem Deutschkurs aufnimmt, wird extrem schwierig, sagt Uta Sternal. Dabei braucht sie einen Schulabschluss, um eine Ausbildung machen zu können. So produziert Berlin Migrantenkinder ohne Schulabschluss.

Einige Heimbewohner haben sich mit einem Anwalt einen Schulplatz eingeklagt. Bei ihnen war die Rechtslage eindeutig: Die Schulpflicht verpflichtet Berlin, jedes Kind bis 16 zu beschulen. Petina hat diese Möglichkeit nicht.

Schule im Flüchtlingsheim heißt auch, dass eine Lehrerin alle Fächer unterrichtet

Schulbesuch ausgelagert ASYL Mehr als die Hälfte der rund 600 BewohnerInnen in Berlins größtem Flüchtlingsheim sind Kinder. Ein Besuch im Notaufnahmелager Marie....

---

End of Document



## Der Facharbeiter der Integration; TAZ PANTER PREIS Emiliano Chaimite hilft MigrantInnen, in Deutschland anzukommen

taz, die tageszeitung

Samstag 14. Juli 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** TAZZWEI; S. 23

**Length:** 980 words

**Byline:** MARGARETE STOKOWSKI

**Highlight:** TAZ PANTER PREIS Emiliano Chaimite hilft MigrantInnen, in Deutschland anzukommen

### Body

---

VON MARGARETE STOKOWSKI

Es klingt so selbstverständlich, wenn Emiliano Chaimite über sein politisches Engagement spricht: Wenn ich eine große Wohnung habe, warum soll ich einem Asylbewerber keine Unterkunft geben? Als wäre es völlig normal und nur logisch, dass er nicht nur seine Wohnung teilt, sondern neben seinem Vollzeitjob als Krankenpfleger noch eine Handvoll Ehrenämter ausübt: Chaimite ist Gründer und Vorsitzender des Vereins Afropa, er berät im Ausländerbeirat die Stadt Dresden, organisiert Fußballturniere und Theaterprojekte mit MigrantInnen, engagiert sich im Personalrat des Krankenhauses und ist persönlicher Ansprechpartner und Unterstützer für Asylsuchende und Opfer rassistischer Gewalt.

Da sitzt er, der 45-jährige Mosambikaner, an einem Nachmittag im Halbschatten auf einer Dresdener Parkbank und rückt sein Baseballcap mit der Aufschrift Germany zurecht. Ich wundere mich eigentlich, warum sich nicht viel mehr Leute engagieren, sagt er.

Dabei wäre es durchaus nachvollziehbar, wenn Emiliano Chaimite auf Deutschland keine Lust mehr hätte. Seit er nach Deutschland kam, hat er sich gegen viele Widerstände durchsetzen müssen. Doch seine Zuversicht lässt er sich nicht nehmen. Gerade erst hatten wir hier ein Stadtteilstfest mit afrikanischen Tänzern und Trommlern, da war die Stimmung vom Feinsten, erzählt er. Die Leute waren so fasziniert. Das ist es, wofür ich arbeite, dass die Menschen verstehen, wie toll es ist, eine andere Kultur live erleben zu können.

Von den Diskriminierungen und Angriffen, die er erlebt hat, spricht Chaimite nicht gern. Ich will nicht immer klagen. Aber natürlich habe ich da schon viel erlebt. Er schweigt eine Weile, dann nickt er. Ja, sehr viel.

Eigentlich hatte er gar nicht geplant, sein Leben in Deutschland zu verbringen. Als er 1986 hierherkam, wollte er nur eine Ausbildung machen und dann wieder nach Mosambik zurückkehren. Sein Heimatland befand sich im Bürgerkrieg, für den 20-Jährigen gab es kaum berufliche Chancen. Da passte es, dass die DDR Facharbeiter aus sozialistischen Bruderländern suchte.

## Der Facharbeiter der Integration TAZ PANTER PREIS Emiliano Chaimite hilft MigrantInnen, in Deutschland anzukommen

In Schönebeck bei Magdeburg wurde er zum Gießereifacharbeiter ausgebildet, lernte Deutsch. Doch nach ein paar Jahren kam die Wiedervereinigung, und die Bundesrepublik akzeptierte die alten DDR-Verträge nicht. Die Facharbeiter sollten sie in ihre Herkunftsländer zurückgeschickt werden.

Chaimite wusste, dass mit der Gießereiausbildung in Mosambik nichts anzufangen war. Über Freunde kam er nach Berlin, fand Arbeit bei der Post, nahm sich einen Anwalt und kämpfte um sein Bleiberecht. Dabei entstand der Kontakt zu einem Pfarrer in Dresden, der ehemalige DDR-Facharbeiter unterstützte. Dank seiner Hilfe konnte Chaimite in Deutschland bleiben und eine neue Ausbildung anfangen, als Krankenpfleger. Das war ein Traum für mich. Ich wollte immer einen Beruf erlernen, der überall gebraucht wird, sagt er.

Der Vorschlag, einen Verein zu gründen, kam ebenfalls von dem Pfarrer. Ich war vorher nie in einer Organisation gewesen, sagt Chaimite heute, ich bin eigentlich ein Einzelgänger. Aber ich wollte die Hilfe, die ich bekommen hatte, weitergeben. 1994 gründet er so Palhgota, einen Verein, der sich für die Integration der ehemaligen mosambikanischen Arbeiter der DDR einsetzte. Chaimite war dabei oft ein Vermittler zwischen Mosambikanern und Deutschen, erzählt er: Viele Afrikaner suchten einen Ort, wo sie unter sich sein konnten. Das verstand ich, denn sie wurden auf dem Amt oft wie Kinder behandelt und im Alltag ständig diskriminiert. Aber wenn man immer unter sich bleibt, wird das nichts mit der Integration.

Zusätzlich trat Chaimite in den Ausländerbeirat ein, der die Stadt Dresden im Umgang mit MigrantInnen berät. Spätestens da wurde er Ansprechpartner für alle möglichen AsylbewerberInnen und nahm immer wieder Menschen bei sich zu Hause auf: aus Mosambik, Brasilien, Kamerun, Guinea. Zwischendurch wurde es ihm zu eng: Ich wollte auch mal ein Privatleben. Aber dann sagte ich mir, in Afrika leben die Menschen auch auf engem Raum, das ist schon okay. Nur eine Bedingung stellte er denen, die er aufnahm: Sie mussten selbstständig werden. Die Brasilianerin, mit der er eigentlich Portugiesisch reden konnte, zwang er, Deutsch zu sprechen. Heute sagt sie zu mir: Du warst sehr streng damals, erzählt Chaimite und lacht.

Nach Mosambik fuhr er 1997 noch mal. Aber das war nur Urlaub, sagt er. Der Krieg war inzwischen vorbei, doch Chaimite fühlte sich in dem Land fremd und beschloss, in Deutschland zu bleiben. Im Krankenhaus hatte er da auch schon eine feste Anstellung.

2003 gründete er dann Afropa e. V., einen Verein zur Förderung der afrikanisch-europäischen Verständigung. Ich muss immer wieder betonen, dass wir kein afrikanischer Verein sind, sondern ein afrikanisch-europäischer, sagt er. Das ist ihm wichtig. In seinem Verein soll es keine Gettobildung geben, sondern einen Austausch zwischen MigrantInnen und Deutschen in beide Richtungen. Der Verein organisiert zum Beispiel ein Kinderferienprogramm, Hallenfußballtraining, Rechtsberatung oder Filmvorführungen.

Als Emiliano Chaimite sein Büro zeigt, entschuldigt er sich für die Unordnung. Keine Zeit zum Aufräumen. Ständig ist er unterwegs. Eine Assistenzstelle wäre nötig, doch die finanzielle Unterstützung für Vereine von Migranten ist knapp. Die Politik muss noch lernen, uns zu vertrauen, sagt Chaimite.

Er hätte gern auch mal wieder Zeit für sich. Als ich hier bei Afropa angefangen habe, wollte ich eigentlich nichts mehr mit Vereinen zu tun haben, sagt er. Schon gar nicht im Vorstand. Doch kaum war der Verein gegründet, wählte man mich als Vorsitzenden. Eigentlich würde er gern noch ein Aufbaustudium in Pflegewissenschaften und Pflegemanagement machen wenn er mal Zeit hätte.

- Im Internet: [www.afropa.de](http://www.afropa.de)

Wenn man immer unter sich bleibt, dann wird das nichts mit der Integration

EMILIANO CHAIMITE

**Load-Date:** July 13, 2012

Der Facharbeiter der Integration TAZ PANTER PREIS Emiliano Chaimite hilft MigrantInnen, in Deutschland  
anzukommen

---

End of Document

**Irgendwer spricht Deutsch; MIGRATION Das Buch "Sehnsucht im Koffer" erzählt Geschichten zwischen Kosovo und Deutschland**

taz, die tageszeitung

Donnerstag 07. November 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** KULTUR; S. 16

**Length:** 519 words

**Byline:** RÜDIGER ROSSIG

**Highlight:** MIGRATION Das Buch Sehnsucht im Koffer erzählt Geschichten zwischen Kosovo und Deutschland

## Body

---

Einwanderer vom Balkan – das sind für die meisten in Deutschland Gastarbeiter aus Bosnien, Kroatien und Serbien, die seit den späten 1960ern ins reiche Westdeutschland kamen. Manche wissen, dass es auch Mazedonier, Montenegriner und Slowenen unter den Jugos, den Südslawen, gibt. Aber Albaner?

Bei Albanern denken die Älteren hierzulande eher an das Ausreiseverbot, das im Staate Enver Hoxhas bis 1989 galt. Und die Jüngeren an die Flüchtlinge, die im Zuge der Kosovokrise Ende des 20., Anfang des 21. Jahrhunderts zeitweise in Deutschland lebten. Aber die albanische Migration der vergangenen 50 Jahre ist viel vielfältiger.

Seit dem Anwerbeabkommen von 1968 kamen rund 300.000 Albaner aus dem Kosovo, dem Armenhaus Jugoslawiens, zum Arbeiten in die Bundesrepublik. Eigentlich wollten und sollten sie nur kurz bleiben – doch viele sind bis heute hier. Später, in den 1990ern, suchten Hunderttausende Zuflucht vor Unterdrückung und Krieg in der südserbischen Provinz – oftmals bei der Gastarbeiterverwandtschaft in Deutschland. Dank Familienzusammenführung, Ausbildungs- und Studienaufenthalten hält die kosovarische Migration bis heute an. Gute 15 Prozent der heute 1,8 Millionen Einwohner des mittlerweile souveränen Landes haben zeitweilig in der Bundesrepublik gelebt. Das hat Spuren hinterlassen: Fünf Jahre nach der Unabhängigkeit von Serbien spricht selbst in den entlegensten Winkeln von Europas jüngstem Staat immer irgendwer Deutsch, oft mit bayrischem, schwäbischem oder Berliner Akzent.

In *Sehnsucht im Koffer* berichten sechs Männer und drei Frauen aus sehr unterschiedlichen Migrationszeiten. Die Älteren verließen den friedlichen, aber bettelarmen Süden Jugoslawiens auf der Suche nach einem besseren Leben; die Jüngeren flohen vor staatlicher Repression und ethnischer Säuberung. Unter ihnen: Analphabeten und Intellektuelle, Hilfsarbeiter und Handwerker, Dörfler und Städter, Kriminelle und brave Bürger. Wenn sie ihr Leben erzählen, erzählen sie 50 Jahre deutsch-kosovarische Geschichte mit.

Befragt wurden sie aus kosovarischer und aus deutscher Sicht. Die erste Perspektive ist die des 1977 im Kosovo geborenen Autors und Theatermakers Jeton Neziraj. Für den zweiten Blick steht Timon Perabo, 1978 in Marburg

Irgendwer spricht Deutsch MIGRATION Das Buch "Sehnsucht im Koffer" erzählt Geschichten zwischen Kosovo und Deutschland

geboren, Soziologe und Politikwissenschaftler. Er hat lange im Kosovo gelebt und einen tiefen Blick ins Leben der Menschen dort geworfen und in das der Kosovaren in der deutschen Diaspora .

Zu den Porträts haben die Autoren einen historischen Überblick von Verena Knaus vom Thinktank European Stability Initiative gestellt. In einem Briefwechsel diskutieren Neziraj und Perabo, ob sie das Ziel ihres Buchs erreicht haben: die Migration zwischen Kosovo und Deutschland aus möglichst vielen unterschiedlichen Blickwinkeln zu beschreiben. Die Antwort des Rezensenten: ein klares Ja. Sehnsucht im Koffer bietet zahlreiche, tiefe, spannende Einblicke in die Community der anderen, nicht südslawischen Jugos. RÜDIGER ROSSIG

- Timon Perabo, Jeton Neziraj: Sehnsucht im Koffer. Geschichten der Migration zwischen Kosovo und Deutschland. Bebra Wissenschaft, Berlin 2013, 224 Seiten, 19,95 Euro

**Load-Date:** November 6, 2013

---

End of Document

## **Abschottung aus einem Guss; MIGRATION Die EU will künftig alle Systeme zur Grenzsicherung bündeln, auch Nordafrika soll mitmachen: Morgen beschließt das Parlament Eurosur**

taz, die tageszeitung

Mittwoch 09. Oktober 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** THEMEN DES TAGES; S. 03

**Length:** 497 words

**Byline:** CHRISTIAN JAKOB

**Highlight:** **MIGRATION** Die EU will künftig alle Systeme zur Grenzsicherung bündeln, auch Nordafrika soll mitmachen: Morgen beschließt das Parlament Eurosur

### **Body**

---

BERLIN taz 14.151 Kilometer ist sie lang und mehr als 50 verschiedene Behörden sollten sie schützen: die EU-Außengrenze. Für den ehemaligen EU-Innenkommissar Franco Frattini war das ein unhaltbares Chaos von nationalen Zuständigkeiten und Kommunikationsproblemen. Seine Vision: ein einheitliches, europaweites Grenzkontrollsystem, um effizienter gegen illegale Einwanderung vorzugehen. 2008 regte er dessen Einrichtung an, am morgigen Donnerstag wird das Europaparlament die Inbetriebnahme beschließen.

Mit Eurosur (European Border Surveillance System) will die EU ab 2014 alle Systeme zur Grenzkontrolle technisch vereinheitlichen und zusammenschalten. Koordiniert von der EU-Agentur Frontex sollen die Grenzschützer der Mitgliedsstaaten künftig direkt Informationen austauschen. Auch nachrichtendienstliche Erkenntnisse sollen helfen, Papierlose aufzuspüren.

Eurosur wird unter anderem Daten von Satelliten, Radarstationen, Flugzeugen und Drohnen auswerten. Bis 2020 will die EU dafür rund 338 Millionen Euro ausgeben. Die Kommission beschreibt das Projekt als Paradigmenwechsel in der Migrationsabwehr: Der patrouillengestützte Ansatz weiche dem erkenntnisgestützten Ansatz. Und selbstredend solle das Ganze auch im Interesse der Schiffbrüchigen liegen, denen schneller geholfen werden könne.

Dazu sollen auch die Nachbarn mitmachen. Die ersten Partner in Sachen Türsteherdienste für Europa waren, ganz wie ihr Vorgänger, die neuen Machthaber Libyens. 2012 erklärte die libysche Regierung ihre Bereitschaft zur Teilnahme an Eurosur. Gleichzeitig verhandelte sie mit europäischer Waffenschmieden über den Kauf einer milliardenteuren sensorgestützten Grenzanlage. Mangels Polizei und starker Zentralregierung sollen die Anlagen von bewaffneten Rebellen im Süden des Landes als eine Art Grenzschutz-Miliz betrieben werden. Im Gespräch sind auch Lieferungen von Radar, Kameras, Drohnen und Hubschraubern. Damit hätte Libyen die technischen Voraussetzungen für die Teilnahme an Eurosur.

Abschottung aus einem Guss MIGRATION Die EU will künftig alle Systeme zur Grenzsicherung bündeln, auch Nordafrika soll mitmachen: Morgen beschließt das Parlamen....

Ägypten, Tunesien und Algerien hingegen hatten sich lange jeder Beteiligung an Eurosur verweigert: In den Ländern ist die Kooperation mit Europa auf diesem Feld unpopulär, trifft die Grenzschießung doch wie schon vor dem Arabischen Frühling auch die eigene Bevölkerung. Doch auf Druck aus Südeuropa signalisierten die drei Länder im September, nun doch beitreten zu wollen.

Eurosur intensiviert die Bekämpfung von Flüchtlingen und verlagert sie weiter vor den EU-Raum , sagt der Linken-Bundestagsabgeordnete Andrej Hunko. Das Projekt werde auch nicht zur Rettung von Flüchtlingen beitragen: Das ist politisch nämlich nicht gewollt. Hunko verweist darauf, dass ein Vorschlag des Europäischen Parlaments, die Aufgaben von Eurosur auf die Seenotrettung auszuweiten, von den europäischen Innenminister geschlossen abgelehnt wurde. Zudem ist Eurosur Teil der Migrationsbekämpfungsstrategie von Frontex. Und die laute eben, Grenzübertreten vorzubeugen und sie zu unterbrechen . CHRISTIAN JAKOB

**Load-Date:** October 8, 2013

---

End of Document

**Politik der Schlagbäume; SCHENGEN Der deutsch-französische Vorstoß für neue Grenzkontrollen ist nicht nur Wahlkampfgetöse. Die europäische Reisefreiheit gerät in Gefahr**

taz, die tageszeitung

Samstag 05. Mai 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** MEINUNG UND DISKUSSION; S. 10

**Length:** 1000 words

**Byline:** SKA KELLER

**Highlight:** SCHENGEN Der deutsch-französische Vorstoß für neue Grenzkontrollen ist nicht nur Wahlkampfgetöse. Die europäische Reisefreiheit gerät in Gefahr

## Body

---

Es greift zu kurz, die Debatte über die Wiedereinführung von Grenzkontrollen im Schengenraum nur als deutsch-französisches Wahlkampfgetöse abzutun. Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich und sein französischer Kollege Claude Guéant haben sich zwar lautstark zusammengetan im Streit um nationale Souveränität und illegale Migration. Es geht dabei aber nicht nur um Populismus und Nationalismus. Sondern es geht im Kern um eine Neuausrichtung des Verhältnisses von Reisefreiheit und Sicherheit .

Es geht um Migration als Bedrohungsszenario und um eine neue Form der Grenzsicherungspolitik, für die Friedrich und seine EU-Kollegen selbst an den Grundfesten der EU rütteln und Verletzungen der EU-Verträge in Kauf nehmen.

### Aufrüstung gegen Flüchtlinge

Die Schengendebatte stand von Anfang an im Kontext der faktischen Aufrüstung europäischer Grenzen. In ihrem Beschluss vom vergangenen Juni forderten die Staats- und Regierungschefs der EU nicht nur neue Schengenregeln, sondern gleichzeitig den raschen Aufbau des neuen Europäischen Überwachungssystems Eurosur. Frontex soll mit Satelliten und Drohnen das Mittelmeer überwachen, um Flüchtlingsboote zu entdecken und abzufangen, ehe sie die europäischen Grenzen überhaupt erreichen. Smart borders sollen ebenfalls kommen. Damit soll für 1,1 Milliarden Euro eine Mega-Ausländerdatenbank zur Überwachung von Reisebewegungen an den europäischen Grenzübergängen geschaffen werden.

Auch bei den neuen Schengenvorschlägen ging es von Anfang an darum, Migration zu unterbinden. Der klare Auftrag an die Kommission lautet, die Schengenregeln für den Fall zu erweitern, dass Teile der Außengrenzen unter unerwarteten Migrationsdruck geraten oder dass ein Mitgliedsstaat nicht in der Lage ist, seine Außengrenzen ausreichend zu kontrollieren. Daran haben vor allem Länder wie Deutschland und Frankreich Interesse, in denen



Politik der Schlagbäume SCHENGEN Der deutsch-französische Vorstoß für neue Grenzkontrollen ist nicht nur Wahlkampfgetöse. Die europäische Reisefreiheit gerät in....

kaum Flüchtlinge ankommen und die sich diese komfortable Situation auch nicht durch Migrationsbewegungen innerhalb der EU verderben lassen wollen. Mit dem einstimmigen Beschluss des Europäischen Rates haben sie sich dafür Rückendeckung geholt.

Die EU-Kommission hat den Mitgliedsstaaten mit ihrem Vorschlag zur Änderungen der Schengenregeln deshalb zu Recht eine Ohrfeige erteilt. Statt nur, wie vom Rat gefordert, Vorschläge zum Migrationsdruck zu machen, will sie, dass die Mitgliedsstaaten künftig grundsätzlich nicht mehr im Alleingang über die Wiedereinführung von Grenzkontrollen entscheiden auch nicht bei politischen oder sportlichen Großereignissen. Vielmehr soll das nur noch gemeinsam im sogenannten Komitologieverfahren auf Vorschlag der Kommission möglich sein. Das wäre auch in Zeiten von Rechtspopulismus ein starker Schutz für eine der größten Errungenschaften der EU, die Reisefreiheit.

#### Deutsche Vorreiterrolle

Unter Wortführer Friedrich hat sich im Rat dagegen scharfer Widerstand formiert. Die große Mehrheit der Mitgliedsstaaten pocht mittlerweile auf ihre nationale Entscheidungshoheit bei Grenzkontrollen. Auch die Verhandlungsführerin des Parlaments, die rumänische Liberale Renate Weber, ist eingeknickt. Die EU-Staaten sollen auch weiter im Alleingang entscheiden können. Sie müssen sich nur vorher mit den anderen betroffenen Mitgliedsstaaten und der Kommission beraten. Uns Grünen geht das nicht weit genug. Anders als die Mehrheitsfraktionen haben wir deshalb im EP-Innenausschuss gegen die Verwässerung des Kommissionsvorschlags gestimmt.

Bei den weiteren Verhandlungen geht es jetzt nur noch um die neuen Sonderregeln bei unerwartetem Migrationsdruck und für den Fall, dass ein Mitgliedsstaat nachhaltige Defizite bei der Kontrolle seiner Außengrenzen hat. Darauf zielt auch der Brief von Friedrich und Guéant ab. Er ist nicht nur offenbar gescheiterte Wahlkampfhilfe, sondern auch ein Versuch, eine Mehrheit im Rat dafür zu organisieren, dass die Mitgliedsstaaten auch hier im Alleingang über Grenzkontrollen entscheiden können. Nur wenn das Land die Kontrollen länger als 30 Tage aufrechterhalten will, soll der Rat auf Vorschlag der Kommission entscheiden. Das würde dem populistischen Druck auf Schengen Tür und Tor öffnen. Viele der anderen Länder liebäugeln deshalb bei den Sonderregeln mit dem Ansatz der Kommission, also einer gemeinsamen Entscheidung auf EU-Ebene.

Das Pikante an der Sache ist, dass die HausjuristInnen des Rats die Sonderregeln generell für rechtswidrig halten. In einem nichtöffentlichen Gutachten vom Dezember kommt der juristische Dienst des Rates zu dem Schluss, dass Grenzkontrollen überhaupt nur gerechtfertigt sind, wenn eine tatsächliche, gegenwärtige und erhebliche Gefahr vorliegt, die die Grundinteressen der Gesellschaft berührt.

#### Rechtswidrige Sonderregeln

So strikt interpretiert der Europäische Gerichtshof die Schengenregeln. Grenzkontrollen als Sanktionen gegen Mitgliedsländer, die ihre Außengrenzen nicht ausreichend kontrollieren, und damit deren faktischer Ausschluss aus dem Schengenraum, sind damit unvereinbar. Mehr noch, wenn die Außengrenzen eines Mitgliedsstaates unerwartet unter starken Druck geraten, ist in den Verträgen unmissverständlich festgelegt, dass der Rat Maßnahmen zugunsten des Mitgliedsstaates erlassen kann, nicht gegen ihn. Wenn das Land nachhaltig schludrig ist bei der Kontrolle seiner Außengrenzen, seinen EU-Vertragsverpflichtungen also nicht nachkommt, kann die Europäische Kommission, wie in anderen Fällen auch, ein Vertragsverletzungsverfahren einleiten.

Das juristische Gutachten ist unmissverständlich. Trotzdem wird es im Rat weitgehend ignoriert. Es gibt eine klare politische Mehrheit sowohl für Grenzkontrollen als Sanktionen als auch für Grenzkontrollen bei unvorhersehbaren Ereignissen an den Außengrenzen. Die Mitgliedsstaaten wollen die Reisefreiheit in der EU schützen durch eine Ausweitung der Schlagbaumpolitik. Das ist nicht nur paradox und inhaltlich falsch. Das ist auch vertragswidrig.

Es geht um Migration als Bedrohungsszenario und eine Neuausrichtung des Verhältnisses von Reisefreiheit und Sicherheit

Politik der Schlagbäume SCHENGEN Der deutsch-französische Vorstoß für neue Grenzkontrollen ist nicht nur Wahlkampfgetöse. Die europäische Reisefreiheit gerät in....

**Load-Date:** May 4, 2012

---

End of Document

**Das Sozialprojekt "14a"; Am Heinrichplatz haben sich verschiedene soziale Projekte als Kollektiv organisiert, um Menschen in Not zu beraten oder einfach nur gute Tipps für den Behördendschungel zu geben**

taz, die tageszeitung

Dienstag 03. Juli 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** TAZPLAN-PROGRAMM; S. 23

**Length:** 775 words

**Byline:** Lukas Dubro

**Highlight:** Am Heinrichplatz haben sich verschiedene soziale Projekte als Kollektiv organisiert, um Menschen in Not zu beraten oder einfach nur gute Tipps für den Behördendschungel zu geben

## Body

---

Gunda Isik sitzt an ihrem Schreibtisch im Erdgeschoss der Ladenräume des Sozialprojekts 14a in der Oranienstraße. In wenigen Minuten wird die alltägliche Beratungsstunde beginnen. Im Warteraum einen Stockwerk höher haben sich bereits die ersten Hilfesuchenden eingefunden. Der Andrang zu unseren Sprechstunden ist groß, sagt Isik. Sie selbst gibt Selbstständigen und KünstlerInnen Hilfestellung bei der Unternehmensgründung. Aber auch Flüchtlinge, alleinerziehende Eltern und SozialhilfeempfängerInnen finden bei Isik und ihren MitstreiterInnen ein offenes Ohr.

Menschen in Not zu beraten, das ist die Aufgabe der Projekte in der 14a. Vor zwei Jahren bezog das Kollektiv des Ladens die Räume am Heinrichplatz in der Oranienstraße 14a. Es brauchte ein unabhängiges Beratungsangebot in Kreuzberg, sagt Isik. Zwar biete der Bezirk eigene Beratungsstunden an. Nur würden die Gespräche dort oft nicht auf Augenhöhe geführt. Isik selbst ist schon lange als Beraterin aktiv, vor der Eröffnung am Heinrichplatz war sie in Friedrichshain und in Kreuzberg aktiv. Als ihr Bekannter Patrick Krause 2010 die Idee hatte, sein Antiquariat in den Räumen am Heinrichplatz zu eröffnen, schloss sie sich ihm gemeinsam mit vier weiteren Personen an.

Und so sind aktuell neben den Beratungsräumen Patricks Second-Hand-Buchladen Müßiggang untergebracht, das feministische Antiquariats-Projekt Cassandra, ein Medienraum, der von dem Radiokollektiv FKK betrieben wird, sowie eine Küche. Über die Räume sind alle sehr glücklich: Der Ort ist zentral gelegen, wodurch er gut erreichbar ist, sagt Isik. Die Räume gehören der Genossenschaft Luisenstadt. In einem Bewerbungsverfahren gab die Genossenschaft dem Kollektiv den Vortritt vor anderen kommerziellen Nutzungen. Schaut man sich den Rest des Heinrichplatzes an, würde man sich wünschen, dass manch anderer Hauseigentümer ein ähnlich soziales Bewusstsein hätte.

Das Beratungsangebot untergliedert sich in drei Bereiche. Da wäre zum einen Sozialberatungen für SozialhilfeempfängerInnen und Studierende. Das Team des Sozialladens hilft beim Ausfüllen von Anträgen und

Das Sozialprojekt "14a" Am Heinrichplatz haben sich verschiedene soziale Projekte als Kollektiv organisiert, um Menschen in Not zu beraten oder einfach nur gute....

Formularen für Jobcenter und Krankenkasse, zeigt Tricks und Kniffe, wie man an die Hilfe kommt, die einem zusteht. Zugleich bietet der Laden seinen KlientInnen die Möglichkeit, sich untereinander über ihre Erfahrungen auszutauschen. Jeden Donnerstag stellt das Kollektiv seine Räume für eine öffentliche Vokü zur Verfügung, wo es neben Linsensuppe hilfreiche Informationen zum Thema Hartz IV gibt. Die Vokü ist zu einem beliebten Treff in der Nachbarschaft geworden, berichtet Isik.

Der zweite Bereich ist die Beratung von Flüchtlingen, die von der Gruppe Critical Immigration and Human Rights Amo Books angeboten wird. Staatenlose Menschen und MigrantInnen, deren Asylantrag abgelehnt wurde oder die von Abschiebung bedroht sind, erhalten Unterstützung. Angeschlossen an die Beratungsstunde ist eine Bibliothek für Bücher zum Thema Rassismus und Migration. Der ständige Austausch von Informationen und Publikationen fördert das Interesse und somit auch die Unterstützung für das Thema, heißt es auf der Homepage.

Zum Thema Migration lud das Projekt im Mai zu Diskussions- und Infoveranstaltungen, bei denen es um die Maßnahme der Bundesregierung ging, Einwand gegen das Europäische Fürsorgeabkommen (EFA) zu erheben. Diese Maßnahme hat für in Deutschland lebende EU-BürgerInnen die Folge, dass sie kein Recht mehr auf ALG II haben. Circa 10.000 Menschen seien in Berlin davon betroffen, schätzt das Kollektiv.

Das dritte Beratungsangebot richtet sich an Frauen, Lesben und Trans\*, die sich entweder in Haft befinden oder gerade aus dem Gefängnis entlassen wurden. Diese finden am Heinrichplatz eine Anlaufstelle, um Probleme, die bei ihrem Knastaufenthalt entstanden sind, zu besprechen und zu bewältigen. Durchgeführt wird es von der Initiative against repression against prisons (a.r.a.p.). Die Initiative hilft den betroffenen Personen bei Behördengängen, vermittelt Kontakte zu Anwälten und zur Sorgerechts-, Sozial- und Schuldnerinnenberatung. Darüber hinaus geht die Gruppe Angehörigen bei Behördengängen zur Hand, FreundInnen, die Inhaftierten Briefe und Pakete schicken wollen, können sich ebenfalls an die Gruppe wenden.

Wer das Projekt unterstützen oder mitmachen will, kann das auf vielerlei Weise tun. Abgesehen davon, dass sich das Kollektiv über Spenden freut, stellt es seine Räume für Gruppen und Initiativen aus Berlin bereit. Auch bietet der Laden Workshops für KünstlerInnen und Selbstständige zu Themen wie Existenzgründung oder Aufstockung von Hartz IV an. Wir haben für jeden einen guten Rat, sagt Isik. Lukas Dubro

**Load-Date:** July 2, 2012

**Flucht nach Montreuil; Afrikanische Gastarbeiter wurden aus Libyen vertrieben. Viele landen in der Rue Bara in einem Vorort von Paris von Pierre Benetti**

taz, die tageszeitung

Freitag 08. November 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** LE MONDE DIPLOMATIQUE; S. 22-23

**Length:** 2619 words

**Byline:** Pierre Benetti

**Highlight:** Afrikanische Gastarbeiter wurden aus Libyen vertrieben. Viele landen in der Rue Bara in einem Vorort von Paris von Pierre Benetti

## Body

---

Eine Kundgebung in Montreuil, nur wenige Kilometer vom Pariser Zentrum entfernt. Da stehen Kleidersäcke, die aus allen Nähten zu platzen drohen; auf einem Mäuerchen liegen aufgeschichtete Tüten mit Fertigsuppe und unter einer Bank stapeln sich mit Salat gefüllte große Plastikschüsseln. Etwa hundert Männer haben sich hier versammelt. Sie sehen müde aus, die Blicke sorgenvoll, die Augenbrauen zusammengezogen.

Heute Nacht werden sie hinter der Voltaire-Grundschule am Ende der Straße schlafen ohne irgendwelche Spuren zu hinterlassen. Am nächsten Tag wird niemand bemerken, dass sie da gewesen sind. Tagsüber werden sie sich wieder rund um den Platz aufhalten, auf dem nachmittags die Kinder mit ihren Tretrollern anrücken. Wenn sie nicht anderswo eine provisorische Unterkunft gefunden haben manche übernachten in einer leerstehenden Garage oder in einem besetzten Haus, werden sie sich abends wieder auf den Schulhof zurückziehen.

Unter den Männern, die alle Mützen und hochgeschlossene Jacken tragen, ist der muntere Keita zunächst der Einzige, der bereit ist, zu reden. Er sei in Gao und Timbuktu aufgewachsen, erzählt Keita und reckt die geballte Faust in die Höhe. Ich bin stark, ruft er. Ich habe gekämpft und werde es wieder tun. Abseits der Kundgebung sieht man auf dem gegenüberliegenden Bürgersteig weitere Grüppchen von **Migranten** im Gespräch. Die Männer handeln mit DVDs und wollen mit der Versammlung offensichtlich nichts zu tun haben. Derweil passt ein Sicherheitsmann darauf auf, dass niemand in das Bara-Heim gelangt.

Die stillgelegte Klavierfabrik in der Rue Bara wurde 1969 zu Frankreichs erstem Wohnheim für Gastarbeiter umgebaut. In Mali ist das Bara-Heim von Montreuil so berühmt, dass ihm Ende April sogar Präsidentschaftskandidat Modibo Sidibé einen Besuch abstattete. In dem einst für 400 Schlafplätze eingerichteten Wohnheim leben heute 800 Migranten. Es herrscht Aufnahmestopp.

Flucht nach Montreuil Afrikanische Gastarbeiter wurden aus Libyen vertrieben. Viele landeten in der Rue Bara in einem Vorort von Paris von Pierre Benetti

Neuankömmlinge bekommen hier für 2 Euro nur noch eine warme Mahlzeit. Manchmal dürfen sie auch kurz duschen, aber sich keinesfalls länger aufhalten. Eine komplett verrückte Geschichte, sagt Cristina, die im Viertel Bas-Montreuil wohnt und den Flüchtlingen hilft, wo sie kann. Seit dem Sommer 2012 kamen hier immer mehr malische Flüchtlinge an, die berichteten, sie seien aus Libyen geflohen und über Italien nach Frankreich gelangt.

Inzwischen haben sich auf dem Platz etwa 90 Personen versammelt, die meisten sind zwischen 20 und 30 Jahre alt. Leuten wie uns ging es in Libyen gut!, sagt Mamadou Fofana. Er ist der Älteste und zugleich Sprecher der Gruppe. Wir hatten Arbeit, konnten Geld an unsere Familien überweisen. Wir wollten gar nicht weg aus Libyen und nach Europa, aber nach dem Ende des Krieges wurde es für uns zu gefährlich. Wir wussten: Wenn Frankreich Gaddafi tötet, dann werden auch wir getötet, ergänzt Keita und witzelt: Wenn ihr Papa Gaddafi zurückbringt, dann gehe ich auch wieder nach Libyen zurück sonst bleibe ich hier! Im nächsten Moment ändert sich abrupt seine Tonlage. Er lüftet seine Mütze und zeigt auf eine breite Narbe über der linken Augenbraue: Das da ist Libyen!

In der chaotischen Nachkriegszeit, die durch eine starke Militarisierung der libyschen Gesellschaft<sup>1</sup> geprägt war, standen die afrikanischen Gastarbeiter schnell auf der Verliererseite eines Konflikts, mit dem sie eigentlich nichts zu tun hatten. Sie wurden verfolgt, viele wurden eingesperrt oder sogar umgebracht. Vollkommen schutzlos waren sie den marodierenden Milizen, rassistischen Übergriffen und den diffusen Rachegelüsten der Bevölkerung ausgeliefert, weil bekannt war, dass in Gaddafis Armee viele Söldner aus Mali und anderen subsaharischen Ländern gedient hatten. Man brauchte nur schwarz zu sein, dann galt man schon als Gaddafi-Anhänger, berichtet Fofana, der Sprecher der malischen Flüchtlinge aus Libyen. Die Männer versichern, sie hätten an den Kämpfen nicht teilgenommen.

Geneviève Jacques von der Internationalen Menschenrechtsliga (Fédération internationale des ligues des droits de l'Homme, FIDH) hat an zwei Missionen zur Untersuchung der Gewalt gegen Arbeitsmigranten in Libyen teilgenommen.<sup>2</sup> Für Migrationsforscher und Menschenrechtsaktivisten ist Libyen ein weißer Fleck, erklärt sie und erinnert an die Jahre der Isolation der Großen Sozialistischen Libysch-Arabischen Volks-Dschamahirija, wie das Land seit 1977 offiziell hieß.

In Libyen hatte 42 Jahre lang, von Gaddafis Militärputsch 1969 bis zu seinem gewaltsamen Tod am 20. Oktober 2011, ein Regime geherrscht, das weder Medienvertreter noch zivilgesellschaftliche Organisationen ins Land ließ, die Mitarbeiter des UN-Hochkommissariats für Flüchtlinge (UNHCR) 2010 hinauswarf und niemals eine konsistente Einwanderungspolitik verfolgte. Gleichzeitig war Libyen aufgrund seiner Ölvorkommen ein reiches Land<sup>3</sup>, das zahlreiche ausländische Arbeitskräfte beschäftigte, die infolge des Bürgerkriegs und der Luftangriffe durch die Nato plötzlich ohne Job dastanden.

Allein zwischen Februar und April 2011 verließen 800 000 Gastarbeiter das Land. Dabei hatten sie drei Möglichkeiten: Sie konnten sich zu einem Flüchtlingslager des UNHCR in Ägypten oder Tunesien durchschlagen, im Rahmen des Rückkehrprogramms der Internationalen Organisation für Migration (IOM) nach Hause zurückkehren oder versuchen, übers Meer nach Europa zu gelangen.

Endstation am Autobahnkreuz Bagnolet

Die Resolution 1973 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen zielte offiziell auf den Schutz der Zivilbevölkerung in Libyen an die besondere Situation der Migranten hatte jedoch niemand gedacht. Dabei war Libyen, an der Schwelle zwischen Afrika und Europa, schon immer sowohl ein Transit- als auch Einwanderungsland gewesen.

Geneviève Jacques kritisiert vor allem, dass Frankreich auf den Appell des UN-Flüchtlingskommissars António Guterres vom März 2011, der sich an alle potenziellen Aufnahmeländer für Flüchtlinge aus Libyen gerichtet hatte, nicht reagiert habe: Es ist ein Skandal, schimpft sie. Die Führungsstaaten der internationalen Koalition gegen Gaddafi sind ihrer Verantwortung nicht nachgekommen. Frankreich hat einen einzigen libyschen Flüchtling aufgenommen. Dabei hat sich die Lage sogar noch verschlimmert. Die Rückübernahmeabkommen mit der EU seien nicht modifiziert worden, obwohl Libyen politisch dermaßen instabil sei, dass die Regierung nicht in der Lage ist, die Einhaltung der Menschenrechte zu garantieren. Die Migranten fallen in die Hände bewaffneter Milizen, die inzwischen die Grenzkontrollen übernommen haben.

Flucht nach Montreuil Afrikanische Gastarbeiter wurden aus Libyen vertrieben. Viele landeten in der Rue Bara in einem Vorort von Paris von Pierre Benetti

Unter dem Autobahnkreuz von Bagnole liegt der Pariser Bahnhof für Fernbusse, der von Eurolines, einem Zusammenschluss von 32 europäischen Busunternehmen, betrieben wird. An einer Seite des Wartesaals hängt die Karte des Busnetzes, das sich über ganz Europa erstreckt, an der anderen eine Euroline-Reklame mit dem Slogan: Gemeinsam grenzenlos! Am Schalter drängen sich Rucksacktouristen aus aller Welt neben afrikanischen und asiatischen Migranten, auf dem Bildschirm wird die Ankunft von zwei Bussen aus Mailand früh am nächsten Morgen angekündigt. Diese Reise kostet fast 80 Euro. Hier treffen die Malier aus Libyen ein, die dann in Montreuil landen, oder zumindest kam hier die erste Welle, wie Fofana sagt, im Sommer 2012 an.

Damals konnten die Flüchtlinge noch ein paar Nächte im Bara-Heim bleiben, bevor sie von den anderen Bewohnern wegen Lärmbelästigung vertrieben und in einem Aufnahmezentrum in Bagnole untergebracht wurden. Doch vom Sommer 2012 bis zum folgenden März hatte sich über Mund-zu-Mund-Propaganda die Adresse des Bara so weit herumgesprochen, dass Flüchtlinge, unter ihnen sogar Minderjährige, nach Montreuil kamen, ohne auch nur eine Menschenseele hier zu kennen.

Im Dezember 2012 kam eine zweite Welle von Maliern aus Libyen an. Sie waren über Italien eingereist, wie Keita, der auf das Logo auf seinem Jogginganzug zeigt: ein großes weißes N auf blauem Grund für SSC Napoli, den Fußballverein aus Neapel. Wegen der Kriege in Libyen und im Norden Malis wollen auch Baba und Sidibé nicht mehr weg. Sie hätten in Italien zwar eine Aufenthaltsgenehmigung für drei Jahre bekommen, seien aber, nicht zuletzt aufgrund der Wirtschaftskrise, von den italienischen Behörden nach Frankreich geschickt worden.

Während er ein Paket mit frisch gedruckten Flugblättern auspackt, zeigt mir Fofana auf seinem Handy Fotos von ihrem Wintercamp: Decken und Kleider stapeln sich auf der Erde. Stellen Sie sich hier 90 Menschen vor, seufzt er. Zum Glück gibt es Einheimische, die uns helfen. Viele von uns haben alle Hoffnung verloren, manche sogar den Verstand, nach so langer Zeit. Es wird immer schwieriger, ihnen ihre Lage zu erklären: Viele sind ja noch nicht mal zur Schule gegangen.

Von Anfang an sind die jungen Malier in Montreuil zwischen dem kleinen Platz und ihren verschiedenen Notunterkünften in der Nachbarschaft hin und her gependelt. Das ist bis heute so geblieben und kostet jedes Mal viel Mühe, manches geht auf dem Weg verloren oder bleibt liegen, und so muss man immer wieder umkehren. Während sie in Bas-Montreuil umherstreiften, eine Unterkunft suchten oder vertrieben wurden, sanken die Temperaturen. Noch Anfang April war das Wichtigste, einen trockenen, warmen Platz zu finden, erinnert sich Cristina. In der Avenue de la Résistance gab es Vermieter, die den Flüchtlingen leere Büroräume aufschlossen, in denen sie zwei Nächte hintereinander schlafen durften. Das Osterwochenende konnten sie in einer Schulsporthalle überbrücken, die sie anschließend wieder für den Unterricht räumen mussten.

Fofana führt noch ein Video auf seinem Handy vor. Es stammt vom 6. Mai und zeigt, wie die Polizei ein besetztes Gebäude in der Rue Rapatel räumt. Zehn Tage später gab es auch Probleme mit der Voltaire-Schule: Eltern hatten sich beschwert, sie müssten über die Flüchtlinge hinwegsteigen, um zur Schule zu gelangen. Polizisten brachten die Migranten in den Guilands-Park, an der Grenze zwischen den Gemeinden Montreuil und Bagnole. Damals regnete es ohne Unterbrechung, erzählt Cristina. Wir haben versucht, Planen aufzustellen, aber es herrschte allgemeine Panik. Wo soll man freitagabends in Montreuil Planen auftreiben? Sie sind nur so lange wie nötig geblieben, um die Polizisten nicht in Verlegenheit zu bringen. Aber ich habe mich geschämt.

Am gleichen Tag ließ die Polizei die Tür eines Aufenthaltsraums zuschweißen, in dem sich die Flüchtlinge vom Platz immer bei Regen untergestellt und ein paar Sachen verstaubt hatten. Seitdem weiß man, dass sie irgendwo schlafen, aber sie sagen nicht mehr, wo: Sie haben Angst, dass sie wieder vor die Tür gesetzt werden. Sie haben verstanden, dass man die Klappe halten muss, wenn man warm schlafen will.

Wenn Cristina ihren Sohn von der Schule abholt, trifft sie die jungen Malier und gibt ihnen, was sie kann: freundliche Worte, ein wenig Zeit, ein Bett in ihrer Wohnung oder Wasserflaschen. Sie ist unsere Mutter, ruft Fofana. Ich könnte deine Schwester sein, antwortet sie mit ihrem italienischen Akzent und einem Lächeln. Im letzten Winter hat sie gemeinsam mit anderen Helfern aus Montreuil mehrere Abgeordnete auf die Lage der

Flucht nach Montreuil Afrikanische Gastarbeiter wurden aus Libyen vertrieben. Viele landen in der Rue Bara in einem Vorort von Paris von Pierre Benetti

obdachlosen Flüchtlinge aufmerksam gemacht. Inzwischen steht der nächste Winter bevor, aber für die Malier aus Libyen gibt es immer noch keine Lösung.

Im Juni verabschiedete sich Christian Lambert, der Präfekt des Departements Seine-Saint-Denis, in dem Montreuil liegt, in den Ruhestand. Derweil schieben die Beamten den Fall weiter unbearbeitet zwischen ihren Dienststellen hin und her, während die Notrufzentrale der Flüchtlingshilfe Samu social vollkommen überlastet ist. Der Migrationsbeauftragte im Rathaus, Claude Reznik, wurde jedoch nicht müde, sechs Monate lang denselben Satz wie eine Formel zu wiederholen: Wir möchten Ihnen sagen, dass Montreuil Sie aufnehmen würde, wenn wir könnten. Aber wir haben hier keinen Platz für Sie. Der Staat muss die Verantwortung übernehmen.

Die Ankunft der Malier aus Libyen fiel zusammen mit der Diskussion über die Roma in Montreuil.<sup>4</sup> Zudem hatten Regierung und Bürgermeisterin angekündigt, das Bara-Heim abreißen und neu aufbauen zu lassen. Doch als im Februar Frankreichs Wohnungsbauministerin Cécile Duflot zu Besuch kam, fiel kein einziges Wort über die Notlage der Flüchtlinge. Zum einen bekamen sie zunehmend Schwierigkeiten mit Vertretern der malischen Gemeinde, die seit Jahrzehnten in Montreuil ansässig ist, zum anderen gerieten sie auch noch ein knappes Jahr vor den mit Spannungen erwarteten Kommunalwahlen im März 2014 zwischen die Fronten der früheren kommunistischen Gemeinderegierung und der Mannschaft der seit 2008 amtierenden Bürgermeisterin Dominique Voynet von den Grünen (Europe Écologie Les Verts).

Fofana und seine Freunde regen sich immer noch über einen Brief auf, den acht malische Vereine am 15. März an den Präfekten geschrieben hatten. Die Unterzeichner folgten darin der Linie des Rathauses: Der massive Zuzug malischer Landsleute nach Frankreich führt zu großen Spannungen, die weder die Familien noch die ganze Stadt lösen können, so groß ist ihre Zahl, heißt es da. Das Schreiben ging auch an den malischen Botschafter und den Minister für Auslandsmaalier in Bamako. Das heißt, die wollen auch, dass wir gehen, klagt Fofana.

Die Lage der Flüchtlinge wurde bei drei aufeinander folgenden Sitzungen des Quartiersrats diskutiert. Dabei wurden diverse Möglichkeiten der Zwischennutzung erwogen, aber nichts entschieden. Der Migrationsbeauftragte Reznik machte indes den Vorschlag, eine Art Rückkehrhilfe auszahlen zu lassen, die den Flüchtlingen zu verstehen geben sollte, dass die Suche nach einem besseren Leben nicht in Frankreich enden sollte, und schon gar nicht in Montreuil.

Der 44-jährige Fofana will inzwischen tatsächlich sein elendes Leben in Europa hinter sich lassen und nach Hause zurückkehren, nach Séfétó in der Region Kayes im Westen von Mali. Aber diesmal in Würde und mit einem sicheren Einkommen: eine Genossenschaft gründen, Traktoren kaufen, Mähdrescher, Sämaschinen, Pflüge. Das Land bebauen, Vieh züchten. Die Jugend überzeugen, ihr Glück nicht anderswo zu suchen, die Auswanderer auffordern, zurückzukehren.

In Kürze läuft der Pachtvertrag für das Heim in Bagnolet aus. Alle wissen: Die dort untergekommen sind, werden sich den anderen anschließen, die in Montreuil auf der Straße leben. Ihr habt einen guten Vertreter, ihr könnt ihm vertrauen, ruft Jean-Baptiste Eyraud, Sprecher der Organisation Droit au Logement (Recht auf Wohnen), in die Menge und klopft Fofana auf die Schulter. Man hört schwachen Applaus auf dem kleinen Platz. All diese Reden haben die Ausgestoßenen von Montreuil offenbar schon so oft gehört, dass sie nicht mehr wirklich zuhören.

Fußnoten: 1 Siehe Patrick Haimzadeh, Die Ohnmächtigen von Tripolis, in: Le Monde diplomatique, Oktober 2012. 2 Geneviève Jacques, Sara Prestinanni und Messaoud Romdhani, Libye: en finir avec la traque des migrants, FIDH, Paris, November 2012. 3 Siehe Jean-Pierre Sereni, Am Anfang war der Rote Scheich. Eine kleine Geschichte des libyschen Öls, Le Monde diplomatique, April 2011. 4 Seit einem Brand in einem Lager an der Rue de Paris Ende April sind auch mehrere Dutzend Romafamilien aus Rumänien und Bulgarien in Montreuil obdachlos. Aus dem Französischen von Sabine Jainski Pierre Benetti ist Student. Mit diesem Beitrag hat er den Jahreswettbewerb gewonnen, den der französische Freundeskreis Amis du Monde diplomatique zum zweiten Mal ausgeschrieben hat. Eine Jury unter dem Vorsitz von Maurice Lemoine, dem ehemaligen Chefredakteur von Le Monde diplomatique, Paris, hat unter 54 Beiträgen fünf ausgewählt und an die Pariser LMD-Redaktion geschickt. Der Gewinner bekommt ein Preisgeld von 1 000 Euro.



Flucht nach Montreuil Afrikanische Gastarbeiter wurden aus Libyen vertrieben. Viele landeten in der Rue Bara in einem Vorort von Paris von Pierre Benetti

**Load-Date:** November 7, 2013

---

End of Document

## **Ein Herz für Flüchtlinge; MIGRATION Die Linkspartei wundert sich über den Einsatz der CDU für allein geflohene Jugendliche: Politisch habe die Fraktion nie eine Lösung gesucht**

taz, die tageszeitung

Freitag 05. April 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** BREMEN AKTUELL; S. 24

**Length:** 434 words

**Byline:** EIB

**Highlight:** **MIGRATION** Die Linkspartei wundert sich über den Einsatz der CDU für allein geflohene Jugendliche: Politisch habe die Fraktion nie eine Lösung gesucht

### **Body**

---

Als scheinheilig bezeichnete gestern die Fraktion der Linken den Einsatz der Bremer CDU für unbegleitete minderjährige **Flüchtlinge**. Seit Tagen wird die CDU nicht müde, über die prekäre Situation der **Flüchtlingskinder** in der Hansestadt zu reden, sowie ihnen ihr großes Mitleid auszusprechen, sagte gestern die Fraktionsvorsitzende der Linken, Kristina Vogt. Ausgerechnet die CDU: Ging es in den letzten Jahren darum, auf politischer Ebene etwas für die Verbesserung der Situation von minderjährigen **Flüchtlingen** zu beschließen, zeigten die Christdemokraten weder Eigeninitiative, noch haben sie den entsprechenden parlamentarischen Initiativen zugestimmt, kritisiert die Abgeordnete. Wenn sie wirklich an einer Veränderung für die minderjährigen **Flüchtlinge** interessiert wären, dann hätten sie wenigstens unseren Forderungen nach mehr hauptamtlichen Begleitpersonen zustimmen müssen. Das nun genau diese fehlende Betreuung gerade von der CDU kritisiert wird, ist merkwürdig, so Vogt. Sie vermute, dass es der Fraktion um Wahlkampf gehe und weniger um das Wohl von **Flüchtlingen**.

Am 20. Februar hatte die taz erstmals darüber berichtet, dass alleine geflohene Jugendliche seit vergangenem Herbst in Bremen nicht mehr angemessen untergebracht und betreut werden können, weil sich ihre Zahl im Vergleich zum Vorjahr mehr als verdreifacht hat. Der Anlass für die Berichterstattung war eine kurz zuvor veröffentlichte Antwort des Senats auf eine Anfrage der CDU, aus der dies hervorging. Nachdem weder die CDU noch irgendeine andere Partei oder andere Medien darauf reagiert hatten, schickte der Bremer Flüchtlingsrat vor zehn Tagen unter der Überschrift Flüchtlingskinder im Keller erneut eine alarmierende Pressemitteilung. Zwei Tage später besuchte die CDU-Abgeordnete Sigrid Grönert gemeinsam mit Reportern die überfüllte Zentrale Aufnahmestelle (Zast) für Flüchtlinge in Habenhausen.

Gestern stellte die CDU eine Frage nach der Alterseinschätzung von minderjährigen Flüchtlingen, die Sozialsenatorin Anja Stahmann (Die Grünen) in der kommenden Sitzung der Bürgerschaft in zwei Wochen beantworten muss. Grönert will wissen, welche Qualifikation diejenigen haben, die in der Zast nach Augenschein

Ein Herz für Flüchtlinge MIGRATION Die Linkspartei wundert sich über den Einsatz der CDU für allein geflohene Jugendliche: Politisch habe die Fraktion nie eine ....

beurteilen müssen, wie alt ein Flüchtling ist. Bisher hat dies ausschließlich ein Mann getan. Erst in diesem Jahr wird nach Auskunft eines Sprechers der Sozialsenatorin eine Frau in das Prozedere eingearbeitet . EIB

Ausgerechnet die CDU: Ging es darum, etwas für die Verbesserung der Situation von minderjährigen Flüchtlingen zu tun, stimmten die Christdemokraten nie zu

Kristina Vogt, Links-Fraktion

**Load-Date:** April 4, 2013

---

End of Document

**Der Integrationsbeauftragte tritt ab; SENAT Günter Piening, seit dem Jahr 2003 Berlins Integrationsbeauftragter, gibt seinen Posten Mitte des Jahres auf. Er sei "kein Typ für Rot-Schwarz", begründete der 60-Jährige seinen überraschenden Schritt**

taz, die tageszeitung

Samstag 25. Februar 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** BERLIN AKTUELL; S. 41

**Length:** 376 words

**Byline:** ALKE WIERTH

**Highlight:** SENAT Günter Piening, seit dem Jahr 2003 Berlins Integrationsbeauftragter, gibt seinen Posten Mitte des Jahres auf. Er sei kein Typ für Rot-Schwarz, begründete der 60-Jährige seinen überraschenden Schritt

## Body

---

Der Integrationsbeauftragte des Berliner Senats, Günter Piening, hört auf. Das verkündete Piening gemeinsam mit Integrationssenatorin Dilek Kolat (SPD) auf einer kurzfristig einberufenen Pressekonferenz am Freitag.

Zum 30. Juni werde er seinen Posten verlassen, kündigte Piening an. Es handle sich nicht um einen Rücktritt, sondern um ein normales Ausscheiden auf eigenen Wunsch. Er sehe kaum Chancen, unter einer rot-schwarzen Landesregierung Integrationspolitik im bisher von mir betriebenen Stil fortzusetzen, gab der 60-Jährige als Grund an: Ich bin kein Typ für Rot-Schwarz. Er habe sich nie als Fürsprecher von MigrantInnen, sondern diese stets als selbstbewusste Mitgestalter von Politik gesehen. Differenzen sehe er dabei nicht mit Frau Kolat, sondern mit der Sichtweise des Koalitionspartners. In Dilek Kolat habe Berlin eine starke Senatorin, die sicher auch Konflikte mit dem Koalitionspartner durchstehen wird.

Zwei Wahlperioden lang organisierte Piening die praktische Integrationspolitik des Landes. Unter ihm wurde aus einem Senatsintegrationskonzept das Gesetz zur Partizipation und Integration, wurde der Landesbeirat für Integration als beratendes Gremium des Senats installiert, wurde die Quote von Auszubildenden mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst von 8 auf 20 Prozent erhöht.

Eine Erfolgsgeschichte

Senatorin Kolat würdigte diese Erfolge ihres scheidenden Integrationsbeauftragten und die gute Zusammenarbeit in den vergangenen Wochen. Künftige Konflikte der Koalitionspartner sieht sie nicht: Es gebe mit Rot-Schwarz in der Integrationspolitik keinen Bruch, sondern Kontinuität. Dies sei in der Koalitionsvereinbarung festgeschrieben. Berlins Integrationspolitik sei und bleibe eine Erfolgsgeschichte, die große Koalition eine Chance, die Integrationspolitik, die Günter Piening vorangetrieben hat und die gut ist, auf eine breitere Basis zu stellen.

Der Integrationsbeauftragte tritt ab SENAT Günter Piening, seit dem Jahr 2003 Berlins Integrationsbeauftragter, gibt seinen Posten Mitte des Jahres auf. Er sei ....

Migrantenvertreter bedauerten Pienings Rücktritt. Er habe sehr konstruktiv gearbeitet und viel bewirkt, sagt Hamid Nowzari, Sprecher des Vereins iranischer Flüchtlinge und Mitglied im Landesintegrationsbeirat: Wir hoffen, dass Integrationspolitik auch künftig gemeinsam und auf Augenhöhe mit Flüchtlings- und Migrantenverbänden gestaltet wird. ALKE WIERTH

**Load-Date:** February 24, 2012

---

End of Document

## Eine von 99; DIREKT Cansel Kiziltepe kämpft in Berlin um ein Mandat. Nur 3 Prozent aller Kandidaten haben einen Migrationshintergrund

taz, die tageszeitung

Montag 02. September 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** HINTERGRUND; S. 04

**Length:** 800 words

**Byline:** DANIEL BAX

**Highlight:** DIREKT Cansel Kiziltepe kämpft in Berlin um ein Mandat. Nur 3 Prozent aller Kandidaten haben einen Migrationshintergrund

### Body

---

VON DANIEL BAX

Am Hermann-Hesse-Gymnasium in Berlin-Kreuzberg hat Cansel Kiziltepe ein Heimspiel. Vor 18 Jahren hat die Kandidatin hier ihr Abitur gemacht, und als sie dort am Donnerstag zu einer Wahlkampfveranstaltung mit ihren Konkurrenten aus den anderen Parteien antritt, wird sie mit tosendem Applaus empfangen. Ein bisschen Herzklopfen hatte ich schon, sagt sie hinterher.

Die Nachwuchspolitikerin ist eine von 99 Direktkandidaten mit Migrationshintergrund. Cansel Kiziltepe tritt in ihrem Kiez für die SPD an gegen Christian Ströbele, den grünen Platzhirschen, der gern zum vierten Mal wieder ein Direktmandat erringen will. Die 37-Jährige könnte ihm dabei in die Quere kommen. Sie ist jung, energisch, eloquent und eine Hoffnungsträgerin ihrer Partei, denn sie verkörpert das sozialdemokratische Aufstiegsversprechen: Als Gastarbeiter-Tochter hat die Volkswirtin Karriere gemacht, ihr politischer Ziehvater war der SPD-Linke Ottmar Schreiner. Aufmerksamkeit erregt hat sie im Wahlkampf mit Videoclips, die sie in Alltagssituationen zeigen, in denen sie mit ihrer Tochter über Mindestlöhne und soziale Gerechtigkeit plaudert. Der Charme des Selbstgemachten kann vergessen machen, dass hier jemand eine hochprofessionelle Kampagne führt. Auch wenn sie diesmal noch an Ströbele scheitern sollte, hat sie gute Chancen, trotzdem über die Landesliste in den Bundestag einzuziehen und ihn spätestens bei der nächsten Bundestagswahl 2017 zu beerben.

In keiner anderen Stadt treten, gemessen an der Einwohnerzahl, so viele Kandidaten mit Migrationshintergrund an wie in Berlin. Gefolgt von Hamburg und Bremen. Der Mediendienst Integration hat errechnet, dass bundesweit aber nur 3 Prozent aller Bewerber für den Bundestag aus Einwandererfamilien stammen. Vor allem Bayern, Niedersachsen und NRW, wo viele Migranten leben, liegen im Schnitt weit hinten. Die meisten Kandidaten mit Zuwanderungsgeschichte finden sich bei den Grünen insgesamt 24, gefolgt von SPD und Linkspartei (je 20), die wenigsten bei CDU (8) und CSU (keine). Echte Chancen haben davon allerdings nur je fünf bis sechs Kandidaten

Eine von 99 DIREKT Cansel Kiziltepe kämpft in Berlin um ein Mandat. Nur 3 Prozent aller Kandidaten haben einen Migrationshintergrund

bei Grünen, SPD und Linken darunter Prominente wie Cem Özdemir (Grüne), Aydan Özoguz (SPD) und Philipp Rösler (FDP).

Insgesamt 5,8 Millionen der Wahlberechtigten haben einen Migrationshintergrund, das sind 10 Prozent potenzielle Wähler. In der Gesamtbevölkerung sind es sogar fast 20 Prozent, aber viele davon besitzen keine deutsche Staatsbürgerschaft. Die Zahl der Migranten unter den Wählern dürfte, durch Einbürgerungen und die demografische Entwicklung, aber noch weiter steigen. Denn die Wähler mit Migrationshintergrund sind überdurchschnittlich jung. Ein Zehntel von ihnen sind Erstwähler.

Der Politologe Orkan Kösemen hat im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung das Wahlverhalten der verschiedenen Migrantengruppen erforscht. Dabei stellte er fest, dass deren Parteibindungen immer lockerer werden. Bis in die späten 90er Jahre stimmten die meisten Aussiedler für die Unionsparteien teils aus Dankbarkeit dafür, von ihnen ins Land geholt worden zu sein, teils weil sie deren Antikommunismus teilten. Die Gruppe der ehemaligen Gastarbeiter und deren Nachkommen hingegen war der SPD lange treu, weil sie über ihr Herkunftsmilieu und die Gewerkschaften zu ihnen gekommen waren. Doch diese Bindungen bröckeln.

Welche Themen aber interessieren die migrantischen Wähler? Das hängt, wie bei der Mehrheit, ganz von deren sozialer Schicht, ihren Werten und politischen Überzeugung ab. Doch manche Themen sind ihnen besonders wichtig. Zur besseren Orientierung haben die Initiative DeutschPlus und das migrationspolitische Onlinemagazin MiGAZIN seit Montag einen Wahlnavi ins Netz gestellt, der mit dem Wahlomat der Bundeszentrale für politische Bildung vergleichbar ist, sich aber auf Fragen beschränkt, die für Migranten besonders interessant sein könnten. Etwa: Wie stehen die Parteien zu anonymisierten Bewerbungsverfahren? Wie zum Doppelpass? Und wer tritt dafür ein, dass Asylbewerber schneller einer regulären Arbeit nachgehen können?

In der Aula des Hermann-Hesse-Gymnasiums hat Cansel Kiziltepe einen guten Stand. Drei Viertel der Schüler haben wie sie einen Migrationshintergrund. Doch deren Sympathien sind ihr nicht automatisch sicher. Als es um die doppelte Staatsbürgerschaft geht, bekommt sie viel Applaus, während der CDU-Kandidat einen aussichtslosen Kampf führt. Auch bei Arbeits- und Sozialthemen steht sie gut da. Nur als es um die Drogenpolitik geht, sieht sie gegen Piraten und Linke blass aus, und Ströbele kann mit seinem Evergreen Gebt das Hanf frei punkten. Am Ende sagt ein türkischstämmiger Junge grinsend zu seinem Lehrer, ihm hätten die Linke und die Grünen am besten gefallen.

Nur beim Thema Drogenpolitik sieht die SPD-Kandidatin gegen Piraten und Linke blass aus

**Load-Date:** September 1, 2013

**"Zoologisierung der Anderen"; INTEGRATION Nach Jahrzehnten der Ignoranz entdecken Theater MigrantInnen als Zielgruppe - auch weil das weiße bildungsbürgerliche Publikum immer mehr ausdünnt. Für Paul Mecheril ein fast schon voyeuristischer Ansatz, der vermeintliche Unterschiede zementiert**

taz, die tageszeitung

Samstag 02. Februar 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** KULTUR; S. 43

**Length:** 1271 words

**Byline:** LENA KAISER

**Highlight:** INTEGRATION Nach Jahrzehnten der Ignoranz entdecken Theater MigrantInnen als Zielgruppe auch weil das weiße bildungsbürgerliche Publikum immer mehr ausdünnt. Für Paul Mecheril ein fast schon voyeuristischer Ansatz, der vermeintliche Unterschiede zementiert

## Body

---

### INTERVIEW LENA KAISER

taz: Herr Mecheril, Theater versuchen, MigrantInnen auf die Bühne zu holen und als Zuschauer zu gewinnen. Sie veranstalten gemeinsam mit dem Staatstheater Oldenburg die Reihe Migration. Geschichten bewegen Grenzen, sind aber Kritiker des Integrationsansatzes. Was machen Sie anders?

Paul Mecheril: Wir beschäftigen uns mit der Frage, wie über Migration gesprochen wird. Es geht nicht so sehr darum, sogenannte Menschen mit Migrationshintergrund auf die Bühne zu bringen. Das scheint mir etwas zu sein, was seit einer gewissen Zeit in der deutschen Kulturlandschaft zu beobachten ist. Nach Jahrzehnten der Ignoranz ist jetzt ein Schalter gekippt und es macht sich da fast eine gewisse Unruhe breit.

Was für eine Unruhe?

Das Theater hat zum Beispiel begriffen, dass in einigen Jahrzehnten das weiße bildungsbürgerliche Publikum sehr ausgedünnt sein wird. Nun bemüht man sich, die sogenannten Menschen mit Migrationshintergrund in die Theater und auf die Bühne zu bringen. Uns geht es aber eher um Perspektiven auf die migrationsgesellschaftliche Realität. Das Sprechen über Migration ist in Deutschland nach wie vor etwas ungelenk. Dabei muss man sich immer wieder vergegenwärtigen, dass in Deutschland erst seit relativ kurzer Zeit offen und offiziell über das Thema Migration gesprochen wird.

Seit wann?



"Zoologisierung der Anderen" INTEGRATION Nach Jahrzehnten der Ignoranz entdecken Theater MigrantInnen als Zielgruppe - auch weil das weiße bildungsbürgerliche P....

Seit der Veränderung des Staatsbürgerrechtes 2001 und der Verabschiedung des Einwanderungsgesetzes, das leider ein Zuwanderungsbegrenzungs-gesetz ist. Deutschland hat begonnen, sich als Einwanderungsland zu verstehen und sich mit migrationsgesellschaftlichen Fragen zu beschäftigen obwohl Migrationsprozesse immer prägend gewesen sind. Auch die langjährige und noch immer in bestimmten Feldern geltende Ignoranz gegenüber der migrationsgesellschaftlichen Realität im Theaterbereich hängt mit den politischen Verhältnissen zusammen, da diese ja beispielsweise auf Förder- und Kulturpolitik einwirken. Die Theater, insbesondere einige freie Theater, haben gerade erst begonnen, die migrationsgesellschaftliche Realität zu berücksichtigen zuvor galt weitgehende Ignoranz.

Wie greifen die Theater denn heute Migration auf?

Man kann da zuweilen eine Art Zoologisierung der Anderen beobachten: Man hat jetzt die Migranten entdeckt und will wissen, wie diese unbekannte Spezies so fühlt, welche Wünsche sie umtreibt, welche Sehnsüchte sie hat. So wichtig es ist, dass die Migrationsrealität Gegenstand gegenwärtiger Kunst ist, so sehr hat sie sich mit der Gefahr der zuweilen voyeuristischen Dingbarmachung der Anderen auseinanderzusetzen.

Was kritisieren Sie an der Integrationsidee?

Integration ist meines Erachtens kein angemessenes politisches Ziel und noch viel weniger Bildungsziel, da sich Integration ausschließlich an die sogenannten Menschen mit Migrationshintergrund wendet. Das ist nicht überzeugend, weil die über 15 Millionen Menschen mit sogenanntem Migrationshintergrund sehr unterschiedlich sind es gibt Alte und Junge, Arme und Reiche, Menschen, die erst seit vier Wochen in Deutschland sind und einen deutschen Pass besitzen und welche, die seit 17 Jahren hier sind und keinen Pass haben. Integration ist eine Praxis, die einen Beitrag dazu leistet, dass sich eine bestimmte Gruppe als normal inszeniert. Dazu benötigen wir immer die Konstruktion der Unnormalen. Der Integrationsbegriff trägt dazu bei, eine phantasierte Gruppe von Menschen mit Migrationshintergrund beständig einem imaginären und faktischen Integrationstest auszusetzen. Wir also die Menschen ohne Migrationshintergrund sind fraglos integriert, zivilisiert, geschlechtergerecht usw. Wir benötigen die Anderen, um deutlich zu machen, dass wir die Bevorzugten und Gerechten sind.

Aber Sie benutzen den Begriff doch selbst.

Eigentlich nur, um auf eine diskursive Struktur aufmerksam zu machen. Ich würde vorschlagen, Mensch mit Migrationshintergrund nur ironisch zu verwenden. Eine ironische Kritik.

Ist die Forderung, dass Menschen sich gefälligst anpassen sollen, in Deutschland besonders ausgeprägt?

Migrationsgesellschaftliche Pluralität ist sicher für alle Nationalstaaten eine Herausforderung. Der nationale Staat benötigt so etwas wie eine Identität. Das heißt, ein Wissen über die, die nicht dazu gehören, sonst gerät die Logik, die den politischen Kontext konstituiert, in eine Krise. Deshalb werden Eindeutigkeiten immer wieder herzustellen versucht.

Inwiefern?

In Deutschland ist die kulturelle Realität oft noch immer von dem Verständnis geprägt, dass Deutscher und Deutsche diejenigen sind, die von Deutschen abstammen. Dieses Selbstverständnis ist zwar offiziell seit der Umstellung des Staatsbürgerrechtes nicht mehr gegeben, wirkt aber kulturell beharrlich nach.

Wie kommt es zu der Unterrepräsentation von Migranten in Kulturinstitutionen?

Zunächst müssen wir sehen, dass diejenigen, die als Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland bezeichnet werden, durch die formellen Bildungssysteme benachteiligt werden und zwar seit Jahrzehnten. Das, was man hochkulturelles Kapital nennen könnte, hat sich bei bestimmten Bevölkerungsgruppen systematisch nicht bilden können. Solange die öffentlich getragenen Theater und der staatliche Kunst- und Kulturbetrieb an einem klassischen Kulturangebot festhalten, wird immer eine bildungsbürgerliche Schicht angesprochen und reproduziert.

"Zoologisierung der Anderen" INTEGRATION Nach Jahrzehnten der Ignoranz entdecken Theater MigrantInnen als Zielgruppe - auch weil das weiße bildungsbürgerliche P....

Sie meinen, es gibt Interessen, die Institutionen lieber nicht zu sehr zu öffnen?

Die gibt es auch. Die gesellschaftlichen Institutionen und sicher auch der Kulturbetrieb insbesondere der Theaterbetrieb haben sich über Jahrzehnte hinweg migrationsgesellschaftlich nicht geöffnet. Es gibt Theater, dies sind vielleicht nicht erster Linie die freien Theater, die sich schwer tun mit Mehrsprachigkeit, die aus ihrem Spielplan die migrationsgesellschaftliche Realität getilgt haben. Sei es, weil die Stücke Themen wie etwa Diskriminierungs- und Zuschreibungsrealitäten oder die Situationen der Flüchtlinge nicht aufgreifen oder weil weder die Intendantin noch der Kapellmeister, weder die gespielten Autoren noch die Schauspielerinnen einen Migrationshintergrund haben wohl aber das Reinigungspersonal.

Es gibt immer wieder kunstpädagogische Projekte, die die Aufgabe haben, in Problemstadtteile zu gehen. Ist das nicht auch problematisch?

Wenn solche künstlerischen Projekte nur eine kosmetische Praxis darstellen, man also mit Kunst in benachteiligte Stadtviertel geht, um da ein bisschen ästhetisches Rambazamba zu machen, damit die Stadtzeitung einmal positiv über den Stadtteil berichten kann, halte ich das für nicht sehr überzeugend. Dies ist eine Form der Beschönigung sozialer Probleme. Es ist auch nicht wünschenswert, dass künstlerische Projekte mit verstecktem pädagogischen Zeigefinger auf die migrationsgesellschaftliche Welt zugehen. Wenn es also in der ästhetischen Arbeit mit Jugendlichen aus dem benachteiligten Viertel eigentlich nur darum geht, ihnen beizubringen, weniger machohaft zu sein. Nicht dass ich Machohaftigkeit großartig finde, aber die Auseinandersetzung damit sollte anders stattfinden.

Wie denn?

Kunst kann als Medium Artikulationsräume schaffen. Dies scheint mir gerade für deprivilegierte Stadtviertel und für Personen, die die Erfahrung machen, systematisch nicht zu Wort zu kommen, interessant und angemessen. Artikulationsräume, in denen sich nicht immer das Erwartete zeigt und ein anderes Sehen und Hören deutlich und vielleicht auch erprobt wird hier sind künstlerische Projekte eine Option.

Veranstaltungsreihe Migration. Geschichten bewegen Grenzen: Lieder auf der Reise , Vortrag von Martin Butler, 21. 2., 20 Uhr, Staatstheater Oldenburg, Exerzierhalle, Johannisstraße 6, Eintritt frei

**Load-Date:** February 1, 2013

**An alle Grenzen gehen; FESTIVAL In Filmen zu Flucht und Asyl widmet sich die Dok Film Woche dem neuralgischen Punkt des Genres: zu beobachten und dabei doch involviert zu sein. 16 dokumentarische Filme sind ab Donnerstag zu sehen**

taz, die tageszeitung

Mittwoch 08. August 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** KULTUR; S. 24

**Length:** 723 words

**Byline:** BERT REBHANDL

**Highlight:** FESTIVAL In Filmen zu Flucht und Asyl widmet sich die Dok Film Woche dem neuralgischen Punkt des Genres: zu beobachten und dabei doch involviert zu sein. 16 dokumentarische Filme sind ab Donnerstag zu sehen

## Body

---

VON BERT REBHANDL

An der Außengrenze der Europäischen Union werden viele Geschichten geschrieben. Das hat damit zu tun, dass es sich dabei nicht eigentlich um einen Ort handelt, sondern um ein Hindernis, eine Linie aus Punkten, an denen ein Übergang möglich wäre, der aber vielen Menschen versperrt bleibt. Also machen sie sich auf, dieses Hindernis zu überwinden. Häufig bedeutet dies, dass sie in ein Regime der Sichtbarkeit eintreten: In Europa können sie kaum unbemerkt das tun, was sie sich erhofft haben. Sie werden entdeckt und identifiziert. Und sie werden gefilmt, wie in Jaurès von Vincent Dieutre oder in Khaima ( Zelt ) von Athanasios Karanikolas.

Das dokumentarische Kino interessiert sich aus guten Gründen stark für illegale Migranten, denn hier kommt besonders dicht zusammen, was das nicht-fiktionale Erzählen ohnehin häufig auszeichnet: Es erschafft und akzentuiert Geschichten von Menschen, die sich exponieren indem sie ein Risiko eingehen, sich zu verändern versuchen, indem sie an Grenzen gehen.

Herausforderung Doku

Es ist sicher kein Zufall, dass sich bei der Dok Film Woche, die ab Donnerstag in den Kinos fsk und Eiszeit auf dem Programm steht, gleich mehrere Arbeiten mit dem Thema Flucht und Asyl beschäftigen (zum Beispiel Wadim von Carsten Rau und Hauke Wendler).

Hier steht das dokumentarische Kino vor der Herausforderung, etwas auf eine andere Art zu zeigen, als es für gewöhnlich präsentiert wird. Und damit wird eine Funktion dieser Filme in der Mediengesellschaft erkennbar, die zugleich deren Problem ist: Denn es ist in der Regel sehr aufwendig, monatelang in Afrika zu drehen (wie es Miriam

An alle Grenzen gehen FESTIVAL In Filmen zu Flucht und Asyl widmet sich die Dok Film Woche dem neuralgischen Punkt des Genres: zu beobachten und dabei doch invo....

Fassbender für Fremd (getan hat) oder unter afghanischen Flüchtlingen im griechischen Patras (wie Athanasios Karanikolas). Das kostet Geld, und es kostet Zeit.

Die 16 Filme, die für die Dok Film Woche ausgesucht wurden, sind also so etwas wie ein Luxus, der zugleich eine Herausforderung ist. Den Nachweis, dass nämlich trotz aller widrigen Umstände das genaue, aber auch leidenschaftliche Beobachten einen Ort im Kino haben kann, müssen sie erst erbringen. In Jaurès verbindet sich der Alltag von Afghanen in Paris mit dem Blick aus dem Fenster eines französischen Filmemachers, der eigentlich unbeteiligt, auf seine Weise aber hochinvolviert ist. In Khaima bekommen wir afghanische Existenzen zu sehen, aber auch auch eine funktionierende Zivilgesellschaft in Griechenland. In Fremd von Miriam Fassbender wird auf unübertroffene Art die besondere Zeitlichkeit des Lebens auf Europa hin gezeigt: eine Bewegung aus Stillständen; zu warten nämlich ist das eigentliche Schicksal der Migranten.

Nicht alle Filme der Dok Film Woche beschäftigen sich mit dem Thema Flucht. Aber an der Auswahl lässt sich schön sehen, dass die Wahl des Sujets in der Regel schon der entscheidende Schritt zur Verwirklichung eines Projekts ist. In Peak macht Hannes Lang deutlich, dass eine bestimmte Idee von Landschaft (in den Alpen) und Jahreszeiten (mit Schnee im Winter) und Freizeit (Skifahren) nur noch mit enormem technischem Aufwand simuliert werden kann. In Schönheit macht Carolin Schmitz einen anderen Naturzustand als Produkt extremer Künstlichkeit deutlich: das Erscheinungsbild als (Selbst-)Technik.

#### Kritische Authentizität

Dem steht die beunruhigende Authentizität von Britta Wandaogos Nichts für die Ewigkeit gegenüber, einem im Grunde öffentlich gemachtem Privatfilm, für den die Filmemacherin über viele Jahre ihren drogensüchtigen Bruder Dirk begleitete. Nirgends wird die prekäre Beobachterposition deutlicher als in einer Szene, in der der Protagonist mitansehen muss, wie seine Schwester sich erbricht, während sie gerade dreht er meint, sie bekäme das gar nicht mit, aber vielleicht wollte die Filmerin nur um keinen Preis auf die Aufnahme verzichten.

Was Britta Wandaogo hier in die Krise geraten lässt, ist die Vorstellung von einem nüchternen Gegenüber im dokumentarischen Kino. Sie ist involviert, ist manchmal selbst breit, der Sicherheitsabstand ist gering. Und die zu überschreitende Grenze zieht der Protagonist Dirk ständig selbst. Das macht letztendlich den einen, entscheidenden Unterschied im dokumentarischen Kino aus: Es geht um Leben und Tod.

- Dok Film Woche vom 9. 15. 8. in den Kinos fsk und Eiszeit

Die Filmemacherin begleitete über Jahre ihren drogensüchtigen Bruder Dirk

**Load-Date:** August 7, 2012

## **Das Entsetzen ist zynisch; KOMMENTAR VON DOMINIC JOHNSON ZUM NEUEN FLÜCHTLINGSDRAMA IM MITTELMEER**

taz, die tageszeitung

Montag 14. Oktober 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** SEITE 1; S. 01

**Length:** 408 words

**Byline:** DOMINIC JOHNSON

### **Body**

---

#### KOMMENTAR VON DOMINIC JOHNSON ZUM NEUEN **FLÜCHTLINGSDRAMA** IM MITTELMEER

Es reicht. Wieder ein **Flüchtlingsdrama** im Mittelmeer mit Dutzenden Toten, wieder Fassungslosigkeit bei Hinterbliebenen und Entsetzen bei Politikern.

Das Entsetzen ist zynisch. EU-Verantwortliche verneigen sich vor den Toten auf Lampedusa, aber nicht vor den Überlebenden. Papiere bekommen diese nicht, sie harren weiter im Elend.

Es gilt, an Grundwerte zu erinnern, die zu Unrecht als europäisch bezeichnet werden. Menschenrechte sind unteilbar. Einwanderer sind menschenwürdig zu behandeln, egal welche Papiere und Stempel sie tragen. Reisende auf untauglichen Booten auf hoher See sind zu bergen, bevor die Boote sinken. Das Recht auf Freizügigkeit, das die Deutschen am 3. Oktober, am Tag der Deutschen Einheit, direkt nach dem Ertrinken Hunderter vor Lampedusa feierten, gilt für alle.

Das sind Sätze, die sich kein europäischer Politiker mehr zu sagen traut. Parteiübergreifend werden in Deutschland, das so viel unter Mauer und Teilung gelitten hat, offene Grenzen für Nichtdeutsche als unrealistisch verworfen. Aber wer offene Grenzen als unzumutbar ablehnt, sollte nach Zehntausenden Toten im Meer benennen können, wie viele Menschenleben ein zumutbarer Preis für die Abschottung sind.

Stattdessen verschließt die europäische Politik die Augen vor sich selbst. Europa finanziert mit Milliardenaufwand in Afrikas Konfliktgebieten Friedenstruppen der UNO, zu deren Mandat Schutz der Zivilbevölkerung gehört. Aber niemand schützt die Zivilbevölkerung im Mittelmeer. Europa finanziert mit Milliardensummen in Afrika Hilfswerke, die Flüchtlinge in Bürgerkriegsgebieten registrieren und versorgen. Aber niemand registriert und versorgt die Flüchtlinge und Migranten auf der Nordseite der Sahara. Europa schickt Berater für Grenzsicherung nach Nordafrika. Aber niemand schickt den Flüchtlingen und Migranten Berater fürs Überleben.

Es ist aber nicht nur ein Problem Europas. Die Toten haben Staatsbürgerschaften und Regierungen. Wann also greift endlich einmal eine Regierung aus Afrika zu entschlossenen Maßnahmen, um ihre Bürger im Ausland zu

Das Entsetzen ist zynisch KOMMENTAR VON DOMINIC JOHNSON ZUM NEUEN FLÜCHTLINGSDRAMA IM  
MITTELMEER

schützen? Welche afrikanische Botschaft in Europa organisiert Solidarität mit den eigenen Mitbürgern vor der Tür? Diese Art von Verantwortung ist den allermeisten afrikanischen Regierungen fremd. Menschenrechte sind unteilbar. Politische Verantwortung auch.

Wir verneigen uns vor den Toten auf Lampedusa, aber nicht vor den Überlebenden

**Load-Date:** October 13, 2013

---

End of Document

**"Fremdenhass wertet Billstedt ab"; UNTERKUNFT In der taz hatte Michael Fröhlich gesagt, Flüchtlinge könnten mangels Geld und Sprachkenntnissen nicht am Leben teilnehmen. Zwei Billstedter widersprechen**

taz, die tageszeitung

Freitag 01. März 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** HAMBURG AKTUELL; S. 24

**Length:** 492 words

**Byline:** FRANK BERNO TIMM

**Highlight:** UNTERKUNFT In der taz hatte Michael Fröhlich gesagt, **Flüchtlinge** könnten mangels Geld und Sprachkenntnissen nicht am Leben teilnehmen. Zwei Billstedter widersprechen

## Body

---

### INTERVIEW FRANK BERNO TIMM

taz: Frau Karakurt, Herr Böhm, können Sie die Kritik an den Plänen für ein neues **Asylbewerberheim** im Oststeinbeker Weg in Billstedt nachvollziehen?

Asiye Karakurt: Ich habe auf der Einwohnerversammlung, die vor einigen Wochen stattgefunden hat, von einigen Anwohnern sehr menschenverachtende Worte gehört. Wir finden: Man muss zwischen menschlichen und politischen Fragen trennen. Die Menschen müssen willkommen sein, sie müssen eine Wohnung zum Leben haben. Wir sind dafür, dass auch **Flüchtlinge** ein Recht auf eine eigene Wohnung haben. Sie müssen nicht immer in Massenunterkünften wohnen und sollten nicht am Rande der Wohngebiete und nicht am Rande der Gesellschaft leben. Wenn die 69 Menschen, die jetzt kommen sollen, in der bestehenden Massenunterkunft am Mattkamp untergebracht würden, hätte niemand etwas gesagt. Deshalb wollen wir für **Flüchtlinge** eigenen Wohnraum oder kleine Unterkünfte über ganz Hamburg verteilt; sie gehören zur Gesellschaft dazu.

Über Hamburg verteilen möchte die Anwohnerinitiative gegen das Flüchtlingsheim die Flüchtlinge auch

Karakurt: Aber wegen Sprache oder Armut die Menschen abzuwerten, ist menschenverachtend. Dabei geht es doch nicht um Waren! Man kann die Leute doch nicht dafür verurteilen, dass sie flüchten müssen und sie es bis zu uns geschafft haben wir müssen ihnen Platz geben.

Es sollen auch schon Neonazis in die Gruppen einsickern, die sich gegen die neuen Heime einsetzen.

Uwe Böhm: Wir wissen, dass die NPD in Farmsen, wo auch Flüchtlinge aufgenommen werden sollen, ein eigenes Flugblatt herausgegeben hat. Sie hat sich auch zu zwei anderen Stadtteilen geäußert und gesagt, sie freue sich darüber, nun mit der CDU auf derselben Wellenlänge zu sein. Es gibt eine breite Palette in den Argumenten, die

"Fremdenhass wertet Billstedt ab" UNTERKUNFT In der taz hatte Michael Fröhlich gesagt, Flüchtlinge könnten mangels Geld und Sprachkenntnissen nicht am Leben teil...

von offenem Fremdenhass bis zu human geprägten Fragen reichen, was ich ziemlich scheinheilig finde. Es ist ein fatales Menschenbild, dass durch die neuen Leute ein Stadtteil abgewertet würde. Es geht doch nicht um Giftmüll! Außerdem ist es ein sehr verheerendes Signal in den Stadtteil hinein, so zu reden: Hier werden tiefe Gräben geschaffen schließlich leben schon jetzt viele Leute hier, die einen Migrationshintergrund haben.

Karakurt: Der wirkliche Wertverlust wird eintreten, wenn es hier offenen Fremdenhass gibt. Dann wird Billstedt wirklich abgewertet.

Und was wollen Sie tun?

Böhm: Wir wollen uns mit den einzelnen Argumenten differenziert auseinandersetzen. Wir werden eine Veranstaltung machen, die Leute aufklären und versuchen, Menschen zum Umdenken zu bewegen. Wir leben gerne mit Menschen aus anderen Kulturkreisen zusammen. Außerdem wollen wir erreichen, dass sich die Lebensbedingungen in den Flüchtlingsunterkünften verändern. Wir sind für Einzelunterbringung, vernünftigen Deutschunterricht und ordentliche Ausbildung. Billstedt würde eine Aufwertung erfahren, wenn wir die Leute als unsere Nachbarn aufnehmen. Das kann als Signal nach Hamburg hineinwirken.

**Load-Date:** February 28, 2013



## "Offener Kontakt fehlt"; Diskussion 20 Jahre nach den Möllner Anschlägen HEUTE IN HAMBURG

taz, die tageszeitung

Mittwoch 22. August 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** HAMBURG AKTUELL; S. 24

**Length:** 222 words

**Byline:** PS

**Highlight:** Diskussion 20 Jahre nach den Möllner Anschlägen

### **Body**

---

taz: Frau Schneider, was hat sich seit den rassistischen Morden von Mölln geändert?

Christiane Schneider: Im Zusammenhang mit den ausländerfeindlichen Anschlägen von Rostock und Mölln ist das Recht auf Asyl bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt worden.

Gibt es auch positive Signale?

Ja. Hamburg hat kürzlich den Staatsvertrag mit den Muslimen geschlossen. Das ist eine wichtige Anerkennung dessen, dass der Islam zur Gesellschaft gehört.

Wie gut ist Deutschland in puncto Gedenk-Kultur?

Je weiter man weg ist, desto leichter fällt sie. Aber ich weiß, in Solingen und Mölln ist es immer noch schwierig, gemeinsam mit den Opfern zu gedenken.

Wie begegnen Sie den Opfern? Zum Beispiel dem Überlebenden Ibrahim Arslan.

Ich höre mir an, was er zu sagen hat. Denn das scheint mir das Haupt-Defizit zu sein: Oft wird über die Sache gesprochen in Mölln heißt es dann, das Zusammenleben klappe schon viel besser. Aber einen offenen Kontakt mit den Opfern gibt es nicht.

Kann Ihre Veranstaltung da überhaupt helfen?

Fragen Sie mich das morgen nochmal. Ich habe bisher viel Zuspruch von Migranten bekommen. Und ich bin sehr gespannt, wie viele Menschen ohne Migrationshintergrund erscheinen werden. INTERVIEW: PS

Diskussion mit Ibrahim Arslan (Mölln-Überlebender), Leman Stehn (Menschenrechtlerin) und Moderatorin Christiane Schneider: 18.30 Uhr, Rathaus

"Offener Kontakt fehlt" Diskussion 20 Jahre nach den Möllner Anschlägen HEUTE IN HAMBURG

**Load-Date:** August 21, 2012

---

End of Document

## Kein Essen, kein Bett; GRIECHENLAND Mohammed Akibir ist völlig mittellos

taz, die tageszeitung

Samstag 08. Dezember 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** THEMEN DES TAGES; S. 03

**Length:** 206 words

**Byline:** RUTH REICHSTEIN

**Highlight:** GRIECHENLAND Mohammed Akibir ist völlig mittellos

### Body

---

ATHEN taz | Mohammed Akibir ist 35 Jahre alt. Vor fünf Jahren floh er aus einer Taliban-dominierten Region im Norden Afghanistans nach Griechenland. Dort wanderte er fünf Monate herum, bis er endlich begriff, dass er Asyl beantragen muss. Eine Antwort auf seinen Antrag hat er bis heute nicht erhalten.

Dabei hat Akibir alles richtig gemacht: Alle sechs Monate ging er zur Polizei und fragte, was mit seinem Antrag los sei. Ohne Ergebnis. In dieser Zeit erhielt er weder Geld für Essen noch Essensmarken, hatte keinen Schlafplatz und schlug sich mit Gelegenheitsjobs durch.

Vor kurzem hörte Akibir vom Rückführungsprogramm der Internationalen Organisation für Migration (IMO). Die bietet Migranten einmalig 300 Euro und ein Ticket in die jeweiligen Heimatländer. Akibir bewarb sich denn mittlerweile will er lieber zurück nach Afghanistan, als weiter im EU-Mitgliedstaat Griechenland zu vegetieren.

Selbst wenn die Rückkehr gelingt: Er wird mit mehr als leeren Taschen zu Hause ankommen. Denn um seine Reise in den goldenen Westen zu finanzieren, hatte er 6.000 Euro Schulden gemacht. Akibir hat keine Idee, wie er das Geld jemals zurückzahlen soll. Deswegen und wegen der Taliban hat er große Angst, nach Hause zu kommen.

RUTH REICHSTEIN

**Load-Date:** December 7, 2012

## **Zu wenig zu essen; Soziales Mangelnde Ernährung, fehlende Hygiene, zu wenig Gesundheits- und Rechtsberatung: Flüchtlingsinitiativen fordern, die Zast zu schließen**

taz, die tageszeitung

Mittwoch 11. September 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** BREMEN AKTUELL; S. 18

**Length:** 706 words

**Byline:** EIKEN BRUHN

**Highlight:** Soziales Mangelnde Ernährung, fehlende Hygiene, zu wenig Gesundheits- und Rechtsberatung: **Flüchtlingsinitiativen** fordern, die Zast zu schließen

### **Body**

---

VON EIKEN BRUHN

Seit zwei Jahren betreut die Hebamme Stefanie Pöttsch Frauen in der Zentralen Aufnahmestelle für **AsylbewerberInnen** (Zast) in Habenhausen. Dort landen alle **Flüchtlinge**, bevor sie in Heime oder Wohnungen umziehen können. Ideal fand Pöttsch die Umstände, unter denen Schwangere und Wöchnerinnen in der Zast leben, nie. Aber seitdem diese wegen der steigenden **Flüchtlingszahlen** dauernd überbelegt ist, fürchtet sie um die Gesundheit von Müttern und Kindern.

Die Mitarbeiter sind so damit beschäftigt, die Neuankömmlinge in andere Unterkünfte zu vermitteln, dass sie sich um kaum etwas anderes kümmern können. Früher hätten diese noch dafür sorgen können, dass die Frauen alleine in einem Zimmer gelegen hätten. Das sei vorbei. Es gab gerade ein Zimmer mit drei Schwangeren und einer Frau mit einem Neugeborenen da kommt keine zur Ruhe.

Ein weiteres großes Problem sei das Essen. Drei Scheiben Weißbrot, ein Becher Tee, Käse, eine halbe Tomate, ein paar Scheiben Gurken so schildern BewohnerInnen ihr Abendessen. Das ist für Stillende und Schwangere einfach zu unausgewogen. Hinzu komme, dass viele zu wenig essen würden, sagt Pöttsch. Das liege nicht nur an den Mengen und daran, dass das Essen nicht den Nahrungsgewohnheiten der Frauen entspricht, sondern auch daran, dass sie nicht zum Essen kommen. Manche sind einfach zu schwach, um nach unten in die Kantine zu gehen, sagt Pöttsch. Weil der Fahrstuhl stecken bleibe, dürfe er nicht benutzt werden. Oder sie müssten einen der zahlreichen Behördentermine wahrnehmen die sich mit den Essenszeiten überschneiden.

Dies sei für alle der derzeit 240 BewohnerInnen ausgelegt ist die Zast für 160 Menschen ein Problem, bestätigt Marc Millies vom Bremer Flüchtlingsrat. Es gibt feste Kantinenzeiten. Wer diese nicht einhalten kann, bekommt später nichts und darf sich auch nichts mitbringen lassen, berichtet er. Eine Familie hat erzählt, dass sie ihre

Zu wenig zu essen Soziales Mangelnde Ernährung, fehlende Hygiene, zu wenig Gesundheits- und Rechtsberatung: Flüchtlingsinitiativen fordern, die Zast zu schließen....

schlafenden Kleinkinder um sieben Uhr morgens in die Kantine tragen und bei der Essensausgabe hochhalten müssen, um für sie eine Mahlzeit zu erhalten , sagt Anna Schröder von der Flüchtlingsinitiative Bremen. Gemeinsam mit Medinetz Bremen, das sich um die Gesundheit von Migranten kümmert, machten sie und Millies gestern auf die Zustände in der Zast aufmerksam.

Neben der aus ihrer Sicht mangelhaften Ernährung kritisierten sie die ungenügende Reinigung der Anlage, insbesondere der Sanitärräume. Viele leiden unter Verstopfung, weil sie sich nicht auf die Toilette trauen , sagt die Ärztin Vera Bergmeyer von Medinetz. Es gibt keine Möglichkeit, selbst zu reinigen oder gar zu desinfizieren. Zu kurz komme auch die ärztliche Versorgung vor Ort. Es gibt nur eine Sprechstunde, vor der die Leute Schlange stehen.

Zu wenig Beratung gebe es auch in Rechtsfragen, kritisiert Anna Schröder von der Flüchtlingsinitiative. Jeden Monat würden 110 neue Anträge auf Asyl gestellt die Rechtsberatung sei aber auf zwei Stunden die Woche beschränkt. Weil auch den Behörden klar sei, dass das nicht ausreicht, bekämen die Neuankömmlinge in der Zast ein Flugblatt ausgehändigt. Auf dem sei unter anderem die ehrenamtliche Beratung der Flüchtlingsinitiative genannt. Das muss der Staat leisten! , fordert Schröder.

Sie und die anderen beiden AktivistInnen finden, dass nicht die Überbelegung dafür verantwortlich ist, dass Qualitätsstandards in der von der Arbeiterwohlfahrt betriebenen Zast nicht eingehalten werden. Das ist ein strukturelles Problem , sagt Millies. So, wie es jetzt läuft, müsste man sie schließen.

Die Sozialsenatorin als Aufsichtsbehörde will zu den Vorwürfen im Detail nichts sagen. Das sei Sache der AWO, sagt Pressesprecher Bernd Schneider. Die Sozialsenatorin hat aber flexiblere Kantenzeiten angeregt. Außerdem versuche man, die Lage in der Zast zu entspannen, indem Wohnungen für Flüchtlinge gesucht würden. Jedes Jahr könnten in solche derzeit 300 bis 400 Menschen umziehen. Um alle unterzubringen, sei Wohnraum für weitere 600 Menschen nötig. Diese Plätze hat gerade die Arbeitsgemeinschaft der Wohnungswirtschaft zugesagt. Ob in Bremen oder Bremerhaven, sagt sie Anfang Oktober.

Eine Familie erzählt, dass sie ihre schlafenden Kleinkinder um sieben Uhr morgens in die Kantine tragen

**Load-Date:** September 10, 2013

## Die FDLR, die taz und der Kriegsverbrecherprozess in Stuttgart

taz, die tageszeitung

Montag 20. August 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** THEMEN DES TAGES; S. 02-07

**Length:** 744 words

### **Body**

---

- 2000: Die im Kongo kämpfenden ruandischen Hutu-Soldaten gründen die FDLR (Demokratische Kräfte zur Befreiung Ruandas) als neue Dachorganisation. Ignace Murwanashyaka, Zivilist in Deutschland, wird als Vizepräsident und dann als Präsident vorgeschlagen.
- 17. März 2000: Das deutsche BAMF (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge) gewährt Ignace Murwanashyaka in Deutschland Asyl, nachdem er politische Verfolgung in Ruanda geltend gemacht hat.
- Januar 2001: Murwanashyaka reist in den Kongo zur militärischen Ausbildung.
- Dezember 2001: Ein FDLR-Kongress in Kinshasa bestätigt Murwanashyaka als Präsident.
- Juni 2005: Murwanashyaka übersteht einen FDLR-internen Putschversuch und wird wiedergewählt.
- 1. November 2005: UN-Reise- und Finanzsanktionen gegen Murwanashyaka treten in Kraft, sie werden auch von der EU übernommen.
- 22. Februar 2006: Das BAMF widerruft Murwanashyakas Asylstatus, während er seine Truppen im Kongo besucht.
- 8. April 2006: Beim Rückflug nach Deutschland wird Murwanashyaka verhaftet und kommt in Abschiebehaft.
- 27. April 2006: Murwanashyaka kommt wieder frei, zugleich nimmt die Bundesanwaltschaft Ermittlungen gegen ihn wegen des Verdachts der Beteiligung an Verbrechen gegen die Menschlichkeit auf.
- 2. Mai 2006: Die Stadt Mannheim untersagt Murwanashyaka die politische Betätigung.
- November 2006: Ein Ermittlungsverfahren gegen den FDLR-Vizepräsidenten Straton Musoni wegen des Verdachts auf Geldwäsche wird eingestellt.
- Juli 2007: Das Ermittlungsverfahren der Bundesanwaltschaft gegen Murwanashyaka wird eingestellt.

## Die FDLR, die taz und der Kriegsverbrecherprozess in Stuttgart

- April 2008: Eine ahnungslose Bundestagsdelegation im Ostkongo muss sich massive Kritik von Kongolesen und UNO wegen der Führung der FDLR aus Deutschland heraus anhören und gesteht, dass sie darüber nichts weiß.
- 23. April 2008: Unter der Überschrift **Deutschland duldet Terrorchef** berichtet die taz als erste deutsche Zeitung ausführlich über Murwanashyakas Rolle bei der FDLR.
- 7. Mai 2008: Die Bundesregierung bestätigt die Wiederaufnahme eines Ermittlungsverfahrens gegen Murwanashyaka wegen des Verdachts auf politische Betätigung.
- 14. Juli 2008: Musoni verliert den Zugang zum Justizministerium Baden-Württemberg, wo er jahrelang als Mitarbeiter einer EDV-Firma Computer wartete und nach eigenen Angaben in den Kongo telefonierte. Erst am 10. Juli 2008 fiel er durch eine Sicherheitsprüfung.
- 16. Juli 2008: Ruandas Generalstaatsanwalt lässt Murwanashyaka zur Fahndung ausschreiben, aber er landet auf keiner deutschen Fahndungsliste.
- 2. Halbjahr 2008: Bundesanwaltschaft nimmt neue Ermittlungen gegen Murwanashyaka auf.
- 3. November 2008: Gegenüber dem ARD-Magazin **Fakt** prahlt Murwanashyaka, er wisse alles, was die FDLR mache.
- 8. Dezember 2008: OLG Karlsruhe lehnt Ruandas Auslieferungsantrag für Murwanashyaka ab.
- 13. Dezember 2008: Verwaltungsgericht Ansbach gibt Murwanashyakas Klage gegen den Verlust seines Asylstatus statt.
- 4. März 2009: Amtsgericht Mannheim verurteilt Murwanashyaka wegen Verstoßes gegen seine Aufenthaltsbedingungen auf Bewährung. Er erhält daraufhin ein Kommunikationsmittelverbot, das er nicht einhält.
- 18. Juni 2009: Landgericht Mannheim verurteilt Murwanashyaka wegen fortgesetzter Verstöße zu sechs Monaten Haft auf Bewährung.
- 28. August 2009: Die Webseite [www.fdlr.org](http://www.fdlr.org) wird vom Netz genommen, nachdem die taz den deutschen Provider OVH fragt, wieso sie die Seite trotz UN-Kommunikationssanktionen gegen die FDLR betreibt.
- 10. Oktober 2009: In einer taz-Recherche **Die Befehle kommen aus Deutschland** wird die Führungsrolle Murwanashyakas bei FDLR-Verbrechen im Kongo genau dargelegt.
- 17. November 2009: Murwanashyaka und Musoni werden in Baden-Württemberg verhaftet.
- 22. Juli 2010: Bundesgerichtshof bestätigt Fortdauer der Untersuchungshaft.
- 11. Oktober 2010: FDLR-Exekutivsekretär Callixte Mbarushimana wird in Paris festgenommen und später an den Internationalen Strafgerichtshof ausgeliefert.
- 17. Dezember 2010: Der Generalbundesanwalt erhebt Anklage gegen Murwanashyaka und Musoni in Stuttgart.
- 31. März 2011: Bundesverwaltungsgericht entzieht Murwanashyaka endgültig das politische Asyl.
- 4. Mai 2011: Hauptverhandlung gegen Murwanashyaka und Musoni beginnt in Stuttgart.
- 23. Dezember 2011: Internationaler Strafgerichtshof lässt Mbarushimana wieder frei, nachdem er die Eröffnung des Hauptverfahrens aus Mangel an Beweisen abgelehnt hat.
- 13. Juli 2012: Internationaler Strafgerichtshof erlässt Haftbefehl gegen FDLR-Militärchef Sylvestre Mudacumura.

**Load-Date:** August 19, 2012

---

End of Document



**Mehr als nur normal gefährdet; AFGHANISTAN Die Hürden für Asyl in Deutschland sind für afghanische Mitarbeiter der Bundeswehr hoch. Die Opposition fordert eine vereinfachte Aufnahme der Ortskräfte - und mehr Transparenz**

taz, die tageszeitung

Dienstag 11. Juni 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** INLAND; S. 07

**Length:** 477 words

**Byline:** JULIA AMBERGER

**Highlight:** AFGHANISTAN Die Hürden für Asyl in Deutschland sind für afghanische Mitarbeiter der Bundeswehr hoch. Die Opposition fordert eine vereinfachte Aufnahme der Ortskräfte und mehr Transparenz

## Body

---

BERLIN taz | Wie verzweifelt die afghanischen Mitarbeiter der Bundeswehr sind, zeigt eine kürzlich angekündigte Protestaktion. Laut Spiegel Online hatte am Wochenende eine Gruppe von Dolmetschern mit der Blockade des Feldlagers in Kundus und mit Hungerstreik gedroht, wenn Deutschland ihnen kein Asyl in Aussicht stellt.

Denn die Bedingungen für die Aufnahme in Deutschland sind hart. Die Ortskräfte müssen belegen, dass sich ihre Gefährdung von dem, was in Afghanistan normal ist, abhebt: dass es sich bei Drohungen also nicht etwa um allgemeine Kriminalität handelt. Das überprüfen die Behörden anhand von 14 bislang geheim gehaltenen Kriterien. 63 Ortskräfte haben bisher Sicherheitsbedenken gemeldet, 2 Mitarbeitern wurde eine Aufnahme nach Deutschland zugesagt.

Die Opposition setzt sich jetzt für ein breit angelegtes Aufnahmeprogramm ein. Am Freitag brachten die Grünen einen Antrag im Bundestag ein, in dem sie fordern, allen afghanischen Mitarbeitern der Bundeswehr und ihren engen Familienangehörigen eine Aufnahme in Deutschland anzubieten. Auch Paul Schäfer, verteidigungspolitischer Sprecher der Linken, stellte sich in einer Rede hinter die Grünen. Wie der Nachweis einer konkreten Bedrohung gelingen soll, die über die allgemeine Gefährdungslage hinausgeht, ist fraglich, heißt es in der Begründung zum Antrag.

Zudem blockiere das Verfahren jede andere Möglichkeit, den Ortskräften Asyl zu gewähren. Nach Paragraph 22 Satz 1 des Aufenthaltsgesetzes kann einem noch im Ausland Lebenden aus völkerrechtlichen oder dringenden humanitären Gründen eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden. Doch eine derartige Antragstellung habe die Deutsche Botschaft in Kabul nicht zugelassen.

Mehr als nur normal gefährdet AFGHANISTAN Die Hürden für Asyl in Deutschland sind für afghanische Mitarbeiter der Bundeswehr hoch. Die Opposition fordert eine v....

Die US-Regierung hingegen hilft mit einem bereits 2009 aufgelegten Visumprogramm afghanischen Staatsangehörigen, die für sie in Afghanistan gearbeitet haben. Auch die kanadische Regierung hat ein Aufnahmeprogramm für Hunderte von Afghanen aufgelegt. Und Großbritannien hat kürzlich der Aufnahme von rund 600 Dolmetschern zugestimmt. Es spricht sich schnell herum, wie kleinlich Deutschland vorgeht nicht nur in Afghanistan, sagt Omid Nouripour, der für die Grünen im Bundestag sitzt und Sprecher der Bundesarbeitsgemeinschaft MigrantInnen und Flüchtlinge ist.

Der verteidigungspolitische Sprecher der SPD, Rainer Arnold, kritisiert die bürokratischen Hürden, die durch die Einzelfallprüfungen entstünden für grundsätzlich schlecht hält er das System nicht. Die Gefahren für einen Dolmetscher seien viel größer als für einen Bauarbeiter, der nur ein paar Wochen in einem Bundeswehrcamp gearbeitet habe. Aber das Verfahren muss transparent gemacht werden. Zunächst will Arnold Einsicht in den Kriterienkatalog fordern. Dann werde man in der SPD die Einzelfallprüfungen erneut thematisieren. JULIA AMBERGER

Das Verfahren muss transparent gemacht werden

RAINER ARNOLD, SPD

**Load-Date:** June 10, 2013

**Abfahrt nach Europa ist jeden Montag; FLÜCHTLINGE | Die Migrations- und Fluchtbewegungen aus afrikanischen Ländern südlich der Sahara nach Libyen nehmen stark zu, und die Neuankömmlinge landen im Elend. Die libyschen Wüstengrenzen gelten aber auch als Einfallstore für islamistische Kämpfer**

taz, die tageszeitung

Donnerstag 20. Juni 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** AUSLAND; S. 11

**Length:** 742 words

**Byline:** MIRCO KEILBERTH

**Highlight:** **FLÜCHTLINGE** | Die **Migrations-** und Fluchtbewegungen aus afrikanischen Ländern südlich der Sahara nach Libyen nehmen stark zu, und die Neuankömmlinge landen im Elend. Die libyschen Wüstengrenzen gelten aber auch als Einfallstore für islamistische Kämpfer

## **Body**

---

AUS SEBHA MIRCO KEILBERTH

In Gruppen von 10 bis 20 hocken junge, dunkelhäutige Männer im Schatten der wenigen Straßenbäume in der libyschen Wüstenstadt Sebha. Pinsel und Werkzeuge auf dem Boden deuten auf die von ihnen angebotenen Dienstleistungen hin.

Doch von der boomenden Wirtschaft, von der ihnen die Menschenschmuggler in Accra oder Lagos erzählten, ist in der südlibyschen Provinz Fezzan nur wenig zu sehen. Seit Tagen warten die meisten dieser Wanderarbeiter in der sengenden Hitze vergeblich auf Jobs.

Emanuel Emeka aus Ghana ist verzweifelt. Ich will arbeiten, um meine Familie zu Hause ernähren zu können. Dort gibt es keine Arbeit. In Gatrün weiter südlich verdiente ich pro Tag zwischen zwei und 30 Dinar auf der Baustelle. Manchmal aber auch gar nichts. Man kann mit uns machen, was man will, denn alle Libyer sind bewaffnet.

Sein Freund Egiki Ubien aus Nigeria hat kein Geld mehr für einen Schlafplatz und Essen. Jeden Tag kommen Hunderte durch die Wüste, berichtet er. Ich brauche unbedingt 150 Euro für die Fahrt nach Tripolis. Dort arbeite ich dann für die Überfahrt nach Europa.

Mit dem Ende der libyschen Revolution sind in der Sahara die Grenzen gefallen. Die Region ist nun ein informeller gemeinsamer Wirtschaftsraum. Beim Menschenhandel reicht er von Agadez im Norden Nigers bis zum Mittelmeer. Waffen- und Drogenhändler überqueren die Grenzen von Mali bis Ägypten unkontrolliert.

Abfahrt nach Europa ist jeden Montag FLÜCHTLINGE I Die Migrations- und Fluchtbewegungen aus afrikanischen Ländern südlich der Sahara nach Libyen nehmen stark zu....

In Agadez haben die Arbeitsmigranten ein Busticket gelöst. Im Angebot sind die libyschen Ziele Ghatrun, Sebha oder Tripolis, zu Festpreisen. Die Schmuggler fordern 250 bis 500 Euro, bei günstigem Wetter schicken sie bis zu 1.000 Migranten auf den Weg. Abfahrt: jeden Montag.

Es ist aber nicht in erster Linie der Menschenschmuggel, der den Behörden in Libyen und Niger Kopfzerbrechen bereitet. An dem verdienen Nigers Armee und die libyschen Milizen mit, an vielen Kontrollposten 20 Dinar pro Nase. Problem sind vielmehr die Drogen.

Shahafdin Barka ist erst 25 aber kriegserfahrener Kommandeur der Einheit Shuada Umm Ataraneb in Luer, einer ehemaligen Militärbasis der libyschen Grenztruppen. Er deutet auf einen ausgebrannten Jeep. Der Wagen war einer von sechs mit jeweils 250 Kilogramm Drogen. Der Konvoi war auf dem Weg nach Tazerbo in Ostlibyen. Drei Toyotas konnten wir stoppen.

Es sind meist wüstenerfahrene Tuareg, die im Auftrag von Hintermännern südamerikanische Drogen oder Waffen aus und nach Mali schleusen. Ihre Fahrt durch Libyen beginnt an der algerischen Grenze, in einem Ort namens Salvador. Wir haben es mit Konvois von bis zu 40 Fahrzeugen zu tun. Sie gehen professionell und streng militärisch vor, sagt Barka.

Seine 120 Milizionäre haben seit dem Ende der Revolution noch kein Gehalt von der Regierung in Tripolis bekommen. Wir haben nicht einmal Geld für Ersatzreifen, ärgert er sich und beschreibt, wie er trotzdem arbeitet: Wir nehmen von den offiziellen Händlern Benzin, die Schmuggler sperren wir für 20 Tage ein, dann müssen sie 4.000 Dinar Strafe zahlen. Die Flüchtlinge schicken wir auf unsere Kosten ins Immigrationszentrum nach Murzuk.

2.000 Kilometer der meist unmarkierten Sahara-Grenze patrouillieren Milizen wie die Shuada Umm Atanareb. Ihre Mitglieder sind meist Toubou und Tuareg, einige unterstehen der neuen libyschen Armee. Ausgestattet sind sie mit Kalaschnikows, Pick-ups und genauer Ortskenntnis. Mit knapp über 20 sind sie so alt wie die meisten Migranten, die sie in der Sahara fest nehmen. Mit besserer Ausstattung könnten wir die Grenze dicht machen, wir kennen seit Generationen jede Passage durch die Wüste, sagt Issa Hassan, ein Student in Uniform.

All dies seien ideale Voraussetzungen für die Islamisten aus Ostlibyen, mit ihren schwarzen Al-Qaida-Flaggen, meint ein ehemaliger Polizeichef, der anonym bleiben möchte. Nach der Niederlage in Mali nutzen sie nun Libyen als Basis. Ihr Ziel ist die Bewegungsfreiheit in ganz Nordafrika.

Nervös nestelt der Mann an seiner Zigarette und zeichnet auf der Karte die Schmuggelrouten in der Sahara nach. Wenn die Regierung nicht endlich den ethnischen Minderheiten und der Armee in Fezzan bei der Grenzsicherung hilft, sehe ich schwarz für die Zukunft, analysiert er. Früher hat Gaddafi Flüchtlinge über das Mittelmeer geschickt, um Europa unter Druck zu setzen. Al-Qaida macht nun den Weg nach Norden für die Extremisten von Boko Haram aus Nigeria frei.

Nach der Niederlage in Mali nutzen die Islamisten Libyen als Basis

EHEMALIGER POLIZEICHEF

**Load-Date:** June 19, 2013

**Blanke Hetze gegen Migranten; GRIECHENLAND Parteien machen die Migration zum Thema im Wahlkampf. "Illegale" Einwanderer seien "Schädlinge" und sollten in Militärfasernen untergebracht werden**

taz, die tageszeitung

Mittwoch 11. April 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** AUSLAND; S. 11

**Length:** 680 words

**Byline:** JANNIS PAPADIMITRIOU

**Highlight:** GRIECHENLAND Parteien machen die **Migration** zum Thema im Wahlkampf. Illegale Einwanderer seien Schädlinge und sollten in Militärfasernen untergebracht werden

## Body

---

AUS ATHEN JANNIS PAPADIMITRIOU

Griechenland erregt nicht nur die Gemüter mit der gigantischen Schuldenkrise, sondern jetzt auch mit beispiellosen Maßnahmen gegen sogenannte illegale Einwanderer. Innenminister Michalis Chrysochoidis macht dabei seinem Ruf als Hardliner alle Ehre: Illegale Einwanderer sollten in verlassenen Militärfasernen einquartiert werden, die dann dreifach umzäunt und von der Polizei rund um die Uhr überwacht würden, forderte der Politiker der mitregierenden sozialistischen Partei Pasok im griechischen Fernsehen. Als er noch in der Opposition war, hatte er sich strikt dagegen ausgesprochen. Ihre Lebensbedingungen sind derart unwürdig, dass man sich für den Rest seines Lebens schämen müsste, wenn man sie internieren würde, meinte Chrysochoidis noch im Sommer 2009.

Damals hatte der Pasok-Politiker einen Gesetzentwurf der konservativen Regierung über die Unterbringung von Asylsuchenden in Kasernen verhindert. Doch heute ist Wahlkampf in Griechenland und Chrysochoidis will verhindern, dass eine Partei in der Opposition landet. Wohl aus diesem Grund lässt die Polizei in den letzten Tagen immer wieder sogenannte Besenoperationen in Athen durchführen: Ausländer werden verdachtsunabhängig kontrolliert. Wer ohne Visum aufgegriffen wird, wird in Gewahrsam genommen und ausgewiesen.

Mohammad Yunus, Kovorsitzender der afghanischen Gemeinde in Athen und Mitglied im griechischen Einwandererforum, wundert sich über gar nichts mehr. Seit 2001 lebe ich in Griechenland, es ist immer das Gleiche: Jedes Mal, wenn Wahlen anstehen, redet man über die Gefahren der Zuwanderung. Diesmal ist die Diskussion sogar intensiver, wegen der wirtschaftlichen Probleme des Landes, sagt Yunus der taz.

Auch Gesundheitsminister Andreas Loverdos will das Thema Zuwanderung intensiv diskutieren. Einwanderer seien eine gesundheitliche Zeitbombe, erklärte er jüngst in einem Interview mit dem TV-Sender Mega. Migranten

Blanke Hetze gegen Migranten GRIECHENLAND Parteien machen die Migration zum Thema im Wahlkampf.  
"Illegale" Einwanderer seien "Schädlinge" und sollten in Militär....

seien für die Ausbreitung längst vergessener Krankheiten verantwortlich. Wenn etwa jemand, der an Tuberkulose leidet, in einen Bus steigt, dann werden alle Mitfahrenden angesteckt, warnte der Gesundheitsminister.

Loherdos will angeblich Zwangsuntersuchungen aller Migranten anordnen, ihnen andererseits aber auch den Zugang zu kostenloser medizinischer Behandlung entziehen. Ich kann mir nicht vorstellen, dass der Minister so etwas ernsthaft prüft, protestiert Mohammad Yunus. Es hat doch keinen Sinn, wenn man vor einer Gesundheitsbombe warnt und die kranken Menschen dann trotzdem auf der Straße liegen lässt. Was hat man denn davon?

Tasos Koronakis, migrationspolitischer Sprecher der linken Partei Syriza, ist der Meinung, dass die Regierung die Menschen in einen Krieg der Armen treibt, um von der Wirtschaftsmisere und der steigenden Armut abzulenken. Der Wähler soll glauben, dass nicht die eiserne Sparpolitik der vergangenen Jahre, sondern nur seine Nachbarn verantwortlich seien für die Wirtschaftsprobleme des Landes, erklärt Koronakis der taz.

Auch die linken Parteien in Griechenland bestreiten nicht, dass viele Athener inzwischen Angst haben, ins Stadtzentrum zu gehen. Doch der Grund für die steigende Kriminalität sei die neue Armut und nicht etwa die Zuwanderung, die in den letzten Jahren sogar abgenommen habe, sagt Koronakis. Viele Migranten würden nämlich vor der Arbeitslosigkeit fliehen und Griechenland schon wieder verlassen.

Das Thema ruft auch rechte Gruppierungen auf den Plan, allen voran die Neonazis von Chrysi Avgi (Goldene Morgenröte). 2009 wurde die Partei erstmals in den Stadtrat von Athen gewählt, bei aktuellen Umfragen liegt sie bei 5 Prozent und hat gute Chancen, erstmals den Sprung ins Parlament zu schaffen. Die Schlägertruppe hat bereits einen Schutzservice gegründet, ganz nach dem Vorbild der NSDAP in den dreißiger Jahren: Wenn etwa alleinstehende Senioren zur Bank gehen wollen, aber Angst vor Kriminalität im Stadtzentrum haben, dann melden sie sich telefonisch bei Chrysi Avgi, die einen Begleiter zur Verfügung stellt.

Die Schlägertruppe der Chrysi Avgi bietet einen Schutzservice für die Bürger

**Load-Date:** April 10, 2012

**In der Schwebe; ANKOMMEN Dieses Jahr stellen so viele Flüchtlinge einen Asylantrag in Berlin wie lange nicht. Als Erstes erhalten sie einen unfreiwilligen Ämter-Crashkurs: von Moabit nach Spandau und zurück. Die taz ist einmal mitgegangen**

taz, die tageszeitung

Samstag 30. November 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** BERLINER THEMA; S. 44-45

**Length:** 2296 words

**Byline:** ANNE HAEMING

**Highlight:** ANKOMMEN Dieses Jahr stellen so viele **Flüchtlinge** einen **Asylantrag** in Berlin wie lange nicht. Als Erstes erhalten sie einen unfreiwilligen Ämter-Crashkurs: von Moabit nach Spandau und zurück. Die taz ist einmal mitgegangen

## Body

---

VON ANNE HAEMING FOTOS ROLF ZÖLLNER

Ein Mann liegt da und schläft. Ausgestreckt auf der roten Holzbank im Eingang zum Landesamt für Gesundheit und Soziales in Moabit. Es ist 8 Uhr morgens. Die, die hierher kommen, haben oft eine wochenlange Reise hinter sich. Erschöpft, am Ende einer Flucht. Angekommen sind sie noch lange nicht: Im Lageso beginnt ein Leben im Wartestand.

Der betongraue Klotz mit elf Stockwerken ist der erste Ort, den viele **Flüchtlinge** von Berlin sehen willkommen, bienvenue, welcome. Die Schleuser setzen sie oft ein paar Straßen weiter aus und drücken ihnen einen Zettel in die Hand: Turmstraße 21. Sie müssen an den Bänken vorbei, biegen in den Warteraum ein, stapeln ihr Gepäck in einer Ecke. Und ziehen eine Nummer.

So wenig war lange nicht los, sagt Hannelore Thoelldte, als sie um die lange Theke biegt. Hallo, Herr Krishnamurthy!, ruft sie einem Kollegen zu, der Anmeldebögen ausgibt. Wie er haben viele, die hier arbeiten, einen **Migrationshintergrund**, es gibt dem Amt etwas überraschend Weltoffenes. Thoelldte, Sozialarbeiterin, arbeitet seit 20 Jahren hier und kümmert sich unter anderem darum, dass genügend Dolmetscher zur Verfügung stehen.

Die helfen dann, die ganzen Meldebögen auszufüllen und die Anträge auf Sozialhilfe. 15 Seiten, zwei Anlagen, ein Foto müssen die Flüchtlinge auch noch schnell machen, vor den zwei Automaten wartet eine Schlange. Die Infos im Meldebogen entscheiden, ob jemand hierbleiben darf oder sofort in ein anderes Bundesland geschickt wird. Es gibt ein System EASY heißt es, ausgerechnet das die Flüchtlinge proportional auf die Länder verteilt. Es basiert auf dem Königsteiner Schlüssel, der etwa besagt, dass fünf Prozent aus den aktuellen Top-Ten-Herkunftsländern

In der Schwebe ANKOMMEN Dieses Jahr stellen so viele Flüchtlinge einen Asylantrag in Berlin wie lange nicht. Als Erstes erhalten sie einen unfreiwilligen Ämter-....

nach Berlin kommen. Für andere Nationalitäten gilt: Sie müssen in die Außenstelle, wo die jeweiligen Länderexperten sitzen für Tunesier ist das etwa Chemnitz.

Sayyid Al-Omar\* wird vorerst in Berlin bleiben können. Der irakische Wissenschaftler ist Sunnit, er sitzt mit seiner Familie im Nebenraum und füllt die Anmeldung aus. Er will einen Folgeantrag, also einen zweiten Asylantrag, stellen. Früher hat er hier einmal studiert, jetzt ist er ein grauhaariger Mann mit einer jungen Familie. Die Tochter sei im Sommer entführt worden, erzählt er, sie zahlten Lösegeld. Schon davor habe eine Miliz die Familie überfallen. Mir ist egal, welcher Religion jemand angehört, sagt Al-Omar. Ich wäre am liebsten im Irak geblieben, aber das ist doch kein Leben. Auf dem Weg nach draußen fängt er an zu schluchzen, der Sohn reicht ihm wortlos ein Taschentuch.

Hannelore Thoelldte trägt Turnschuhe, um den Hals hängt ein Band mit riesigem Schlüsselbund, den ganzen Tag pendelt sie zwischen drittem Stock und Erdgeschoss. Ich habe gelernt, nichts zu sehr an mich heranzulassen, sagt sie. Ich muss klar denken können, um zu helfen. Wenn sie Urlaub nimmt, überlegt sie genau, wohin sie fährt. Zumindest nicht in Länder, wo Menschen Dinge geschehen, die sie zur Flucht veranlassen.

Zurzeit hat das Lageso ein typisches Behördenproblem: In den Nullerjahren waren die Flüchtlingszahlen zurückgegangen, die Verwaltung wurde heruntergefahren. Dann kam der Arabische Frühling, für Serbien, Bosnien und den Rest von Exjugoslawien wurde die Visumspflicht abgeschafft. Putsch in Ägypten, Bürgerkrieg in Syrien. Beantragten 2007 gerade einmal 1.149 Menschen Asyl in Berlin, waren es bis Ende Oktober dieses Jahr fast sechsmal so viele.

Gar kein Vergleich

Seit zwei Monaten öffnet das Lageso schon um 7 Uhr, um alles bearbeiten zu können. Trotzdem kein Vergleich zu Anfang der Neunziger, sagt Thoelldte. Damals tobte der Jugoslawienkrieg, Zehntausende kamen. Sie erzählt vom 24-Stunden-Betrieb, sieben Tage die Woche. Trotzdem: Die Mitarbeiter kommen auch jetzt kaum hinterher.

Weit oben, im zehnten Stock, hat Lageso-Präsident Franz Allert sein Büro. Von hier aus schaut man über halb Berlin. Hätte man einen Röntgenblick, es wäre der ideale Ort, um leerstehende Gebäude aufzuspüren. Allert könnte so etwas gebrauchen. Denn es kann derzeit sein, dass das Lageso schon um 10 Uhr alle freien Betten verteilt hat. Seit Sommer müssen wir zum ersten Mal Menschen sagen, sie sollen bei Bekannten übernachten, räumt Allert ein. Die Unterkünfte sind überbelegt, und dass der Wohnungsmarkt hart umkämpft ist, spürt man auch hier.

Tausend Plätze sind für mich gar nichts, sagt Allert. Also beschlagnahmt er immer wieder mal ein Gebäude, andere werden ausgebaut. In Pankow, Charlottenburg, Köpenick, 500 Plätze hier, 600 da, man kooperiert mit Hostels, Maklern, Wohnungsbaugesellschaften. Es gibt eigentlich niemanden, mit dem wir nicht zusammenarbeiten, sagt Allert. Aber solange es keinen Vertrag gibt, rückt er die Gebäudelisten nicht raus, nicht mal dem Senat. Es bleibe am Ende doch nicht vertraulich. Dann schnellten die Preise nach oben und die rechte Szene mache mobil: Es ist schließlich meine Verantwortung und meine Aufgabe, den Flüchtlingen zu helfen.

Wobei das Lageso viele Aufgaben hat. Es prüft die Wasserqualität von Seen, es stellt Schwerbehindertenausweise aus. Medizinstudenten melden sich hier zur Famulatur an. Die Hilfe für Asylbewerber macht gerade einmal zehn Prozent der Tätigkeiten aus. Manchmal fühlt es sich an, als seien es 120, sagt Allert. Der öffentliche Druck ist gestiegen, gerade seit der Debatte um die Lampedusa-Flüchtlinge, für die Berlin rechtlich gar nicht zuständig ist. Vergangenes Jahr gab das Lageso 39 Millionen Euro aus. Dieses Jahr waren es bis Oktober schon 60 Millionen.

Jetzt gibt es obendrein auch noch ein Raumproblem: Die 80 für Flüchtlinge zuständigen Mitarbeiter müssen aufgestockt werden, allein, es fehlt an Raum. Das Amt, das händeringend Unterkünfte sucht, ist selbst überfüllt. Wir verdichten, sagt Allert knapp. Über seinem Schreibtisch hängt ein Ölgemälde, geliehen aus der Berliner Kunstsammlung, die sein Amt ebenfalls verwaltet. Es zeigt den Potsdamer Platz in den Neunzigerjahren, könnte aber auch Allerts Alltag versinnbildlichen: alles eine einzige Baustelle.

Am Arsch von Berlin



In der Schwebe ANKOMMEN Dieses Jahr stellen so viele Flüchtlinge einen Asylantrag in Berlin wie lange nicht. Als Erstes erhalten sie einen unfreiwilligen Ämter-....

Der Bus fährt weg. An der Kreuzung im Spandauer Gewerbegebiet steht nur noch ein junger Mann mit dicker Wollmütze. Er dreht sich langsam um die eigene Achse, blickt auf die Schreberkolonie Kleckersdorf und einen Imbiss, in der Hand hält er eine Klarsichthülle mit Behördenpapieren. Er sucht etwas. Auf den Unterlagen ist eine Stelle mit Textmarker pink umrandet. Askaniering 106 steht da und die BVG-Verbindung: Bus 136 von Rathaus Spandau bis Havelschanze, dann 350 Meter zu Fuß.

Unter Hausnummer 106 befindet sich die Berliner Filiale des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (Bamf), wo Flüchtlinge ihren Asylantrag stellen müssen. Es ist der Ort gewordene Behördenakt. Wer es hierher geschafft hat, wird erst einmal in der Stadt bleiben. Früher war das Amt mal am Rosenthaler Platz, dann in der Kreuzberger Kochstraße, dann ein paar Jahre im Lageso-Gebäude. Und jetzt am Arsch von Berlin.

Menschen mit Klarsichthüllen in den Händen drängen sich bis in den Vorraum, es ist stickig. Sie warten, werden irgendwann aufgerufen. Gehen durch die Glastür, die nur von einer Seite geöffnet werden kann, vorbei an Fotos vom Grand Canyon. Die Menschen haben Tausende Kilometer zurückgelegt, da ist der Weg von der Turmstraße hierher ein Klacks, sagt Wolfgang Meier, der Leiter der Bamf-Filiale. Er ist der Reporterin vorausgegangen, bleibt vor einem Büro stehen und erklärt fast feierlich: Hier wird aus einem Asylsuchenden ein Antragsteller.

Meier ist Jurist, er macht den Job seit 20 Jahren. Er liebt seinen Beruf, sagt er, weil er hier so viel vom aktuellen Weltgeschehen mitbekommt. Aber das Büro, vor dem er steht, ist eben doch nichts weiter als eine Amtsstube. Hier geht das Prozedere von vorne los: Die Asylsuchenden geben Namen, Alter, Herkunftsland an, wieder wird ein Foto gemacht, diesmal für den Aufenthaltsberechtigungsschein. Das ist eine Art Pass aus grünem Papier. Er bedeutet, dass sie bleiben dürfen, solange ihr Verfahren läuft.

Branka Jovanovic hat die Knipserei schon hinter sich, jetzt sind die Fingerabdrücke dran. Ihr Mann und die zwei Jungs sitzen im Wartesaal. Den Reißverschluss der Winterjacke mit der Kunstfell-Kapuze hat die 32-Jährige aufgemacht. Ich habe heute Geburtstag, und was mache ich? Branka stöhnt ein bisschen, sie spricht fließend Deutsch. Sie versucht es gerade zum dritten Mal. Vor ein paar Tagen habe ein Mann die vier aus Serbien mit dem Auto hergebracht, erzählt sie. Für 250 Euro pro Person. Geld, das sie nicht hat. Sie kennt Berlin. Sie kam 1991 zum ersten Mal hierher, da war sie zehn und Jugoslawien zerfiel im Krieg. Ich bin in Hellersdorf aufgewachsen, erzählt sie, nach 15 Jahren sei ihre Familie ausgewiesen worden und freiwillig gegangen.

Jovanovic hat keinen Schulabschluss, keine Ausbildung, ich kann weder Serbisch lesen noch schreiben, sagt sie. Als ihr Mann arbeitslos wurde, ließen sie überall anschreiben. Dann sagten die Leute: Entweder ihr zahlt 2.000 Euro oder wir fackeln euer Haus ab. Sie flohen 2010 nach Deutschland, der Asylantrag wurde abgelehnt, sie gingen zurück, tauchten bei einer Tante unter. Inzwischen, so Branka, würden sie von drei Familien bedroht, die ihr Geld wollten, das Haus sei längst abgebrannt, sie hätten kein Dach überm Kopf. Darum nun ein neuer Versuch.

Um in sein eigenes Büro zu kommen, muss Wolfgang Meier im Treppenhaus eine schwere blaue Gittertür aufschließen. Das sieht martialisch aus, ist aber als Schutz gedacht für die, die oben gerade ihre Anhörung haben, sagt er. Die ist schließlich der alles entscheidende Teil des Asylverfahrens. Dieser Termin ist so wichtig, dass Vereine spezielle Beratungen anbieten, um die Flüchtlinge vorzubereiten. Die müssen erzählen, was ihnen passiert ist, wieso sie hergekommen sind und wie, was sie erwartet, wenn sie zurückmüssten. Die Fragen stellen Entscheider, 20 arbeiten zurzeit in Spandau, vor einem Jahr waren es noch acht. Eine Anhörung kann anderthalb Stunden dauern oder einen Tag, bis die Informationen ausgewertet sind, dauert es.

Wenn wir Zweifel haben, recherchieren wir weiter, erklärt Meier. In jedem zweiten seiner Sätze tauchen Kürzel für Gesetzestexte auf, der 16a, der 60-eins-bis-sieben, Dublin II, der drei-a-bis-f, Normen, die definieren, wer in Deutschland bleiben darf, weil das Asylrecht greift, der Flüchtlingsschutz oder nur ein Abschiebeverbot.

Aus Meiers Fenster sieht man auf ein barackenartiges Gebäude, drumherum ein mächtiger Zaun, Überwachungskameras. Das gehört dem Deutschen Historischen Museum, sagt Meier. Die lagern dort ihre Exponate.

Die rote Reißzwecke

In der Schwebe ANKOMMEN Dieses Jahr stellen so viele Flüchtlinge einen Asylantrag in Berlin wie lange nicht. Als Erstes erhalten sie einen unfreiwilligen Ämter-....

Von einem Lager hat die Flüchtlingsunterkunft, die zufällig vis-à-vis des Bamf liegt, wenig. Ein Weg mit altem Kopfsteinpflaster schlängelt sich von der Straße weg. Refugium Askaniering steht auf einem Schild. Refugium, Zufluchtsort. Der Pfeil deutet auf ein großes, gelbes Backsteinhaus, vor dem Eingang ein Berg blauer Müllsäcke voller Laub. Das Lageso hat das Gebäude vor gut einem Jahr vorübergehend als Erstaufnahmestelle angemietet betrieben wird es von der Arbeiter Wohlfahrt. Drinnen ist es hell, die Gänge sind breit und hoch. Am Empfang blubbert ein Aquarium, daneben hängt eine Pinnwand mit handgeschriebenen Zimmernummern. Steckt unter einer roten Reißzwecke, ist wichtige Post da: vom Bund. Es könnte der Bescheid sein.

Im Speisesaal sitzt Raza Nirwani. Er ist 27, aus Pakistan und wenn er grinst, sieht man seine Zahnlücke. Ich bin seit einem Monat und zehn Tagen hier, sagt er. Davor war ich drei Jahre in Griechenland. Zuhause habe eine Familie seinen Vater erpresst: Entweder er übergebe sein Land oder seine beiden Söhne würden getötet. 3.000 Euro haben Nirwani und sein Bruder Schleusern gezahlt. Sie haben uns mit dem Auto immer bis zur Grenze gefahren, dann liefen wir zu Fuß auf die andere Seite. Normalerweise wäre Nirwani zurück nach Griechenland geschickt worden, weil er dort zuerst EU-Boden betreten hat. Aber Flüchtlinge, die aus Griechenland kommen, dürfen zurzeit hier Asyl beantragen, eine Ausnahmeregelung. Es war quasi Glück, dass es Griechenland gerade so schlecht geht. Nirwani will Deutsch lernen, arbeiten. Solange mein Leben sicher ist, bin ich glücklich, sagt er.

Einfach so

Auf dem Flur wird laut gekichert. Die Schule ist aus, Mädchen mit rosafarbenen Ranzen springen herum. Mittendrin Heimleiter Keller. Wie er lächelnd da steht, die Hände auf dem Rücken und die Brille auf der Nasenspitze, wirkt er wie ein Herbergsvater. Er ist seit Frühjahr hier, davor leitete er acht Jahre ein DRK-Heim. Haben Sie die Laubsäcke gesehen?, fragt er. Das haben die Bewohner gemacht, einfach so. Es ist ein Geben und Nehmen.

220 Menschen wohnen hier, fast 80 davon Kinder. Inzwischen wurden schon Büros in Schlafräume umgewandelt. Wen das Lageso hierher schickt, der habe Glück, heißt es. Besser als die Motardstraße, jene marode Spandauer Erstaufnahme, von der es dauernd heißt, sie würde bald geschlossen. Aber man weiß noch nicht, wohin mit den Menschen. Es komme vor, erzählt Keller, dass abends die Motardstraße anruft, weil Neue vor der Tür stehen und es keinen Platz gibt.

Im Refugium Askaniering wohnt jeder fünfte schon länger als drei Monate. Nach dieser Frist müssten sie spätestens umziehen, in eine Wohnung, ein Heim mit mehr Privatsphäre. Aber es gibt keine Plätze. Die Bewohner sind so viel Druck und struktureller Gewalt ausgesetzt, sagt Keller, all die Behörden, Formulare, Anträge. Ich will, dass sie hier trotzdem entspannte Situationen erleben können.

Er zeigt auf ein Bild, das im Eingangsbereich hängt: ein Foto von Bertolt Brecht, die Jahreszahl 1943. Und ein Satz in Schreibmaschinenschrift: Das Geschäft des Exilanten ist: hoffen!

\* Die Namen aller Asylbewerber sind geändert.

**Load-Date:** November 29, 2013

**Eine fortdauernde Tragödie; MENSCHENRECHTE In Griechenland rebellieren die Menschen in überfüllten Zwangslagern, in Italien ertrinken sechs Bootsflüchtlinge unweit des Strandes, knapp 100 werden gerettet**

taz, die tageszeitung

Montag 12. August 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** AUSLAND; S. 10

**Length:** 452 words

**Byline:** JANNIS PADIMITRIOU

**Highlight:** MENSCHENRECHTE In Griechenland rebellieren die Menschen in überfüllten Zwangslagern, in Italien ertrinken sechs Bootsflüchtlinge unweit des Strandes, knapp 100 werden gerettet

## Body

---

AUS ATHEN JANNIS PADIMITRIOU

Die griechische Polizei hat gewaltsame Proteste in einem Abschiebelager für illegal eingereiste **Flüchtlinge** nordöstlich von Athen mit Gewalt beendet. Dabei wurden Dutzende Menschen verletzt. Einige **Flüchtlingen** konnten aus dem Lager fliehen. Der Gemeindevorsteher im Athener Vorort Acharnes, Sotiris Douros, zeigte Verständnis: Der Aufstand war doch zu erwarten, sagte er der Athener Presseagentur, die Einwanderer lebten ja in Elend. Über 1.500 Menschen hausen im spärlichen Lager. Im Sommer erreichen die Temperaturen im Container 50 Grad.

Nach griechischen Medienberichten war den überwiegend aus Pakistan und Afghanistan stammenden Flüchtlingen am Samstag mitgeteilt worden, dass sie nicht, wie ursprünglich vorgesehen, ein Jahr, sondern 18 Monate im Abschiebelager bleiben würden. Zudem seien wegen Wartungsarbeiten der Strom und dadurch auch die Klimaanlage vorübergehend ausgefallen. Während der Essensausgabe am Samstagabend brach der Aufstand aus. Sämtliche Flüchtlinge setzten ihre Schlafmatratzen in Brand und griffen ihre Aufseher mit Steinen an, einige konnten ausbrechen. Die Polizei rückte mit einem Großaufgebot an und dämmte den Aufstand ein, wobei mindestens zehn Ordnungshüter verletzt worden seien.

Kurioserweise diente das Lager ursprünglich der Unterbringung von Polizisten: Das Containerdorf war vor den Olympischen Spielen 2004 im Nordosten Athens errichtet worden, damit Tausende Polizisten aus der Provinz, die während der Spiele im Dauereinsatz waren, vor Ort auch kostenlos übernachten.

In Italien sind am Samstag sechs ägyptische Migranten ertrunken, weil sie nicht schwimmen konnten. Die jungen Männer im Alter von 17 bis 27 Jahren hatten nach Angaben der Behörden vor der Küste das mit insgesamt etwa

Eine fortdauernde Tragödie MENSCHENRECHTE In Griechenland rebellieren die Menschen in überfüllten  
Zwangslagern, in Italien ertrinken sechs Bootsflüchtlinge unwe....

100 Migranten übervolle Fischerboot zu erreichen versucht ihr Boot war nur 15 Meter von der rettenden Küste  
entfernt auf eine Sandbank aufgelaufen.

Die Überlebenden gaben an, sie stammten aus Ägypten und Syrien. Das beliebte Strandbad wurde wegen des  
Flüchtlingsdramas für das Wochenende geschlossen. Die Stadt am Ätna rief zur Trauer um die jungen Toten auf.  
Die Staatsanwaltschaft von Catania ermittelt derweil und sucht die kriminellen Schleuser, die die Flüchtlinge über  
das Mittelmeer nach Italien gebracht haben. Ein Teil der Flüchtlinge hatte das aufgelaufene Fischerboot im  
Morgengrauen verlassen. Die 94 Überlebenden wurden von der Polizei in den Hafen Catantias gebracht.

Dort herrschte riesiger Touristentrubel. Drei Kreuzfahrtschiffe mit zusammen 12.500 Passagieren hatten  
festgemacht. Bei Catania erhebt sich der Vulkan Ätna, die Hauptattraktion der Insel Sizilien.

Über 1.500 Menschen hausen im Lager. Im Sommer sind es im Container 50 Grad

**Load-Date:** August 11, 2013

---

End of Document

**Doch der Bürgermeister schaut nicht vorbei; MIGRATION Die Flüchtlingsgruppe "Lampedusa in Hamburg" bewohnt seit Längerem mit ausdrücklicher Duldung des Pastors eine Kirche in Hamburg-St. Pauli. Ausgerechnet an diesem Wochenende haben die regierenden Sozialdemokraten nun die Polizei eingeschaltet**

taz, die tageszeitung

Dienstag 15. Oktober 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** KULTUR; S. 17

**Length:** 853 words

**Byline:** CARLA BAUM

**Highlight:** MIGRATION Die Flüchtlingsgruppe Lampedusa in Hamburg bewohnt seit Längerem mit ausdrücklicher Duldung des Pastors eine Kirche in Hamburg-St. Pauli. Ausgerechnet an diesem Wochenende haben die regierenden Sozialdemokraten nun die Polizei eingeschaltet

## Body

---

VON CARLA BAUM

Pastor Sieghard Wilm wünscht einen guten Tag und legt den Hörer auf. Man munkelt, die Polizei würde heute vorbeischauen, erklärt er ruhig und lächelt milde. Das haben wir schon oft gehört, aber es ist nichts passiert. Diesmal soll es anders kommen. Doch davon weiß Pastor Wilm, wissen die 80 afrikanischen Flüchtlinge, die seit Juni in der St. Pauli Kirche Unterschlupf gefunden haben, an diesem Morgen noch nichts. Es herrscht Alltag auf dem Kirchengelände. Frühstück, Laub harken, Wäsche trocknen. Ein Banner, auf dem Embassy of Hope, Botschaft der Hoffnung, steht, begrüßt die Besucher.

Am Wochenende wird ein Fußballspiel stattfinden. Die Flüchtlinge haben eine Mannschaft gegründet, den FC Lampedusa, der rege Kontakte zum FC St. Pauli unterhält. Regelmäßig gibt es Freundschaftsspiele und gemeinsame Ausflüge zu den Spielen. Ein paar Meter von der Kirche entfernt, in der Hafenstraße, arbeiten einige der Flüchtlinge an einem neuen Wandbild. Die Einbindung in die Stadtteilkultur ist ein wichtiges Element der Solidarisierung, sagt Pastor Wilm.

Auch über die Grenzen St. Paulis hinaus sind die Mitglieder der insgesamt etwa 300 Personen zählenden Gruppe Lampedusa in Hamburg in kulturelle Aktivitäten und Projekte involviert. Im September gab es eine Lesung von Elfriede Jelineks Die Schutzbefohlenen, aufgeführt von Schauspielern des Thalia Theaters gemeinsam mit den Flüchtlingen in der St. Pauli Kirche vor 600 Besuchern.

Doch der Bürgermeister schaut nicht vorbei MIGRATION Die Flüchtlingsgruppe "Lampedusa in Hamburg" bewohnt seit Längerem mit ausdrücklicher Duldung des Pastors e....

Vor zwei Wochen besetzten einige der Männer gemeinsam mit dem Künstlerpaar Nadjia und Dr. Holliore ein Kunstwerk des spanischen Künstlers Santiago Sierra in der Sammlung Falckenberg. Und als die Hochschule für bildende Künste in Hamburg kürzlich 100-jähriges Jubiläum feierte, tauschten Studenten ihre Plätze im Festsaal mit Flüchtlingen. Diese übergaben dem völlig überraschten Bürgermeister Olaf Scholz (SPD) eine selbstgefertigte, kleine Galionsfigur als Geschenk und mit der Einladung, er möge doch mal in der St. Pauli Kirche vorbeischauchen.

Hier wird mit dem häufig üblichen Schicksal von Flüchtlingen, die durch die Angst, entdeckt zu werden, in Vereinzelung und Isolation getrieben werden, gebrochen. Mit Gruppen wie Lampedusa in Hamburg entstehen neue Formen des Aufstands von Migranten, in denen Kunst zur Ausdrucksform politischer Anliegen wird.

Wir sind viele, sagt Kwadjo, einer der Sprecher der Gruppe aus der St. Pauli Kirche. Als gebürtiger Ghanaer hatte er lange in Libyen gelebt, bevor er vor drei Jahren in den Wirren des Kriegs nach Italien übersetzte. Letzten Winter kam er nach Hamburg, wo er sich mit den anderen afrikanischen Flüchtlingen zusammenschloss. Wir können die Menschen mit unseren Aktionen auf unsere Lage aufmerksam machen. Die kreative Artikulation der Flüchtlinge setzt der geschürten Angst vor Flüchtlingsmassen eine klare Stimme entgegen.

Doch seit dem Wochenende ist nicht mehr klar, ob es weitere Fußballspiele geben wird, ob die Flüchtlinge das Wandbild fertigstellen können. Auch, ob die Männer die Möglichkeit haben, die Ausstellung Santiago Sierras weiter zu besetzen, steht in den Sternen: Am Freitagnachmittag, eine Woche nach dem letzten verheerenden Schiffsunglück vor Lampedusa, machen sich Polizisten auf den Weg nach St. Pauli und St. Georg, den zentralen Aufenthaltsorten der Flüchtlingsgruppe. Die Afrikaner, die sich auf den umliegenden Straßen der Kirche befinden, werden kontrolliert und in Gewahrsam genommen.

Aus der Gruppe der St. Pauli Kirche trifft es etwa 10, insgesamt über 20 Männer. Obwohl sie abends wieder freikommen, kennt die Polizei nun ihre Identitäten und hat ihre Fälle an die Innenbehörde weitergegeben. Das wollten die Flüchtlinge vermeiden, da sie dann Gefahr laufen, nach Italien abgeschoben zu werden das Land, in dem sie zuerst europäischen Boden betraten. No way back to Italy hieß eine Veranstaltung der Lampedusa in Hamburg -Gruppe bloß nie wieder nach Italien.

Wir sind geschockt von den Ereignissen, sagt Kwadjo. Die Stimmung der Gruppe sei nicht gut. Die Hoffnung aber ist ungebrochen. Während am Tag nach den Kontrollen vor den Toren der Kirche eine Demo stattfindet, bauen einige Afrikaner auf dem Kirchengelände eifrig an einer Bank. Die Steine vor der Kirche werden langsam zu kalt zum Sitzen.

Über den Sommer sind die Flüchtlinge zu St. Paulianern geworden. Der Stadtteil, der seit jeher über den Hafen Menschen verschiedener Kulturen angezogen hat, hat sie aufgenommen und wie selbstverständlich integriert. Trotz der großen Solidarität der Bewohner im Stadtteil drohen ernsthafte Schwierigkeiten. Der Winter naht, und die Kirche ist unbeheizt. Pläne, den Flüchtlingen Container für die Überwinterung auf dem Kirchengelände aufzustellen, wurden bisher abgelehnt. Der Hamburger Senat lässt keinen Zweifel daran, dass es für die Lampedusa-Gruppe keine Perspektive gebe, wie es Olaf Scholz kürzlich ausdrückte.

Noch aber sind sie da, noch sind sie laut. Noch flattert das Banner Embassy of Hope im starken Wind.

Der Hamburger Senat lässt keinen Zweifel daran, dass es für die Lampedusa-Gruppe keine Perspektive gebe, wie es Olaf Scholz kürzlich ausdrückte

**Load-Date:** October 14, 2013

**Hellersdorf sagt Jein zum Heim; FLÜCHTLINGE Die Guten gibt es auch noch: Einige Anwohner freunden sich mit der Antifa an. Andere pöbeln weiter - weshalb das Zelt der Aktivisten abgebaut werden muss**

taz, die tageszeitung

Freitag 23. August 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** BERLIN AKTUELL; S. 21

**Length:** 591 words

**Byline:** MARINA MAI

**Highlight:** **FLÜCHTLINGE** Die Guten gibt es auch noch: Einige Anwohner freunden sich mit der Antifa an. Andere pöbeln weiter weshalb das Zelt der Aktivisten abgebaut werden muss

## Body

---

VON MARINA MAI

Nach Protesten gegen die **Flüchtlingsunterkunft** in Hellersdorf kommen jetzt Anwohner aus der Deckung, die die neuen Nachbarn unterstützen. Am Tisch der Mahnwache der Antifa-Aktivisten stapeln sich Kekse, Kuchen und Getränke. Das sind Spenden von Anwohnern, freut sich einer. Zwischen 10 und 20 Hellersdorfer würden jeden Tag mit kleinen Geschenken vorbeikommen. Mehrere Anwohner hätten außerdem den Wunsch geäußert, sich untereinander über eine eigene Internetplattform auszutauschen als Gegenstück zur rechten Bürgerinitiative. Wir bauen am Samstag gemeinsam mit ihnen die Website und erläutern ihnen, wie man die pflegt, sagte ein Unterstützer.

Kein Zelt mehr

Andere Anwohner hätten sich jedoch durch das von Antifa-Aktivist Dirk Stegemann angemeldete Zelt der Mahnwache gestört gefühlt, so eine Sprecherin des Bezirksamtes. Bis zu 40 Menschen harren dort derzeit Tag und Nacht aus, um Flüchtlinge vor rechten Angriffen zu schützen. Das Zelt mussten die Initiatoren am gestrigen Donnerstag auf Verlangen des Bezirksamtes deshalb abräumen, nur Tisch und Stühle sind schräg gegenüber dem Heim geblieben. Doch die Aktivisten können täglich ab 18 Uhr in ein freies Ladengeschäft ziehen, das zwei Minuten Fußweg vom Heim entfernt liegt.

Die amtierende Bürgermeisterin Dagmar Pohle (Linke) hat uns dieses Angebot einer landeseigenen Wohnungsbaugesellschaft unterbreitet, sagte Stegemann. Pohle vertritt den langfristig erkrankten Bürgermeister Stefan Komoß (SPD). Zwar müssen die Antifas dort Miete zahlen und sind nachts nicht mehr in Sichtweite des Flüchtlingsheimes. Dafür verfügen sie aber über sanitäre Einrichtungen und haben in kühlen Nächten selbst ein Dach über dem Kopf.

Hellersdorf sagt Jein zum Heim FLÜCHTLINGE Die Guten gibt es auch noch: Einige Anwohner freunden sich mit der Antifa an. Andere pöbeln weiter - weshalb das Zelt....

Auch Stegemann sagte, dass es nach wie vor Beschimpfungen von Anwohnern gebe. Da fordern Nachbarn etwa ein Obdachlosenheim nur für Deutsche, oder sie fragen, was aus ihren Kindern werden soll , sagte er. Schwierig ist die Lage auch für Anwohner, die selbst Migrationshintergrund haben. Phan Huy Thao vom vietnamesischen Verein Reistrommel in Marzahn etwa sagte, viele seiner Landsleute würden sich jetzt abends nicht mehr auf die Straße trauen.

Sozialsenator Mario Czaja (CDU), der selbst Hellersdorfer ist, bat am gestrigen Donnerstag, den vielfach vorgetragenen Wunsch von Anwohnern und Flüchtlingen nach Ruhe zu respektieren. Natürlich sollte keinesfalls das Feld den rechtsextremen Protestierenden mit ihren ausländerfeindlichen und menschenverachtenden Parolen überlassen werden , sagte er. Dennoch sei die Unterkunft in Hellersdorf nicht der Ort für politische Auseinandersetzungen vor medialer Kulisse, die für zusätzliche Unruhe sorgen.

Im Flüchtlingsheim wohnen mittlerweile 40 Menschen. Sie und die Proteste vor dem Heim sind international zu einem Medienthema geworden: Journalisten aus Großbritannien, Südkorea und Russland haben vor Ort recherchiert. Die Polizei ist derzeit mit 20 Kräften vor Ort.

Am Freitag ist nach Behördenangaben der Einzug weiterer 50 Flüchtlinge aus der Spandauer Motardstraße vorgesehen. Die grüne Abgeordnete Canan Bayram hat von Dolmetschern aus der Motardstraße erfahren, dass die Asylbewerber deshalb in Panik seien. Sie wollen auf gar keinen Fall dorthin, wo sie ihr Leben bedroht sehen , sagte sie.

Die linke Bundestagsabgeordnete Petra Pau, die in Hellersdorf wohnt, sagte, der Ortsteil sei nicht menschenfeindlich. Es gebe aber diffuse Ängste . Und im persönlichen Gespräch mit den Anwohnern habe sie oft eine große Uninformiertheit festgestellt.

Am Freitag ist der Einzug weiterer 50 Flüchtlinge geplant

**Load-Date:** August 22, 2013



**Flüchtlinge wie Vieh behandelt; ITALIEN Im Flüchtlingslager Lampedusa mussten sich Männer im Freien nackt ausziehen. Dann wurden sie mit einem Schlauch gegen Krätze desinfiziert. Welle der Empörung**

taz, die tageszeitung

Donnerstag 19. Dezember 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** AUSLAND; S. 10

**Length:** 565 words

**Byline:** MICHAEL BRAUN

**Highlight:** ITALIEN Im **Flüchtlingslager** Lampedusa mussten sich Männer im Freien nackt ausziehen. Dann wurden sie mit einem Schlauch gegen Krätze desinfiziert. Welle der Empörung

## Body

---

AUS ROM MICHAEL BRAUN

Wie im Konzentrationslager! Kurz und knapp ist der Kommentar Giusi Nicolinis, der Bürgermeisterin von Lampedusa, im Angesicht der neuesten Bilder aus dem **Flüchtlingslager** der Insel. In einem kurzen Video ist eine Gruppe von Männern in einer Schlange zu sehen, im Freien zwischen einigen Containern. Der Erste muss sich komplett ausziehen, wird dann vor den Augen der anderen abgeduscht, und schon ist der nächste dran. Nicht einmal eine minimale Sichtblende vor der Dusche sorgt für den Schutz der Intimsphäre.

Die Bilder, gefilmt mit einem Handy von einem syrischen Flüchtling, liefen am Dienstagabend in den Nachrichten des Staatssenders RAI, und sie lösten in Italien einen Sturm der Empörung aus sowohl über die entwürdigende Behandlung als auch darüber, dass die Flüchtlinge mitten im Dezember, in der Winterkälte, zum Duschen im Freien gezwungen werden.

Die Duschprozedur sei unvermeidlich, erklärte Cono Galipò, Chef der Genossenschaft Lampedusa Accoglienza (Aufnahme Lampedusa), die das Lager im Auftrag des Innenministeriums betreibt. Die Flüchtlinge müssten bei ihrer Ankunft gegen Krätze desinfiziert werden, und das gehe nur draußen. Die Bäder in den Gebäuden seien zu klein; zudem stünden sie nach einer Desinfizierungsaktion stundenlang nicht zur Verfügung, da die Räume wegen der Chemikalien jedes Mal gereinigt und gelüftet werden müssten. Außerdem hätten die zwei nackten Flüchtlinge, die auf dem Video zu sehen sind, sich selbst ausgezogen, nach dem sie nach 90 Minuten Wartezeit in der Schlange nervös geworden seien und auf diese Weise hätten protestieren wollen. Hierzu im Widerspruch stehen nicht nur die Bilder, sondern auch die Aussagen jenes Syriers, der sie gefilmt hat, ebenso wie anderer Lagerinsassen. Wie ein Auto in der Waschanlage habe er sich behandelt gefühlt, erklärte einer von ihnen. Und der Autor des Films behauptet, nach dessen Ausstrahlung sei er mehrfach von Lagermitarbeitern bedroht worden; außerdem werde ihm das Essen vorenthalten. Ein anderer Flüchtling erklärte in dem TV-Film, wie ein Tier behandelt worden zu sein. Er

Flüchtlinge wie Vieh behandelt ITALIEN Im Flüchtlingslager Lampedusa mussten sich Männer im Freien nackt ausziehen. Dann wurden sie mit einem Schlauch gegen Krä...

habe 65 Tage in dem Zentrum verbracht, obwohl er innerhalb von 48 Stunden anderweitig untergebracht werden sollte.

Der Skandal lenkt erneut die Aufmerksamkeit auf die haltlosen Zustände im Lager Lampedusa, das mit über 700 Insassen bei einer Kapazität von 280 Plätzen wieder völlig überfüllt war. Die Zustände in dem Lager hatten mehrfach für negative Schlagzeilen gesorgt. Zahlreiche Flüchtlinge schlafen auf alten, verschmutzten Matratzen in Zelten unter den Pinien, die hygienischen Zustände sind katastrophal. Doch die Genossenschaft Lampedusa Accoglienza verdient gut: Pro Flüchtling erhält sie etwa 40 Euro täglich.

Italiens Ministerpräsident Enrico Letta kündigt jetzt eine umgehende Untersuchung an, die Bilder sind sehr gravierend. Doch eigentlich müsste die Regierung längst Bescheid wissen: Im Lager sind nicht nur Polizisten, sondern auch Beamte des Innenministeriums konstant präsent. Eine Untersuchung kündigte deshalb auch die EU-Kommissarin für Innere Angelegenheiten, Cecilia Malmström, an; sie droht Italien mit dem Entzug von EU-Fonds für die Flüchtlingsaufnahme, sofern nicht menschliche und würdige Bedingungen bei der Aufnahme von Migranten, Asylsuchenden und Flüchtlingen gewährleistet werden.

Die Genossenschaft Lampedusa Accoglienza verdient pro Flüchtling 40 Euro täglich

**Load-Date:** December 18, 2013

**Und immer wieder diese Vorurteile; MITTENDRIN Egal wie lange sie hier leben - Migranten in Deutschland gehören nie richtig dazu. Eine Kampagne soll nun zeigen, wie sich Ausgrenzung anfühlt. Wir haben sechs Migranten gefragt, wie sie Deutschland eigentlich erleben**

taz, die tageszeitung

Mittwoch 21. August 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** TAZZWEI; S. 13

**Length:** 796 words

**Byline:** LISA MAUCHER

**Highlight:** MITTENDRIN Egal wie lange sie hier leben Migranten in Deutschland gehören nie richtig dazu. Eine Kampagne soll nun zeigen, wie sich Ausgrenzung anfühlt. Wir haben sechs Migranten gefragt, wie sie Deutschland eigentlich erleben

## Body

---

VON LISA MAUCHER

Hast du ein Visum? , Sie sprechen unsere Sprache aber gut! , Seit wann leben Sie in Deutschland? Mit solchen Sätzen die nicht böse gemeint sein müssen werden Migranten hierzulande immer wieder konfrontiert. Den Menschen wird damit suggeriert, dass sie nicht hierher gehören, ihre Heimat weit weg ist. Das kann weh tun, vor allem, wenn man seit Jahren in Deutschland lebt oder sogar geboren und aufgewachsen ist.

Weil sie das Gefühl der Ausgrenzung kennen, gründeten die Berlinerinnen Marula Di Como und Florencia Young das Kollektiv Migrantas . Die Künstlerin und die Grafikerin wollen Außenseitererfahrungen mit einer Kampagne in das Bewusstsein der Mehrheitsgesellschaft rücken.

Die Argentinierinnen Young und Di Como arbeiten seit zehn Jahren zusammen, 2005 kamen sie nach Berlin. Für ihre Kampagne kontaktierten sie lokale Frauenorganisationen und -vereine, darum bittend, dass Migrantinnen ihre Erfahrungen in Deutschland zeichnen. Rund 300 Arbeiten kamen zusammen. Wir wollen sichtbar machen, was diejenigen Frauen denken und fühlen, die ihr eigenes Land verlassen haben und nun in einem neuen leben , sagt das Duo über seine Motivation.

Die Themen, die die Frauen am meisten beschäftigten, wurden in Piktogramme umgesetzt. Zu sehen sind diese auf Plakaten, als digitale Animation in der U-Bahn, auf Flyern oder auf Tragetaschen erst in Hamburg, momentan in Berlin. Ob Flüchtling oder Akademiker. Wir sind alle Migrantinnen , sagt Young.

Und immer wieder diese Vorurteile MITTENDRIN Egal wie lange sie hier leben - Migranten in Deutschland gehören nie richtig dazu. Eine Kampagne soll nun zeigen, w....

Der 24 Jahre alte Student Manuel Tabiou ist der Sohn eines Togolesen. Wegen seiner Hautfarbe macht er immer wieder rassistische Erfahrungen. Als er in Bremen auf Wohnungssuche war und ein WG-Zimmer fand, unterschrieb er direkt den Untermietvertrag. Als die Vermieterin Tage später den Nachnamen von Manuel Tabiou las, zog sie den Vertrag im letzten Moment zurück. Begründung: Bei mir wohnen nur richtige Deutsche. Was sie allerdings ignorierte oder ihr wahrscheinlich auch egal war: Der junge Mann ist in Hamburg aufgewachsen.

Die Spanierin Elo Suárez besuchte in ihrem Heimatland deutsche Schulen, weswegen die Sprache für sie nie eine Barriere war. Das Klischee der Spanier allerdings schon. Bei der Arbeitssuche wurde die 27-Jährige immer wieder darauf hingewiesen, dass man hier allerdings keine Siesta machen dürfe. Seit zwei Jahren lebt sie in Berlin und stellt fest, dass ihr spanisches Aussehen sie noch immer von anderen abgrenzt: Zu oft werde ich im Alltag mit dem spanischen Stereotyp konfrontiert, der hier einen schlechten Ruf hat , so Elo Suárez.

Es fehlt an Empathie , findet Anna Gabai, die anfangs bei Behörden immer zweimal nachfragen musste, bis sie eine Antwort bekam. Deswegen trauen sich viele Ausländer nicht, beharrlich zu bleiben, glaubt die Italienerin, die seit sieben Jahren in Deutschland lebt. Es lastet der strenge Blick mancher Beamten auf einem. Die Musterung nach Religion und Aussehen findet die 31-Jährige furchtbar. Obwohl Anna Gabai es als ein großes Glück beschreibt, in Berlin leben zu können, sieht sie vor allem beim Umgang mit ausländischen Neuankömmlingen große Probleme.

Mir wurden alle deutschen Eigenschaften beigebracht, sagt Julien Thielen (24), der kenianische Wurzeln hat. Seit er zwei ist, lebt er in Deutschland und erlebt es immer wieder, dass seine Hautfarbe irritiert. So wurde er einmal am Frankfurter Hauptbahnhof von einer älteren Frau angesprochen, die sich darüber wunderte, dass er deutsch redet. Es komme auch vor, dass er nicht in einen Club reinkomme, wobei ihn die Ausreden der Türsteher am meisten anwiderten. In den meisten Fällen lag es an einer Gästeliste, die es offensichtlich nicht gab.

Vom Aussehen her könnte man mich nicht als Deutschrussin identifizieren , sagt Julia Herz-el Hanbli. Außerdem spricht sie fließend deutsch, nur das rollende R ist noch hörbar. Sätze wie Du sprichst aber gut deutsch! oder Verstehst du mich? hat sie oft gehört. Die 31-Jährige lebt seit 1992 in Deutschland und hat in Mainz studiert. Sie will Journalistin werden. Ihr Freundeskreis ist deutsch, russisch spricht sie fast nur mit ihrem Kind, damit es zweisprachig aufwächst. Die Russen lachen sich kaputt, wenn ich mit ihnen rede. Ich kenne die Redewendungen nicht mehr , erzählt sie.

Die US-Amerikanerin Kelly Miller (23), studierte mit einem Stipendium Deutsch in Berlin und wollte nebenher Englischunterricht geben. Wenn Europäer den Job machen können, dann gibt man mir ihn nicht , sagt sie, die immer wieder Absagen erhält. Die Ausländerbehörde hat zweimal ihr Visum abgelehnt, das sie braucht, um hier ihren Masterabschluss machen zu können. Dazu kommt, dass die Beamten oft kein Englisch können, was sie als ignorant bezeichnet. In einem Jahr läuft ihr Visum ab. In Deutschland, so Kelly Miller, werden Gesetze willkürlich ausgeführt.

**Load-Date:** August 20, 2013

## **Das Problem heißt Rassismus; Vom Protest-Camp zum Bundeskriminalamt - das Bündnis gegen Rassismus ruft zur Demonstration auf**

taz, die tageszeitung

Donnerstag 01. November 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** KULTUR; S. 03

**Length:** 736 words

**Byline:** Lukas Dubro

**Highlight:** Vom Protest-Camp zum Bundeskriminalamt das Bündnis gegen Rassismus ruft zur Demonstration auf

### **Body**

---

Auf einmal waren sie da. Nachdem Beate Zschäpe, Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt 13 Jahre lang im Verborgenen mordeten, vergeht kaum eine Woche, in der man nicht von dem Zwickauer Neonazi-Trio liest und hört. Auf die Rechnung der Gruppe, die sich selbst Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) nannte, geht der Mord an neun Migranten und einer Polizistin sowie ein Bombenanschlag in Köln, bei dem 22 Menschen verletzt wurden. Als ob die Taten für sich genommen nicht schon schlimm genug wären, kommt hinzu, dass die Gruppe offenbar von staatlicher Seite gedeckt wurde. Obwohl man beim Verfassungsschutz schon lange von dem Nazi-Trio wusste, handelte man nicht. Zudem vernichteten die Behörden Akten, die sie hätten belasten können.

Ein Jahr nachdem die Taten der Terrorgruppe in den Medien bekannt wurden, soll nun am 4. November mit einer Demonstration der neun Migranten gedacht werden, die von dem Trio getötet wurden. Aufgerufen zu der Demonstration hat das Bündnis gegen Rassismus, das ein Zusammenschluss aus verschiedenen MigrantInnen-Initiativen, linken Gruppen, Gewerkschaften und Parteien ist.

Das Bündnis gegen Rassismus hatte sich kurz nach Bekanntwerden der Mordserie konstituiert. Ziel des Bündnisses ist es, zum einen gegen die Verflechtung von Neonazis und Sicherheitsorganen zu protestieren. Zum anderen soll Rassismus bekämpft werden. Rassismus ist nach wie vor ein großes Problem in Deutschland, sagt Deniz Yilmaz, Sprecher des Bündnisses. Die Taten des NSU stehen in einer langen Reihe rassistischer Gewalt in der wiedervereinigten Bundesrepublik. Mölln, Rostock-Lichtenhagen und Hoyerswerda sind Namen, die in Erinnerung bleiben. Der alltägliche Rassismus hingegen wird oft nicht einmal als solcher erkannt.

Am 4. November soll es nun auf die Straße gehen. Die Demonstration, zu der bundesweit mobilisiert wird, beginnt um 15 Uhr am Flüchtlings-Protestcamp auf dem Oranienplatz in Kreuzberg. Das Bündnis verbindet mit der Demonstration mehrere politische Forderungen.

Zunächst fordern die AktivistInnen die konsequente Bekämpfung des Rassismus in all seinen Facetten in Politik, Alltag und Institutionen. Rassismus solle nicht mehr als Randphänomen gesehen werden, das Nazis betrifft, sondern als gesamtgesellschaftliches Phänomen. Belege hierfür gebe es genug: Die positive Resonanz in der

## Das Problem heißt Rassismus Vom Protest-Camp zum Bundeskriminalamt - das Bündnis gegen Rassismus ruft zur Demonstration auf

Bevölkerung und in der Politik für die Thesen Sarrazins und Buschkowskys belegen die Ernsthaftigkeit des Problems, sagt Yilmaz. Die beiden SPD-Politiker haben jeder für sich ein Buch geschrieben, in dem sie das Thema Migration äußerst kritisch behandeln. Auch bei der Polizei sieht das Bündnis große Mängel im Umgang mit rassistischer Gewalt. Die Polizei begegnet eindeutig rassistischen oder rechts motivierten Angriffen nach wie vor nicht mit der gebotenen Sorgfalt. Die Opfer werden häufig nicht ernst genommen, wenn sie einen solchen Tathintergrund in der polizeilichen Vernehmung angeben, sagt Helga Seyb von der Opferberatungsstelle ReachOut. ReachOut ist ebenfalls Mitglied im Bündnis.

Darüber hinaus fordert das Bündnis, dass der Verfassungsschutz abgeschafft wird und die NSU-Akten offengelegt werden sollen. Wie Yilmaz erklärt, seien die Polizeiapparate Teil des Problems. Statt gegen Nazis vorzugehen, würden sie diese schützen. Entsprechend ist das Ziel der Demonstration die Zentrale des Bundeskriminalamtes in der Nähe des Treptower Parks, wo für 17 Uhr eine Abschlusskundgebung geplant ist.

Mit der Demonstration will das Bündnis an andere Kämpfe gegen Rassismus anknüpfen: Die MieterInnen-Initiative Kotti & Co, die sich gegen die Verdrängung von MigrantInnen aus Kreuzberg einsetzt, soll genauso das Wort erhalten wie die Beteiligten des Flüchtlingsmarsches von Würzburg nach Berlin. Das Bündnis erhofft sich mit der Demonstration, den von den NSU-Taten Betroffenen Mut zu machen und den öffentlichen Druck auf die Politik und die Behörden zu erhöhen.

Im Vorlauf zu der Demonstration laden die taz und die Heinrich Böll Stiftung heute Abend in das Ballhaus Naunynstraße. In zwei Gesprächsrunden wird über die NSU-Mordserie und rassistische Gewalt diskutiert. Mit dabei sind unter anderem: Fadime Simsek, die Nichte des NSU-Opfers Enver Simsek, Ibrahim Arslan, der 1992 einen von Neonazis verübten Brandanschlag in Mölln überlebte, Dr. Mehmet Gürcan Daimagüler, Anwalt der NSU-Opfer, und Grünen-Politiker Hans-Christian Ströbele, der im NSU-Untersuchungsausschuss sitzt. LUKAS DUBRO

**Load-Date:** October 31, 2012

## *Ich heirate einen Flüchtling*

taz, die tageszeitung

Samstag 26. Oktober 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** AKTUELLES; S. 19

**Length:** 1292 words

**Byline:** LOVIS SCHMITZ

### **Body**

---

VON LOVIS SCHMITZ

Schlage ich dieser Tage die Zeitung auf, ärgere ich mich. Nein, Ärger ist zu schwach. Ich bin wütend und fassungslos und denke: Wie können deutsche Politiker angesichts dieser **Flüchtlingskatastrophen** im Mittelmeer so gnadenlos sein?

Fast 340 Menschen kamen ums Leben, als ein **Flüchtlingsboot** vor der italienischen Insel Lampedusa in Flammen aufging und kenterte. Kurz darauf setzte schon wieder ein Boot mit 400 **Flüchtlingen** einen Hilferuf ab.

Die in Seenot Geratenen waren nicht die ersten, die auf der Suche nach einem sichereren, vielleicht auch besseren Leben von Afrika nach Europa kamen. Und solange Politik und Wirtschaft in Afrika vielen Menschen eine Existenz unmöglich machen, werden sie nicht die letzten sein – egal wie lebensgefährlich die Fahrt übers Meer ist.

Was aber machen unsere Politiker? Allen voran der deutsche Innenminister Hans-Peter Friedrich von der CSU? Der traute sich schon anlässlich des ersten Bootsunglücks zu verkünden: Die bestehenden Regeln zur Aufnahme von Flüchtlingen blieben selbstverständlich unverändert. Die Bundesregierung sehe derzeit keinen Handlungsbedarf.

Unverändert?

SELBSTVERSTÄNDLICH?

Weiterhin wird es also die Dublin-II-Verordnung geben, die dafür sorgt, dass Asylsuchende nur in dem EU-Land einen Antrag auf Asyl stellen können, über das sie eingereist sind. Weiterhin Residenzpflicht (in Sachsen und Bayern), weiterhin Arbeitsverbot für Flüchtlinge, weiterhin keine Chancen für Menschen, die alles hinter sich gelassen und ihr Leben riskiert haben, um in Europa neu zu beginnen, um zu arbeiten, um Geld zu verdienen – und um Steuern zu zahlen.

Weiterhin also massenhaft Ertrunkene, die die Taucher vor Lampedusa bergen müssen?

## Ich heirate einen Flüchtling

Als ich Friedrichs Worte las, war ich sprachlos, aber nur kurz. Dann fasste ich einen Entschluss: Wenn die Politiker in meinem Land den Asylsuchenden nicht helfen wollen, dann mach ich es selbst: Ich heirate einen Flüchtling. Damit er hierbleiben kann. Auch wenn das verboten ist. Als Akt des zivilen Ungehorsams. Denn an der zynischen Flüchtlingspolitik, die Europa auch aufgrund der deutschen Haltung zu diesem Thema betreibt, wird sich unter einer konservativen Regierungsmehrheit auf absehbare Zeit nichts ändern.

Natürlich bin ich nicht die Erste, die auf diese Idee kommt. Aus politischer Überzeugung geschlossene Ehen haben in linken Kreisen eine gewisse Tradition. Erhebungen dazu gibt es wie zu erwarten nicht. Die meisten binationalen Paare heiraten zwar möglicherweise auch wegen des Aufenthaltsstatus, aber eben nicht nur, sondern weil sie einfach gern zusammen sein und -bleiben möchten. Oft ist der Vorwurf der Scheinehe also nur eine Unterstellung der Behörden. Fest steht aber auch, dass es Paare gibt, die so eine Heirat ähnlich sehen wie ich: als Mittel zum Zweck. Als Hilfe in der Not. Und als politisches Statement gegen eine herzlose Politik, der sie nicht zustimmen.

Auch als Geschäftsidee wurde diese Form der Einbürgerung längst entdeckt. Zwar gibt es hierzu ebenfalls keine Statistiken, aber es ist anzunehmen, dass ein paar Leute mithilfe arrangierter Ehen ganz gut an der Not anderer verdienen wie immer, wenn es irgendwo einen Schwächeren gibt, der auf Hilfe angewiesen ist und dem keine andere Wahl zu bleiben scheint. Man hört von Summen zwischen 5.000 und 10.000 Euro, die Flüchtlinge für so eine Schutzehe bezahlen, sagt die Mitarbeiterin einer Beratungsstelle für Migranten.

Schutzehe ist ein schönes Wort

Interessant am Geschäft mit der Ehe ist das asymmetrische Verhältnis, das einer solche Beziehung innewohnt. Hier ein Mensch, der in Besitz eines kostbaren Guts ist, nämlich eines deutschen Passes, der Rechtsstaatlichkeit, körperliche Unversehrtheit, Meinungsfreiheit und soziale Absicherung gewährt. Dort ein Mensch, der ebendieses Gut erlangen möchte, ein Dokument, ohne das ihm die Teilhabe an Arbeitsmarkt und Gesellschaft und die Chance auf Wohlstand verwehrt bleiben, und der bereit ist, das Menschenmögliche für dieses Dokument zu tun.

In dieser Verbindung ist der Asylsuchende maximal abhängig und dadurch erpressbar. Das zeigt schon die massive Diskrepanz in den Konsequenzen, die eine enttarnte Scheinehe für die Heiratswilligen hat. Während der Asylsuchende sofort jeglichen Status verliert und mit Abschiebung rechnen muss, kommt der deutsche Partner in der Regel mit einem Bußgeld davon. Scheinehe ist juristisch nicht nachweisbar, sagt die Expertin. Deshalb wird das Verfahren, das auch dem deutschen Partner droht, mithilfe einer guten Rechtsberatung meist fallen gelassen.

Ein solch asymmetrisches, ja geradezu kolonialistisches Verhältnis besteht auch dann, wenn ich meinen Plan weiterverfolge. Heirate ich einen Flüchtling selbstverständlich ohne dafür Geld zu verlangen, ist er danach trotzdem von mir abhängig. Er ist auf meine Hilfe angewiesen, auf meinen guten Willen und darauf, dass ich es mir nicht irgendwann anders überlege.

Ist das ein Grund, es nicht zu tun? Meine pragmatische Antwort lautet: Nein. Verzichte ich aus moralischen Überlegungen auf meinen Plan, ist auch keinem geholfen. Man wird dieses Abhängigkeitsverhältnis später mit dem Angetrauten thematisieren müssen, um es so milde und erträglich wie möglich gestalten zu können.

Vermutlich, das war mein zweiter Gedanke, als ich die Worte des Innenministers las, ist eine solche Ehe mit ziemlich viel Aufwand verbunden. Es darf ja niemand merken, dass die Ehe nur eine Scheinehe ist.

Scheinehe ist ein falsches Wort

Wahrscheinlich sind ganz viele Ehen, vor allem die, die schon ein paar Jahre dauern, Scheinehen. Man ist verheiratet auf dem Papier, aus wer weiß was für Gründen, womöglich um den Anstand zu wahren oder aus Bequemlichkeit, vielleicht auch für Status und Geld. Dagegen hat niemand etwas, kann niemand etwas haben. Wenn ich aber meinen Status, nämlich meinen Aufenthaltsstatus, mit jemandem teilen möchte, weil ich Glück hatte und in Europa zur Welt kam, ein anderer aber nicht, dann wird das geahndet.



## Ich heirate einen Flüchtling

Deshalb muss ich mir eine Geschichte ausdenken und werde lügen, um ein politisches Ziel, das sich auch einige Parteien ins Programm geschrieben haben, zu erreichen. Auch meinen echten Namen kann ich nicht nennen, weil mein Plan nicht schon am Anfang scheitern soll.

Mehr noch als die entsprechenden Dokumente, die für viele schwer bis unmöglich beizubringen sind, brauchen mein Mann und ich dann eine wasserdichte Geschichte. Denn es kann sein, dass wir beim Standesbeamten, bei dem wir das Aufgebot bestellen, oder später von der Ausländerbehörde getrennt befragt werden, wenn so etwas wie ein Scheinehe-Verdacht besteht.

Sehr wahrscheinlich werden wir erzählen müssen, wo und wann wir uns kennengelernt haben, wer wem den Antrag gemacht hat und wohin unsere Flitterwochen gingen. Wir werden gefakte Fotos machen, die uns gemeinsam als glückliches Paar zeigen. Wir werden uns einprägen, welche Schuhgröße der andere hat, welche Zahnpasta er benutzt, wie Eltern und Geschwister heißen und wie er seinen Kaffee trinkt.

Wir werden uns gemeinsam in einer Wohnung anmelden und dort eine zweite Zahnbürste, Kleidung und persönliche Gegenstände deponieren, falls jemand vom Ordnungsamt vorbeikommt, um zu überprüfen, ob wir auch wirklich zusammenleben. Und wir werden hoffen, dass jemand zu Hause ist, wenn das passiert, damit die Beamten nicht die Nachbarn befragen. Drei ganze Jahre lang. Erst danach erhält mein Mann eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis, und wir können das Theater beenden.

Weil ich will, dass Europa seine restriktive Flüchtlingspolitik lockert und beginnt, Asylsuchende nicht mehr als Last, sondern als Bereicherung zu begreifen, breche ich das Gesetz, muss mich verstecken, und mache dies öffentlich. Aus Protest, gegen die Gleichgültigkeit der Politik.

- Lovis Schmitz ist Journalistin

**Load-Date:** October 25, 2013

**Nur als Sklaven erwünscht; MIGRATION Das niedersächsische Steinfeld ist mit der Versorgung obdachloser Rumänen und Bulgaren überfordert. Als Lohnsklaven der Fleischindustrie sind sie hingegen beliebt**

taz, die tageszeitung

Freitag 26. Juli 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** NORD AKTUELL; S. 22

**Length:** 534 words

**Byline:** JEAN-PHILIPP BAECK

**Highlight:** **MIGRATION** Das niedersächsische Steinfeld ist mit der Versorgung obdachloser Rumänen und Bulgaren überfordert. Als Lohnsklaven der Fleischindustrie sind sie hingegen beliebt

## Body

---

VON JEAN-PHILIPP BAECK

Alarm schlägt die Bürgermeisterin der niedersächsischen Gemeinde Steinfeld, nahe Vechta: Zehn bis 15 Menschen leben dort im Wald, in selbst gebastelten Behausungen oder schlafen unter der Dorflinde. Die Kommune sei davon überfordert, sagt Bürgermeisterin Manuela Honkomp und wandte sich an den Landkreis, an Bundes- und Europaabgeordnete. Das Problem: Die Obdachlosen im Wald sind hauptsächlich Rumänen und Bulgaren und haben keinen Anspruch auf Sozialleistungen.

Ich weiß auch keine Lösung, sagt Christian Wölke, katholischer Gemeindepfarrer im Ort. Die Menschen bettelten vor dem Pfarrhaus um Essen. Er helfe, sagt Wölke, aber er könne die Caritas-Kasse nur einmal leeren. Unterkünfte zu stellen, sei nicht möglich: Dann kommen die nächsten, sagt er. Was macht man, wenn die nicht gehen? Denn eigentlich seien sie hier ja illegal.

Illegale, so nennt sie auch das Ordnungsamt der Gemeinde, weil sie keine Meldeadresse hätten und keine Arbeit. Deshalb würden sie zur Rückreise animiert, so heißt es. Das Busticket werde bezahlt. Auch regionale Medien berichten von den Illegalen, die irgendwie Deutschland erreicht hätten. Doch Rumänen und Bulgaren sind EU-Bürger, die Freizügigkeit genießen. Erst, wenn die Ausländerbehörde ihnen diese individuell aberkennt, dürfen sie sich nicht mehr in Deutschland aufhalten. Dass sie keine Flüchtlinge sind, sondern EU-Ausländer, ist gerade das Problem: Sie haben keinen Anspruch auf soziale Sicherung.

Diese Regelung sei ein Skandal, sagt Claudius Voigt von der Gemeinnützigen Gesellschaft zur Unterstützung Asylsuchender aus Münster: Es ist das völlige Versagen des Sozialsystems. Durch den sozialrechtlichen Ausschluss produziert man die künftigen Generationen der Integrations-Verlierer. Leicht verbessern würde sich die

Nur als Sklaven erwünscht MIGRATION Das niedersächsische Steinfeld ist mit der Versorgung obdachloser Rumänen und Bulgaren überfordert. Als Lohnsklaven der Flei....

Situation 2014. Ab dem 1. Januar werden Bulgaren und Rumänen das Recht erlangen, auch ohne Arbeitserlaubnis jeder Beschäftigung in der EU nachzugehen.

Die Menschen kommen aber schon jetzt. Bulgarien und Rumänien sind die ärmsten EU-Mitgliedsstaaten. 2012 hatte Rumänien einen durchschnittlichen Bruttojahresverdienst von 5.689 Euro, Bulgarien von 4.361 Euro. Es sind Länder mit einer manifesten Unterschicht, sagt Voigt. In die Region um Vechta reisen sie, weil hier in der Landwirtschaft und vor allem in der Fleischindustrie billige Arbeitskräfte gesucht werden.

Denn da sind sie beliebt: Im Juni deckte der ARD-Dokumentarfilm Lohnsklaven in Deutschland ein System sogenannter Werkverträge auf, das besonders in der Fleisch-Region um Vechta praktiziert wird. Menschen werden in Osteuropa angeworben, um für einen Hungerlohn von 400 bis 700 Euro brutto im Monat in den Schlachthöfen zu schuften.

Zentral in der Kritik ist die Fleischfirma Steinemann in Steinfeld. Bei letzterer lebten laut ARD-Bericht 70 Rumänen in einer Massenunterkunft unter strenger Kontrolle. Die Firma will sich bessern, laut Pressemitteilung hat sie dem alten Subunternehmer Ende Juni gekündigt. Schwierig aber sei es, in der Region genügend Arbeitskräfte zu finden. Laut Bürgermeisterin Honkomp haben die Menschen im Wald jedoch keine Werkverträge gehabt.

Was macht man, wenn die nicht gehen?

Christian Wölke, Gemeindepfarrer

**Load-Date:** July 25, 2013

**Der rätselhafte Herr Piening; GESELLSCHAFT Es blieb merkwürdig still, als der Integrationsbeauftragte Günter Piening überraschend zurücktrat. Das lag auch daran, dass er öffentlich wenig präsent war. Ist Piening trotzdem Vorbild für seinen Nachfolger?**

taz, die tageszeitung

Dienstag 06. März 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** BERLIN AKTUELL; S. 21

**Length:** 1204 words

**Byline:** ALKE WIERTH

**Highlight:** GESELLSCHAFT Es blieb merkwürdig still, als der Integrationsbeauftragte Günter Piening überraschend zurücktrat. Das lag auch daran, dass er öffentlich wenig präsent war. Ist Piening trotzdem Vorbild für seinen Nachfolger?

## Body

---

VON ALKE WIERTH

Allein der iranische Flüchtlingsverein reagierte sofort: Er bedaure die Entscheidung, erklärte der Verein noch am selben Tag, an dem der Senatsbeauftragte für Integration, Günter Piening, seinen Rücktritt ankündigte. Piening sei es zu verdanken, so der Vorsitzende Hamid Nowzar, dass auch Flüchtlinge in die Berliner Integrations- und Partizipationspolitik einbezogen werden.

Er sei kein Typ für Rot-Schwarz, hatte Piening am 24. Februar kurzerhand erklärt. Er sehe keine Möglichkeit, mit der CDU als neuem Koalitionspartner der SPD seine Sichtweise von Integration als selbstbestimmte Mitgestaltung der Politik durch Migranten weiterzuführen. Der Rücktritt, wirksam zum 30. Juni, kam überraschend. Vielleicht war auch das ein Grund dafür, dass Reaktionen von Migranten- und anderen integrationspolitisch aktiven Organisationen nur zögerlich kamen.

Immer auch Zweifel

Fünf Tage dauerte es etwa, bis der Türkische Bund (TBB), eine der größten migrantischen Dachorganisationen Berlins, Pienings verantwortungsvolle Arbeit würdigte. Sechs Tage waren es, bis auch der Polnische Sozialrat die von ihm eingebrachten guten Ansätze lobte. Und immer klang in dem Lob auch der Zweifel an: Piening sei bemüht gewesen, MigrantInnen zu mehr Mitwirkungsrechten zu verhelfen, heißt es etwa in der Erklärung des TBB. Der Polnische Sozialrat stellt gleich direkt fest, die guten Ansätze des Senatsbeauftragten wurden leider nicht in die Praxis umgesetzt.

Der rätselhafte Herr Piening GESELLSCHAFT Es blieb merkwürdig still, als der Integrationsbeauftragte Günter Piening überraschend zurücktrat. Das lag auch daran,....

Was macht es so schwer, die Arbeit des seit 2003 amtierenden Beauftragten des Berliner Senats für Integration und Migration zu würdigen? Immerhin gab sich Berlin unter seiner Ägide 2010 als erstes deutsches Bundesland ein Gesetz zur Regelung von Partizipation und Integration Nordrhein-Westfalen mit einem Migrantenanteil von 25 Prozent (Berlin: 25,7 Prozent) zog gerade nach. Piening rief den Landesintegrationsbeirat ins Leben, dessen teils von Migranten- und Flüchtlingsorganisationen selbst gewählte Mitglieder Senatspolitik in allen Bereichen beratend mitgestalten. Und er installierte mit dem Berliner Islamforum ein Gremium, das zwar europaweit als Vorbild Beachtung findet, jedoch kaum in der Berliner Öffentlichkeit.

Das mag daran liegen, dass der Senatsintegrationsbeauftragte sich nicht publicitywirksam beim Gebet in der Moschee oder mit einer Blumenkette um den Hals bei Frühlingsfesten von Einwanderervereinen ablichten ließ die er durchaus besuchte. Piening habe verstanden, dass es bei der Arbeit des Integrationsbeauftragten nicht um Zielgruppen, sondern ums Zusammenleben geht, sagt Anetta Kahane, Vorsitzende der gegen Rassismus tätigen Amadeu-Antonio-Stiftung. Es geht nicht um gute Taten für die armen Ausländer. Kahane war nach der Wende bis 1991 selbst Ausländerbeauftragte, wie das Amt damals hieß, des Ostberliner Magistrats.

Piening, sagt sie, habe mit seinem Ansatz einer Integrationspolitik, die deutlich mache, dass Berlin eine multiethnische und multireligiöse Stadt sei, unglaubliche Veränderungen in die Senatspolitik gebracht. Denn noch lange nach der Ära von CDU-Herrschaft und Kaltem Krieg sei Berlins Verwaltung in einem konservierten Zustand erstarrt gewesen: Die Vorstellung einer multiethnischen Gesellschaft passte da nicht rein.

Harte Bretter gebohrt

Der Integrationsbeauftragte habe im Max Weber'schen Verständnis der Politik als langsames Bohren harter Bretter kontinuierlich dagegen gearbeitet: Da findet der eigentliche Kulturkampf statt und ist unglaublich mühsam, so Kahane. So konnte etwa das Integrationsgesetz nur unter der Bedingung der Kostenneutralität eingeführt werden. Interkulturelle Kompetenzerweiterung der Verwaltung ist jetzt zwar vorgeschrieben, finanzielle Mittel dafür gibt der Senat jedoch nicht. Symbolpolitik also?

Auch die bewegt: Piening habe mit seinen Ansätzen klargemacht, dass Integration nicht die Bringschuld von Leuten ist, deren Eltern mal zum Arbeiten hierher gekommen sind, sagt Philippa Ebéné, die Leiterin der Werkstatt der Kulturen. Und: Er hat verstanden, dass man in Deutschland nicht über Integration sprechen kann, ohne auch über Rassismus zu sprechen. Denn Deutsche würde ihre Identität zwar gerne zwischen Antike und Aufklärung verorten, so Ebéné. Aber was in den letzten 150 Jahren passiert ist, vergisst man dabei oft. Piening dagegen habe über Kolonialrassismus, über Antisemitismus und Antiziganismus gesprochen. Vor allem aber auch darüber, dass Rechtsextremismus immer mit Rassismus, Rassismus aber nicht immer nur mit Rechtsextremismus zu tun hat. Piening habe erkannt, dass das unaufbereitete Themen sind, die Partizipation verhindern, so Ebéné. Und dass Partizipation ein wechselseitiger Prozess ist.

In den hat Piening auch Berlins Muslime einbezogen: Im Islamforum treffen diese sich seit 2005 viermal jährlich mit VertreterInnen der Senatsverwaltungen und der Bezirke, anderer Religionsgemeinschaften sowie zivilgesellschaftlicher Organisationen. Dabei sollen konkrete Angelegenheiten und Probleme besprochen werden: In großer Offenheit, wie Abdul Hadi Christian Hoffmann betont. Der stellvertretende Vorsitzende der Muslimischen Akademie leitet das Forum gemeinsam mit dem Integrationsbeauftragten.

Wichtig für die Entwicklung der vertrauensvollen Zusammenarbeit sei gewesen, dass es Piening gelungen sei, die Vertreter der Verwaltung verpflichtend an diesen Tisch zu bringen und dafür zu sensibilisieren, dass es beim Dialog mit Muslimen nicht nur um sicherheitspolitische Fragen geht. In einem Bericht der EU-Kommission werde das Forum als einziges gutes Beispiel in Deutschland für solche Zusammenarbeit beschrieben, so Hoffmann.

Dass Pienings Image in der Hauptstadt trotz solcher Erfolge blass blieb, hat auch Hoffmann festgestellt. Doch eigentlich habe der gerade mit seiner wenig auf große Auftritte bedachten Art, mit der er nach außen hin nicht den Eindruck eines großen Dynamikers macht, so Hoffmann, Großes geleistet: Denn Piening habe die Debatten um Integration und Islam entemotionalisiert: Das kann nicht jeder.

Der rätselhafte Herr Piening GESELLSCHAFT Es blieb merkwürdig still, als der Integrationsbeauftragte Günter Piening überraschend zurücktrat. Das lag auch daran,....

Jede Menge Forderungen

Wer soll nun Pienings Arbeit fortsetzen? Jemand, der die Zuwanderung aus den neuen EU-Ländern stärker beachtet, fordert der Polnische Sozialrat. Der Paritätische Wohlfahrtsverband erhofft sich weiteren Austausch mit Wohlfahrtsverbänden und Trägern von Migrationssozialarbeit. Der TBB wünscht sich eine Person, die sich wie Piening vom alltäglichen Populismus nicht beirren lasse und zudem die Position des Integrationsbeauftragten stärkt. Genau das dürfte die tatsächliche Herausforderung für Pienings NachfolgerIn sein.

Denn nicht nur die CDU wird sich mit Verve in eine rückwärtsgewandte Leitkulturdebatte stürzen wollen, wie ihr integrationspolitischer Sprecher Burkard Dregger im taz-Interview bereits ankündigte. Nach Dreggers Auffassung mache Pienings Sicht von Integration den Menschen Angst. Auch die neue Integrationssenatorin, Dilek Kolat (SPD), scheint die Position nicht gerade stärken zu wollen: Als eine ihrer ersten Amtshandlungen hat sie den ihrem Haus zugeordneten Posten des Integrationsbeauftragten organisatorisch herabgestuft.

Berlins Verwaltung ist in einem konservierten Zustand erstarrt gewesen

A. Kahane, Amadeu-Antonio-Stiftung

**Load-Date:** March 5, 2012

**"Der Protest wird sehr stark instrumentalisiert"; INTEGRATION Das Zeltlager auf dem Oranienplatz ist keine Dauerlösung, sagt Dilek Kolat. Die Senatorin für Integration redet über die Ziele der Flüchtlinge, den Roma-Aktionsplan und "wenig hilfreiche" CDU-Kollegen**

taz, die tageszeitung

Montag 05. August 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** BERLIN; S. 23

**Length:** 1807 words

**Byline:** ALKE WIERTH / KONRAD LITSCHKO

**Highlight:** INTEGRATION Das Zeltlager auf dem Oranienplatz ist keine Dauerlösung, sagt Dilek Kolat. Die Senatorin für Integration redet über die Ziele der **Flüchtlinge**, den Roma-Aktionsplan und wenig hilfreiche CDU-Kollegen

## Body

---

### INTERVIEW ALKE WIERTH UND KONRAD LITSCHKO

taz: Frau Kolat, im Dezember haben Sie den hungerstreikenden **Flüchtlingen** am Brandenburger Tor Ihre Hilfe versprochen. Heute protestieren diese noch immer, auf dem Oranienplatz. Was ist schiefgelaufen?

Dilek Kolat: Es ist gar nichts schiefgelaufen. Ich hatte den **Flüchtlingen** damals versprochen, mich für ihre Forderungen einzusetzen, weil ich 70 bis 80 Prozent davon teile. Und nach dem Besuch haben sie den Hungerstreik ja auch aufgegeben, weil sie gemerkt haben, dass sie Gehör finden.

Gehör vielleicht erfüllt ist aber bislang keine der Forderungen. Und die CDU will gar nicht mehr darüber reden, bis das Camp nicht geräumt ist.

Wir müssen zusammen mit den **Flüchtlingen** eine behutsame Beendigung des Camps erreichen. Ihnen zu suggerieren, das wäre eine Dauerlösung, finde ich verantwortungslos.

Wer suggeriert das?

Der Protest wird sehr stark instrumentalisiert: auf der einen Seite von Aktivisten oder dem grünen Exbezirksbürgermeister Franz Schulz; auf der anderen Seite von Teilen der CDU. Was wir jetzt brauchen, sind aber pragmatische Lösungen.

CDU-Staatssekretär Bernd Krömer verweist auf eine zunehmende Kriminalität um den Oranienplatz, die eine Räumung des Camps rechtfertigen soll.

"Der Protest wird sehr stark instrumentalisiert" INTEGRATION Das Zeltlager auf dem Oranienplatz ist keine Dauerlösung, sagt Dilek Kolat. Die Senatorin für Integ....

Das ist natürlich nicht hilfreich. Und von seinem Parteikollegen Mario Czaja hören wir ja, dass die Kriminalitätsrate im Umfeld von Flüchtlingsunterkünften nicht steigt. Ich glaube, es wäre besser, diesen Fakt in die Bevölkerung hineinzutragen, um den Menschen ihre Ängste zu nehmen, die ja oft auch von Unkenntnis herrühren.

Ein erneutes Treffen mit den Flüchtlingen haben Sie vor zwei Wochen, wie alle anderen eingeladenen Senats- und Bundespolitiker, aber auch abgesagt. Warum?

Die Integrationsbeauftragte Monika Lücke hat an meiner Stelle teilgenommen. Sie behandelt den ganzen Bereich ja auch. Ich kannte die Forderungen der Flüchtlinge ja nun bereits und versuche sie auf politischer Ebene umzusetzen.

Was nur nicht so richtig klappt.

Ich bin aktiv geworden dort, wo die politischen Forderungen auch hingehören auf der Bundesebene. Und es gibt Fortschritte. Um noch mehr von den berechtigten politischen Forderungen umzusetzen, brauchen wir andere politische Konstellationen. Ich habe damals gesagt und sage auch noch heute, dass ich die Residenzpflicht für nicht zeitgemäß halte und abschaffen will.

Auch die wird von Ihrem Koalitionspartner verteidigt, der vor Flüchtlingsschwemmen warnt.

An dieser Stelle ist unser Koalitionspartner aber nicht maßgeblich, denn in Berlin haben wir die Residenzpflicht ja schon zusammen mit Brandenburg gelockert. Es wird immer so getan, als würden alle Flüchtlinge aus der ganzen Bundesrepublik nach Berlin kommen, wenn man die Regelung aufheben würde, aber das entspricht nicht der Realität. Die Zuteilung der Flüchtlinge zu den Ländern und Landkreisen würde ja bestehen bleiben, was eine gerechte Lastenaufteilung sichert. Nur reisen zwischen den Gebieten dürften sie. Dass das jetzt verboten ist, ist eine unnötige Freiheitseinschränkung. Man kann nicht sagen: Freiheit ist ein hohes Gut in unserer Demokratie, aber Flüchtlinge dürfen ihre Bezirke nicht verlassen, nicht mal zum Beispiel dort sich aufhalten, wo Frau und Kind in Aufnahmestellen in anderen Regionen gemeldet sind.

Die Initiative, die Residenzpflicht abzuschaffen, ist aber im Bundesrat gescheitert.

Vorerst gibt es keine Mehrheit dafür. Ich halte dennoch an der Forderung fest. Dafür sind wir bei der Forderung nach schnellerem Zugang zum Arbeitsmarkt einen Schritt weitergekommen. Von mir aus bräuhete es da gar keine Fristen. Nun wurde die Wartezeit immerhin von einem Jahr auf neun Monate verkürzt, wie es Europastandard ist. Das ist ein Fortschritt.

Was sind denn Forderungen der Flüchtlinge, die Sie nicht teilen?

Das sofortige Bleiberecht für alle. Da kann ich nicht mitgehen.

Und die nach Auflösung der Sammelunterkünfte?

Vom Grundsatz her teile ich diese Forderung, und in Berlin legen wir die Priorität ja auch schon länger auf eine Unterbringung in Wohnungen. In der Umsetzung haben wir damit aber Probleme, weil preiswerter Wohnraum einfach nicht ausreichend da ist. Je schwieriger der Wohnungsmarkt in Berlin ist, desto schwieriger wird es natürlich auch, diesen Anspruch umzusetzen. Erst recht, wenn die Zahl der Flüchtlinge, die zu uns kommen, steigt. Wir brauchen momentan Gemeinschaftsunterkünfte, damit wir überhaupt Unterkünfte haben.

Es sind oft Bezirkspolitiker, die sich derzeit mit kreativsten Ausreden gegen die Unterbringung von Flüchtlingen wehren. Auch Sozialdemokraten.

Dass die prüfen, wo passt eine solche Unterkunft hin und wo nicht, finde ich in Ordnung. Natürlich müssen wir für Unterkünfte sorgen. Auf der anderen Seite müssen wir aber auch gucken, dass wir das mit Blick auf die Vor-Ort-Gegebenheiten sensibel machen.



"Der Protest wird sehr stark instrumentalisiert" INTEGRATION Das Zeltlager auf dem Oranienplatz ist keine Dauerlösung, sagt Dilek Kolat. Die Senatorin für Integ....

Also kein Flüchtlingsheim in Hellersdorf, wo Anwohner und Rechtsextreme gerade Stimmung gegen eine Flüchtlingsunterkunft machen?

Selbstverständlich gehören Flüchtlingsunterkünfte auch nach Hellersdorf! Verbunden mit der notwendigen Aufklärung und Sensibilität sehe ich dort auch keine unüberwindbaren Schwierigkeiten. Anwohnersorgen müssen wir ernst nehmen. Aber rechtsextreme Hetze dürfen wir keinesfalls hinnehmen. Den Versuch, Flüchtlinge zu kriminalisieren, dürfen wir Demokraten nicht zulassen.

Jetzt in den Sommermonaten beschäftigen Berlin auch wieder andere Zuwanderer: die Roma. Warum braucht die Stadt für diese Gruppe einen eigenen Aktionsplan, wie Sie ihn gerade veröffentlicht haben?

Erst mal lege ich großen Wert darauf, diese Themen zu trennen. Fast alle Roma-Familien sind EU-Bürgerinnen und Bürger und halten sich hier rechtmäßig auf. Das ist Folge der EU-Osterweiterung. Und jeder, der dafür war, muss auch damit rechnen, dass diese Menschen hierherkommen.

Laut Ihren eigenen Zahlen leben in Berlin derzeit 16.000 Bulgaren und 8.800 Rumänen. Ist die Stadt damit wirklich schon überfordert?

Auch wenn die Zahlen jetzt nicht so groß erscheinen, ist der Zuwachs an Menschen aus Rumänien und Bulgarien in den letzten Jahren beachtlich gewesen. Ihre soziale Situation ist sehr speziell, sodass Handeln dringend geboten war. Ich glaube, dass die Anforderungen an diese Menschen bei der Partizipation um ein Vielfaches höher sind als für Menschen mit Migrationshintergrund, die schon länger hier sind. Da müssen wir sehr früh reagieren, damit wir nicht in zehn Jahren sagen: Mein Gott, hätten wir mal mehr gemacht.

Wie hilft da der Aktionsplan?

Damit wollen wir ganz pragmatische Lösungen anbieten. Über Straßensozialarbeit sollen die Menschen an unsere Hilffsysteme herangeführt werden. In Lerngruppen lernen die Kinder die deutsche Sprache. In den Schulen werden den Jugendlichen berufliche Perspektiven aufgezeigt. Und wir sorgen für Impfschutz und gesundheitliche Beratung. Diese Menschen haben das Recht darauf, hierzubleiben. Wir wollen sie deshalb vollständig integrieren. Dafür gibt es den Aktionsplan.

Sie nennen Maßnahmen, die es alle bereits gibt. Zudem fehlt dem Aktionsplan eines völlig: die finanzielle Unterfütterung. Was soll das bringen?

Dieser Plan bringt eine ganze Menge an neuen Ansätzen. Auch weil sich alle Senatsverwaltungen und Bezirke dazu bekennen, dass das Thema Roma eine gemeinsam zu lösende Querschnittsaufgabe ist.

Am Ende aber könnte es von allen heißen: Wir würden ja gerne helfen, aber wir haben kein Geld. Und nichts passiert.

Die Wahrscheinlichkeit dafür ist sehr gering. Ich sehe bei allen die Bereitschaft, sich zu beteiligen. Und unsere Aktivitäten der letzten zwei Jahre haben sich doch schon ausgezahlt: Die ganze Roma-Debatte hat sich heute beruhigt. Senat und Bezirke haben frühzeitig Integrationsmaßnahmen getroffen und sich gekümmert. Die Stadt hat gezeigt, dass sie integrationsfähig ist.

Mal abgesehen vom Roma-Aktionsplan passiert derzeit allerdings integrationspolitisch wenig in Berlin.

Wie kommen Sie denn darauf?

Der jüngste Bericht zum Partizipationsgesetz hat vor allem gezeigt, dass kaum etwas umgesetzt wurde. Die neue Integrationsbeauftragte Monika Lücke ist kaum präsent. Und vom Landesbeirat für Integration hört man seit der missglückten und dann nachgeholt Wahl nichts mehr.

"Der Protest wird sehr stark instrumentalisiert" INTEGRATION Das Zeltlager auf dem Oranienplatz ist keine Dauerlösung, sagt Dilek Kolat. Die Senatorin für Integ....

Das ist mir zu vergangenheitsorientiert. Medien schauen gerne auf Konflikte, damit sie was zum Schreiben haben. Wir machen eine erfolgreiche, aber nicht sehr laute Arbeit.

Wir schreiben auch über Erfolge. Wo sehen Sie diese denn für Ihre Integrationspolitik?

Wir haben nicht nur die Themen Flüchtlinge und Roma vorangebracht, sondern auch die Umsetzung des Partizipations- und Integrationsgesetzes. Die neuen Förderrichtlinien für die Selbstorganisationen von Migranten sind auf dem Weg. Da wird ab 2014 viel Bewegung reinkommen. Wir haben die interkulturelle Öffnung erstmals auch in die Privatwirtschaft gebracht: In der Metall- und Elektrobranche gibt's jetzt auch unser Modell. Berlin braucht dich, das gezielt migrantische Jugendliche anspricht. Und wir werden die Stadtteilmütter landesweit auf eine solide Basis stellen.

Was heißt das?

Zum einen will ich Kontinuität: Dass wir Stadtteilmütter bekommen, die dauerhaft im Einsatz sind, statt ständig zu wechseln. Zum anderen möchte ich das Projekt aber auch mehr als Beschäftigungsmaßnahme nutzen. Meine Erfahrung ist, dass sich viele arbeitslose Frauen als Stadtteilmutter ungemein selbst entwickeln. Sie werden selbstbewusst, sie lernen die Sprache schneller, sie sind im Kiez bestens vernetzt. Das ist eine Chance, diese Frauen später in eine richtige Beschäftigung zu vermitteln.

Wie soll das alles finanziert werden? Der Senat hat gerade beschlossen, Ihren Etat bis 2015 von heute 101 auf 77 Millionen zu kürzen. Und zugestandene EU-Gelder haben Sie nicht abgerufen.

Das sehe ich gelassener, als es gerade diskutiert wird. Die Etatkürzung begann ja bereits bei meiner Vorgängerin. Dahinter steckt auch eine Umstellung der Bundesinstrumente für die Arbeitsmarktförderung. Und nicht verausgabte EU-Mittel sind nicht nur ein Thema für mein Haus, sondern für alle Senatsverwaltungen. Und diese Gelder verfallen ja nicht. Mein Ziel bleibt, die Arbeitslosenquote in Berlin zu reduzieren, vor allem die der Jugendlichen. Das trifft ja gerade Menschen mit Migrationshintergrund. Wenn wir da Arbeit schaffen, ist das die Basis für Teilhabe und wird viele Probleme beseitigen, die wir heute mit Migration in Verbindung bringen. Übrigens gibt es für den Bereich Integration in meinem Etat keine Kürzungen, sondern einen Zuwachs, was ich als einen Erfolg sehe.

Letzte Frage: Sie galten mal als Anwärtlerin für die Nachfolge von Bürgermeister Klaus Wowereit. Zuletzt waren nur noch Jan Stöß und Raed Saleh im Gespräch. Machen das jetzt die Männer unter sich aus?

Ach kommen Sie, diese Diskussion stellt sich absolut nicht.

Für Stöß und Saleh vielleicht schon.

Der Regierende hat klar gesagt, dass er bis zum Ende der Legislatur gewählt ist. Es bleibt dabei: Die Diskussion stellt sich nicht.

**Load-Date:** August 4, 2013

## Tod auf hoher See; FLUCHT Noch nie ertranken so viele Flüchtlinge auf dem Weg von Afrika nach Europa wie im vergangenen Jahr, sagt die UNO

taz, die tageszeitung

Donnerstag 02. Februar 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** AKTUELLES; S. 02

**Length:** 613 words

**Byline:** DOMINIC JOHNSON / CHRISTIAN JAKOB

**Highlight:** FLUCHT Noch nie ertranken so viele Flüchtlinge auf dem Weg von Afrika nach Europa wie im vergangenen Jahr, sagt die UNO

### Body

---

VON DOMINIC JOHNSON UND CHRISTIAN JAKOB

BERLIN taz | Über 1.500 tote Flüchtlinge im Mittelmeer – das macht 2011 zum tödlichsten Jahr für diese Region, seit UNHCR begann, 2006 diese Statistiken zu erheben, so Sybilla Wilkes, Sprecherin des UN-Flüchtlingshochkommissariats UNHCR. Den bisherigen Rekord hielt das Jahr 2007 mit 630 Toten.

Dabei gilt 1.500 als Untergrenze. Die wahre Zahl der Toten sei wahrscheinlich deutlich höher, so der deutsche UNHCR-Sprecher Stefan Telöken. Bereits seit Juni 2011 sprach die UNO von 1.500 Ertrunkenen oder Verschollenen im Mittelmeer seit Jahresbeginn, die italienische katholische Gemeinde Sant'Egidio nannte im August 1.820 Tote.

Es geht fast ausschließlich um Afrikaner, die illegal nach Europa wollten oder vor dem Bürgerkrieg in Libyen fliehen. Überlebende erzählten erschütternde Geschichten, wie sie von bewaffneten Gardien auf Boote gezwungen wurden, insbesondere im April und Mai in Libyen, so Wilkes. Die Reise fand auf seeuntüchtigen Booten statt, die Flüchtlinge und Migranten oft selbst steuern mussten. Dazu sagten manche, dass Mitreisende sie schlugen und folterten.

Nicht nur für die Zahl der Toten im Mittelmeer war 2011 laut UNHCR ein Rekordjahr, auch für die Zahl der Lebenden. Mehr als 58.000 Illegale erreichten Europa laut UNHCR im vergangenen Jahr auf dem Seeweg. Auch diese Zahl ist eher eine Untergrenze: Während die UN-Behörde sich auf Befragungen vor Ort stützt, zählt die EU-Grenzagentur Frontex alle staatlich registrierten Ankömmlinge und zählt allein bis September 2011 rund 70.000 Einreisen ohne Papiere über das Mittelmeer nach Europa. Fast alle landeten in Italien. Dazu kamen laut UNHCR rund 55.000 auf dem Landweg über die Türkei nach Griechenland; Frontex zählt 37.000 bis September.

Die Preise für eine Überfahrt aus Libyen waren nach Beginn des libyschen Bürgerkrieges im März 2011 stark gefallen; das Gaddafi-Regime gab die Küste für Flüchtlingsboote frei und vertrieb auch Afrikaner mit Gewalt,

Tod auf hoher See FLUCHT Noch nie ertranken so viele Flüchtlinge auf dem Weg von Afrika nach Europa wie im vergangenen Jahr, sagt die UNO

während Libyens Rebellen ihrerseits Schwarzafrikaner als mutmaßliche Gaddafi-Anhänger verfolgten. Die Folge waren katastrophale Schiffsunglücke mit teilweise Hunderten Toten.

Die Flucht geht auch nach Ende des Krieges in Libyen weiter. Am Samstag gab Somalias Botschaft in Libyen bekannt, 15 somalische Leichen, davon 12 weiblich, seien am Strand von Misurata angeschwemmt worden; 40 weitere Passagiere eines vermutlich havarierten Bootes würden vermisst. Bereits am 14. Januar hatten die Passagiere SOS gefunkt; die libysche Küstenwache fand sie aber nicht. Am 13. Januar rettete die italienische Küstenwache ein Boot mit 72 somalischen Flüchtlingen aus Libyen; am 15. Januar bargen die Streitkräfte von Malta mit Hilfe der US-Marine ein führungslos driftendes Boot mit 68 Passagieren 56 Seemeilen von Malta entfernt.

Bemühungen der EU, Libyens neue Regierung zur Verhinderung der illegalen Emigration zu bewegen, scheinen nicht zu fruchten. Libyen wird nicht Europas Grenzwächter sein, sagte der neue libysche Innenminister Fawzi Abdelali am Dienstag. Selbst wenn es wollte, es könnte das nicht.

Derweil sitzen weiter knapp 5.000 Flüchtlinge aus Krisenländern wie Somalia, Eritrea, Sudan oder Äthiopien, die während des Krieges aus Libyen geflohen waren, in Wüstenlagern des UNHCR in Ägypten und Tunesien fest. Das UNHCR hat Asylverfahren durchgeführt, um zu prüfen, ob sie in ihre Länder zurückkehren können oder Schutzbedürftige im Sinne der Genfer Konvention sind. Das ist nach UNHCR-Angaben bei etwa 4.400 der Flüchtlinge der Fall. Aber 14 Industriestaaten haben bislang nur rund 900 sogenannte Resettlement-Plätze zugesagt, um die Flüchtlinge aufzunehmen. Über 3.400 müssen in der Wüste bleiben.

**Load-Date:** February 1, 2012

**Ein neues Heim im Hochhaus; MIGRATION Die neue Erstaufnahmestelle für Flüchtlinge in Lichtenberg ist bei Bewohnern und Betreibern beliebt. Auf eine Unterkunft in Spandau kann trotzdem nicht verzichtet werden**

taz, die tageszeitung

Samstag 21. April 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** BERLIN; S. 43

**Length:** 1101 words

**Byline:** MARINA MAI

**Highlight:** **MIGRATION** Die neue Erstaufnahmestelle für **Flüchtlinge** in Lichtenberg ist bei Bewohnern und Betreibern beliebt. Auf eine Unterkunft in Spandau kann trotzdem nicht verzichtet werden

## Body

---

VON MARINA MAI

Elena sitzt im Spielzimmer des **Asylbewerberheims** in der Lichtenberger Rhinstraße und malt Hasen. Sie macht das nicht für sich – sie ist 16 Jahre alt, um sie herum am Tisch sitzen ihre sechs jüngeren Geschwister. Jeder hat ein Blatt Papier vor sich. Wir sitzen hier, weil Ferien sind, sagt das Roma-Mädchen aus Bosnien. Sonst wäre sie jetzt in der Schule. Für die hat Elena nur ein Wort: Super! Sie ist für das Mädchen etwas ganz Besonderes. Noch ist sie Analphabetin, kann nur ein wenig zählen und rechnen. In Bosnien ist sie nur ein halbes Jahr lang zur Schule gegangen.

Eigentlich war das Heim in der Rhinstraße noch vom rot-roten Senat als Ersatz für eine Unterkunft in der Spandauer Motardstraße geplant. Mit 320 Bewohnern ist es nun fast voll belegt. In der Motardstraße wohnen rund 400 Menschen. Wir betreiben zwei Heime an den entgegengesetzten Enden der Stadt und haben kaum Personal, bedauert die Leiterin.

Snezana Hummel von der AWO Mitte, die die im Februar eröffnete Erstaufnahmestelle für Asylbewerber in Lichtenberg und das alte Heim in der Spandauer Motardstraße betreibt, ist zufrieden. Es ist eine Freude, zu sehen, wie die Jugendlichen am Morgen zur Schule gehen. Elena und andere Roma-Mädchen aus Serbien und Bosnien haben denselben Weg wie kurdische und palästinensische Jungs. Da ist ein Zusammenhalt, obwohl sie keine gemeinsame Sprache sprechen. Aber sie alle sind stolz, zur Schule gehen zu dürfen, sagt Hummel mit Blick auf die Rhinstraße. Die Jugendlichen gehen dort in eine Kleinklasse für ältere Lernanfänger. Aus der Spandauer Motardstraße gehen kaum Kinder zur Schule. Sie müssen dort über Monate auf die Untersuchung beim Schularzt warten, kurz danach ziehen sie häufig wieder von der Erstaufnahmestelle weg. Mit den langen Fristen drückt sich der Bezirk um die Aufgabe, die Kinder zu beschulen. In Lichtenberg klappt das besser, sagt Snezana Hummel. Die Zusammenarbeit mit dem Bezirk funktioniert sehr gut.

Ein neues Heim im Hochhaus MIGRATION Die neue Erstaufnahmestelle für Flüchtlinge in Lichtenberg ist bei Bewohnern und Betreibern beliebt. Auf eine Unterkunft in....

Ganz unproblematisch war der Anfang im neuen Heim jedoch nicht. Sie habe geschluckt, sagt Hummel, als sie hörte, dass die neue Erstaufnahmestelle für Asylbewerber in einen elfgeschossigen Plattenbau ziehen würde, der bewohnt war. Die AWO musste den bisherigen Bewohnern eine gleichwertige Ersatzwohnung anbieten, diese renovieren, die Umzüge organisieren und die Kosten erstatten. Ich habe mit Widerständen gerechnet. Aber alles verlief unproblematisch. Einzig ein Rentner habe aus persönlich nachvollziehbaren Gründen nicht umziehen wollen.

Auch das Image des Bezirks sprach nicht unbedingt dafür, die Aufnahmestelle dorthin zu legen. Hummel stammt aus dem früheren Jugoslawien und kam im Alter von acht Jahren ins damalige West-Berlin. Lichtenberg, sagt sie, habe sie lange mit Rechtsextremismus assoziiert. Sie erwartete ein Umfeld, in dem nur Deutsche wohnten und Menschen anderer Hautfarbe auffallen würden. Doch in den Nachbarhäusern stammen viele Familien aus Vietnam. Russlanddeutsche Spätaussiedler, Menschen polnischer und afrikanischer Abstammung wohnen hier.

Bui Duc Hoa von der Vereinigung der Vietnamesen schätzt die Gegend als Wohngebiet für seine Landsleute. Über rechtsextreme Vorfälle hat hier noch niemand geklagt, sagt er. Auch die Wahlkreisabgeordnete Marion Platta von der Linken sagt, die Elfgeschosser nahe dem Gewerbegebiet seien ein stilles Gebiet. Allerdings würden wir uns ein wenig mehr Bürgerengagement wünschen. Bezirksbürgermeister Andreas Geisel (SPD) sagt: Die Asylbewerber sind hier willkommen auch wenn ich mir wünschen würde, dass sie in Wohnungen statt in Sammelunterkünften wohnen dürften. Zumindest in der Erstaufnahmephase sind Heime aber bundesgesetzlich zwingend vorgeschrieben.

Snezana Hummel schwärmt von den vielen kleinen Details im Heim: Das Wort Eingang steht in acht Sprachen über der Tür. Ein Zeichen für den Respekt gegenüber unseren Bewohnern, sagt Hummel. Die halbe Treppe bis ins Erdgeschoss können auch Rollstuhlfahrer, die auf dieser Etage wohnen, ohne Hilfe bewältigen, ab dort fährt auch ein Fahrstuhl. Die Etagen haben nicht nur Nummern, sondern auch Symbole: etwa einen Mond, einen Kreis oder einen Querstrich. Damit können sich auch Analphabeten im Haus orientieren. Im Spielzimmer gibt es Toiletten und Waschbecken für Kinder, die die AWO auch in ihren Kitas hat.

Noch wird das Essen in eingeschweißten Folien ausgegeben. Aber die vom Bund vorgeschriebene Vollverpflegung will die AWO abmildern und den Bewohnern mehr Freiraum bieten. Ein Buffet soll es geben mit Zutaten auch aus dem nahen Asiamarkt auch das, wie Snezana Hummel sagt, aus Respekt gegenüber den Bewohnern.

Ein wenig unfertig ist das neue Heim noch: Eine palästinensische Familie mit vier Kindern ist vor sechs Tagen aus Spandau hierher gezogen. In der Motardstraße war ich geschockt, wie dreckig es war, sagt die Mutter. In Lichtenberg sei es sauber und hell, die Zimmer seien größer. Statt Gemeinschaftsduschen gibt es hier Einzelduschen, die Intimsphäre wird besser gewahrt. Küche und Bad liegen gleich neben dem Zimmer und nicht am anderen Ende des Ganges, sagt sie. Für die vierfache Mutter eine Erleichterung: Ich fühle mich entspannter. In zwei Wochen haben die drei älteren Kinder einen Termin zur Schuluntersuchung und gleich am darauffolgenden Tag sollen sie zur Schule gehen.

Der Schulbesuch ist nicht nur für die Kinder wichtig, sagt Hummel. Er strukturiert den Tag der ganzen Familie. Die Eltern haben eine Aufgabe, wenn sie die Kinder zur Schule bringen. Noch hat die palästinensische Familie auch ohne Schule etwas zu tun: die Gänge zum Sozial- und Bürgeramt und die Versorgung des Jüngsten. Allerdings vermissen sie die Deutschkurse für Erwachsene, die es in der Motardstraße gibt. Wir haben zu wenig Personal, bedauert Hummel. Geplant seien Deutschkurse viermal pro Woche wenn es mehr Personal gibt.

Hummel wünscht sich, dass die Motardstraße bald geschlossen wird, die baulichen Bedingungen lassen eine Modernisierung an die Erfordernisse kaum zu. Für eine Schließung müsse die Politik nun sorgen. Ich denke, es hakt weniger bei der Landesregierung als bei den Bezirken, die keinen Ersatzstandort akzeptieren wollen. Die Rhinstraße ist als Ersatz zu klein, schließlich werden mehr Plätze benötigt.

Eine Erstaufnahmestelle für Asylbewerber in einem Bezirk zu haben bedeutet auch, dass immer neue Lernanfänger in die ohnehin vollen Schulen des Bezirks kommen. Und ein Bezirk, der das so vorbildlich löst wie Lichtenberg, sagt Hummel, sei eben ein seltener Glücksfall.

Ein neues Heim im Hochhaus MIGRATION Die neue Erstaufnahmestelle für Flüchtlinge in Lichtenberg ist bei Bewohnern und Betreibern beliebt. Auf eine Unterkunft in....

Es mangelt an Deutschkursen für Erwachsene. Geplant seien die viermal pro Woche wenn es mehr Personal gibt

**Load-Date:** April 20, 2012

---

End of Document

**Fluchtgeschäfte; Fünf junge Journalisten haben sich auf den Weg an die EU-Außengrenze zwischen der Ukraine und der Slowakei gemacht. Sie sind Mitglieder der "Jungen Presse Berlin", die Nachwuchsreporter dabei unterstützt, Erfahrung zu sammeln. In der Kontext: Wochenzeitung berichten sie von ihren Beobachtungen an der Hightechgrenze zum Land der nächsten EM, dem die deutsche Politik momentan mit einem Boykott wegen Menschenrechtsverletzungen droht**

taz, die tageszeitung

Samstag 05. Mai 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** HINTERGRUND; S. 03

**Length:** 890 words

**Byline:** Raphael Krämer / Ruben Neugebauer / David Erdmann / Nick Jaussi / Jakob Schily

**Highlight:** Fünf junge Journalisten haben sich auf den Weg an die EU-Außengrenze zwischen der Ukraine und der Slowakei gemacht. Sie sind Mitglieder der Jungen Presse Berlin, die Nachwuchsreporter dabei unterstützt, Erfahrung zu sammeln. In der Kontext: Wochenzeitung berichten sie von ihren Beobachtungen an der Hightechgrenze zum Land der nächsten EM, dem die deutsche Politik momentan mit einem Boykott wegen Menschenrechtsverletzungen droht

## Body

---

von Raphael Krämer, Ruben Neugebauer, David Erdmann, Nick Jaussi und Jakob Schily

Bewegungsmelder, Wärmebildkameras, unsichtbare Detektorkabel in der Erde sowie Grenzpolizeieinheiten mit Motorrädern und Geländewagen – so sieht die neue Hightechgrenze zwischen der Slowakei und der Ukraine aus, in der demnächst die Fußball-EM steigen soll. Und die Grenze soll weiter hochgerüstet werden. Jan Kosticak, technischer Leiter der slowakischen Grenzpolizei, schwärmt sogar von einem virtuellen Zaun, der menschliche Bewegungen erkennen kann. Eiserner Vorhang 2.0, sozusagen. In wenigen Jahren möchte er die komplette Grenze damit ausgestattet wissen.

Eine der fünf Hauptmigrationsrouten für Bürgerkriegsflüchtlinge aus Ländern wie Afghanistan oder Somalia in die EU führt über die Ukraine in die Slowakei. Für viele **Flüchtlinge**, die auf dem langen Weg in den für sie goldenen Westen sind, ist dort aber erst mal Endstation. Wer es über die Grenze schafft, wird sofort wieder in die Ukraine abgeschoben und bekommt keinen Zugang zum **Asylverfahren** in der Slowakei. Und so sitzen viele im Abschiebegefängnis oder in einem der Lager nahe der Grenze fest. Wer es besser trifft, lebt in der ukrainischen Grenzstadt Uschhorod. Und wird abgezockt. Denn auf der anderen Seite der Grenze haben die Leute offensichtlich die **Flüchtlinge** als Wirtschaftsfaktor entdeckt.



Fluchtgeschäfte Fünf junge Journalisten haben sich auf den Weg an die EU-Außengrenze zwischen der Ukraine und der Slowakei gemacht. Sie sind Mitglieder der "Jun....

Nabil (Name geändert), ein sechzehnjähriger Junge aus Afghanistan, hat kürzlich versucht, die Grenze in die Slowakei zu überqueren. Seitdem sitzt er mit zehn weiteren Gefangenen in einer Zelle des Abschiebegefängnisses in der ukrainischen Grenzstadt Tschop. Die Haftbedingungen seien untragbar, sagt er. Kürzlich wurde das Lager mit Geld der europäischen Nachbarn saniert. So spendierte die EU zum Beispiel eine Klimaanlage und frischen Putz für die Fassade. Doch hinter dem neuen Anstrich sind viele der alten Probleme geblieben.

Wenn man etwas möchte, muss man bezahlen

Nabil kennt seine Zellennachbarn nicht, Hofgang gibt es keinen, die Stahltüren zum Flur bleiben immer geschlossen. Selbst wenn Nabil auf die Toilette muss, sagt er, ist er gezwungen zu warten, bis ihm ein Soldat aufmacht. Das kann schon mal ein wenig dauern. Für ein Telefonat kassieren die Wärter Bestechungsgeld, dasselbe gilt für Zigaretten. Wenn man etwas möchte, muss man bezahlen, sogar für den Übersetzer.

Die Flüchtlinge müssen in der Regel sechs Monate im Gefängnis bleiben. Danach werden sie meist freigelassen. Aus dem Gefängnis entlassen, können sich die Flüchtlinge um einen Flüchtlingsstatus bewerben. Diesen Status und damit eine Arbeitserlaubnis erhalten jedoch nur wenige. Die meisten bleiben im Verwaltungsapparat gefangen und bekommen immer wieder Papiere ausgestellt, die nur 14 Tage gültig sind.

Auch Halim (Name geändert), ein Flüchtling aus Afghanistan, muss alle 14 Tage nach Uschhorod zur Migrationsbehörde, um seine Papiere stempeln zu lassen. Fast immer sind dabei Bestechungsgelder fällig. Beahlt er nicht, erhält er keinen Stempel. Und ohne gültigen Stempel lebt er ständig mit der Angst, verhaftet zu werden und im Abschiebegefängnis Tschop zu landen. Halim kommt gerade aus dem Gebäude der Migrationsbehörde in der Grenzstadt Uschhorod. Wieder 20 Euro, 200 Hrywnja, für einen Stempel auf einem Ausweisdokument. Aus seiner Stimme kann man Resignation heraushören.

Rassismus und Abzocke sind an der Tagesordnung

Viele Flüchtlinge zieht nach Uschhorod, schlagen sich dort mit Schwarzarbeit durch und warten auf die nächste Möglichkeit, in die Slowakei und damit die EU zu kommen. Farid, ein siebzehnjähriger Flüchtling aus Somalia, ist auf dem Weg in seine Wohnung; von der anderen Straßenseite ruft ein junger Mann in aggressivem Ton: Go home! So etwas passiere hier jeden Tag, sagt Farid. Später holt er ein blutiges Tuch aus der Hosentasche, er zeigt Narben an der Hand und an der Oberlippe. Er sei schon mehrfach angegriffen worden, sagt er.

Die Zweizimmerwohnung, in der Farid mit seinem Bruder und dessen ganzer Familie wohnt, ist heruntergekommen. Der Kühlschrank funktioniert schon lange nicht mehr, an den Wänden breitet sich Schimmel aus. Warmes Wasser? Fehlanzeige. Für die Wohnung zahlt Farids Bruder umgerechnet 200 US-Dollar Miete. In gebrochenem Englisch erklärt der junge Mann, dass man für diesen Preis in Uschhorod deutlich bessere Wohnungen bekommen könnte, nicht jedoch mit seinen Papieren. Das Geld für die Miete kommt von Verwandten im Ausland. Lange wird das so aber nicht mehr gehen, sagt Farid.

Am Morgen nach dem Besuch in Farids Wohnung ruft er aufgeregt an. Er erzählt, es fände gerade eine Razzia in ihrem Häuserblock statt, in dem außer ihm und seiner Familie noch andere Flüchtlinge leben. Einer von ihnen werde gerade verhaftet und nach Tschop gebracht, sagt Farid durchs Telefon. Der Mann habe im Hinterhof gegessen und seine Papiere in der Wohnung vergessen.

Farid weiß, was es bedeutet, nach Tschop gebracht zu werden. Nach seinem ersten Versuch, in die EU zu gelangen, hat er bereits sechs Monate dort verbringen müssen. 500 Euro hat er an die Beamten gezahlt, daraufhin ließen sie ihn frei. Heute hat er seine Papiere immer dabei, er möchte der Polizei keinen Anlass bieten, ihn noch einmal zu verhaften oder Geld von ihm zu erpressen. Entmutigt ist er nicht. Zum Abschied benutzt er eine Floskel, die viele in Uschhorod verwenden: See you in Germany!

Fluchtgeschäfte Fünf junge Journalisten haben sich auf den Weg an die EU-Außengrenze zwischen der Ukraine und der Slowakei gemacht. Sie sind Mitglieder der "Jun....

---

End of Document

**"Ich verstehe den Vorwurf nicht"; IM VISIER Wer nichts zu verbergen habe, könne sich doch auch kontrollieren lassen, sagt Bernhard Witthaut, Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei. Eine Einstellungsquote bei der Polizei lehnt er ab. Dass es so wenige Migranten in Uniform gebe, liege auch an hohen gesundheitlichen Anforderungen**

taz, die tageszeitung

Samstag 22. Dezember 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** THEMEN DES TAGES; S. 03

**Length:** 1425 words

**Byline:** DANIEL BAX

**Highlight:** IM VISIER Wer nichts zu verbergen habe, könne sich doch auch kontrollieren lassen, sagt Bernhard Witthaut, Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei. Eine Einstellungsquote bei der Polizei lehnt er ab. Dass es so wenige Migranten in Uniform gebe, liege auch an hohen gesundheitlichen Anforderungen

## Body

---

### INTERVIEW DANIEL BAX

taz: Herr Witthaut, im Zuge der NSU-Affäre ist die Polizei in die Kritik geraten: Sie habe nur gegen Migranten ermittelt und Rechtsextreme als Täter ausgeschlossen. Was sagen Sie dazu?

Bernhard Witthaut: Ich kann nachempfinden, dass die Angehörigen emotional stark betroffen sind und dass dann auch pauschal Vorwürfe erhoben werden. Aber man kann es den Kollegen in der Mordkommission nicht vorwerfen, dass am Ende nur noch in eine Richtung ermittelt wurde. Dass das Bundeskriminalamt nicht zentral die Ermittlung übernommen hat, ist das Ergebnis politischen Gerangels und die Entscheidung der Innenminister. Wir können aber heute nicht wissen, ob das BKA überhaupt andere Ermittlungsansätze gefunden hätte als die Mordkommissionen.

Der Vorsitzende der Türkischen Gemeinde in Deutschland, Kenan Kolat, hat von institutionellem Rassismus gesprochen.

Das ist völlig falsch, und das weise ich vehement von uns. Wir sind nicht auf dem rechten Auge blind, und es gibt bei der Polizei auch kein Mentalitätsproblem. Und ich kann nur plädieren, mit dem Wort Rassismus etwas vorsichtiger umzugehen, wenn einem an einer sachlichen Auseinandersetzung gelegen ist.

Was kann die Polizei tun, um bei Migranten wieder mehr Vertrauen zu gewinnen?

"Ich verstehe den Vorwurf nicht" IM VISIER Wer nichts zu verbergen habe, könne sich doch auch kontrollieren lassen, sagt Bernhard Witthaut, Vorsitzender der Gew....

Wir sind schon seit Jahren dabei, nicht nur die interkulturelle Kompetenz unserer Kolleginnen und Kollegen zu fördern, sondern auch Menschen mit Migrationshintergrund den Weg in den Polizeidienst zu öffnen. Und da es immer mehr werden, kann es um das Image der Polizei in der Migranten-Community nicht so schlecht bestellt sein.

Im Rahmen der NSU-Affäre wurde bekannt, dass zwei Polizisten in Baden-Württemberg mal beim Ku-Klux-Klan waren. Muss die demokratische Einstellung von Bewerbern stärker kontrolliert werden?

Bei der Polizei gibt es keine Gesinnungstests. Natürlich interessiert bei den Einstellungsgesprächen, ob die demokratische Grundhaltung vorhanden ist. Auch die Gewerkschaft der Polizei ist sehr daran interessiert, dass Leute, die sich etwa während der Ausbildung in Uniform mit dem Hitlergruß abbilden lassen, meist unter dem Einfluss alkoholischer Getränke, sofort aus dem Polizeidienst entlassen werden. Solche Fälle gibt es. Der Selbstreinigungsprozess funktioniert aber. Und aus meiner Sicht machen solche schwarzen Schafe angesichts von 260.000 Polizisten bundesweit allerdings nur einen verschwindend geringen Anteil aus.

Dennoch bleiben die schwarzen Schafe beim Ku-Klux-Klan.

Was mich an dem Fall ärgert, ist, dass man das nicht rechtzeitig aufgeklärt hat und auch später, als man es wusste, gezögert hat, daraus Konsequenzen zu ziehen. Das halte ich für falsch.

Opferverbände beklagen, dass die Polizei bei rassistischen Taten oft einseitig ermitteln würde. Zu Recht?

Ich verstehe den Vorwurf nicht. Da muss man sich jeden Einzelfall genau ansehen. Die Polizei muss ja be- und entlastendes Material sammeln, im Auftrag und in enger Zusammenarbeit mit der Staatsanwaltschaft. Es kommt aber oft vor, dass erst in der Gerichtsverhandlung die wahren Tatmotive zutage treten.

Die Amadeu Antonio Stiftung wirft der Polizei vor, dass Rassismus als Motiv zu oft vorschnell ausgeschlossen werde.

Die Stiftung geht von 190 Mordfällen seit 1990 aus, bei denen ein rechtsradikales Motiv vorgelegen haben soll, die offiziellen Zahlen liegen bei 46 oder 47. Die Stiftung sagt aber nicht, wie sie zu dieser Beurteilung kommt. Es wäre aus meiner Sicht wichtig, mal aufzuklären, worauf diese Differenz beruht. Vielleicht kommt es auch darauf an, ob man die Zahl vor Beginn eines Verfahrens erhebt oder danach. Sonst wird nur mit Vorwürfen gearbeitet, aber das Problem nicht gelöst.

Menschen mit dunkler Hautfarbe klagen darüber, dass sie häufiger von der Polizei kontrolliert werden als andere Bürger. Gerade wurde eine Petition eingebracht, um verdachtsunabhängige Kontrollen zu verbieten. Ist das angebracht?

Ein Polizist muss sein Erfahrungswissen anwenden können. In der Region, aus der ich komme, gibt es zum Beispiel ein Asylbewerberheim, von dem die Polizei weiß, dass da mit Rauschgift gehandelt wird. Da leben viele Menschen aus afrikanischen Ländern, von ihnen bestimmen viele die Drogenszene. Wenn ein Polizist dann so jemanden am Bahnhof in Osnabrück sieht, dann ist die Wahrscheinlichkeit, dass der Stoff dabei hat, ziemlich hoch. Ob der Betroffene das als diskriminierend empfindet oder lediglich sauer ist, dass die Polizei seine Drogengeschäfte vereitelt hat, mag dahingestellt sein. Wenn ich nichts zu verbergen habe, dann kann ich mich ja auch kontrollieren lassen, oder?

Manchmal eskalieren solche Situationen aber in Gewalt.

Das darf nicht passieren. Der Bürger muss akzeptieren, dass er kontrolliert wird.

In Großbritannien gibt es eine unabhängige Beschwerdestelle, um polizeiliches Fehlverhalten besser ahnden zu können. Eine gute Idee?

Bei uns liegt die Zuständigkeit für die Polizei bei den Bundesländern, in England gibt es eine völlig unabhängige Organisationsstruktur. In Sachsen-Anhalt etwa haben wir eine Beschwerdestelle, die beim Innenministerium

"Ich verstehe den Vorwurf nicht" IM VISIER Wer nichts zu verbergen habe, könne sich doch auch kontrollieren lassen, sagt Bernhard Witthaut, Vorsitzender der Gew....

angesiedelt ist. Die Erfahrungen dort sind gut. Aber ich finde es falsch, die Polizei unter einen Pauschalverdacht zu stellen. Und das wird mit so einer Beschwerdestelle suggeriert.

Würde es die Polizei nicht entlasten, wenn andere gegen ihre Kollegen ermitteln?

Wenn Kollegen betroffen sind, dann werden ja meist andere Dienststellen mit den Ermittlungen beauftragt. Und dass Polizisten sich in so einer Situation auch nicht scheuen, eine Strafanzeige gegen Kolleginnen und Kollegen zu erstatten, wenn der Vorwurf im Raum steht, dass sie übermäßig eingeschritten sind, hat sich oft gezeigt. Mittlerweile ist die Polizei sensibilisiert.

Wie geht man mit Rassismus in den eigenen Reihen um?

Die Gewerkschaft der Polizei hat sich schon immer gegen solche Gesinnungen gewandt. Wir waren die Ersten, die es Parteimitgliedern der Republikaner untersagt haben, bei uns Mitglied zu sein. Für unseren Kampf gegen Rechtsextremismus in der Gesellschaft sind wir seinerzeit mit der Theodor-Heuss-Medaille ausgezeichnet worden. Und wir haben mit unserer gewerkschaftlichen Bildungsarbeit dazu beigetragen, die Kolleginnen und Kollegen zu sensibilisieren. Die Sensibilität muss auch bei allen Führungskräften vorhanden sein.

Gibt es da ein Ostproblem?

Wenn ich mir die jüngste Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung anschau, dann gibt es in manchen Regionen offensichtlich einen höheren Anteil von Rechtsextremen, und dazu gehören auch manche Regionen in den fünf neuen Ländern. Die Polizei ist ein Spiegelbild der Gesellschaft. Deshalb muss man mit dem Instrument der inneren Führung für eine demokratische Grundhaltung sorgen. Natürlich ist es aber auch so: Wenn manche Polizisten nur in problematischen und konfliktreichen Milieus mit hohem Ausländeranteil zu tun haben, kann das Vorurteile nähren. Deshalb muss man solche Kolleginnen und Kollegen auch mal rotieren lassen. Pauschalschelte bringt uns dagegen gar nicht weiter.

BKA-Chef Jörg Ziercke hat vor Kurzem eine Einstellungsquote für Polizisten mit Migrationshintergrund vorgeschlagen. Was halten Sie davon?

Wir sind gegen eine Quote. Wir finden, jeder Bewerber sollte genau den gleichen Qualifikationsansprüchen genügen und genauso einsteigen wie alle anderen auch. Ein türkischer Kollege sagte mir: Was soll der Unsinn, ich will kein Quotentürke werden. Wir müssen mehr Menschen mit Migrationshintergrund davon überzeugen, zu uns zu kommen. In vielen Präsidien gibt es deshalb bereits eigens Veranstaltungen für Bewerber mit Migrationshintergrund.

Reicht das aus?

Jedes Mal, wenn ein neuer Ausbildungsjahrgang beginnt, sieht man viele neue Kollegen mit Migrationshintergrund. Der Anteil wächst in verschiedenen Bundesländern unterschiedlich, ich schätze, er liegt derzeit zwischen 3 und 8 Prozent.

Das ist weit weniger als im gesellschaftlichen Schnitt. Warum hinkt die Polizei hinterher?

Unsere Anforderungen sind hoch, auch die gesundheitlichen. Aber wir sind dagegen, das Niveau der Einstellungstests abzusenken, denn wir wollen keine Polizisten zweiter Klasse schaffen. Im Inneren der Polizei müssen wir dafür sorgen, dass Kolleginnen und Kollegen mit Migrationshintergrund nicht diskriminiert werden. Wenn das passiert, müssen sofort die entsprechenden disziplinarischen Maßnahmen getroffen werden. Alle Kolleginnen und Kollegen, Frauen und Männer, ob mit oder ohne Migrationshintergrund, sollen ganz normal ihren Weg gehen und irgendwann auch Führungspositionen übernehmen, das ist ein ganz normaler Prozess. Er geht vielleicht langsamer als in anderen Bereichen aber es passiert ja.

"Ich verstehe den Vorwurf nicht" IM VISIER Wer nichts zu verbergen habe, könne sich doch auch kontrollieren lassen, sagt Bernhard Witthaut, Vorsitzender der Gew....

---

End of Document

## POLITIK

taz, die tageszeitung

Donnerstag 12. Dezember 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** TAZPLAN-PROGRAMM; S. 12

**Length:** 434 words

**Byline:** JÖRG SUNDERMEIER

### Body

---

Heute Abend wird in der Galerie Zeitzone (Adalbertstraße 79, 19 Uhr) über das **Migrationsregime** der Europäischen Union diskutiert. Bekanntlich hat die EU Anfang dieses Monats ihr neues Grenzkontrollsystem namens Eurosur gestartet. Dieses vernetzt die Grenzbehörden der meisten EU-Mitgliedsstaaten untereinander, aber auch mit Nachbarländern wie etwa Libyen. So kann die Festung Europa noch stärker und effektiver gesichert werden. Was aber bedeutet diese grässliche **Flüchtlingspolitik** gegen die, by the way, auch heute viel weniger Leute protestieren als gegen die NSA-Überwachung für die Betroffenen? Aktivist Matthias Monroy, Helmut Dietrich von der Forschungsgesellschaft Flucht und **Migration** und Christian Jakob (taz) sprechen darüber.

Am Samstag wird im Mehringhof (Gneisenaustraße 2a, 19 Uhr) über Alltagskämpfe und Alltagsorganisation in den 50er, 60er, 70er und 80er Jahren informiert. Die Veranstalter\_innen in der Untergruppe Klasse und Widerstand vom Verein Teilhabe wollen auch über jene Streiks und sozialen Bewegungen berichten, die für die Öffentlichkeit weithin unsichtbar geblieben sind, und so eine Geschichte der wenn man so will verborgenen Klassenkämpfe konstruieren. Die Referenten Peter Birke und Thilo Broschell zeigen dabei, wie der Alltagswiderstand schnell ganz praktische Ergebnisse zeitigen konnte.

Am Sonntag dann wird für das Protestcamp der Geflüchteten am Oranienplatz, und zwar alldort (15 Uhr), protestiert, dem die Politik inzwischen ein Ultimatum gesetzt hat und das akut von der Räumung bedroht ist. Die Staatsmacht will dabei nicht etwa die Situation der Flüchtlinge verbessern, sondern das Camp schlicht und einfach räumen, damit die Flüchtlinge und ihr Schicksal aus den Augen/aus dem Sinn sind. Damit genau das nicht geschieht und die Flüchtlinge sehen, dass viele nicht bereit sind, sie zu vergessen, ist eine breite Solidarität vonnöten. Oder, wie die Veranstalter\_innen der Protestaktion schreiben: Zieht euch warm an, packt Decken und Schlafsäcke ein, heißen Tee und Musik.

Am Dienstag schließlich wird in den Räumen der FDCL im Mehringhof (Gneisenaustraße 2a, 19.30 Uhr) über die Wahlen in Honduras berichtet und eine erste Bilanz gezogen. Warum erkennt die Opposition das Wahlergebnis nicht an, gab es wirklich einen Wahlbetrug und steht vielleicht sogar ein Sturz der Regierung ins Haus? Jutta Blume, die vor Ort war, wird über die derzeitige Situation in Honduras berichten und auch aufzeigen, wie soziale Bewegungen versuchen, in der dortigen Repressionsgesellschaft zu bestehen.

POLITIK

POLITIK

JÖRG SUNDERMEIER

sichtet die sozialen Bewegungen in der Stadt

**Load-Date:** December 11, 2013

---

End of Document



## **Laizisten wurden abgewählt; WAHL Neue Mehrheiten bei Migranten: Nach der Wahl zum Integrationsbeirat haben muslimische Moscheevereine von Ditib und Milli Görüs an Einfluss gewonnen**

taz, die tageszeitung

Montag 07. Mai 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** BERLIN AKTUELL; S. 21

**Length:** 696 words

**Byline:** ALKE WIERTH

**Highlight:** WAHL Neue Mehrheiten bei **Migranten**: Nach der Wahl zum Integrationsbeirat haben muslimische Moscheevereine von Ditib und Milli Görüs an Einfluss gewonnen

### **Body**

---

VON ALKE WIERTH

Berlins **Migranten** sprechen künftig eine deutlich konservativere Sprache. Bei der Wahl zum Landesintegrationsbeirat ging ein Wahlbündnis von Muslimen vor allem türkischer Herkunft als Sieger hervor. Hingegen gelang nur einem der bisherigen Mitglieder die Wiederwahl. Der neue Beirat soll am 7. Juni seine Arbeit aufnehmen.

Die reguläre Neuwahl des 2003 ins Leben gerufenen Beirats, der den Senat in integrationspolitischen Fragen berät, hatte im Oktober vergangenen Jahres stattgefunden. Sie musste aber wiederholt werden, da ein Verein das Ergebnis angefochten hatte.

Etwa achtzig Migrantenorganisationen hatten an den Wahlen im Herbst teilgenommen. Bis zur Wahlwiederholung am Donnerstag ließen sich über fünfzig weitere Vereine in die Wahlliste eintragen, darunter viele Moscheevereine aus türkisch-muslimischen Dachorganisationen wie Ditib und Milli Görüs.

Deren Vertreter dominierten die Neuwahl im Willy-Brandt-Saal des Schöneberger Rathauses, an der 115 der knapp 160 wahlberechtigten Vereine teilnahmen. Zu den sieben MigrantenvertreterInnen gehören nun die Politikwissenschaftlerin Pinar Cetin, Vorstandsmitglied im Berliner Landesverband der türkisch-muslimischen Organisation Ditib, der Rechtsanwalt und Vorsitzende der Gemeinschaft muslimischer Juristen, Mustafa Özdemir, sowie der aus Kirgisien stammende Journalist Azamat Damar, der bei der religiös orientierten türkischen Tageszeitung Zaman arbeitet. Unter den gewählten StellvertreterInnen, die im Rat aktiv mitarbeiten dürfen, aber nicht stimmberechtigt sind, sind unter anderem ein Vertreter der Schule für islamische Geistliche in Karlshorst sowie einer aus der Gemeinde bosnischer Muslime.

Laizisten wurden abgewählt WAHL Neue Mehrheiten bei Migranten: Nach der Wahl zum Integrationsbeirat haben muslimische Moscheevereine von Ditib und Milli Görüs a....

Unter den bisherigen Mitgliedern des Beirates und ihren Unterstützervereinen sorgten die Wahlergebnisse für Überraschung und teils auch Bestürzung bei den bisherigen Mitgliedern des Beirats und ihren Unterstützervereinen. Sie gehörten mehrheitlich dem Dachverband Migrationsrat Berlin an und sind überwiegend laizistisch und progressiv orientiert. Offenbar hätten sich die muslimischen Vereine entschlossen, aktiv anzutreten, sagte Hamid Nowzari vom Verein iranischer Flüchtlinge, der dem Gremium seit seiner Gründung angehörte. Er bedauerte, dass unter den neuen Mitgliedern kaum jemand sei, den man aus integrationspolitischen Aktivitäten bereits kenne. Außerdem findet sich im neuen Integrationsbeirat kein Mitglied kurdischer Abstammung oder alevitischer Religionszugehörigkeit mehr.

Der letzte Beirat habe ein realistischeres Bild der Berliner Bevölkerung wiedergegeben, sagte auch Serdar Yazar, Geschäftsführer des Türkischen Bundes Berlin (TBB). Man werde sich aber künftig nicht gegen den Integrationsbeirat stellen: Die Wahl ist korrekt gelaufen, so Yazar: Wir würden uns freuen, wenn der neue Beirat konstruktiv arbeiten kann, und werden ihn an seinen Taten messen.

Bündnisse habe es bei den Wahlen immer gegeben, meinte der Integrationsbeauftragte des Senats, Günter Piening. Nun hätten sich die Kräfte aber verschoben, das Bündnis um den Migrationsrat habe keine Mehrheit mehr. Es wird spannend zu beobachten, so Piening, wie sich eine gemeinsame Linie in der neuen Zusammensetzung des Rates entwickeln wird. Dem gehören nun auch der aus Eritrea stammende Menschenrechts- und Antirassismusaktivist Yonas Endrias und erstmalig die schwarze Gender- und Rassismuskforscherin Natasha Kelly als Vertreterin für die Region Europäische Union an.

Endrias, seit 2005 im Integrationsrat und als einziges Altmitglied wiedergewählt, hatte die Dominanz mancher Gruppen im Beirat schon früher kritisiert (taz berichtete). Die neue Zusammensetzung beurteilt er positiv: Es seien vernünftige und hoch gebildete Menschen gewählt worden.

Er freue sich zudem, dass die ewige Dominanz einer einzigen Organisation gebrochen ist. Der TBB habe viel zu lang das integrationspolitische Monopol in dieser Stadt innegehabt, so Endrias: Der Integrationsbeirat habe damit bisher wie eine Regierungsabteilung gearbeitet und den Senat nicht kritisiert. Für die Schwarzen, die Minderheit unter den Minderheiten, so Endrias, sei die Wahl gut ausgefallen: Europa hat nun ein schwarzes Gesicht. Das ist gut so.

**Load-Date:** May 6, 2012

**Die Angst im Dorf; "Wir sind nicht getrieben von rechtem Gedankengut", sagt der Sprecher von Wimbern e. V. Die Gegner einer Flüchtlingsunterkunft wollen sich nicht in die rechte Ecke drängen lassen**

taz, die tageszeitung

Montag 11. November 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** THEMEN DES TAGES; S. 05

**Length:** 1544 words

**Byline:** MATTHIAS LOHRE

**Highlight:** Wir sind nicht getrieben von rechtem Gedankengut , sagt der Sprecher von Wimbern e. V. Die Gegner einer **Flüchtlingsunter-** kunft wollen sich nicht in die rechte Ecke drängen lassen

## Body

---

AUS ARNSBERG UND WIMBERN MATTHIAS LOHRE

In Wimbern gibt es eine Schützenhalle, zwei Kneipen und zwei Zigarettensautomaten. Irgendwo im Dorf steht auch ein Kaugummiautomat, aber ob der in Betrieb ist, weiß keiner so genau. Im waldigen Norden des Sauerlands trinken die Leute Veltins-Bier, wählen CDU, und zweimal im Jahr feiern sie Schützenfest. Das Leben der Wimberner könnte beschaulich verlaufen. Wäre da nicht dieser Plan: Ins Dorf mit rund 830 Einwohnern sollen bald 500 **Flüchtlinge** kommen.

Seit der Ankündigung der Bezirksregierung geht die Angst um im Dorf. Und wie es so ist mit der Angst, hat sie häufig wenig mit konkreten Gefahren zu tun, sondern mit quälender Ungewissheit. Nur: Wo verläuft die Grenze zwischen berechtigter Sorge und Fremdenfeindlichkeit?

An einem sonnigen Herbstmittag fahren Christian Meier und Edmund Schmidt vor einem großen, grauen Gebäude vor. Seit zwei Jahren steht das ehemalige Marienkrankenhaus leer. In dem Kasten aus den späten 60ern und frühen 70ern will die Bezirksregierung eine Zentrale Unterbringungs-Einrichtung (ZUE) etablieren. In einer ZUE warten **Flüchtlinge** auf die Bearbeitung ihres **Asylantrags**, bis zu drei Monate lang. Wenn sie Glück haben, geht es von hier aus zu Freunden oder Verwandten irgendwo in Deutschland.

Durch die Kälte gehen Meier und Schmidt einmal herum um die Klinik. Sie waren selbst mal Patienten hier, wie fast jeder im Dorf. Meier und Schmidt zeigen auf den Kindergarten und das Seniorenheim. Beide liegen direkt nebenan. Christian Meier stellt die Frage, um die sich alles dreht: Wie soll ein Dorf mit 832 Einwohnern mit 500 Asylbewerbern klarkommen? Edmund Schmidt nickt.

Das halbe Dorf kam

Die Angst im Dorf "Wir sind nicht getrieben von rechtem Gedankengut", sagt der Sprecher von Wimbern e. V.  
Die Gegner einer Flüchtlingsunterkunft wollen sich n....

Christian Meier, 42 Jahre, dicke Brillengläser, spricht schnell und präzise. Er vertritt den Dorf Wimbern e. V. nach außen. Der Verein koordiniert den Protest. Als vor einem Jahr durchsickerte, dass die Bezirksregierung in Arnsberg hier Flüchtlinge unterbringen will, organisierte Meier prompt eine Versammlung in der Schützenhalle. 320 Leute waren da, fast das halbe Dorf. Das hatte ich noch nie erlebt.

Meier ist Journalist. Er hat die Bilder rechter Aufmärsche vor einem Asylbewerberheim in Berlin-Hellersdorf gesehen. Und er kennt die Fernsehberichte, in denen Bilder aus Berlin mit Bildern aus Wimbern gegengeschnitten werden. Deshalb beeilt er sich zu sagen: Wir sind nicht getrieben von rechtem Gedankengut. Und selbst wenn wir den Kampf verlieren: Bilder wie in Hellersdorf wird es hier nicht geben. Wie zum Beweis fügt er an, gegen eine zeitlich befristete Notunterkunft hätten sie nichts: Das können wir stemmen.

Wimberns Konflikt ist ein deutscher Konflikt. Derzeit suchen so viele Menschen hierzulande Asyl wie seit über zehn Jahren nicht mehr. Noch 2008 verzeichnete das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge rund 28.000 Asylanträge. Für dieses Jahr werden mehr als 100.000 Hilfesuchen erwartet.

Die meisten Flüchtlinge stammen aus der Russischen Föderation, darunter sind Folteropfer aus Tschetschenien. An zweiter Stelle stehen Syrer, die dem Bürgerkrieg in ihrer Heimat entflohen sind, gefolgt von Menschen aus Serbien, Afghanistan, Mazedonien und Iran.

Das Land reagiert wie das kleine Dorf. 53 Prozent der Deutschen sehen den Zustrom von Flüchtlingen als großes Problem. Das ist das Ergebnis einer Umfrage im Auftrag des Sterns. Und Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) nannte die Asylbewerberzahlen im Sommer alarmierend.

Gemessen daran, handeln die Wimberner erstaunlich besonnen. Einmal trommelte die rechte Partei Pro NRW zu einer Demo vor der Exklinik. Meier und Schmidt baten die Leute im Dorf, nicht hinzugehen. Am Ende standen, erzählt Meier, sechs Pro NRWler allein vor dem leeren Krankenhaus. Darauf ist er stolz.

Meier vertritt den Dorfverein nach außen, Edmund Schmidt nach innen. Ortsvorsteher Schmidt ist ein imposanter Mann, 1,90 Meter groß, grauer Vollbart, sonore Stimme. Die Leute im Dorf nennen den 60-Jährigen Ede, und Ede spricht wie die Leute im Dorf. Er zeigt auf ein Wohngebiet auf der anderen Straßenseite. Die Leute haben einfach Angst, dass ihre Häuser bald 40, 50 Prozent weniger wert sind. Das ist ein finanzieller Verlust, das hat nichts mit Angst vor den Leuten im Heim zu tun.

Angst gilt nicht als Argument, wenn man es mit einer Öffentlichkeit zu tun hat, die nur zu gern ihre Vorurteile bestätigt sehen möchte: Provinz, Protest gegen ein Flüchtlingsheim? Klare Sache. Angst gilt auch nicht als Argument gegenüber der Gegnerin der Wimberner, der Bezirksregierung in Arnsberg. Gegen Bürokraten, da sind sich Meier und Schmidt sicher, helfen nur nüchterne Fakten und gute Argumente.

Nur ein Streifenwagen

Sie klingen logisch: Die Gebäudeteile lassen sich nicht so einfach trennen wie in den beiden anderen Zentralen Unterbringungs-Einrichtungen in Nordrhein-Westfalen. Im münsterländischen Dorf Schöppingen und im sauerländischen Hemer gehe das viel besser. Auf den ehemaligen Kasernengeländen gebe es mehrere klar voneinander getrennte Gebäude, anders als hier. Darin könnten sich verfeindete Ethnien nicht so leicht gegenseitig die Köpfe einschlagen.

Obendrein liege Wimbern im hintersten Winkel des Kreises Soest. Wochentags sei im ganzen Kreis nur ein Streifenwagen unterwegs. Wenn die Polizei vorfährt, sagt Meier eilig, ist der Bestatter längst da. Es fehle auch an Freizeitangeboten und Einkaufsmöglichkeiten. Sperren Sie mal 500 Deutsche hier ein. Das funktioniert auch nicht.

Also alles ganz logisch, ein Fall behördlicher Blindheit? Diese Geschichte lässt sich auch ganz anders erzählen.

Von seinem Büro im neunten Stock aus hat Michael Kirchner eine wundervolle Sicht auf Hügelketten und braungrüne Wälder. Von hier aus, dem Sitz der Bezirksregierung Arnsberg, geht sein Blick weit hinaus ins

Die Angst im Dorf "Wir sind nicht getrieben von rechtem Gedankengut", sagt der Sprecher von Wimbern e. V.  
Die Gegner einer Flüchtlingsunterkunft wollen sich n....

Sauerland. Kirchners Arbeitsbereich reicht noch viel weiter. Der 62-Jährige, weißer Bart, randlose Brille, organisiert die Aufnahme und Zuteilung von Flüchtlingen in ganz Nordrhein-Westfalen. Mehr als jeder fünfte Asylbewerber in Deutschland ist darauf angewiesen, dass Kirchner und sein Dezernent Peter Ernst einen guten Job machen.

Und so handelt auch diese Version der Geschichte von zwei Männern und ihrem Kampf gegen Uneinsichtigkeit und Verbohrtheit. Nur klingt Kirchners und Ernsts Erzählung ganz anders als die von Meier und Schmidt.

Am Konferenztisch, die schöne Aussicht im Rücken, sagt Kirchner: Die Sorgen, die auch am Anfang vorhanden sind, die kann man verstehen. Zum Beispiel die Furcht vor rechten Attacken, vor Rauschgiftkriminalität, die Sorge um die Sicherheit von Kindergarten und Seniorenheim nebenan. Solche Fragen bewegen die Leute. Dezernent Peter Ernst, der mit am Tisch sitzt, ergänzt: Und uns auch! Die Sache sei nur, so Kirchner: Das muss man so nicht sehen.

#### Vorteilhafte Isolierung

Kirchner und Ernst rechnen vor: Die ZUEs in Schöppingen und Hemer platzten aus allen Nähten. Eine weitere im ostwestfälischen Nieheim habe glücklicherweise öffnen können. Seit dem Sommer gebe es in Unna-Massen zudem eine weitere Entlastungsunterkunft. Und hätte es nicht das Angebot aus dem Städtchen Burbach gegeben, wo die ehemalige Siegerlandkaserne genutzt werden kann, dann wüssten sie nicht, wo die vielen Flüchtlinge den Winter verbringen sollen. Kirchner und Ernst sind stolz darauf, dass in NRW Asylbewerber nicht in Zelten und Containern schlafen müssen, wie etwa in Hamburg.

Und was ist mit den Sorgen der Wimberner? Was mit Wenn die Polizei vorfährt, ist der Bestatter längst da? Kirchner und Ernst atmen tief durch. Ach was, sagt Ernst dann, die Polizei würde sich auf die neue Situation einstellen, häufiger patrouillieren. Krankenschwestern, Köche, Sozialarbeiter, Psychologen und Wachdienst würden sich um die Bewohner kümmern.

Aber 500 Flüchtlinge auf 832 Einwohner, das ist doch schon merkwürdig. Im Gegenteil, findet Ernst: Wimbern ist gut geeignet, weil die Klinik nicht direkt an eine Wohngegend angrenzt. Isolierung als Vorteil.

Erst mal wird kein Flüchtling nach Wimbern kommen. In Deckenverkleidungen des Klinikgebäudes wurde PCB gefunden. Die Chlorverbindung ist krebserregend. Jetzt streitet die Bezirksregierung, die das Gebäude bereits für einen symbolischen Euro pro Monat mietet, mit dem Eigentümer des Gebäudes, dem Hospitalverbund Hellweg. Keine Seite will die auf 300.000 Euro geschätzten Sanierungskosten zahlen.

Auch Dorf und Bezirksregierungen streiten vor Gericht. Es geht um die Frage, ob das Land den Flächennutzungsplan für das Klinikgelände gegen den Willen der Gemeinde ändern darf, damit dort ein dauerhaftes Heim entstehen darf. Das Duell kann sich bis ins Frühjahr ziehen.

Zum Schluss erzählt Asyldezernent Ernst von den Zeiten der Balkankriege, Mitte der 90er Jahre. Damals gab es 18 solcher Asylbewerberheime in Nordrhein-Westfalen. Er berichtet, die Kollegen hätten damals eine ZUE in nur einer Woche hochgezogen. Da war nix mit Nutzungsänderung. Schwerere, einfachere Zeiten. Dann lehnt er sich ermattet zurück und sagt: Wo man so eine Einrichtung auch hochfährt, ist sie falsch.

In Wimbern haben sie am Wochenende erst mal Winterschützenfest gefeiert. Die beiden Kneipen waren voll, die Zigarettenautomaten leer, und in der Schützenhalle spielte die Band Die Krachmacher.

Wo man so eine Einrichtung auch hochfährt, ist sie falsch

PETER ERNST, ASYLDEZERNENT NRW

**Load-Date:** November 10, 2013

Die Angst im Dorf "Wir sind nicht getrieben von rechtem Gedankengut", sagt der Sprecher von Wimbern e. V.  
Die Gegner einer Flüchtlingsunter- kunft wollen sich n....

---

End of Document

**Ein Heim in guter Nachbarschaft; FLÜCHTLINGE Auch in Grünau gab es zuerst schon Bedenken gegen eine Notunterkunft für Asylbewerber als neuen Nachbarn. Letztlich aber hat die Grünauer Bürgerschaft mehr auf tatkräftige Hilfe statt auf dumpfe Fremdenfeindlichkeit gesetzt**

taz, die tageszeitung

Samstag 13. Juli 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** BERLINER THEMA; S. 44-45

**Length:** 1259 words

**Byline:** MARINA MAI

**Highlight:** **FLÜCHTLINGE** Auch in Grünau gab es zuerst schon Bedenken gegen eine Notunterkunft für **Asylbewerber** als neuen Nachbarn. Letztlich aber hat die Grünauer Bürgerschaft mehr auf tatkräftige Hilfe statt auf dumpfe Fremdenfeindlichkeit gesetzt

## Body

---

VON MARINA MAI

Drei Frauen sitzen vor dem Haus auf einer Bank und kauen Sonnenblumenkerne. Seit sechs Monaten lebe ich hier und bin sehr zufrieden, sagt Polina K., eine Tschetschenin, auf Russisch. Deutsch spricht sie noch nicht gut. Einmal in der Woche besuche sie einen Kurs. Sie schaut den Kindern zu, die mit einem Roller den Weg entlangrasen.

Die Frauen sitzen vor einer Notunterkunft für Asylbewerber im Ortsteil Grünau in Treptow-Köpenick. Einer der besseren Notaufnahmehäuser in Berlin. Gut 100 Menschen wohnen darin. Zwar wurde das ehemalige Polizeigebäude nicht zum Wohnen errichtet, aber es verfügt zumindest über einige wenige Duschen. Und der Träger, die PeWoBe, gibt sich alle Mühe. Mehrere Mitarbeiter der privaten Wohnheimbetreuungsgesellschaft haben einen Migrationshintergrund, sie sprechen die Sprachen von Bewohnern. Die Mitarbeiter im Haus sind sehr nett, findet Polina K. Das Zimmer, in dem ich mit meiner Familie wohne, ist gut. Auch die Nähe zur S-Bahn weiß sie zu schätzen. Nur ein Katzensprung ist es zur Station. Und seitlich des Hauses beginnt der Wald. Läuft man eine halbe Stunde hindurch, kommt man zu einer Badestelle. Dort waren wir mit den Kindern und der Lehrerin, erzählt Polina K. Das einzige Manko in Grünau: Fluglärm. Wenn Flugzeuge fliegen, zuckte sie jedes Mal zusammen. Dann schreien die Kinder. Sie fühlen sich an Tschetschenien erinnert und fürchten Bombardierungen. Und deutsche Freunde wünscht sie sich. Die deutschen Nachbarn sind nett. Ich werde nicht rassistisch diskriminiert wie in Russland. Aber wie kann ich Freunde finden, ohne die Sprache zu sprechen?

Spenden gut organisiert

Ein Heim in guter Nachbarschaft FLÜCHTLINGE Auch in Grünau gab es zuerst schon Bedenken gegen eine Notunterkunft für Asylbewerber als neuen Nachbarn. Letztlich ....

Heike M. ist eine Nachbarin in Grünau. Sie läuft an den Frauen vorbei und bringt abgelegte Kleidung ihrer Söhne ins Heim. Die sind noch gut erhalten, passen meinen Kindern aber nicht mehr, sagt sie. Im Heim sei die Annahme von Spenden gut organisiert, lobt die Mittvierzigerin. Ich gebe sie beim Pförtner ab. Die Kleidung kommt dann in einen Spendenraum, und die Bewohner können sich nehmen, was sie brauchen. In einer Ortsteilzeitung sei auch mal zu Spenden eines Bettes für Neugeborene aufgerufen worden, erzählt sie. Zeitweise war die Spendenbereitschaft der Grünauer so groß, dass das Heim gar keine Kleidung mehr annahm.

Matthias Schmidt ist Fraktionsvorsitzender der SPD im Bezirk und wohnt nur 80 Meter von dem Heim entfernt. Es gibt Phasen, da ist die Grundstimmung der Grünauer gegenüber den neuen Nachbarn gut, erzählt er. Aber es gebe auch andere Phasen. Von Gerüchten über Diebstahl spricht Schmidt, von Klagen über Lärm und über Kinder ohne deutsche Sprachkenntnisse an der Schule. In der Bezirksverordnetenversammlung konnten wir einiges klären. Da hatten wir zum Beispiel Elternvertreter zu Gast, denen unwohl war, weil an der Schule ihrer Kinder auch Flüchtlinge lernen. Man habe versucht, zu informieren, und die Stimmung habe sich wieder beruhigt, sagt Schmidt. Jetzt überwiege in Grünau die Akzeptanz der Flüchtlinge. Von einer wirklichen Nachbarschaft würde ich aber noch nicht sprechen. Es ist ja auch nur eine Notunterkunft, der Vertrag endet zum Jahresende. Dass Berlin aber viele zusätzliche Flüchtlingsunterkünfte benötigt und das Land alles tun wird, den Vertrag für die Grünauer Unterkunft zu verlängern, ist bei Schmidt und seinen Grünauer Nachbarn offenbar noch nicht angekommen.

Der SPD-Politiker war es auch, der vergangenen Oktober, als die Notunterkunft gerade im Aufbau war, eine Bürgerversammlung in der Grünauer Kirche moderierte. Dort machte sich anfangs der Volkszorn über die neuen Nachbarn breit, mit Ressentiments, wie sie mit unschöner Regelmäßigkeit überall dort auftauchen, wo Berlin eine neue Flüchtlingsunterkunft eröffnet: Angst vor Einbrüchen und Diebstählen, Angst vor dem Wertverlust der eigenen Grundstücke, ein abstraktes Unbehagen gegenüber Fremden. Dank der Moderation von Schmidt und des evangelischen Pfarrers Ulrich Kastner konnte die dumpfe Fremdenfeindlichkeit nicht Oberhand gewinnen. Schon bei der Versammlung meldeten sich Bürger, die helfen wollten.

Die Hilfe der Grünauer Bürgerschaft erfahren vor allem die Kinder. Außer in der Ferienzeit holt sie das Bürgerhaus einmal wöchentlich zum Spielen ab. Denn vor dem Heim gibt es keinen Spielplatz. Auch zu Puppentheatervorstellungen werden die Flüchtlingskinder gemeinsam mit Grünauer Kindern eingeladen. Im Puppentheater gibt es keine Sprachhürde, sagt Minka Dott vom örtlichen Bürgerverein. Da kann man schauen, was passiert. Besonders gut sei bei den Flüchtlingskindern ein Waldspaziergang im Winter angekommen. Ein Forstmitarbeiter hat mit den Kindern Tierspuren im Schnee gesucht. Das war eine riesige Freude. Die Kinder haben sich in den Schnee geworfen und danach ihre eigenen Spuren angeschaut.

#### Mangel an Plätzen

Treptow-Köpenick gehört zu den Bezirken in Berlin, in denen es zu wenige Unterkünfte für Flüchtlinge gibt. 271 zusätzliche Plätze müssen in diesem Jahr im Bezirk noch gefunden werden. Falls die Notunterkunft in Grünau schließt, wären es sogar 409 Plätze. Und im kommenden Jahr wird eine noch nicht bekannte weitere Zahl benötigt. So hat es der Rat der Bürgermeister im April beschlossen.

Ines Feierabend (Linke) ist die Sozialstadträtin des Bezirkes und weiß nicht, wie das gehen soll. Trotz des Mangels an Flüchtlingsunterkünften zählt der Bezirk beim Landesamt für Gesundheit und Soziales nicht zu denen, die sich hartnäckig gegen Asylsuchende wehren wie Mitte oder Reinickendorf. Wir haben dem Land zwei bezirkseigene Immobilien angeboten, sagt die Stadträtin. In jede könnten 100 Flüchtlinge einziehen. Mehr eigene freie Gebäude haben wir nicht. Allerdings: Vorher müsste saniert werden. In diesem Jahr sei keines der Gebäude bezugsfertig. Es waren lange Verhandlungen mit dem Land, wie die Sanierungskosten aufgebracht werden, erläutert die Stadträtin. Das Problem: Weder das Land noch die Bezirke haben einen Haushaltstitel Investitionen in Asylunterkünfte. Als die aktuellen Haushalte gemacht wurden, war das noch nicht nötig, weil Flüchtlinge Wohnungen fanden. Finanzieren kann man die Investitionen nur durch einen Bankkredit, und dazu braucht man einen langfristigen Vertrag und Rechtssicherheit. Wir sind da auf einem guten Weg zu einer Lösung, sagt Feierabend.



Ein Heim in guter Nachbarschaft FLÜCHTLINGE Auch in Grünau gab es zuerst schon Bedenken gegen eine Notunterkunft für Asylbewerber als neuen Nachbarn. Letztlich ....

#### Soziale Situation schwierig

Auf der Liste des Landesamts für Gesundheit und Soziales stehen drei andere Adressen für künftige Asylunterkünfte in Treptow-Köpenick. Auch solche, die Feierabend ungünstig findet, weil die soziale Situation in den Kiezen schwierig ist. Dass das aber akzeptiert wird, ist kaum vorstellbar. Denn im Beschluss des Rates der Bürgermeister steht auch: Auf die pauschale Ablehnung von Standortvorschlägen aufgrund sozialer Problemlagen sollte grundsätzlich verzichtet werden, solange ein dringender Bedarf an der Schaffung zusätzlicher Kapazitäten besteht.

Polina K. winkt ein Mädchen heran. Das ist meine Tochter Lara. Sie lernt in der Schule Deutsch, sagt die Mutter stolz. Noch sind es erst wenige Worte: Danke, Haus, morgen, Entschuldigung, gut, schlecht, spricht die Neunjährige und strahlt. Dass sie zwei deutsche Freundinnen hat, sagt sie besser auf Russisch. Sie heißen Amanda und Christina, setzt sie auf Deutsch fort.

Anders als Pankow, wo die Bezirksverordnetenversammlung als bislang einzige in Berlin die Umwandlung einer Notunterkunft in eine dauerhafte befürwortet, hat Treptow-Köpenick darüber noch nicht nachgedacht. Würde der Träger aber einen langfristigen Vertrag bekommen, könnte er investieren. In mehr Duschen. Und einen Spielplatz für Lara.

**Load-Date:** July 12, 2013

**Ein langer Weg zur Arbeit; INTEGRATION Die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse in Deutschland ist leichter geworden. Hamburg war mit seinem Landesgesetz vor einem Jahr Vorreiter. Der Senat lobt sich dafür, doch Kritiker finden das Verfahren zu teuer und kompliziert**

taz, die tageszeitung

Freitag 09. August 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** NORD AKTUELL; S. 21

**Length:** 634 words

**Byline:** ANNIKA LASARZIK

**Highlight:** INTEGRATION Die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse in Deutschland ist leichter geworden. Hamburg war mit seinem Landesgesetz vor einem Jahr Vorreiter. Der Senat lobt sich dafür, doch Kritiker finden das Verfahren zu teuer und kompliziert

## Body

---

VON ANNIKA LASARZIK

Professoren, die Taxi fahren, Ingenieure, die im Fast-Food-Imbiss bedienen: Weil ihre Abschlüsse in Deutschland nicht anerkannt werden, sind viele gut ausgebildete Einwanderer fachfremd beschäftigt und arbeiten in schlecht bezahlten Billigjobs. Anerkennungsgesetze im Bund und auf Landesebene sollen ihnen nun die Rückkehr in den erlernten Beruf ermöglichen: Sie garantieren **Migranten** einen Rechtsanspruch auf die Prüfung der eigenen Abschlüsse auf Gleichwertigkeit mit deutschen Berufen. In Norddeutschland haben bisher Hamburg, Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern eigene Landesgesetze erlassen, um die Anerkennung vieler Berufsgruppen zu regeln. Die Landesregierung in Schleswig-Holstein bereitet derzeit einen Gesetzesentwurf vor.

Hamburg war dabei Vorreiter und zieht nun Bilanz: 432 voll anerkannte ausländische Abschlüsse, 400 weitere wurden teilweise anerkannt, etwa weil Zusatzqualifikationen fehlten. 2.810 Personen haben sich laut Angaben des Senats beraten lassen. Der zuständige Sozialsenator Detlef Scheele (SPD) ist zufrieden: Ein wichtiger Beitrag zur Linderung des Fachkräftemangels sei das Gesetz und ein Zeichen der Willkommenskultur in Hamburg. Für den Rest Norddeutschlands liegen derzeit noch keine vergleichenden Zahlen zur Anerkennung von Abschlüssen vor.

Die Umsetzung in Hamburg stößt auf Kritik. Bis zu 600 Euro kostet die Prüfung der Abschlüsse. Das ist eine finanzielle Hürde, die Menschen mit niedrigem Einkommen abschreckt, sagt Filiz Demirel, Sprecherin der Hamburger Grünen für Integration und Arbeitsmarkt.

Wenn die Qualifikation nicht ausreicht, müssen sie für die dann notwendigen Weiterbildungen selbst aufkommen etwa für ein zusätzliches Studium. Der für die Finanzierung von Anpassungslehrgängen eingerichtete städtische

Ein langer Weg zur Arbeit INTEGRATION Die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse in Deutschland ist leichter geworden. Hamburg war mit seinem Landesgesetz v....

Stipendienfonds sei als Ausgleich nicht genug, sagt Demirel. Ihre Forderung: Auch der Bund sollte sich an der Finanzierung beteiligen.

Der hohe bürokratische Aufwand könnte besonders für Flüchtlinge ein Hindernis darstellen, sagt Mehmet Yildiz von der Hamburger Linkspartei: Die zuständige Behörde akzeptiert nur beglaubigte Originalbelege für Menschen, die vor politischer Verfolgung fliehen mussten, ist es unmöglich, diese Dokumente zu beschaffen. Eine Alternative sieht Yildiz in individuellen Kompetenz-Feststellungen, wie sie in Skandinavien praktiziert werden. Die Bilanz in Hamburg sei weniger positiv als vom Senat dargestellt: In Hamburg gibt es rund 6.000 qualifizierte Migranten, nur 400 voll anerkannte Abschlüsse sind zu wenig, sagt Yildiz.

Einer, der von dem Gesetz profitiert, ist Hassan Burgucuoglu: Der 57-jährige Mathematiklehrer kommt aus der Türkei, in Hamburg durfte er sein Fach lange nicht unterrichten. 21 Jahre als Honorarkraft in einer Berufsschule, in der er deutlich weniger verdient als seine deutschen Kollegen, könnten nun ein Ende haben: Im Januar wurde sein Studienabschluss anerkannt.

Doch die Anerkennung der Berufsabschlüsse ist nur der erste Schritt zur Integration von Migranten in den Arbeitsmarkt. Was diese angeht, liegt Deutschland nur im Mittelfeld aller Mitgliedsstaaten der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Diese Platzierung erreichte Deutschland im internationalen Migrationsausblick der Organisation, die im Juni veröffentlicht wurde. Als Gründe werden Diskriminierung bei der Arbeitssuche und Chancenungleichheit im Bildungssystem angeführt.

Probleme, die auch in Norddeutschland präsent sind, sagt Filiz Demirel: Migranten werden im Arbeitsleben immer noch diskriminiert und haben wenig Aufstiegschancen, sagt sie. Auch dort müsse die Politik aktiv werden, etwa durch die Einführung anonymisierter Bewerbungsverfahren. Sie sagt: Die deutsche Willkommenskultur, von der Senator Scheele spricht, existiert leider nur auf dem Papier.

**Load-Date:** August 8, 2013

**Weniger Härte gegen Flüchtlinge; MIGRATION Niedersachsen reformiert die Arbeitsregeln für seine Härtefallkommission. Künftig reicht eine einfache Mehrheit gegen die Abschiebung. Kommissionsmitglieder werden in Vorprüfung einbezogen**

taz, die tageszeitung

Mittwoch 27. Juni 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** NORD AKTUELL; S. 17

**Length:** 322 words

**Byline:** KNÖ

**Highlight:** **MIGRATION** Niedersachsen reformiert die Arbeitsregeln für seine Härtefallkommission. Künftig reicht eine einfache Mehrheit gegen die Abschiebung. Kommissionsmitglieder werden in Vorprüfung einbezogen

## Body

---

Die Arbeitsregeln der niedersächsischen Härtefallkommission für von Abschiebung bedrohte Ausländer werden geändert. Wie das niedersächsische Kabinett am Dienstag beschlossen hat, soll künftig eine einfache Mehrheit in dem Gremium ausreichen, um eine Abschiebung zu verhindern. Die beiden großen Kirchen, die aus Protest gegen die Entscheidungen der Kommission die Mitarbeit eingestellt hatten, bewerteten die Veränderungen positiv.

Die 2006 eingerichtete Härtefallkommission prüft, ob bei Ausländern, die eigentlich abgeschoben werden müssten, aus persönlichen oder humanitären Gründen eine Ausnahme gemacht werden kann. Das Innenministerium beruft acht Mitglieder in die Kommission, fünf von ihnen auf Vorschlag des Landkreistages, des Städtetages, der beiden Kirchen und der Freien Wohlfahrtspflege. 156 Abschiebungen hat die Kommission seit ihrem Bestehen verhindert.

Nach den neuen Regeln werden fünf statt sechs Stimmen reichen, um eine Abschiebung zu verhindern. Kommissionsmitglieder sollen in die Vorprüfung der Fälle eingebunden werden. Ausreisepflichtige Ausländer müssen auf die Möglichkeit hingewiesen werden, die Härtefallkommission anzurufen. Eine fahrlässig begangene Straftat soll kein Grund mehr dafür sein, einen Antrag abzulehnen.

Der Flüchtlingsrat hatte kritisiert, dass nur drei der acht Kommissionsmitglieder von nicht-staatlichen Stellen benannt würden. Außerdem versuche die Landesregierung die Möglichkeiten des Gremiums durch formale Ausschlusskriterien einzuengen. Das widerspreche dem Prinzip des Gnadenrechts, auf das sich die Antragsteller beriefen.

Letzteres kritisiert auch der evangelische Landesbischof Ralf Meister: Leider sei ein bereits verstrichener Termin zur Abschiebung weiterhin ein Ausschlussgrund für die Kommission. Trotzdem stellte Meister eine Wiederaufnahme der Mitarbeit in Aussicht. KNÖ (mit Material von dpa)

Weniger Härte gegen Flüchtlinge MIGRATION Niedersachsen reformiert die Arbeitsregeln für seine Härtefallkommission. Künftig reicht eine einfache Mehrheit gegen ....

Eine fahrlässige Straftat soll kein Grund mehr sein, einen Antrag abzulehnen

**Load-Date:** June 26, 2012

---

End of Document

**Künstlerische Feldforschung; AUSSTELLUNG Grenzgängerin zwischen den Genres, mit Videoessays zwischen Kunst, Forschung und Journalismus. Ursula Biemann will in ihrer Schau im Neuen Berliner Kunstverein bekanntem Wissen neue Bedeutung geben**

taz, die tageszeitung

Dienstag 26. März 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** KULTUR; S. 24

**Length:** 817 words

**Byline:** INGO AREND

**Highlight:** AUSSTELLUNG Grenzgängerin zwischen den Genres, mit Videoessays zwischen Kunst, Forschung und Journalismus. Ursula Biemann will in ihrer Schau im Neuen Berliner Kunstverein bekanntem Wissen neue Bedeutung geben

## Body

---

VON INGO AREND

Vor der italienischen Insel Lampedusa ist ein **Flüchtlingsboot** gekentert. Die Nachrichten über das Schicksal von Afrika-**Flüchtlingen** fangen meist beiläufig an. Bis die ersten Bilder kommen: Rettungsboote auf hoher See, Taucher mit toten Kindern in den Armen, geborstene Planken eines Holzkutters. Natürlich ist das tödliche Ende dieser Irrfahrten von Süd nach Nord nur die Spitze des Eisbergs namens Armutsmigration. Doch was bei dem europäischen Betrachter im Gedächtnis zurückbleibt, sind genau diese Bilder des Schreckens.

Was dann bei der aktuellen Ausstellung des Neuen Berliner Kunstvereins (NBK) auffällt: dass nämlich bei den Videoarbeiten hier die Sensationsbilder von Menschen, die wie auf einem Floß der Medusa dahintreiben, fehlen. Stattdessen sind so etwas wie Bilder einer Expedition zu sehen: Menschen, die auf klapprigen Lastern durch staubige Landschaften Nordafrikas fahren, verschwommene Luftbilder der größten Wüste der Erde, ein endloses Interview mit einem blau verschleierten Tuareg.

Ursula Biemann, Jahrgang 1955, die Künstlerin, von der diese Arbeiten stammen, ist ein Phänomen. So konsequent wie kaum eine andere beschäftigt sich die Schweizerin mit den Knackpunkten der Globalisierung: Migration, Mobilität, Geschlechterbeziehungen. Ihre Videoarbeiten über die Grenze zwischen den USA und Mexiko, *Performing the border* (1999) oder über die *Black Sea Files* (2005), die Ölpipeline durch den südlichen Kaukasus und die Türkei, fehlen auf keiner der Biennalen der Welt. Schon seltsam, dass die Frau, die an der Züricher Hochschule für Künste unterrichtet, im deutschen Sprachraum nahezu unbekannt ist.

Schattenreich so sichtbar

Künstlerische Feldforschung AUSSTELLUNG Grenzgängerin zwischen den Genres, mit Videoessays zwischen Kunst, Forschung und Journalismus. Ursula Biemann will in ih....

In *Sahara Chronicle* nun macht die Feldforscherin Biemann dieses unsichtbare Schattenreich sichtbar, das bis in die Tiefen des subsaharischen Afrika reicht. Und das die Europäische Gemeinschaft mit dem Kontrollregime an ihren Außengrenzen letztlich erst herausbilden half. Sie zeigt Videobilder der Menschen, die sich von Agadez, der Hauptstadt des Nomadenvolks der Tuareg in Niger, auf Lastwagen in Richtung Marokko und Europa aufmachen.

Im Interview erklärt ein Tuareg-Rebellenführer, wie die sonst geächteten Nomaden diese Flucht halblegal organisieren dürfen. Und Biemann zeigt Drohnenbilder des libyschen Militärs, das die Flüchtlingsströme mit Aufklärungsflügen überwacht. Schließlich folgt sie einer Grenzbrigade, die das algerisch-marokkanische Grenzgebiet nach illegalen Flüchtlingen durchsucht.

Mit diesen Videoessays gelingt es Biemann, das kompakte Symbol, auf das die hiesigen Medien das Problem Migration verkürzten, wie sie in dem Katalogbuch *Mission Reports* selbst kritisiert, in seine sozialen, politischen, ökonomischen und kulturellen Bestandteile zu zerlegen. Der Betrachter fühlt sich in diesen unbekannten Kosmos hineingezogen. Fragt sich aber zugleich: Wo bleibt das Poetische? Mehr als Kunst scheinen Biemanns Arbeiten wie Prototypen der künstlerischen Feldforschung, die die Weltkunst der letzten 15 Jahre dominiert.

Natürlich sind ihre Arbeiten keine drögen Dokumentationen, sondern entstehen durch Schnitt und Verdichtung. Das transdisziplinäre Genre aus Dokument und Fiktion, das Kuratorin Kathrin Becker lobt, lässt sich in der Arbeit *Deep Weather* (2013) erahnen. Die Erklärung zu dem Raubbau an den Wäldern in Nordkanada hat sie dem Video als Flüsterton unterlegt. In *Egyptian Chemistry* (2012) hat sie die Messinstrumente, mit denen Forscher die Wasserqualität des Nils untersuchen, zu einer Labor-Installation vor nachtblau bemalte Wände gestellt, auf denen sich Ägyptens Lebensader als golden schimmerndes Band schlängelt.

Und wer die Videoessays studiert, die über im Raum gezielt verteilte Monitore flimmern, wird Biemann folgen, die behauptet, die Fülle bereits existierenden Wissens neu zu einem komplexen ästhetischen Produkt zu organisieren, das neue Bedeutungen evoziert: Migration wird in ihnen zu einem komplexen sozialen Vorgang statt zum Standbild, die staatenlosen Tuareg avancieren plötzlich zum Vorschein eines transnationalen Subjekts.

Dass der Kunstkritiker T. J. Demos die Biemann'schen Videoessays im Katalog aber als Filmfabeln im Sinne des französischen Philosophen Jacques Rancière wertet, erscheint einigermaßen übertrieben. Denn nirgends verlässt die spannende Grenzgängerin zwischen den Genres, zwischen Kunst, Forschung und Journalismus, die Pfade der Wahrheit. Weder erfindet sie Fakten noch Personen. Doch erst da begänne die Poesie.

- Ursula Biemann: *Egyptian Chemistry* *Deep Weather* *Sahara Chronicle*. NBK, Chausseestr. 128/129, bis 28. April, Di. So. 12 18 Uhr, Do. 12 20 Uhr. Zur Ausstellung ist im Verlag für moderne Kunst der Katalog *Mission Reports* *Künstlerische Praxis im Feld* erschienen

So konsequent wie kaum eine andere beschäftigt sich die Schweizer Künstlerin mit den Knackpunkten der Globalisierung: Migration, Mobilität, Geschlechterbeziehungen

**Load-Date:** March 25, 2013

**Die wahren EuropäerInnen; PANTER-PREIS-KANDIDAT VI Welcome2Europe fährt dorthin, wo papierlose Flüchtlinge in Griechenland stranden - und informiert sie über ihre Rechte**

taz, die tageszeitung

Samstag 03. August 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** HINTERGRUND; S. 13

**Length:** 1176 words

**Byline:** GINA BUCHER

**Highlight:** PANTER-PREIS-KANDIDAT VI Welcome2Europe fährt dorthin, wo papierlose **Flüchtlinge** in Griechenland stranden und informiert sie über ihre Rechte

## Body

---

VON GINA BUCHER

Gerade steht das Infomobil von Welcome2Europe auf einem Parkplatz in Hamburg-St. Pauli, weil das Auto mit deutschen Kennzeichen zum TÜV musste. Normalerweise ist der unscheinbare weiße Ford Transit in Griechenland unterwegs, um papierlose **Flüchtlinge** mit Informationen zu ihren Rechten willkommen zu heißen.

Der kleine Lieferwagen mit den verdunkelten Scheiben könnte Getränke geladen haben oder das Werkzeug einer Sanitärwerkstatt. Stattdessen sind in dem Auto mit Solaranlage und Steckdosen eine Kochnische, eine Matratze und viele Flyer verstaut. Bewacht von einem knallorangenen Rettungsring mit der Aufschrift „Kein Mensch ist illegal“. Gedruckt hat die Flyer das antirassistische Netzwerk Welcome2Europe, das ebenfalls die Webseite w2eu.info betreut. In verschiedenen Sprachen bekommen **Flüchtlinge** damit eine Art Minireiseführer inklusive politischem FAQ: Neben den wichtigsten griechischen Sätzen und einer Karte (Du bist in Griechenland und damit in der EU angekommen) beantwortet die Schrift, warum man als papierloser **Flüchtling** im Gefängnis landet, was Dublin II bedeutet, wer wann und wie politisches **Asyl** beantragen, wie man Familien zusammenführen kann, wie man verschwundene Verwandte findet und wie viel ein Fahrticket nach Athen kostet. Auch steht dort zu lesen, dass es in letzter Zeit leider immer wieder zu rassistischen Übergriffen durch die lokale Bevölkerung gekommen ist, besonders in Patras und Athen, ebenso in Igoumenitsa.

Salinia Stroux hat das Infomobil nach Hamburg gefahren. Die 35-jährige Hamburgerin, die auch Halbgriechin ist, ist eine von der etwa zehnköpfigen Gruppe, die die Initiative als Graswurzelprojekt beschreibt. Eine Fotojournalistin ist unter ihnen, genauso wie ein Tischler, ein Psychologe, eine Sozialarbeiterin, eine Anwältin und einige Arbeitslose zwischen 20 und 60 Jahre alt sind sie. Gemeinsam ist ihnen, dass sie ehrenamtlich seit 2010 mit dem Infomobil unterwegs sind und sich als Europäer für ein freundlicheres Willkommen gegenüber Flüchtlingen einsetzen. Sie



Die wahren EuropäerInnen PANTER-PREIS-KANDIDAT VI Welcome2Europe fährt dorthin, wo papierlose Flüchtlinge in Griechenland stranden - und informiert sie über ihr....

berichten nicht nur für, sondern auch über die Flüchtlinge auf dem Blog infomobile.w2eu.net und vernetzen lokale Aktivistengruppen.

Sie wollen nicht weiter mit ansehen, wie die Flüchtlinge, die oft jahrelang unterwegs waren und grauenvolle Geschichten zu erzählen haben, in Griechenland in eine Falle tappen: Wer es bis hierhin geschafft hat, kann kaum überleben, riskiert sein Leben, um es in ein anderes EU-Land zu schaffen, oder kehrt unter Lebensgefahr in die krisengeladene Heimat zurück wenn das Leben in Griechenland neben Hunger und Gewalt auch noch droht die letzte Würde zu rauben.

Die meisten Flüchtlingsrouten, die in Syrien, Afghanistan, Irak, Iran, Sudan oder Somalia beginnen und deren Ziel die EU ist, führen wie eh und je über Griechenland. Die Flüchtlinge, unter ihnen auch Frauen und Kinder, werden von Schleppern entweder in einem Gummiboot von der nahen türkischen Küste auf eine der Ägäischen Inseln oder über den türkisch-griechischen Grenzfluss Evros geschickt. Griechenland aber blocke die Neuankömmlinge illegalerweise systematisch ab und schiebe sie zurück in die Türkei, erklärt Salinia Stroux. In Zeiten der Krise setzt das Land weiter auf Abschirmung und Abschreckung anstatt auf Schutz und Integration ganz im Sinne einer Festung Europa. So gibt es weitaus mehr Papierlose als Menschen mit Zugang zum Asylverfahren, mehr Haftplätze als Betten in Unterkünften.

Stroux, die als Ethnologin und Asylexpertin journalistisch ihr Geld verdient, erzählt von der Situation in Griechenland bemerkenswert zurückhaltend, obwohl sie allen Grund hätte, in Rage zu geraten. Sie kennt die Geschichten, die man verhältnismäßig selten in manch deutschen Medien liest, aus nächster Nähe; sie übernachtete mit ihrer selbstverständlichen Art in einem informellen Zeltlager in Patras und betreute eine Zeit lang ein Kinderheim auf Lesbos, in dem minderjährige Kinder, hauptsächlich aus Afghanistan, vorübergehend untergebracht waren. Sie könnte die Beispiele von maßlosester Ungerechtigkeit entweder jugendlich empört oder abgeklärt erzählen. Stattdessen erwähnt sie sie sachlich und auch nur an den entscheidenden Stellen, wenn sie ihre Arbeit illustriert. Lieber tut sie etwas dagegen. Natürlich machten sie die Zustände, besonders die rassistischen Übergriffe wütend, sagt Stroux, um nach einer kurzen Pause zu ergänzen: Aber die Wut hält mich auch am Ball.

Natürlich komme es vor, dass Flüchtlinge misstrauisch auf diese unkomplizierte Begrüßung reagierten, sagt Stroux, wir leben schließlich in einer mehrheitlich kapitalistischen Welt, da ist es seltsam, wenn wir im Austausch nichts dafür verlangen. Allerdings haben einige der AktivistInnen selbst einen Migrationshintergrund und sprechen mindestens eine der Flüchtlingssprachen. Stroux selber spricht auch Afghanisch.

Sie und die anderen setzen auf unkonventionelle Akuthilfe, um wenigstens in Einzelfällen die restriktive EU-Asylpolitik in Eigenregie zu justieren: So entstand vor zwei Jahren die Willkommensinsel in Athen, eine kleine Wohnung für drei politisch verfolgte Sudanesen, die über deutsche Spenden von jeweils zehn Euro pro Monat finanziert werden. Auf ihren Touren mit dem Mobil, erzählt Stroux, begegneten sie immer wieder Menschen, die dringend einen geschützten Ort brauchen, um sich auszuruhen. In anderen Jahren haben sie Schlafsäcke an Obdachlose verteilt. Natürlich sei die Auswahl für solche Nothilfe jeweils subjektiv, sagt Salinia Stroux, doch hätten sie intern Kriterien formuliert, die sich bewährt hätten. Unterstützt wird in dem kleinen Wohnprojekt, wer etwa als Trauma- oder Folteropfer besonders verletztlich ist, und vor allem, wer sich selbst solidarisch gezeigt habe. Trotzdem seufzt und lacht sie gleichermaßen bei der Frage nach Gerechtigkeit: Ungerecht ist es immer.

Die Idee zum Infomobil entstand 2009, als das Netzwerk No Border auf Lesbos den Infopoint, eine Anlaufstelle für Flüchtlinge, organisierte. Hier verteilten die künftigen Infomobiler Informationen an Papierlose und merkten kurze Zeit später, dass sich die Fluchtrouten laufend verändern: Wir müssen mobil sein, uns dorthin bewegen, wo die Flüchtlinge sind. Mit den immer öfter zu beklagenden rassistischen Gewaltübergriffen und seit dem Beginn der Großrazzia Xenios Zeus durch die griechische Polizei im Sommer 2012 verstecken sich viele Flüchtlinge. Schließlich wurden auch Tausende inhaftiert, da die neue Regierung fünf neue Lager mit insgesamt 5.000 Haftplätzen eröffnet hat. Die Lage der Flüchtlinge ist damit keineswegs besser geworden, sie sind einzig seither nicht mehr sichtbar.

Die wahren EuropäerInnen PANTER-PREIS-KANDIDAT VI Welcome2Europe fährt dorthin, wo papierlose Flüchtlinge in Griechenland stranden - und informiert sie über ihr....

Ende August beginnt für Salinia Stroux, die vor ein paar Monaten Mutter geworden ist, die nächste Tour: Dann fährt sie das Infomobil wieder nach Griechenland. Ob auf die Ägäischen Inseln, nach Igoumenitsa, Patras oder Athen, entscheiden die AktivistInnen spontan - sicher ist einzig: Schneller als 100 fährt der jetzt TÜV-geprüfte Ford Transit sowieso nicht.

Wir müssen mobil sein, uns dorthin bewegen, wo die Flüchtlinge sind

SALINIA STROUX, WELCOME2EUROPE

**Load-Date:** August 2, 2013

## edito Im Meer vor Lampedusa

taz, die tageszeitung

Freitag 08. November 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** LE MONDE DIPLOMATIQUE; S. 23

**Length:** 573 words

**Byline:** Serge Halimi

### Body

---

Vor dreißig Jahren ernteten Exilanten für die Flucht vor dem unterdrückerischen politischen System ihres Landes viel Lob von den reichen Ländern und deren Presse. Man meinte damals, dass die **Flüchtlinge** die Freiheit also den Westen gewählt hätten. So gedenkt ein Museum in Berlin der 136 **Flüchtlinge**, die zwischen 1961 und 1989 bei dem Versuch ums Leben kamen, über die Mauer in den Westteil der Stadt zu gelangen.

Hunderttausende Syrer, Somalier, Eritreer, die heutzutage die Freiheit wählen, werden nicht mit der gleichen Inbrunst empfangen. Vor Lampedusa war am 12. Oktober ein Kran erforderlich, um die sterblichen Überreste von über dreihundert Flüchtlingen auf ein Kriegsschiff zu laden. Die Berliner Mauer dieser Boatpeople war das Meer; Sizilien ihr Friedhof. Postum ist ihnen die italienische Nationalität zuerkannt worden.

Ihr Tod scheint einige der politisch Verantwortlichen inspiriert zu haben. Am 15. Oktober sagte zum Beispiel Brice Hortefeux, ehemaliger Innenminister Frankreichs, im Radiosender RTL, die Schiffbrüchigen von Lampedusa würden dazu zwingen, einer höchsten Dringlichkeit nachzukommen, nämlich es zu bewerkstelligen, dass die sozialpolitischen Regelungen in unseren Ländern weniger attraktiv werden.

Er prangerte auch die Verschwendung an, die die Flüchtlinge an Europas Küsten locke: Die medizinische Versorgung durch den Staat bietet Personen, die ohne Respekt vor unseren Regeln auf unser Territorium gelangt sind, die Möglichkeit, [sich umsonst behandeln zu lassen], während für Franzosen eine Selbstbeteiligung von bis zu 50 Euro anfällt.

Und auch eine Schlussfolgerung hatte Hortefeux zur Hand: Die Aussicht, aus einer attraktiven Sozialpolitik Vorteile zu ziehen, ist eine treibende Kraft. Wir haben aber nicht mehr die Mittel, uns das zu leisten. Ungewiss bleibt, ob sich Monsieur Hortefeux vorstellen kann, dass die über 160 000 Afghanen, die in Pakistan Zuflucht gefunden haben, vom dortigen Sozialhilfesystem angezogen wurden. Oder ob es an der Großzügigkeit des jordanischen Königreichs liegt, dessen durchschnittliches Wohlstandsniveau einem Siebtel des französischen entspricht, dass dort bereits mehr als 500 000 Syrer Asyl erhalten haben.

Vor dreißig Jahren machte sich der Westen seinen Wohlstand und seine Freiheiten zunutze und führte sie als ideologischen Rammbock gegen die von ihm bekämpften Systeme ins Feld. Einige seiner

Führungspersonlichkeiten benutzen nun das Elend der Migranten, um den Abbau der sozialen Sicherungssysteme voranzutreiben. Diejenigen, die das Unglück für ihre Zwecke missbrauchen, schert es nicht, dass weltweit die überwältigende Mehrheit der Flüchtlinge von Ländern aufgenommen wird, denen es beinahe genauso schlecht geht wie den Schutzsuchenden.

Wenn Cecilia Malström, die EU-Kommissarin für Innenpolitik, von diesen ohnehin kurz vor dem Zusammenbruch stehenden Staaten verlangt, dem unwürdigen Geschäft mit den unsicheren Booten ein Ende zu setzen, dann schreibt sie ihnen vor, zur Auffangzone zu werden; diese Länder sollen Europa vor den Unerwünschten schützen, indem sie Jagd auf sie machen oder sie in Lagern internieren.

Das Widerwärtigste dabei ist, dass all dies nur eine Zeit lang gelten wird. Denn eines Tages wird der Alte Kontinent wieder junge Einwanderer benötigen, um seinem demografischen Niedergang aufzuhalten. Dann wird sich der Diskurs in sein Gegenteil verkehren, die Mauern werden fallen und die Meere sich öffnen. Serge Halimi

**Load-Date:** November 7, 2013

**Bloß keine rechte Spur!; ERMITTLUNGEN Hinweise auf rechtsextreme Hintergründe bei Straftaten werden systematisch ausgegrenzt, nicht nur im Fall des Zwickauer Mordtrios**

taz, die tageszeitung

Montag 06. August 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** MEINUNG UND DISKUSSION; S. 10

**Length:** 1018 words

**Byline:** WOLF-DIETER VOGEL

**Highlight:** ERMITTLUNGEN Hinweise auf rechtsextreme Hintergründe bei Straftaten werden systematisch ausgegrenzt, nicht nur im Fall des Zwickauer Mordtrios

## Body

---

Neun Monate Ermittlungen über den Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) haben deutlich gemacht: Die Strafverfolger waren über die Jahre in erster Linie bemüht, Spuren zu verwischen, die auf einen rechten Hintergrund der Morde schließen lassen. Da wurden Akten zerschreddert, Beweismaterialien ignoriert und Erkenntnisse zurückgehalten, um zu verhindern, dass neonazistische Täter verfolgt und die Rolle von Verfassungsschützern offengelegt wird. Zugleich entwickelten die Ermittler unglaubliche Fantasie, als es galt, die Schuldigen im vermeintlich kriminellen Umfeld der migrantischen Opfer zu suchen. Man bastelte falsche Dönerbuden und entdeckte Verbindung zu ominösen Netzwerken des organisierten Verbrechens in der Türkei.

Hattingen 1993, Lübeck 1996

Das alles mag erschrecken, hat aber schon lange System. Bereits bevor Beate Tschäpe, Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt abtauchten, zählten einseitige Ermittlungen bei mutmaßlich rassistischen Attentaten zum Standardrepertoire von Kriminalisten und Strafverfolgern. Zwei Fälle setzten hier Maßstäbe: der Angriff auf ein von der türkischen Migrantenfamilie Ünver bewohntes Haus in Hattingen 1993 sowie der Brandanschlag auf eine Flüchtlingsunterkunft in Lübeck 1996, bei dem zehn Menschen starben. Nach beiden Angriffen waren die Brandstifter schnell gefunden. Für das Hattinger Feuer musste sich die Familienmutter Yasar Ünver vor Gericht verantworten, in der Hansestadt wurde gegen den Hausbewohner Safwan Eid verhandelt. Gegen beide lagen praktisch keine Beweise vor, beide saßen monatelang im Gefängnis, beide wurden freigesprochen.

Ein einziges Indiz konnten die Ermittler gegen den Libanesen Eid vorbringen. Er sollte einem Sanitäter auf der Fahrt ins Krankenhaus die Tat gestanden haben. Diese Aussage beflügelte die Fantasie der Strafverfolger. Von kriminellen Machenschaften im Haus war die Rede. Und von Streitigkeiten unter den Flüchtlingen, obwohl fast alle Bewohnerinnen und Bewohner von guten Verhältnissen untereinander sprachen. Zudem streuten die Staatsanwälte offensichtlich falsche Informationen. So behaupteten sie, Eid habe dem Sanitäter den genauen Ort

Bloß keine rechte Spur! ERMITTLUNGEN Hinweise auf rechtsextreme Hintergründe bei Straftaten werden systematisch ausgegrenzt, nicht nur im Fall des Zwickauer Mor....

des Brandausbruchs geschildert. Davon war aber in der Aussage nicht die Rede ganz abgesehen davon, dass man bis heute nicht weiß, wo das Feuer genau seinen Ausgang nahm. Wer tatsächlich für den Anschlag vom 18. Januar 1996 verantwortlich war, ist ungeklärt. Viel spricht dafür, dass rechte Gewalttäter gezündelt haben. Wenige Stunden nach der Tat hatte die Polizei vier junge Deutsche aus dem mecklenburgischen Grevesmühlen festgenommen, die nachts in der Nähe des Gebäudes gesehen worden waren.

Bei drei der Männer stellten Gerichtsmediziner versengte Wimpern, Augenbrauen und Haare fest. Maik W., der sich auch gern Klein-Adolf nennen ließ, war den Behörden bekannt, weil er Hakenkreuze gesprüht hatte, Dirk T. hatte an den Rostocker Pogromen von 1992 teilgenommen. Für ihre Verbrennungen lieferten sie skurrile Erklärungen: Maik W. will einen Hund mit Haarspray eingesprüht und angezündet haben. René B. schilderte, er habe im Dunkeln Benzin aus seinem Mofa abgezapft. Um etwas zu sehen, habe er ein Feuerzeug angezündet, und so sei eine Stichflamme entstanden. Diese Aussagen wurden in der Folge nicht mehr infrage gestellt, obwohl Untersuchungen ergaben, dass sich die Männer ihre Verbrennungen in den 24 Stunden vor ihrer Festnahme zugezogen haben müssen.

Staatsanwälte ohne Interesse

Doch merkwürdige Einlassungen und rechtsradikale Vorgeschichten konnten die Ermittler ohnehin nicht beirren. Nachdem Polizisten bestätigten, drei der Männer zum Tatzeitpunkt an einer von der Hafenstraße weit entfernten Tankstelle gesehen zu haben, wurde das Mecklenburger Quartett wieder freigelassen. Das Alibi erwies sich als fragwürdig, zudem wusste zu diesem Moment niemand, wann das Feuer genau ausgebrochen war. Doch die Bundesanwälte ließen keine Zweifel: Die zunächst als tatverdächtig angesehenen Jugendlichen scheiden bereits am 19. Januar wieder aus.

Bis heute weigern sich die Strafverfolger, das Verfahren wieder aufzunehmen. Dabei haben sich die Männer geradezu bemüht, ihre Täterschaft zu beweisen. Vor dem Brand erläuterte Maik W. einem Freund, er werde in Lübeck etwas anzünden oder habe es schon getan, später prahlte er damit, an dem Anschlag beteiligt gewesen zu sein. So gegenüber Mithäftlingen des Gefängnisses Neustrelitz, wo er 1998 wegen Autodiebstahls einsaß. Die Lübecker Staatsanwälte zeigten jedoch wenig Interesse an den Aussagen, wie Haftleiter Peter Danneberg irritiert feststellen musste. Auch eine weitere Spur wurde nie verfolgt: Dirk T. hatte offenbar vor seiner Festnahme einen Draht zu den Staatsschützern des LKA. Manches spricht dafür, dass er für die Behörde als V-Mann tätig war.

Straflose Verbrechen

Wollen die Strafverfolger also verhindern, dass Verbindungen zwischen Behörden und militanten Neonazis bekannt werden? Oder haben die Geheimen sogar mitgezündelt? Spätestens seit den NSU-Enthüllungen ist selbst dieser Verdacht nicht auszuschließen. Oder was könnte sonst dahinterstecken, wenn Verdächtige nicht verfolgt werden, die ihren Anschlag ankündigen, vor Ort gesehen werden und später mit ihrer Täterschaft prahlen? Fragen, die geklärt werden müssen. Die Ermittlungen gegen die Grevesmühlener müssen wieder aufgenommen werden. Die Lübecker Straflosigkeit hat das Bild aufrechterhalten, nachdem Migranten und Flüchtlinge selbst für das ihnen zugefügte Leid verantwortlich sind und es damit auch den Fahndern der NSU-Morde leicht gemacht, nach diesem Schema zu ermitteln. Zudem haben die Staatsanwälte Neonazis wie dem Zwickauer Trio signalisiert: Wer Migranten angreift, muss nicht mit Verfolgung rechnen. Straflosigkeit, das weiß man aus Ländern mit großen Menschenrechtsproblemen, schafft den Freiraum für die nächste Tat. Deshalb gilt auch nach 16 Jahren: Bleibt der Lübecker Anschlag ohne strafrechtliche Konsequenzen, schafft er den Boden für weiteres Morden. Wer die Strafverfolgung verhindert, macht sich mitschuldig.

WOLF-DIETER VOGEL

Die Staatsanwälte haben Neonazis signalisiert: Wer Migranten angreift, muss mit Verfolgung nicht rechnen

**Load-Date:** August 5, 2012

Bloß keine rechte Spur! ERMITTLUNGEN Hinweise auf rechtsextreme Hintergründe bei Straftaten werden systematisch ausgegrenzt, nicht nur im Fall des Zwickauer Mor....

---

End of Document

**Sammeln, ausspähen, morden; PLANUNG Die Terroristen vom Nationalsozialistischen Untergrund legten Listen mit Tausenden Namen an, spionierten Anschläge aus, trugen die Adressen in Stadtpläne ein - und schlugen dann doch woanders zu**

taz, die tageszeitung

Samstag 07. April 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** THEMEN DES TAGES; S. 04

**Length:** 746 words

**Byline:** WOLF SCHMIDT

**Highlight:** PLANUNG Die Terroristen vom Nationalsozialistischen Untergrund legten Listen mit Tausenden Namen an, spionierten Anschläge aus, trugen die Adressen in Stadtpläne ein und schlugen dann doch woanders zu

## Body

---

BERLIN taz Es ist ein nur mit Mühe durchdringbarer Wust von Daten, Computerausdrucken und Stadtplänen, durch den sich die Spezialisten des Bundeskriminalamts (BKA) seit Wochen wühlen. Allein 1.700 Asservate aus dem abgebrannten Wohnhaus in der Zwickauer Frühlingsstraße, in dem sich der Nationalsozialistische Untergrund (NSU) zuletzt verschanzt hatte, müssen ausgewertet werden. Eine der Fragen: Wie haben die Terroristen des NSU die Auswahl ihrer Opfer getroffen?

Die Überreste aus dem Schutt geben darauf Antworten aber auch neue Rätsel auf. Aus den Ermittlungsakten ist ersichtlich, dass die Neonazis in drei Stufen vorgingen. Zuerst legten sie eine Datenbank mit rund 10.000 Adressen an. Darin finden sich Abgeordnetenbüros von DKP bis CSU, türkische Kulturvereine und Geschäfte, **Flüchtlingseinrichtungen**, islamische Verbände und jüdische Gemeinden. Im zweiten Schritt besorgten sich die NSU-Täter Karten von Städten in ganz Deutschland. Zum Teil waren dies handelsübliche Stadtpläne, zum Teil druckten sie sich die Karten und zusätzliche Detailansichten einzelner Stadtteile aus. Auf diese Karten übertrugen die Neonazis dann einzelne ausgesuchte Adressen von ihrer 10.000er-Liste. Politikerbüros markierten sie dabei mit einem roten Stern, türkische und islamische Vereine mit einem gelben und jüdische Einrichtungen mit einem Smiley, das eine Sonnenbrille trägt.

Im dritten Schritt spähten die NSU-Terroristen gezielt die Städte aus, in denen sie dann auch zuschlugen. Über Nürnberg, München und Dortmund fand die Polizei im Zwickauer Brandschutt entsprechende Notizen. Hier ermordete der NSU sechs seiner zehn Opfer. Deren Namen waren merkwürdigerweise zuvor aber auf keiner der Listen und Karten aufgetaucht. Nur in einem Fall war ein Imbiss eingezeichnet, wo die Mörder denn auch töteten.

Es ist nicht ausgeschlossen, dass die Terroristen ursprünglich einmal öffentliche Einrichtungen oder Politiker als Anschläge im Hinterkopf hatten. Am Ende entschieden sie sich aber für Attentate auf männliche



Sammeln, ausspähen, morden PLANUNG Die Terroristen vom Nationalsozialistischen Untergrund legten Listen mit Tausenden Namen an, spionierten Anschlagsziele aus, ....

Kleinunternehmer mit Migrationshintergrund im Alter von 21 bis 50 Jahren. Sie wollten die deutsche Nation reinhalten durch Morde an Kanacken. Der Ali muss weg, hieß es in einem jetzt bekannt gewordenen Videofragment des NSU.

Teile der migrantenreichen Dortmunder Nordstadt hätten die Terroristen zielgerichtet ausbaldowert, heißt es in einem Vermerk des BKA über das NSU-Kartenmaterial. Zu sechs potenziellen Zielen haben die Neonazis auf einem Ausdruck vom 22. September 2005 konkrete Anmerkungen gemacht. Guter Sichtschutz. Person gut, aber alt (über 60), schrieben sie über einen türkischen Imbiss. Über ein anderes Geschäft in der Uhlandstraße hieß es: Gutes Objekt und geeigneter Inhaber.

Als die Neonazis ein halbes Jahr später zum Morden nach Dortmund fuhren, schlugen sie allerdings nicht an jenem Imbiss zu, sondern 500 Meter weiter. In der Mallinckrodtstraße 190 töteten sie den Kioskbesitzer Mehmet Kubasik mit zwei Kopfschüssen. In den Notizen war er zuvor nicht erwähnt.

Für einen ihrer Morde in Nürnberg im Juni 2005 hatten sich die Terroristen ebenfalls sechs Ziele ausgeguckt, die sie dann ausspionierten. Über eine Flüchtlingsunterkunft in der Industriestraße in Nürnberg-Sandreuth notierten sie auf der Rückseite eines Kartenausdrucks: Asylheim, Tür offen ohne Schloss. Keller zugänglich. Über ein anderes in Erwägung gezogenes Ziel hieß es: Problem: Tankstelle nebenan. Türke aus Tankstelle geht in jeder freien Minute zum Reden rüber.

Auch in Nürnberg schlugen die Terroristen am Ende nicht an einem der sechs Orte zu, über die sie am 26. Mai 2005 am PC Notizen erstellt hatten. Der Mord zwei Wochen später geschah an einem siebten Ort, der auf dem DIN-A4-Blatt erst nach dem Ausdrucken von Hand mit einem Kreuz eingezeichnet wurde. An der markierten Straßenecke hatte Ismail Yasar seinen Dönerstand. Kurz bevor er ermordet wurde, sah eine Zeugin zwei Radfahrer, die einen Stadtplan studierten: Das müssen Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt gewesen sein. Zwanzig Minuten später töteten sie Yasar mit fünf Schüssen.

Warum mussten ausgerechnet sie sterben? Das fragen sich die Angehörigen aller zehn Opfer der NSU-Terroristen seit Jahren. Man weiß heute, dass sie von einer rassistischen Mörderbande getötet wurden. Der Rest bleibt rätselhaft. WOLF SCHMIDT

Politikerbüros markierten die Neonazis mit einem roten Stern, türkische und islamische Vereine mit einem gelben und jüdische Einrichtungen mit einem Smiley, das eine Sonnenbrille trägt

**Load-Date:** April 6, 2012

**Das geht in Berlin; DEMOS II Auf dem Festival gegen Rassismus in Kreuzberg berichten Flüchtlinge aus dem Iran über ihre Lebensbedingungen. Auf dem Kurfürstendamm fordern gleichzeitig Iran-Anhänger, Israel zu zerstören**

taz, die tageszeitung

Montag 20. August 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** BERLIN AKTUELL; S. 21

**Length:** 618 words

**Byline:** AKW

**Highlight:** DEMOS II Auf dem Festival gegen Rassismus in Kreuzberg berichten **Flüchtlinge** aus dem Iran über ihre Lebensbedingungen. Auf dem Kurfürstendamm fordern gleichzeitig Iran-Anhänger, Israel zu zerstören

## Body

---

Beim Festival gegen Rassismus auf dem Kreuzberger Blücherplatz ist am Samstagmittag noch wenig los. Das liege wohl an den Demos gegen Pro Deutschland und den antiisraelischen Al-Quds-Marsch, hofft einer der Organisatoren. Fast 40 Vereine und Initiativen richten das Festival gemeinsam aus ein Bündnis, das vom Haus alternativer **Migrationspolitik** Allmende über den Humanistischen Verband bis zur Antirassistischen Initiative und Autonomen Antifa reicht.

Doch die AktivistInnen bleiben am Nachmittag fast unter sich. Er sei enttäuscht, sagt der Flüchtlingsaktivist Bruno Watara, der eine Diskussionsrunde zur Lebenssituation in Heimen in Berlin und Brandenburg organisiert hat. Gut 40 Flüchtlinge sind angereist. Sie berichten sich mehr oder weniger gegenseitig über ihre Lebensbedingungen.

Zwei Anliegen hat der aus Afghanistan stammende A.: Seine Anhörung für das Asylverfahren liege Monate zurück, so der in Berlin lebende Flüchtling. Wann eine Entscheidung über seine Anerkennung falle, könne ihm niemand sagen: Warum können die Behörden nicht innerhalb einer bestimmten Frist entscheiden? , fragt er. Der Endzwanziger will raus aus dem Heim, sein Geld selbst verdienen. Eine Chance dazu hatte er schon: Er hätte als Putzmann in einer Reinigungsfirma anfangen können. Doch Arbeiten ist Flüchtlingen erst nach einem Jahr erlaubt. Warum lasst ihr uns nicht arbeiten, wenn wir Jobs finden? , ist A.s zweites Anliegen. Der Afghane ist eigentlich Zahnarzt.

Aus Eisenhüttenstadt berichtet die Iranerin Z.: Viele Kinder gebe es in dem Heim, aber keine Chance für diese, zur Schule zu gehen. In einem Raum, den die Heimleitung Kindergarten nenne, lägen ein paar Spielzeuge: Betreuung gebe es dort nicht, ebenso wenig wie Deutschkurse für die Heimbewohner. Ihr und ihrem Sohn, der gut Fußball spiele, sei nicht erlaubt worden, zu einem Gespräch mit einem Sportberater nach Potsdam zu fahren. Die Aufhebung der Residenzpflicht, die Flüchtlinge an ihren Landkreis bindet, sei erst nach drei Monaten Aufenthalt in

Das geht in Berlin DEMOS II Auf dem Festival gegen Rassismus in Kreuzberg berichten Flüchtlinge aus dem Iran über ihre Lebensbedingungen. Auf dem Kurfürstendamm....

Deutschland möglich, so die Begründung. Z.s Familie ist erst zwei Monate da. Stattdessen wurde ihrem Sohn der Besuch des Heimkindergartens empfohlen: Der Junge ist 15 Jahre alt.

Während auf dem Blücherplatz Menschen berichten, die aus der Islamischen Republik Iran flüchten mussten, fordern auf dem Kurfürstendamm Anhänger des iranischen Regimes die Zerstörung Israels. Den jährlich am letzten Wochenende des islamischen Fastenmonats stattfindenden Al-Quds-Tag für die Befreiung Jerusalems hat der Gründer der Islamischen Republik, Khomeini, einst ins Leben gerufen. Gut 1.000 seiner AnhängerInnen gehen in diesem Jahr in Berlin auf die Straße. Nieder mit Israel! , rufen sie, Fahnen der von der EU als ganz oder teils terroristisch eingestuften Hamas und Hisbollah werden gezeigt. Während die Polizei dagegen nicht vorgeht, drängt sie GegendemonstrantInnen mit Israel-Fahnen teils ruppig zurück. Das geht in Deutschland? , fragt eine Ku'damm-Flaneurin erschrocken. Das geht in Berlin , erwidert ein Teilnehmer der zwei Gegendemonstrationen. An denen, ebenfalls auf dem Ku'damm, beteiligten sich gut 400 Personen.

Die Wiese am Blücherplatz füllt sich gegen Abend merklich. Von Westen kommend, lassen viele TeilnehmerInnen der Gegendemos gegen den Al-Quds-Tag den Tag auf dem Festival gegen Rassismus ausklingen. Aus östlicher Richtung kommen die TeilnehmerInnen der Lärmdemo gegen Mieterhöhungen am Kottbusser Tor, die diesmal zur Unterstützung des Festivals auf dem Blücherplatz endet. Die Bands, die das Abendprogramm bestreiten, haben mehr Publikum als die Diskussionsrunden tagsüber. Die Stimmung ist gelöst, beinahe zufrieden. Die Flüchtlinge sind längst in ihre Heime zurückgekehrt. AKW

**Load-Date:** August 19, 2012

**"Es bleibt ja nicht beim Gärtnern"; LEHREN ODER PFLANZEN Die Irakerin Najeha Abid hat 1996 in Göttingen den ersten Interkulturellen Garten mitgegründet. Das Projekt ist inzwischen ein bundesweites und trägt erheblich zu Emanzipation und Bildung von Migrantinnen und deren Kindern bei**

taz, die tageszeitung

Samstag 10. August 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** KULTUR; S. 43

**Length:** 1392 words

**Byline:** PETRA SCHELLEN

**Highlight:** LEHREN ODER PFLANZEN Die Irakerin Najeha Abid hat 1996 in Göttingen den ersten Interkulturellen Garten mitgegründet. Das Projekt ist inzwischen ein bundesweites und trägt erheblich zu Emanzipation und Bildung von Migrantinnen und deren Kindern bei

## Body

---

INTERVIEW PETRA SCHELLEN

taz: Frau Abid, waren die Interkulturellen Gärten Ihre Idee?

Najeha Abid: Nicht meine allein. Die Idee kam von Migranten, die als Kriegsflüchtlinge aus verschiedenen Ländern nach Göttingen kamen. Wir trafen uns regelmäßig in der Göttinger Frauenteeestube, die vom Flüchtlings-Beratungszentrum betreut wurde. Irgendwann fragten sie uns, was wir vermissen. Wir haben gesagt: die Gärten, die wir in unserer Heimat hatten. Die Sozialarbeiterin hat dann lange gesucht und nach drei Jahren eine Baulücke in der Göttinger Südstadt für uns gepachtet.

Wer war 1996 am ersten Interkulturellen Garten in Göttingen beteiligt?

Wir waren neben zwei deutschen Familien zehn Migrantenfamilien aus Irak, Iran, Afghanistan, Äthiopien und Bosnien. Die fachliche Betreuung hat der äthiopische Agrarwissenschaftler Tassew Shimeles übernommen. Das Göttinger Grundstück, das wir nutzen konnten, war insgesamt 1.500 Quadratmeter groß, und je zwei Familien haben sich eine Parzelle geteilt.

Mit wem haben Sie sie geteilt?

Mit einer Iranerin. Dabei herrschte damals, in den 1980er-Jahren, Krieg zwischen Iran und Irak. Wir haben aber sehr harmonisch zusammengearbeitet. Politik spielte überhaupt keine Rolle für uns.

"Es bleibt ja nicht beim Gärtnern" LEHREN ODER PFLANZEN Die Irakerin Najeha Abid hat 1996 in Göttingen den ersten Interkulturellen Garten mitgegründet. Das Proj....

Waren Bosnier und Serben genauso entspannt?

Nein. Diese beiden Gruppen wollten sich nicht im Garten treffen. Wir haben eine Weile verhandelt, aber am Ende haben die Serben nicht bei uns mitgemacht. Die beiden bosnischen Familien blieben.

Wussten Sie alle, wie man gärtner?

Nein. Einige hatten langjährige Erfahrung, andere gar keine wie ich. Aber wir haben uns gefühlt wie eine Familie, in der jeder jedem hilft. Ich zum Beispiel musste meine Parzellennachbarn ständig fragen: Wie pflanze ich eine Tomate ein, wie säe ich? Und anfangs habe ich stundenlang gegossen, weil ich dachte, viel Wasser bringt viel Ertrag! Die Bosnier gossen einmal pro Woche. Am Ende hatten wir kaum Ernte, und die Parzelle der Bosnier blühte ohne Ende!

Was haben Sie gepflanzt? Gab es kulturelle Unterschiede?

Ja, große. Die Migranten haben anfangs nur Gemüse gepflanzt. Und wir haben es trotz des Klimas geschafft, viele orientalische Sorten zu ziehen. Aber die deutschen Frauen hatten erst nur Blumen. Ich verstand das damals nicht: Warum machten sie sich die Mühe, wenn dann nur Blumen herauskamen? Was bedeuteten schon Blumen?

Und heute?

gibt es in meiner Parzelle viele Blumen, und die Deutschen bauen auch Gemüse an. Und ich muss sagen, nach siebzehn Jahren in den Interkulturellen Gärten habe ich unendlich viel über Kräuter, Pflanzen gelernt. Inzwischen stelle ich Kräutertees, Salben und Öle selbst her und absolviere seit März eine Phytotherapie-Ausbildung an einer Heilpflanzschule. Das macht mir großen Spaß!

Aus welchen sozialen Schichten stammen die Menschen in Ihrem Interkulturellen Garten?

Aus allen, aber das spielt keine Rolle. Wir haben einander nie gefragt: Was hast du studiert? Solche Dinge sind hier bedeutungslos, Hierarchie hat bei uns keinen Platz. Wichtig ist, was ein Mensch mitbringt, wie er mit Leuten aus unterschiedlichen Kulturen umgeht und welchen Beitrag er hier leisten kann. Ich zum Beispiel bin Akademikerin, verstehe vom Gärtnern aber gar nichts. Die alte Frau aus dem Irak mit langjähriger Garten-Erfahrung ist Analphabetin. Also haben wir einander ergänzt. Sie zeigt mir, wie man sät. Und ich habe vier Jahre lang Alphabetisierungskurse für Frauen auch außerhalb unseres Vereins angeboten.

Trotzdem klingt es, als seien die Migrantinnen weitgehend unter sich geblieben.

Aber nein! Wir haben damals sehr bald unser erstes Sommerfest gefeiert, und da sind die Menschen aus der Nachbarschaft regelrecht geströmt. Schnell gab es Anfragen für weitere Gärten, sodass wir zeitweilig fünf davon in Göttingen und Umgebung hatten. Inzwischen sind 40 Prozent unserer Vereinsmitglieder Deutsche. Das freut uns, denn unser Ziel war immer, Kontakt zur hiesigen Gesellschaft zu bekommen.

Auch der Einsamkeit zu entrinnen?

Ja, sicher! Ich zum Beispiel habe in der ersten Zeit nicht gewagt, allein rauszugehen. Ich wusste nicht wohin. Anderen ging es genauso. Da war der Garten der ideale Ort, um andere Menschen zu treffen. Und zu erfahren, dass alle dieselben Probleme haben. Und um in Zeiten der Arbeitslosigkeit eine Aufgabe zu haben.

Welchen Beruf haben Sie im Irak ausgeübt?

Ich war Arabisch-Lehrerin des mit 7.000 Schülerinnen größten Gymnasiums von Bagdad, das ich auch geleitet habe.

Sprachen liegen Ihnen.

"Es bleibt ja nicht beim Gärtnern" LEHREN ODER PFLANZEN Die Irakerin Najeha Abid hat 1996 in Göttingen den ersten Interkulturellen Garten mitgegründet. Das Proj....

Ja. Da meine Papiere hier aber nicht anerkannt wurden, habe ich Kindern fünf Jahre lang ehrenamtlich Arabisch beigebracht. Das waren nicht nur Kinder arabischer Migranten, sondern auch Türken und Deutsche aus binationalen Ehen. Inzwischen haben mir die Interkulturellen Gärten auch beruflich neue Wege geebnet: Heute habe ich glücklicherweise eine Stelle bei der Stiftungsgemeinschaft, die unsere Gärten betreut.

Sie sind 1982 aus dem Irak geflohen. Sind Sie je wieder hingereist?

Ja, viele Jahre später. Und ich habe auf der ganzen Strecke von der Grenze im Norden in Kurdistan bis Bagdad nur geweint. Tiere, Pflanzen, Boden: Alles war verbrannt. Der Irak wird noch lange brauchen, um sich von der Gewalt zu befreien, mit der eine ganze Generation aufgewachsen ist.

Wo wohnen Ihre Verwandten jetzt?

Unsere große Familie, die einst unter einem Dach wohnte, ist inzwischen auf mehrere europäische Länder verteilt. Das macht mich sehr traurig.

Angesichts der verbrannten Erde im Irak wirkt es wie ein Heilungsversuch, dass Sie jetzt ausgerechnet Gärten anlegen.

Ja, klar! Abgesehen davon hat sich meine Sicht auf die deutsche Gesellschaft inzwischen verändert. Anfangs dachte ich, die Deutschen hätten keine Sorgen, sondern nur wir. Ich habe mich sehr auf mein, auf unser Migrantendasein konzentriert. Mit der Zeit hat sich das relativiert.

Inwiefern?

Im Jahr 2000 habe ich auf der Expo in Hannover über die Situation von Flüchtlingsfrauen in Deutschland berichtet. Während ich sprach, sah ich, dass eine Frau im Publikum weinte. Ich dachte, es sei wegen meiner Geschichte. Am Ende stand sie auf. Sie kam aus Tibet und sagte: Ich habe dasselbe erlebt wie Sie, aber in einer anderen Ecke der Welt. Als ich das hörte, dachte ich: Es ist höchste Zeit, dass wir uns integrieren.

Nämlich wie?

Ich fand, wir müssten uns über dieses Land, das unser Leben gerettet hat, informieren. Wir müssten unseren Beitrag leisten. Zum Beispiel durch unsere Gärten, mit denen wir die Natur dieser brach liegenden Grundstücke bewahren.

Die Gärten werden vor allem von Frauen betrieben. Lernen sie dort auch Emanzipation?

Letztlich schon, denn es bleibt ja nicht beim Gärtnern. Viele Frauen, die meine Alphabetisierungskurse besucht haben, haben inzwischen den Hauptschulabschluss. Für mich ist das eine große Ehre, wenn eine Frau mit fünf Kindern, die nie zur Schule ging, jetzt Schreiben und Lesen lernt und am Ende eine Krankenpflegerin-Ausbildung macht. Und die Kinder, die während unserer Gartenzeit geboren sind, haben inzwischen fast alle Abitur und Studium.

Werden die Migrantinnen von ihren Männern unterstützt?

Das ist unterschiedlich. Manche Männer sind sehr offen und demokratisch. Andere leiden unter ihrer Arbeitslosigkeit. Denn man muss bedenken: Wenn ein Mann, der immer alleiniger Ernährer war, zu Hause sitzt und sieht, dass die Frau verdient und sich abmüht: Dann denkt er, es sei seine Schuld, weil eigentlich er diese Arbeit tun müsste.

Was sagen Sie Frauen, die deswegen Probleme bekommen?

Ich habe immer gesagt: Wir sind hier in der Fremde. Wenn jemand eine Chance auf Arbeit bekommt egal welche und egal, ob Mann oder Frau, müssen wir das nutzen! Und der andere soll sich mit freuen.

"Es bleibt ja nicht beim Gärtnern" LEHREN ODER PFLANZEN Die Irakerin Najeha Abid hat 1996 in Göttingen den ersten Interkulturellen Garten mitgegründet. Das Proj....

Unterstützt Ihr Mann Sie?

Gottseidank ist er offen und hat mich immer unterstützt: Ich bin seit 17 Jahren in diesem Verein, und er fährt mich überall hin. Er hat immer, wenn es nötig war, unsere Tochter betreut und mich nie gefragt: Mit wem fährst du? Warum kommst du spät?

Wie finden die Ehemänner der anderen Migrantinnen das?

Einige empfanden es als Beleidigung, es ist für sie nicht akzeptabel. Vielleicht haben sie Angst, dass ihre Frauen Ähnliches fordern. Es gibt aber auch viele Männer, die die Kinder betreuen und den Haushalt führen, wenn die Frauen unterwegs sind. Hochachtung vor solchen Männern! Aber grundsätzlich sage ich immer, es ist eure Entscheidung. Wir im Verein dürfen nicht versuchen, die Art, wie andere Menschen leben, zu beeinflussen.

**Load-Date:** August 9, 2013

**Gute Kurse, schlechte Kurse; INTEGRATION Ein arbeitsloser Flüchtling ist Analphabet und spricht wenig Deutsch. Doch als er beginnt, Sprache und Schrift zu lernen, bekommt er Ärger mit der Arbeitsagentur**

taz, die tageszeitung

Mittwoch 24. April 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** NORD AKTUELL; S. 22

**Length:** 680 words

**Byline:** MAIK NOLTE

**Highlight:** INTEGRATION Ein arbeitsloser **Flüchtling** ist Analphabet und spricht wenig Deutsch. Doch als er beginnt, Sprache und Schrift zu lernen, bekommt er Ärger mit der Arbeitsagentur

## Body

---

VON MAIK NOLTE

Seit vier Jahren lebt Adnan M. als **Flüchtling** in Deutschland, die Hälfte der Zeit hat er hier auch gearbeitet in der oldenburgischen Fleischindustrie, etwas Besseres ist kaum zu kriegen, wenn man nur wenig Deutsch spricht und zudem nicht lesen und schreiben kann. Daran wollte der 31-Jährige etwas ändern, nachdem er im vergangenen Jahr arbeitslos wurde, und meldete sich für einen Sprach- und Alphabetisierungskurs bei der Interkulturellen Arbeitsstelle Ibis an. Seine Chancen, Arbeit zu finden, könnten sich dadurch nur verbessern, dachte der irakische Kurde. Behörden denken mitunter anders die Arbeitsagentur strich ihm zeitweise sämtliche Ansprüche.

Durch den Integrationskurs habe er dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung gestanden, weshalb die Leistungen rückwirkend eingestellt worden seien, hatte ihm die Arbeitsagentur mitgeteilt, nachdem M. sie von seiner Teilnahme in Kenntnis gesetzt hatte. Ganz arglos, wie Ibis-Berater Peter von Rüden sagt, schließlich hatte ihm das Jobcenter zuvor zu einem solchen Kurs geraten. M. hat mit beiden Behörden zu tun, da sein Arbeitslosengeld zum Leben nicht reicht und mit ALG II aufgestockt wird.

M. hatte allerdings nicht angegeben, welchen zeitlichen Umfang der Kurs habe, erklärt Vanessa Bartels, Teamleiterin Arbeitsvermittlung in der Oldenburger Agentur, den Vorgang. Man sei daher davon ausgegangen, dass er in Vollzeit daran teilnehme, womit die Voraussetzungen für den Anspruch auf Arbeitslosengeld I entfielen. Rund 3.000 Euro sollte der Arbeitslose zurückzahlen. M. wiederum betonte, dass er den Kurs für ein Jobangebot ja jederzeit abgebrochen hätte. Aber auch das half ihm nicht: Zwar gibt es mit dem Paragraphen 139 Abs.3.2 im Sozialgesetzbuch III eine rechtliche Grundlage, die diese Form der Verfügbarkeit auf Abruf regelt seit Ende November 2012 aber gibt es eine Weisung, nach der dieser Abschnitt explizit nicht mehr bei Integrationskursen zum Tragen komme. Mir sind da die Hände gebunden, sagt Bartels.



Gute Kurse, schlechte Kurse INTEGRATION Ein arbeitsloser Flüchtling ist Analphabet und spricht wenig Deutsch. Doch als er beginnt, Sprache und Schrift zu lernen....

Stattdessen hätte M. an einem sogenannten EMS-Bamf-Kurs des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge teilnehmen können, hieß es. Die sind nach vereinheitlichten Standards aufgestellt und in Sachen Leistungsanspruch genau geregelt, teilt ein Sprecher der Bundesagentur mit. Von Rüden hält sie für den vorliegenden Fall für wenig sinnvoll: Die richten sich vor allem an Fortgeschrittene und nicht an Menschen, die im Alphabetisierungsprozess stecken.

Anspruchsberechtigten Migranten bleibt ansonsten noch die Möglichkeit, Kurse in Teilzeit zu besuchen, aber auch da gibt es Stolperfallen, denn die Kurszeiten dürfen sich nicht mit den Verfügbarkeitszeiten überschneiden, die der Erwerbslose bei der Agentur angegeben hat. Im Falle Oldenburgs bedeutet das mitunter, dass sich Arbeitssuchende auf Stellen in Spät- oder Nachtschichten hin umorientieren müssen, denn Abendkurse gibt es hier nicht. Man müsste dann ja fünf oder sechs Kurse anbieten, um allen Leistungsniveaus gerecht zu werden, sagt von Rüden. So viele Leute gibt es hier gar nicht, das ist eher für Berlin oder Hamburg realistisch.

Es wirkt ein wenig, als wäre M. zwischen die Mühlsteine zweier Behörden geraten. Denn genau jener von ihm gewählte Kurs, der ihm nun Ärger mit der Agentur einhandelte, war noch im Oktober also vor der zitierten Weisung vom Jobcenter als Eigenbemühung anerkannt und in einer Eingliederungsvereinbarung dokumentiert worden. Während die eine Behörde Druck ausübt, einen solchen Kurs zu belegen, sieht ihn die andere mitunter als Störfaktor für die Arbeitsvermittlung nicht nur für Migranten schwer zu durchblicken, und eine nicht beantwortete Frage reicht in diesem Räderwerk aus, um in finanzielle Not zu geraten.

Immerhin gibt es für M. ein Happy End: Seinem zunächst abgewiesenen Widerspruch hat die Agentur nach Klärung seiner Kurszeiten nun doch noch stattgegeben; er muss somit keine Rückzahlung leisten und darf auch seinen Kurs weiter besuchen. Eine gewisse Unsicherheit bleibt: Integrationskurs ist mittlerweile nicht mehr gleich Integrationskurs und Verfügbarkeit Definitionssache.

**Load-Date:** April 23, 2013

**Niedersachsen soll bar zahlen; UNTERSTÜTZUNG Das Sozialgericht  
Hildesheim wird Innenminister Uwe Schünemanns Gutscheinsystem für  
Asylbewerber im Februar wohl kippen**

taz, die tageszeitung

Samstag 19. Januar 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** NORD AKTUELL; S. 38

**Length:** 324 words

**Byline:** KAI VON APPEN

**Highlight:** UNTERSTÜTZUNG Das Sozialgericht Hildesheim wird Innenminister Uwe Schünemanns Gutscheinsystem für Asylbewerber im Februar wohl kippen

## Body

---

Das Sozialgericht Hildesheim wird sich im Februar mit der Vergabe von Gutscheinen für hilfsbedürftige Migranten befassen. Konkret geht es um eine 37-jährige Asylbewerberin aus Kuba, der zu wenig Sozialleistungen ausgezahlt worden waren. Die Stadt Göttingen wollte der Mutter von zwei Töchtern die ihr zustehenden 500 Euro nicht bar, sondern in Gutscheinen zahlen.

Die Tür für eine Abschaffung dieser diskriminierenden Gutscheine steht weit offen, sagt ihr Anwalt Sven Adam. Bereits im Januar hatte das Sozialgericht angedeutet, dass Niedersachsen mit seinen Gutscheinen gegen das Grundgesetz verstoße.

Das Bundesverfassungsgericht hatte im Juli entschieden, dass die Sozialleistungen für Asylbewerber zu niedrig sind. Aber Niedersachsen will nicht in bar nachzahlen, sondern lieber in Form von Gutscheinen. Die gelten für Nahrungs- und Unterhaltungsmittel von geringem Anschaffungswert, so die Aufschrift. Und da wird es ekelhaft, sagt Adam. Denn die Kassiererin im Supermarkt müsste die Menschen an der Kasse ermahnen, dass es auch noch ein günstigeres Produkt gebe. Für Adam eine entwürdigende Situation.

Im Dezember hatte das Sozialgericht Hildesheim die Gutschein-Praxis der Stadt Göttingen auch schon gerügt und sich parallel dazu grundsätzlich mit dem Gutscheinsystems auseinandergesetzt. Denn der SPD-Stadtrat und die Verwaltung Göttingens hatten angekündigt, dass sie die Gutscheine am liebsten abschaffen und stattdessen Bargeld auszahlen würden. Sie hätten jedoch Weisung von Innenminister Uwe Schünemann (CDU) erhalten, an den Gutscheinen festzuhalten.

Nach der Entscheidung des Sozialgerichts Hildesheim im Dezember dementierte Schünemann: So eine Dienstanweisung habe es nie gegeben. Als die Stadt dann Bargeld auszahlen wollte, machte das Innenministerium

Niedersachsen soll bar zahlen UNTERSTÜTZUNG Das Sozialgericht Hildesheim wird Innenminister Uwe Schünemanns Gutscheinsystem für Asylbewerber im Februar wohl kip....

Druck. Bargeldauszahlungen seien ein Anreiz für Osteuropäer, nach Deutschland zu kommen. Das Sozialgericht Hildesheim vertritt da offenbar eine andere Auffassung. KAI VON APPEN

**Load-Date:** January 18, 2013

---

End of Document

## Seminare im Flüchtlingsheim Hellersdorf; ALICE-SALOMON-HOCHSCHULE

taz, die tageszeitung

Mittwoch 16. Oktober 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** BERLIN AKTUELL; S. 22

**Length:** 283 words

### **Body**

---

#### ALICE-SALOMON-HOCHSCHULE

Die Alice-Salomon-Hochschule in Hellersdorf bietet einige Lehrveranstaltungen jetzt im **Flüchtlingsheim** in ihrem Bezirk an. Außerdem wollen zwei Studentinnen aus dem Bachelorstudiengang Soziale Arbeit Ende Oktober dort ihr Praxissemester verbringen. Die benachbarte Hochschule wolle so ein positives Zeichen für die **Flüchtlinge** setzen, persönliche Kontakte erleichtern und die Betroffenen selbst zu Wort kommen lassen, sagte Rektorin Theda Borde am Dienstag. Als Hochschule für Soziale Arbeit, Gesundheit und Bildung sehen wir es als unsere gesellschaftliche Verantwortung, die Inklusion der **Flüchtlinge** in unserem Bezirk und in Berlin zu unterstützen.

Das Flüchtlingsheim in der Carola-Neher-Straße war zu Beginn von der rechtsextremistischen NPD instrumentalisiert worden: Die Partei hatte im Bundestagswahlkampf mehrmals gegen das Heim demonstriert.

Den Studenten steht im Heim ein Raum für 50 Personen mit Tafel, Beamer und Computern zur Verfügung. So können im Wintersemester 2013/14 regelmäßig Seminare wie Sozialmedizinische und sozialpsychiatrische Grundlagen Sozialer Arbeit, Rassismus und Migration oder Kritische Soziale Arbeit im gesellschaftspolitischen Kontext abgehalten werden. Englischsprachige Seminare wie Foundation of Sociology (Grundlagen der Soziologie) oder die Abendveranstaltung International and Refugee Health stehen auch den Flüchtlingen offen.

Aber auch der Hochschulchor werde einen Teil seiner Proben in die Flüchtlingsunterkunft verlegen, hieß es. Ferner dürfen Flüchtlinge von nun an jeden Freitagnachmittag das Computerzentrum der Hochschule nutzen. Auch die Bibliothek und das studentische Café stehen den Flüchtlingen offen. (dpa)

**Load-Date:** October 22, 2013

## Die Reisefreiheit der anderen; Wie beantragt man eigentlich in Gambia ein Visum für den Schengenraum? von Paolo Gaibazzi

taz, die tageszeitung

Freitag 13. Dezember 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** LE MONDE DIPLOMATIQUE; S. 4-5

**Length:** 2491 words

**Byline:** Paolo Gaibazzi

**Highlight:** Wie beantragt man eigentlich in Gambia ein Visum für den Schengenraum? von Paolo Gaibazzi

### Body

---

Bei dem Begriff undokumentierte **Migration** denkt man automatisch an Menschen, die in europäischen Ländern leben und üblicherweise mit dem bedenklichen Ausdruck illegale oder irreguläre **Migranten** belegt werden (in Frankreich nennt man sie sans-papiers).

Aber natürlich denken wir bei dem Wort unwillkürlich auch an Tragödien wie die vom 3. Oktober: den Untergang eines überfüllten Boots voller **Flüchtlinge** vor Lampedusa, bei dem mindestens 359 Afrikaner den Tod fanden. Die meisten von ihnen stammten aus Somalia und Eritrea und wollten in Europa politisches **Asyl** beantragen wie die vielen anderen, die eine derart gefährliche Überfahrt riskieren, weil ihnen das Recht auf legale Einreise in die Europäische Union, und damit auf ein sichereres Transportmittel, verwehrt wird.

Aber ich will hier weder die schrecklichen Bilder dieser Tragödien abrufen noch auf die heftigen politischen Kontroversen eingehen, die solche Ereignisse immer wieder zur Folge haben. Hier geht es vielmehr um andere undokumentierte Personen, die man sans-visa nennen könnte: Menschen also, die sich nicht an den bewachten Eingangstoren Europas drängen, sondern in ihrer westafrikanischen Heimat direkt um ein Visum ersuchen. Wie schwer es ist, ein Visum für ein Schengenland (aber auch die anderen EU-Staaten) zu bekommen, zeigt sich ja bereits darin, dass es in Europa so viele undokumentierte **Migranten** gibt.<sup>1</sup>

Aber was Menschen tatsächlich erleben, wenn sie sich meist vergeblich um ein Schengenvisum bemühen, bleibt diesseits der europäisch-afrikanischen Grenzen weitgehend undokumentiert. Wir erfahren darüber bestenfalls durch persönliche Berichte von Bekannten, Partnern oder Kollegen, die sich erfolgreich durch das Labyrinth des Antragsverfahrens für ein Visum gekämpft haben. In Westafrika dagegen sind solche Geschichten mit ihrem zumeist unguten Ende völlig alltäglich.

In vielen westafrikanischen Regionen und nicht nur dort bedeutet ein Visum nicht nur ein Recht auf grenzüberschreitendes Reisen, sondern auch den Zugang zu einem künftigen Leben in Würde. Um nicht in Verallgemeinerungen zu verfallen, erzähle ich hier von den Verhältnissen in Gambia, wo ich mich aufgrund meiner Forschungsarbeit am besten auskenne.

## Die Reisefreiheit der anderen Wie beantragt man eigentlich in Gambia ein Visum für den Schengenraum? von Paolo Gaibazzi

Gambia hat drei schwierige Jahrzehnte hinter sich, geprägt von harten Sparmaßnahmen, einer extrem unsteten Wirtschaftsentwicklung, dem Niedergang der Landwirtschaft und verschärfter politischer Repression. Deshalb betrachten immer mehr junge Leute die Auswanderung in ein anderes afrikanisches Land oder, noch besser, auf einen anderen Kontinent als Ausweg aus der Sackgasse, in der sie in vielerlei Hinsicht stecken. Zum Beispiel weil sie keine Schul- oder Studiengebühren zahlen können oder nicht genug Geld zum Heiraten haben oder notleidende Verwandte unterstützen müssen.

Aber Geld ist natürlich nicht das einzige Motiv. Es gibt auch junge Leute ohne akute finanzielle Probleme, die einfach im Ausland studieren wollen. Viele haben auch nur den schlichten Wunsch, andere Ecken der Welt kennenzulernen. Wieder andere wollen ihren Vätern oder Brüdern nacheifern, die von zu Hause aufgebrochen sind, um ihr Glück oder neues Wissen und andere Erfahrungen im Ausland zu suchen.

Kurzum: In ganz Westafrika gelten Reisen und Ortswechsel als ganz normale oder gar selbstverständliche Etappen im Leben eines Menschen. Dabei gab es in jeder historischen Phase ein besonders begehrtes Migrationsziel, ohne dass man die betreffenden Orte oder Länder je zu einem Dorado verklärt hätte. Das gilt auch für das Ziel Europa, das auf die im Gambia-Tal lebenden Menschen eine erhebliche Faszination ausübt, oder besser: ausgeübt hat.

Um es klar zu sagen: Es gibt sie nicht, die Millionen Afrikaner, die sich anschicken, in Europa einzufallen, wie Roberto Maroni, der ehemalige italienische Innenminister und heutige Chef der Lega Nord, fantasiert hat vielleicht nachdem er eine Nacht lang Science-Fiction-Filme gesehen hatte. Wie bei jeder wichtigen Entscheidung eines Individuums wirken auch beim Entschluss, auszuwandern und ein Visum zu beantragen, viele teils geplante, teils ungeplante Einzelfaktoren zusammen. Allerdings gibt es nicht viele Gambier, die sich die Chance, ein Schengenvisum zu erlangen, entgehen lassen würden; und sei es nur, um sich in Europa umzusehen, bevor sie entscheiden, ob sie dort bleiben oder zurückkehren wollen. Viele ganz normale Jugendliche wollen diese Chance einfach deshalb, weil sie den Traum von einem künftigen Leben haben, das nicht so hart und unberechenbar ist wie das ihre im Dorf oder in der Stadt.

Dass für junger Afrikaner auf dem Weg nach Europa der Status von Illegalen eine furchtbare Last ist, wissen EU-Politiker sehr genau. Trotz der symbolträchtigen Bilder vollgestopfter Flüchtlingsboote, die die europäische Abschottungsstrategie untermauern, fallen die meisten illegalen MigrantInnen der EU unter eine andere Kategorie: Sie sind zunächst auf legalem Wege eingereist, haben dann aber ihre Aufenthaltsdauer überzogen oder ihr Aufenthaltsrecht aus anderen Gründen verloren. Auf diese Entwicklung haben die Schengenstaaten seit den 1990er Jahren mit zwei Maßnahmen reagiert: Zum einen schränkten sie die Visavergabe noch weiter ein, zum anderen entwickelten sie ein raffiniertes Kontrollsystem, um verdächtige Antragsteller in der Bürokratsensprache: Personen mit hohem Risiko illegaler Migration besser identifizieren zu können.

### Macht und Misstrauen der Konsularbeamten

Heute stehen die meisten afrikanischen Staaten auf einer schwarzen Liste, was bedeutet, dass ihre Bürger für die Einreise in den Schengenraum nicht nur ein Visum benötigen, sondern bei einem Antrag selbst auf ein kurzzeitiges Besuchervisum eine ganze Reihe zusätzlicher Dokumente und finanzieller Garantien einreichen müssen. Unter anderem müssen sie den Zweck der Reise belegen und nachweisen, dass sie für ihr Gastland kein finanzielles oder anderweitiges Risiken darstellen. Und vor allem müssen sie belegen, dass sie die Absicht haben, nach Ablauf der gewährten Aufenthaltsfrist wieder in ihr Land zurückzukehren.

Das alles sind keineswegs nur Formalitäten. Bei der Entscheidung über die Erteilung von Visa haben die zuständigen Konsularbeamten einen beträchtlichen Ermessensspielraum. Und in aller Regel sind die Interviews mit den Antragstellern von grundsätzlichem Misstrauen geprägt, wobei die Beamten darauf aus sind, betrügerische Angaben in den eingereichten Dokumenten und Widersprüche in der Darlegung der Reisegründe aufzudecken. Das Visum kann jederzeit ohne Angabe von Gründen verweigert werden. Kurz: Die ganze langwierige bürokratische Prozedur fungiert als wirtschaftlicher, politischer und kultureller Filter.

Die Vergabe von Visa nicht nur für den Schengenraum ist ein so kostspieliges und so intransparentes Verfahren, dass jüngere, weniger gebildete und ärmere Antragsteller, die wenig Erfahrung mit modernen Bürokratien besitzen

## Die Reisefreiheit der anderen Wie beantragt man eigentlich in Gambia ein Visum für den Schengenraum? von Paolo Gaibazzi

also die, die im Schengen-Abschottungsjargon ein hohes Risiko darstellen, kaum eine Chance haben, sich das Recht auf Reisen zu verschaffen oder auch nur einen entsprechenden Antrag zu stellen. Es ist offensichtlich, dass die große Mehrheit derjenigen, die vorübergehend oder endgültig nach Europa gelangen wollen, es nicht einmal bis zur Abgabe eines Visumantrags bringen.

Würden wir unsere Analyse auf diese bürokratische Ebene beschränken, wäre die Geschichte der sans-papiers nur eine von vielen, aus denen die globale Ungleichheit zusammengesetzt ist. In einer Welt, in der ständig von freien Märkten die Rede ist und alles getan wird, um den freien Kapital- und Warenverkehr zu beschleunigen, werden große Teile der Bevölkerung des sogenannten globalen Südens daran gehindert, sich frei in der Welt zu bewegen. Und wenn sie es ohne amtliche Genehmigung doch tun, werden sie hart bestraft.<sup>2</sup>

Diese Janusköpfigkeit des neoliberalen Systems ist mehr als ein schockierendes Paradox. Sie ist vielmehr eine zentrale Bedingung für sein Funktionieren und für die Wahrung der damit verbundenen Privilegien. Europa ist also trotz des ökonomischen Absturzes und der politischen Stagnation weiterhin auf dem besten Weg zu einer gated community, die immer mehr Gelder in die Verstärkung ihrer Grenzen investiert.<sup>3</sup>

Aber Visa sind nicht nur ein Sinnbild für die Geopolitik der Mobilität, die sich durch extreme Ungleichheit auszeichnet. In Westafrika haben sie für die Gesamtgesellschaft eine viel umfassendere Bedeutung. Angesichts der VergabeprozEDUREN muss der potenzielle Reisende eine oder mehr Personen als Helfer oder Bürgen gewinnen, wenn er auch nur die geringste Chance auf ein Schengenvisum haben will.

Bleiben wir in Gambia. Hier sind die meisten jungen Leute arbeitslos oder unterbeschäftigt; und selbst von denen, die einen Job haben, besitzen viele keinen Arbeitsvertrag; auch von den vielen kleinen Straßenhändlern haben keineswegs alle einen Gewerbeschein. Entsprechend verfügen nur wenige über ein Bankkonto, und noch weniger über größere Guthaben. Wie soll also der Antragsteller beim Konsulat eines Schengenstaats einen Gehaltsnachweis, Bankauszüge oder Bescheinigungen eines Arbeitgebers vorlegen können, um seine Einkommensverhältnisse zu dokumentieren? Und dann sind da noch die Ausgaben: Um ein Visum auch nur zu beantragen, muss eine Gebühr von 60 Euro bezahlt, ein Hin- und Rückflugticket gekauft und eine Krankenversicherung abgeschlossen werden.

Wer auch noch auf die Hilfe von Mittelsmännern in einer Bank oder einer staatlichen Behörde angewiesen ist, um sich die ganzen erforderlichen Papiere zu besorgen, muss für einen solide begründeten Visumantrag schon ein paar tausend Euro veranschlagen. In der Praxis bedeutet dies, dass man einen Helfer braucht, der bereits im Schengenbereich lebt. In der Regel sind das Verwandte oder enge Freunde, seltener auch Organisationen oder europäische Freunde respektive Ehepartner. Diese Helfer können die Erfolgsaussichten von Visumanträgen für ein Schengenland oder ein anderes begehrtes Reiseziel beträchtlich erhöhen, indem sie etwa Geld schicken, einen Einladungsbrief verfassen, eine Bürgschaftserklärung für mögliche finanzielle Auslagen unterzeichnen oder Kontakte mit möglichen Arbeitgebern herstellen.

Um den Anspruch auf legale Einreise auch nur geltend zu machen, ist der Visumkandidat also auf die Unterstützung von Freunden und Verwandten angewiesen. Aber sie zu bekommen ist, wie der Visumantrag selbst, ein schwieriges Unterfangen, das häufig zu Missverständnissen und Frustrationen führt. Es stimmt zwar, dass die Großfamilien in Gambia noch immer und trotz rapide zunehmender ökonomischer und politischer Unsicherheit durch ein starkes Grundgefühl von Autorität und Solidarität zusammengehalten werden. In einer Familie, von der einzelne Mitglieder schon seit ein, zwei Generationen im Ausland leben, sind die Chancen ganz gut (vor allem für einen jungen Mann), dass einer der emigrierten Verwandten die Einreise in das betreffende Land unterstützt.

Diese Hilfe gibt es aber nicht umsonst. Ein junger Mann, der sie anfordert, ist den Regeln und Hierarchien der erweiterten Familie noch stärker unterworfen. Er muss sich als gehorsamer Sohn und jüngerer Bruder erweisen und seine Fähigkeiten zeigen, zum Unterhalt der gesamten Familie beizutragen – was unter den ökonomischen Bedingungen Gambias schwierig ist.

Hilfe und Druck von der Familie

Die Reisefreiheit der anderen Wie beantragt man eigentlich in Gambia ein Visum für den Schengenraum? von  
Paolo Gaibazzi

Hinzu kommt, dass in jeder Familie viele Bewerber um den Migrationsauftrag konkurrieren. Das führt häufig zu offenen oder verdeckten Konflikten zwischen den einzelnen Zweigen eines erweiterten Familienverbands, die jeweils ihren Kandidaten durchbringen wollen. In Gambia ist die Klage, dass ein Migrationskandidat von dieser oder jener Fraktion der Familie im Stich gelassen oder vernachlässigt wurde, nachgerade zum Leitmotiv von Familienfehden geworden.

Damit geraten junge Leute, die sich um ein Visum bemühen, oft in die Zwickmühle. Einerseits müssen sie sich gegenüber ihrer erweiterten Familie als gehorsam und zielstrebig darstellen, damit sie nicht ihren guten Ruf und damit die Chance auf Beistand verspielen. Andererseits können sie nie ganz sicher sein, ob sich die Verwandten tatsächlich für ihre Sache einsetzen. Die Verwandten sagen ihnen, Visa und all die anderen Dokumente seien nun einmal nicht so leicht zu beschaffen. Die jungen Leute wissen natürlich, dass das Bewilligungsverfahren höchst komplex und ein Erfolg im Grunde unberechenbar ist. Aber da sie Freunde und Familienmitglieder kennen, die es zu einem Visum gebracht haben, fragen sie sich ständig, ob die Verwandten sich ehrlich für sie bemühen oder ob sie nicht vielleicht ein doppeltes Spiel treiben.

Anders formuliert: Das Visum vermittelt also eine Beziehung nicht nur zwischen dem Migranten und dem um Einreise ersuchten Staat, sondern auch zwischen dem Migranten und dessen Verwandten und Freunden. Und da die meisten der jungen Leute, die ein Visum erlangen wollen, es nicht einmal bis zur Antragsabgabe schaffen, verwundert es kaum, dass die meisten verhinderten Migranten ihre Frustration gegen die Verwandtschaft richten und nicht gegen das Konsulatspersonal oder die Institutionen und Politiker, die für das herrschende Mobilitätsregime verantwortlich sind.

Auf diese Weise werden die rechtlichen und politischen Mechanismen, die der ungleichen Verteilung des Rechts auf freies Reisen zugrunde liegen, unsichtbar: Paradoxe- und perverserweise werden sie mit Problemen und Konflikten in den persönlichen Beziehungen der Visumbewerber verwoben und können im Extremfall das Verhältnis zwischen nahen Verwandten vergiften. Dies sind die tatsächlich undokumentierten Nöte der Menschen ohne Papiere in Westafrika, von denen die europäische Öffentlichkeit nichts weiß und nichts hören will.

Fußnoten: 1 Die Entwicklung zum Schengenraum und die Strategie der EU, undokumentierte Migranten von Europa fernzuhalten, beschreibt Bernd Kasperek: Von Schengen nach Lampedusa, Ceuta und Piräus Grenzpolitiken der Europäischen Union, in: Europas Grenzen, Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 47/2013, herausgegeben von der Bundeszentrale für Politische Bildung. 2 Zu diesem Grundwiderspruch der Globalisierungslehre, dass grenzenlose Mobilität für Waren und Geld, nicht aber für menschliche Arbeitskraft gilt, siehe Niels Kadritzke, Migrationsblockaden und Kapitalströme, Le Monde diplomatique, September 2002. 3 Siehe Henk van Houtum und Roos Pijpers, The European Union as a Gated Community: The Two-faced Border and Immigration Regime of the EU, in: Antipode, 39(2), 2007, S. 291-309. Aus dem Englischen von Niels Kadritzke Paolo Gaibazzi ist Forscher am Zentrum für den Modernen Orient, Berlin. Der vorliegende Beitrag basiert auf einem Vortrag, den Paolo Gaibazzi im Rahmen der öffentlichen Ringvorlesung Afrika: Identität der nächsten Generation am Otto-Suhr-Institut der FU Berlin gehalten hat. Das komplette Programm: [www.osi-club.de/Afrika](http://www.osi-club.de/Afrika). © Paolo Gaibazzi; für die deutsche Übersetzung Le Monde diplomatique, Berlin

**Load-Date:** December 12, 2013



## Wie viele noch?; FLÜCHTLINGE Wieder kentern Boote vor Malta und vor Lampedusa, mindestens 34 Menschen ertrinken

taz, die tageszeitung

Montag 14. Oktober 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** SEITE 1; S. 01

**Length:** 241 words

**Byline:** CJA

**Highlight:** FLÜCHTLINGE Wieder kentern Boote vor Malta und vor Lampedusa, mindestens 34 Menschen ertrinken

### **Body**

---

BERLIN taz Kurz nach der Flüchtlingskatastrophe von Lampedusa mit fast 340 Toten sind erneut Hunderte papierlose Migranten im Mittelmeer in Seenot geraten.

Am Sonntagnachmittag setzte ein Boot mit 400 Flüchtlingen an Bord einen Hilferuf ab.

Am Freitag waren mindestens 34 Menschen etwa 100 Kilometer südlich von Malta ertrunken. Wie das UN-Flüchtlingswerk UNHCR berichtete, war das Unglücksboot laut Überlebenden mit etwa 400 Menschen besetzt. Die Küstenwachen von Italien und Malta konnten 221 Menschen retten, die Suche nach Opfern wurde am Wochenende fortgesetzt.

Die meisten der Schiffbrüchigen waren Syrer auf der Flucht vor dem Bürgerkrieg. Sie waren vom libyschen Hafen Suara in See gestochen. Nach ihren Aussagen wurden sie stundenlang von einem Schiff verfolgt, das möglicherweise zur libyschen Küstenwache gehört, berichteten Überlebende in einem Hospital in der maltesischen Hauptstadt Valletta einem Reporter der Zeitung Malta Today. Von dem Schiff aus sei auf sie geschossen worden, um sie zu stoppen. Zwei Passagiere seien getötet worden.

Maltas Regierungschef Joseph Muscat traf am Sonntag zu einem Besuch in Tripolis ein. Bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Muscat erklärte der libysche Präsident Ali Seidan, er habe eine Untersuchung eingeleitet, um die Vorwürfe über die Schüsse auf das Flüchtlingsboot zu klären.

Die Regierungen von Italien und Malta fordern eine Kehrtwende in der EU-Flüchtlingspolitik. CJA

Schwerpunkt SEITE 4

**Load-Date:** October 13, 2013

Wie viele noch? FLÜCHTLINGE Wieder kentern Boote vor Malta und vor Lampedusa, mindestens 34  
Menschen ertrinken

---

End of Document

**Angst vor dem lynchenden Mob; DOMINIKANISCHE REPUBLIK Erst beraubte ein Gesetz Menschen mit haitianischen Wurzeln ihrer Rechte. Jetzt erreicht antihaitianische Hetze neue Höhepunkte, bis hin zum Mord**

taz, die tageszeitung

Freitag 29. November 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** AUSLAND; S. 11

**Length:** 645 words

**Byline:** ULRICH DILLMANN

**Highlight:** DOMINIKANISCHE REPUBLIK Erst beraubte ein Gesetz Menschen mit haitianischen Wurzeln ihrer Rechte. Jetzt erreicht antihaitianische Hetze neue Höhepunkte, bis hin zum Mord

## Body

---

AUS SANTO DOMINGO ULRICH DILLMANN

Andres Pierre starb am 25. November in Neyba. Eine wütende Menschenmenge verfolgte den aus einer haitianischen Familie stammenden jungen Mann in der Kleinstadt im Südwesten der dominikanischen Republik und schlug in tot. Zuvor war dort ein Rentnerpaar von zwei angeblich aus Haiti stammenden Männern ermordet worden. Seit dem herrscht in der dominikanischen Grenzregion ein Klima von Lynchjustiz gegen die Migranten aus dem nahen Nachbarland.

Vor dem Mob retteten sich aus Angst bisher mehrere Hundert meist illegal Eingewanderte in die Arme der Polizei. Aber anstatt sie zu schützen, wurden sie nach Haiti abgeschoben – bisher spricht die haitianische Migrationsbehörde von 357 Abgeschobenen. Die reale Zahl dürfte höher sein. Die Menschen haben Angst, umgebracht zu werden, sagt Tobias Metzner, der in Haiti für die Internationale Organisation für Migration arbeitet.

Jean-Baptiste Azolin von der Gruppe der Repatriierten und Flüchtlingen bestätigt, dass mehrere Personen, einige mit ihren Kindern, einfach auf der Straße festgenommen und völlig mittellos nach Haiti abtransportiert worden seien.

Der Antihaitianismus hat in der Dominikanischen Republik lange Tradition. Der hispanisch geprägte Osten erkämpfte seine staatliche Unabhängigkeit am 27. Februar 1844 gegen den heute armen haitianischen Nachbarn. Trotzdem sorgten die haitianischen Migranten in den Jahrzehnten danach dafür, dass die dominikanische Wirtschaft boomte – ohne Haitianos geht nichts mehr im Bausektor, in der Landwirtschaft oder im hauswirtschaftlichen Bereich.

Angst vor dem lynchenden Mob DOMINIKANISCHE REPUBLIK Erst beraubte ein Gesetz Menschen mit haitianischen Wurzeln ihrer Rechte. Jetzt erreicht antihaitianische H....

Seit dem 23. September dieses Jahres steigen die Spannungen. Da beschloss der Oberste Verfassungsgerichtshof, den sogenannten Dominico-Haitianern die dominikanische Staatsbürgerschaft rückwirkend abzuerkennen. Zuvor hatte einen Anspruch auf dominikanische Staatsbürgerschaft, wer auf dominikanischem Territorium geboren wurde. Ausgenommen waren lediglich Kinder von Diplomaten oder Personen im Transit. Dieses Gesetz wurde jedoch im Jahr 2010 mit Blick auf die Haitianos gezielt so modifiziert, dass die haitianischen Arbeitsmigranten ohne Aufenthaltsgenehmigung als Illegale gelten und deshalb der Verfassungsgrundsatz nicht mehr auf sie angewandt werden kann.

Inzwischen prüft die Oberste Wahlbehörde, die das standesamtliche Register des Landes führt, sämtliche Personenstands- und Wahlregister rückwirkend bis zum 21. Juni 1929 minutiös, um verdächtige Fälle aufzudecken.

Das Urteil rückwirkend anzuwenden stelle eine Verletzung der internationalen Verpflichtungen des Landes dar, kritisierte die Interamerikanische Kommission für Menschenrechte. Dadurch würden Zehntausende in der Dominikanischen Republik geborene Personen ihre dominikanische Staatsbürgerschaft verlieren. 200.000 Haitianos könnten davon betroffen sein, fürchten Menschenrechtsorganisationen.

Aus Protest gegen das Urteil hat das karibische Staatenbündnis Caricom das dominikanische Beitrittsverfahren suspendiert. Genardo Rincón, Anwalt der in der Dominikanischen Republik geborenen Tochter haitianischer Einwanderer Juliana Dequis Pierre, die den Fall vor das Oberste Gericht gebracht hatte, will den Fall jetzt vor den Interamerikanischen Menschenrechtsgerichtshof bringen.

Derweil bejubelt die dominikanische, nationalistische Rechte das Urteil und macht mit Parolen wie Tod den Vaterlandsverrättern gegen Kritiker mobil. Hunderttausende von Flugblättern mit den Namen und den Fotos von Parlamentsabgeordneten, Journalisten und Menschenrechtsaktivisten wurden verteilt, die sich für die von der Justiz illegalisierten Haitianos einsetzen. Ihr habt das Vaterland verraten, schädigt unseren Ruf, beeinträchtigt Investitionen, den Tourismus, die Wirtschaft und den guten Ruf der Dominikaner, heißt es in der Fahndungsliste.

Die dominikanische Rechte veröffentlicht Listen mit Vaterlandsverrättern

**Load-Date:** November 28, 2013

**Berlin wird bunter; INTEGRATION Der Anteil von Menschen mit  
Migrationshintergrund in Polizei, Landesbetrieben und Verwaltungen ist  
gestiegen - Defizite gibt es in Schulen**

taz, die tageszeitung

Mittwoch 24. April 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** BERLIN AKTUELL; S. 23

**Length:** 394 words

**Highlight:** INTEGRATION Der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund in Polizei, Landesbetrieben und Verwaltungen ist gestiegen Defizite gibt es in Schulen

## Body

---

Fast jeder fünfte Azubi im öffentlichen Dienst in Berlin hat Migrationshintergrund. Wie aus den am Dienstag vorgestellten Zahlen des Beruflichen Qualifizierungsnetzwerks für Migrantinnen und Migranten hervorgeht, erhöhte sich ihr Anteil im öffentlichen Dienst und Betrieben mit Landesbeteiligung 2012 auf 18,1 Prozent. Jeder vierte Berliner hat bereits migrantische Wurzeln, sagte Berlins Integrationsbeauftragte Monika Lücke. Die neuen Zahlen entsprächen damit nahezu der Berliner Realität.

Insgesamt wurden in Verwaltung und Landesbetrieben im vergangenen Jahr 2.027 neue Azubis eingestellt. Davon hatten 367 einen Migrationshintergrund. Die vermehrte Einstellung von Migranten in Verwaltung und Betrieben sei nicht nur politischer Wille, sondern demografische Notwendigkeit, betonte Lücke. Beispiele wie bei den Bezirksämtern zeigten: Wo ein politischer Wille ist, klappt das auch. Langfristig werde bei den Beschäftigten ein Migrantenanteil von 25 Prozent angestrebt.

Viele Frauen

Der Anstieg allein im öffentlichen Dienst von 17,5 auf 19,3 Prozent ist nach ihren Angaben insbesondere auf einen Anstieg bei der Polizei und dem starken Zulegen in einzelnen Bezirksämtern zurückzuführen. Auffällig sei auch der gestiegene Frauenanteil bei den Migranten, sagte Lücke. In der Verwaltung waren knapp 43 Prozent der Neu-Azubis Mädchen und Frauen mit Migrationshintergrund.

Defizite gibt es laut Lücke noch bei der Justiz. Bei den Gerichtsangestellten seien Migranten noch deutlich unterrepräsentiert. Zudem haben nicht alle Bezirke ihre Quote gesteigert. In Mitte beispielsweise wurden 2012 weniger Azubis mit Migrationshintergrund eingestellt als im Vorjahr.

Lücken gibt es auch in der Bildungsverwaltung. Die Lehrerzimmer sind noch weitgehend homogen, heißt es dazu. Konkrete Zahlen gibt es den Angaben zufolge nicht, allerdings wird der Anteil der Lehrer mit Migrationshintergrund

Berlin wird bunter INTEGRATION Der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund in Polizei, Landesbetrieben und Verwaltungen ist gestiegen - Defizite gibt es i....

bundesweit auf rund 1 Prozent geschätzt. Auch in der Berliner Feuerwehr seien Migranten mit etwa 4 Prozent stark unterrepräsentiert.

Der Berliner Senat wirbt bereits seit 2006 mit der Kampagne Berlin braucht Dich! für mehr Migranten in Behörden und Landesbetrieben. Unter Federführung des Beruflichen Qualifizierungsnetzwerks ist zudem 2009 ein Konsortium gebildet worden, in dem Schulen mit den Behörden und Landesbetrieben wie den Wohnungsbaugesellschaften zusammengeführt werden. (epd)

**Load-Date:** April 23, 2013

---

End of Document

## Mal schön Farbe bekannt

taz, die tageszeitung

Mittwoch 20. März 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** BERLIN AKTUELL; S. 21

**Length:** 290 words

**Byline:** ALKE WIERTH

### Body

---

Das ist nicht schlecht: Seit Monaten wartet Berlin darauf, dass Integrationsministerin Dilek Kolat integrationspolitisch einmal Farbe bekennt. Die Sozialdemokratin, seit Dezember 2011 Berlins erstes Senatsmitglied mit eigenem Migrationshintergrund, hielt sich bislang ziemlich zurück mit politischen Stellungnahmen – sie bevorzugte Fototermine. Doch nun kommt sie aus der Deckung. Und das gleich ganz ordentlich.

Kolat will bei der bevorstehenden Konferenz der Integrationsminister gemeinsam mit den rot-rot und rot-grün regierten Bundesländern dafür stimmen, dass Flüchtlinge bereits ohne Aufenthaltstitel Deutschunterricht bekommen. Das ist mutig, denn dieser Vorschlag gefällt den Christdemokraten gar nicht. Und auch Kolats Parteigenosse Ehrhart Körting, in der vergangenen Legislaturperiode Berliner Innensenator, lehnte ihn noch ab: Es könnten daraus Abschiebehemmnisse entstehen, wenn so die Integration der Flüchtlinge gefördert werde, war das Argument.

#### Ernsthafte Chancen

Kolat sieht das offenbar anders – und klüger. Denn gerade Berlin hat traurige Erfahrungen damit gemacht, welche Folgen (und Folgekosten) es hat, Flüchtlinge nicht in die Gesellschaft zu integrieren. Viele erwachsene Berliner arabischer Herkunft etwa haben heute kaum Chancen auf dem Arbeitsmarkt – weil ihnen als Kinder aus Flüchtlingsfamilien einst sogar der Schulbesuch verweigert wurde.

Es ist richtig, solche Fehler nicht zu wiederholen. Flüchtlinge brauchen ernsthafte Chancen und Angebote. Kolat hat sich für ihren Plan wohlweislich gar nicht erst die Zustimmung ihrer rot-schwarzen KabinettskollegInnen zu holen versucht. Sie prescht selbstbewusst allein vor – hoffen wir, dass das so bleibt.

#### KOMMENTAR

VON ALKE WIERTH

Deutschunterricht gleich auch für Flüchtlinge

Mal schön Farbe bekannt

**Load-Date:** March 19, 2013

---

End of Document



## Ende der Kumpanei; CHRISTIAN JAKOB ÜBER DAS URTEIL ZUM ASYL FÜR HOMOSEXUELLE

taz, die tageszeitung

Freitag 08. November 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** MEINUNG UND DISKUSSION; S. 12

**Length:** 297 words

**Byline:** CHRISTIAN JAKOB

### **Body**

---

#### CHRISTIAN JAKOB ÜBER DAS URTEIL ZUM ASYL FÜR HOMOSEXUELLE

Wenn es um die Rechte von Schwulen und Lesben geht, zeigt die EU gern mit dem Finger auf andere: den Olympia-Ausrichter Russland zum Beispiel oder die nach rechts rückenden Staaten Südosteuropas und natürlich auf Afrika und Asien. Zu Recht.

Kamen verfolgte Homosexuelle jedoch nach Europa, konnten sie sich auf Solidarität nicht verlassen. Zwar ist die Verfolgung wegen Homosexualität in Deutschland ein Asylgrund, der faktisch auch geltend gemacht werden konnte. Gleichzeitig jedoch versuchten Behörden auch in Deutschland immer wieder Asylanträge abzulehnen, in dem sie drohende Gefängnisstrafen, Gewalt oder gar Ermordung zu einem bloßen Problem persönlichen Verhaltens machten.

Wer mit Angehörigen des gleichen Geschlechts ins Bett will, solle das eben heimlich tun: Ins Schlafzimmer würden die Mullahs oder der schwulenhassende Mob schon nicht schauen, so ihr Rat. Und wenn doch: Pech gehabt. Diese Haltung war ein Schlag ins Gesicht Homosexueller, die sich in überaus feindseligen Gesellschaften geoutet hatten und deshalb in Gefahr geraten waren. Es war eine ideelle Kumpanei mit religiösen Fanatikern und nationalistischen Milizen.

Damit ist jetzt Schluss. Der Europäische Gerichtshof hat entschieden, dass von Homosexuellen nicht verlangt werden darf, sich beim Ausleben ihrer sexuellen Ausrichtung in ihrer Heimat zurückzuhalten. Für Deutschland hat das Urteil keine praktische Folge mehr: Vor sieben Monaten hat hier das Bundesamt für Flucht und Migration schriftlich zugesichert, Homosexuellen keine Heimlichtuerei mehr zu empfehlen und so Asylanträge abzulehnen. Vorangegangen waren jahrelange Proteste.

In anderen Ländern stand diese Korrektur noch aus. Der EuGH hat dies nun endlich nachgeholt.

Ende der Kumpanei CHRISTIAN JAKOB ÜBER DAS URTEIL ZUM ASYL FÜR HOMOSEXUELLE

**Load-Date:** November 7, 2013

---

End of Document

## **Flüchtling droht Abschiebung aus Kirchenasyl; MIGRATION Brandenburgs Härtefallkommission entscheidet gegen Bleiberecht für Kameruner**

taz, die tageszeitung

Samstag 26. Mai 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** BERLIN AKTUELL; S. 42

**Length:** 254 words

**Highlight:** **MIGRATION** Brandenburgs Härtefallkommission entscheidet gegen Bleiberecht für Kameruner

### **Body**

---

Nach der Ablehnung eines Bleiberechts für den im Rathenower Kirchenasyl lebenden Kameruner William Ikor suchen Kirchengemeinde und Landkreis eine Lösung. Der Pfarrer der evangelischen Kirchengemeinde Rathenow, Wolf Schöne, sagte am Freitag nach der Entscheidung der Härtefallkommission Brandenburg vom Vorabend, seine Kirchengemeinde sei mit William Ikor und der Ausländerbehörde des Kreises Havelland im Gespräch, um das weitere Vorgehen zu klären. Der Sprecher des Landkreises, Erik Nagel, sagte, es werde nach einer einvernehmlichen Lösung gesucht.

Der von Abschiebung bedrohte William Ikor befindet sich seit Anfang des Jahres im Kirchenasyl in den Räumen der evangelischen Gemeinde in Rathenow. Er lebt seit mehr als zehn Jahren in Brandenburg und gilt als gut integriert. Bis zu einer Entscheidung der Härtefallkommission waren aufenthaltsbeendende Maßnahmen ausgesetzt worden, hieß es von Seiten der Kommission. Jetzt liegt der Ball wieder bei der Ausländerbehörde des Landkreises Havelland.

Der Sprecher des Kreises sagte, zunächst seien Polizei und Kirchengemeinde über die am Donnerstagabend gefällte Entscheidung der Härtefallkommission informiert worden. Nagel bestätigte, dass auch während des Verfahrens der Härtefallkommission Ikor zur Fahndung ausgeschrieben gewesen sei, weil er zuvor zu angesetzten Abschiebungsterminen nicht erschienen war. Zu den Gründen, die erneut zu einer ablehnenden Entscheidung der Härtefallkommission im Fall Ikor geführt haben, machte die Kommissionsvorsitzende keine Angaben. (epd)

**Load-Date:** May 25, 2012

**Hilferuf eines Gejagten; DEUTSCHLAND Der Whistleblower Edward Snowden bittet um Asyl. Geht das überhaupt? Eine rechtliche Frage und eine politische Antwort**

taz, die tageszeitung

Mittwoch 03. Juli 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** THEMEN DES TAGES; S. 03

**Length:** 911 words

**Byline:** ULRICH SCHULTE

**Highlight:** DEUTSCHLAND Der Whistleblower Edward Snowden bittet um Asyl. Geht das überhaupt? Eine rechtliche Frage und eine politische Antwort

## Body

---

AUS BERLIN ULRICH SCHULTE

Der Hilferuf des Gejagten besteht aus zwölf dünnen Zeilen, veröffentlicht am frühen Dienstagmorgen, 1.30 Uhr Weltzeit, auf der Plattform Wikileaks: Edward Snowden habe mehrere Staaten um Asyl gebeten, heißt es in der Wikileaks-Erklärung. In den Anträgen schildere er das Risiko einer Verfolgung, die er in den USA zu erwarten habe. Auch Deutschland nennt Snowden als Staat, bei dem er gern Zuflucht suchen würde.

Die Nachricht elektrisiert den Berliner Betrieb. Ausgerechnet Edward Snowden will Asyl. Der Whistleblower also, dessen Enthüllungen die Überwachungswut der USA-Geheimdienste öffentlich gemacht haben. Sein Wunsch bringt die Bundesregierung in eine Zwickmühle.

Gewährt sie ihn, belastet dies das durch die Aushorchaffäre eh schon strapazierte Verhältnis zu den USA. Lehnt sie ihn ab, verweigert sie einem Mann Schutz, der vielen jetzt schon als moderner Held gilt.

Snowden ist zum Symbol geworden. Ihm verdanken die Deutschen die Erkenntnis, dass die National Security Agency, kurz: NSA, ihre private Kommunikation umfänglich ausspähte. Rund eine halbe Milliarde Telefonate, E-Mails oder SMS im Monat speicherte der US-Geheimdienst laut einem Spiegel-Bericht jeden Monat. Stimmen die Berichte, ist es der wichtigste Geheimdienstskandal seit Jahrzehnten.

Der Asylantrag Snowdens ist deshalb nicht nur die Bitte eines Verfolgten. Er ist viel mehr, nämlich ein brisantes Politikum.

Snowdens Rechtsbeistand faxt das Dokument an die deutsche Botschaft in Moskau, dort kommt es am Morgen an, ein paar Stunden nach der Wikileaks-Mitteilung. Ein paar formlos gehaltene Zeilen genügen oft beantragen

## Hilferuf eines Gejagten DEUTSCHLAND Der Whistleblower Edward Snowden bittet um Asyl. Geht das überhaupt? Eine rechtliche Frage und eine politische Antwort

Menschen Asyl, die kein Deutsch beherrschen. Das Papier alarmiert die Diplomaten, die Botschaft meldet den Vorgang nach Berlin.

Die Verwaltungsmaschine beginnt zu arbeiten. In Deutschland sind Asylfragen eigentlich Sache des Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in Nürnberg, doch dort gibt man sich bedeckt. Innenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) hat den Fall sofort an sich gezogen. Snowden ist Chefsache. Allen Beteiligten ist klar, welchen Sprengstoff die Nachricht aus Moskau birgt.

Friedrich äußert sich am Mittag, er besucht eine Veranstaltung der Hessen-CDU in Wiesbaden. Das Thema lautet Cybersicherheit ausgerechnet. Snowden könne kein Asyl im eigentlichen Sinne beantragen, sagte der Minister. Denn dazu müsse er in Deutschland sein.

Das Grundrecht auf Asyl ist in Artikel 16a der Verfassung geregelt, es gewährt politisch Verfolgten Schutz. In der Tat kann es nur in Anspruch genommen werden, wenn man sich auf deutschem Boden befindet. Oder zumindest nah dran: Wer im Transitbereich des Flughafens Frankfurt steht oder von der Bundespolizei an der Grenze aufgegriffen wird, darf auch Asyl beantragen. All das ist jedoch bei Snowden nicht der Fall. Er hält sich nach wie vor am Moskauer Flughafen auf.

Es gibt jedoch einen zweiten Weg: Die Paragraphen 22 und 23 des Aufenthaltsgesetzes regeln die Aufnahme von Ausländern aus völkerrechtlichen oder dringenden humanitären Gründen. Ein Aufenthalt kann demnach erlaubt werden, wenn das Innenministerium zur Wahrung politischer Interessen der Bundesrepublik die Aufnahme erklärt.

Politisches Interesse, das kann so ziemlich alles sein. Das Gesetz gibt also Minister Friedrich persönlich die Macht, über Snowden zu entscheiden. Ein Federstrich genügt, um ihn nach Deutschland zu holen. Oder eben nicht.

Im Moment prüft das Auswärtige Amt, ob humanitäre Gründe gegeben sind. Die Diplomatieprofis erarbeiten eine Vorlage. Doch die letzte Entscheidung liegt dann bei Friedrich. Am Ende glaube ich nicht, dass ein völkerrechtliches und humanitäres Argument zählen kann, prognostiziert der Minister.

Diese Einschätzung teilen selbst juristisch Sattelfeste von SPD und Grünen. Die USA sind weltweit der wichtigste Verbündete Deutschlands, ein Rechtsstaat, mit dem es diverse Auslieferungsabkommen gibt. Viele Fragen sind offen: Wird Snowden tatsächlich politisch verfolgt? Kann ein US-Bürger humanitäre Gründe anführen, die ausreichen, um ihn nicht an eine geachtete Demokratie auszuliefern? Und auch das: Kann man Snowden glauben?

Schließlich beruht die ganze Aufregung auf mutmaßlichen Fakten, die er selbst an Medien weitergegeben hat. Selbst in der Opposition tut man sich schwer mit endgültigen Aussagen. Es ist unmöglich, allein mit Zeitungswissen ausländerrechtliche Fragen juristisch zu bewerten, heißt es etwa in der SPD-Fraktion.

Minister Friedrich kommt zu einem Schluss, für den einiges spricht. Er sagt: Am Ende wird es möglicherweise eine politische Frage sein. Das heißt: Bei unklarer Sachlage bleibt es seine Entscheidung, ob Deutschland Snowden aufnimmt.

Der SPD merkt man die Vorsicht bei der Bewertung an. Wie bei jedem anderen Asylantrag auch ist zu prüfen, ob Edward Snowden politisch verfolgt wird, sagt etwa Fraktionsgeschäftsführer Thomas Oppermann. Prüfen, das ist eine zahme Formulierung für den der Zuspitzung nicht abgeneigten Oppermann. Der Jurist kennt die Fallstricke eines Aufnahmeverfahrens.

Die Grünen gehen weiter. Ihre Spitzenkandidaten, Katrin Göring-Eckardt und Jürgen Trittin, fordern in einem Brief Kanzlerin Angela Merkel auf, den Whistleblower mithilfe des Paragraphen 22 aufzunehmen. In dem mit Schutz für Edward Snowden überschriebenen Papier verweisen sie darauf, dass seine Informationen deutsche Bürger auf unerhörte Eingriffe in ihre Grundrechte aufmerksam gemacht hätten.

Nun ist die Frage, ob ein CSU-Innenminister das auch so sieht.

Hilferuf eines Gejagten DEUTSCHLAND Der Whistleblower Edward Snowden bittet um Asyl. Geht das überhaupt? Eine rechtliche Frage und eine politische Antwort

**Load-Date:** July 2, 2013

---

End of Document

**"Unterlassene Hilfe ist ein Verbrechen"; VERANTWORTUNG Der  
Flüchtlingsexperte Pezzani macht die europäische Politik der geschlossenen  
Grenzen für die vielen Toten auf dem Mittelmeer verantwortlich, denn sie  
treibt den Schleusern die Menschen in die Arme**

taz, die tageszeitung

Freitag 04. Oktober 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** AKTUELLES; S. 02

**Length:** 442 words

**Byline:** CHRISTIAN JAKOB

**Highlight:** VERANTWORTUNG Der **Flüchtlingsexperte** Pezzani macht die europäische Politik der geschlossenen Grenzen für die vielen Toten auf dem Mittelmeer verantwortlich, denn sie treibt den Schleusern die Menschen in die Arme

## Body

---

taz: Herr Pezzani, immer wieder sterben Hunderte Menschen im Mittelmeer. Weshalb?

Lorenzo Pezzani: Der Grund ist Europas Politik der geschlossenen Grenzen. Die Menschen kriegen keine Visa. Also müssen sie heimlich nach Europa kommen. Hinzu kommt, dass die Küstenwachen oft nur sehr spät auf Notrufe reagieren, obwohl das Seegebiet eines der am besten überwachten der Welt ist.

Sind nicht auch die Schlepper schuld, die die Menschen auf brüchigen Booten losschicken?

Dass es Schlepper gibt, ist die Folge der Schließung der Grenzen. Gäbe es sie nicht, würden die Leute sich solche Boote eben selbst organisieren.

Welche Rolle spielt dabei die EU-Grenzschutzagentur Frontex?

Frontex hat das Mittelmeer in eine militarisierte Grenze verwandelt. Dabei ist klar, dass es nicht möglich ist, das Meer komplett abzuschotten. Man beschränkt sich deshalb auf die kürzesten, leichtesten Wege. Die Migranten müssen dann auf längere und gefährlichere Routen ausweichen. So treibt man den Preis für die Passage immer höher.

Überlebende berichten oft, Boote seien an ihnen vorbei gefahren, statt sie zu retten.

In den letzten Jahren wurden viele Menschen, die Papierlosen

Menschen ohne Pass

"Unterlassene Hilfe ist ein Verbrechen" VERANTWORTUNG Der Flüchtlingsexperte Pezzani macht die europäische Politik der geschlossenen Grenzen für die vielen Tote....

aus Seenot gerettet haben, als Schlepper kriminalisiert oder daran gehindert, in einen Hafen einzulaufen. Dadurch ist natürlich unter Seeleuten die Bereitschaft zu helfen immer geringer geworden.

Sie versuchen mit Ihrem Projekt Watch the Med , das Sie als forensische Ozeanografie bezeichnen, etwas gegen das Sterben im Mittelmeer zu unternehmen. Wie muss man sich das vorstellen?

Wir versuchen das, was auf dem Meer geschieht, sichtbar und nachvollziehbar zu machen. Es ist eine Art zivilgesellschaftliche Geodatenbank, ein kartenbasiertes Informationsportal, auf dem wir alle verfügbaren Daten zu Flüchtlingsbooten, zur kommerziellen Schifffahrt und zur Überwachung sammeln. Daran können sich die MigrantInnen selbst beteiligen, Angehörige, aber auch NGOs, Privatpersonen oder Seeleute.

Was nützt die Datensammlung? Im Idealfall können wir so dabei helfen, Küstenwachen zu alarmieren, wenn ein Schiff in Seenot gerät, und Druck zu machen, dass sie auch tätig werden. Wir versuchen auch, vergangene Fälle zu rekonstruieren, ihre Routen zu lokalisieren. So wollen wir beantworten, wer für Todesfälle verantwortlich ist: Warum hat beispielsweise die Küstenwache Maltas nichts unternommen, warum ist ein bestimmter Frachter einfach an dem Boot vorbeigefahren? Damit können wir in Zukunft die Öffentlichkeit und die Angehörigen informieren, aber solche Fälle hoffentlich auch juristisch aufarbeiten. Denn unterlassene Nothilfe auf See ist ein Verbrechen.

INTERVIEW: CHRISTIAN JAKOB

**Load-Date:** October 3, 2013



**Ausweisung auf den letzten Drücker; MIGRATION Eine Familie aus dem Kosovo soll abgeschoben werden, obwohl ihre Kinder hier geboren sind. Aus Sicht ihres Anwalts verträgt sich das nicht mit dem angekündigten Paradigmenwechsel in der Flüchtlingspolitik**

taz, die tageszeitung

Donnerstag 28. März 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** NORD AKTUELL; S. 21

**Length:** 617 words

**Byline:** GERNOT KNÖDLER

**Highlight:** **MIGRATION** Eine Familie aus dem Kosovo soll abgeschoben werden, obwohl ihre Kinder hier geboren sind. Aus Sicht ihres Anwalts verträgt sich das nicht mit dem angekündigten Paradigmenwechsel in der **Flüchtlingspolitik**

## Body

---

VON GERNOT KNÖDLER

Einer Familie aus dem Kosovo droht die Abschiebung auf den letzten Drücker, dabei sind ihre Kinder in Deutschland aufgewachsen. Obwohl die neue niedersächsische Landesregierung einen Paradigmenwechsel in der **Flüchtlingspolitik** angekündigt hat und eine Änderung der Rechtslage in Aussicht steht, soll der größte Teil der siebenköpfigen Familie am 10. April ausreisen. Ihr Bremer Anwalt Jan Sürig hat dagegen eine einstweilige Anordnung beantragt.

In ihrer Koalitionsvereinbarung haben sich Sozialdemokraten und Grüne in Niedersachsen darauf verständigt, das Recht zum Aufenthalt aus humanitären Gründen großzügig im Sinne der Betroffenen anzuwenden. Kurz vor seiner Amtsübernahme sagte Innenminister Boris Pistorius (SPD) der Nachrichtenagentur dpa: Unsere Aufgabe muss es sein, Menschen eine gesicherte Zukunft zu bieten, die schon so lange hier leben, die faktisch schon integriert sind, wo die Kinder hier geboren sind und die Schule besucht haben.

Rechtsanwalt Sürig findet, dass das genau auf seine Mandanten passt. Es springt einen geradezu an, dass diese Familie dafür in Betracht kommt, sagt er. Die Mutter, Bademe Salji, lebe seit 1997 ununterbrochen in Deutschland, der Vater, Neki Nurkovic, sogar noch länger. Vier Kinder seien zwischen 2001 und 2010 in Deutschland geboren, eine ältere Schwester hier aufgewachsen. Die Kinder gingen regelmäßig zur Schule und sprächen fließend Deutsch. Ihre erwachsene Schwester habe einen regulären Job. Ihre Aufenthaltserlaubnis sei kürzlich verlängert worden.

Ausweisung auf den letzten Drücker MIGRATION Eine Familie aus dem Kosovo soll abgeschoben werden, obwohl ihre Kinder hier geboren sind. Aus Sicht ihres Anwalts ....

Sürig wirft dem zuständigen Landratsamt Vechta vor, es wolle seine Mandanten schnell noch abschieben, bevor die Humanisierung greift . In seinem Schriftsatz verweist er auf einen Gesetzentwurf Hamburgs für eine stichtagsunabhängige Bleiberechtsregelung, die der Bundesrat in den Bundestag einbringen will. Niedersachsen hat den Hamburger Vorstoß im Bundesrat unterstützt.

Demnach soll bleiben dürfen, bei dem unter Betrachtung seiner bisherigen Schul-, Ausbildungs- und Einkommenssituation sowie der familiären Lebenssituation zu erwarten ist, dass er seinen Lebensunterhalt sichern wird ohne Leistungen der Grundsicherung in Anspruch zu nehmen. Das sei bei den Kindern, insbesondere mit Blick auf das Beispiel ihrer großen Schwester zu erwarten, argumentiert Sürig.

Fünf Kinder hier straffrei aufzuziehen, sei ein Integrationsleistung, die gewürdigt werden müsse, findet Kai Weber vom niedersächsischen Flüchtlingsrat. Eine Abschiebung wäre seiner Ansicht nach fatal. Für die Kinder stellt eine solche Perspektive ein Desaster dar , warnt Weber. Wir würden uns die Erteilung einer humanitären Aufenthaltserlaubnis wünschen. Die vorige Landesregierung habe das kategorisch abgelehnt.

Weber setzt im Übrigen auf das Versprechen von Innenminister Pistorius, dass Härtefälle eingehend geprüft würden. Er habe keinen Grund daran zu zweifeln, dass dieses ernst gemeint sei. Er würde der Familie dringend raten, sich an das Ministerium zu wenden, sagt der Sprecher des Flüchtlingsrats.

Der Minister wird sich nächste Woche über den Fall berichten lassen , sagt Pistorius' Sprecherin Vera Wucherpfennig. Bis dahin wird auf keinen Fall abgeschoben. Weiteres lasse sich noch nicht sagen, weil noch nicht alle nötigen Akten beisammen seien.

Pistorius und mit ihm die ganze neue Landesregierung war vor einigen Wochen beim Thema Abschiebepolitik unter Druck gekommen, weil zwei Tage nach seiner Amtsübernahme eine Roma-Familie in das Kosovo abgeschoben und dabei auseinandergerissen worden war. Pistorius entschuldigte sich und bekräftigte den Willen der rot-grünen Koalition, die Flüchtlingspolitik humaner zu gestalten als sein Vorgänger, der Hardliner Uwe Schünemann von der CDU.

**Load-Date:** March 27, 2013

**Grüne kritisieren Umgang mit jungen Flüchtlingen in Eisenhüttenstadt;  
REAKTIONEN AUF TAZ-BERICHT**

taz, die tageszeitung

Mittwoch 20. November 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** BERLIN AKTUELL; S. 22

**Length:** 275 words

**Byline:** KERSTEN AUGUSTIN

## **Body**

---

### REAKTIONEN AUF TAZ-BERICHT

Die Grünen haben am Dienstag auf einen Bericht der taz über die Situation junger **Flüchtlinge** in der Brandenburgischen Erstaufnahmeeinrichtung Eisenhüttenstadt reagiert. Ich fordere das Innenministerium auf, die im Raum stehenden Vorwürfe umgehend aufzuklären, sagte Ursula Nonnemacher, Sprecherin der Grünen im Brandenburgischen Landtag. Dafür werde sie in der Fragestunde des Landtags am heutigen Mittwoch den Innenminister Ralf Holzschuher (SPD) befragen.

Die Ausländerbehörde in Eisenhüttenstadt hatte jungen unbegleiteten Flüchtlingen nach ihrer Ankunft Papiere mit neuen Geburtsdaten ausgestellt und sie damit für volljährig erklärt, obwohl die Flüchtlinge angaben, minderjährig zu sein. Dies betrifft mindestens 14 Flüchtlinge, die in den letzten zweieinhalb Monaten in Eisenhüttenstadt angekommen sind. Obwohl einige von ihnen ihre somalischen Geburtsurkunden vorlegen konnten, wurden diese von der Ausländerbehörde nicht anerkannt. Auch das zuständige Jugendamt wurde nicht hinzugezogen.

Nonnemacher kritisierte die Vorgänge in Eisenhüttenstadt: Sollten Zweifel hinsichtlich des Alters der Jugendlichen bestehen, muss zu Gunsten der Schutzsuchenden entschieden und nicht nach Belieben ihre Volljährigkeit angenommen werden.

Ska Keller, migrationspolitische Sprecherin der Grünen im Europäischen Parlament, forderte, das systematische Ältermachen auf der Stelle zu beenden. Keller verwies auf die Aufnahmerichtlinie der Europäischen Union, nach der minderjährige Flüchtlinge besonderen Schutz genießen: Auch die Ausländerbehörde in Eisenhüttenstadt muss sich an geltendes europäisches Recht halten.

KERSTEN AUGUSTIN

**Load-Date:** November 19, 2013

---

End of Document

**Flüchtlingsodyssee beendet; ITALIEN/MALTA Die 102 Flüchtlinge, die seit Montag auf einem Tanker im Mittelmeer festsitzen, dürfen in Italien an Land. Malta hatte sie abgewiesen**

taz, die tageszeitung

Donnerstag 08. August 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** AUSLAND; S. 11

**Length:** 244 words

**Highlight:** ITALIEN/MALTA Die 102 **Flüchtlinge**, die seit Montag auf einem Tanker im Mittelmeer festsitzen, dürfen in Italien an Land. Malta hatte sie abgewiesen

## Body

---

MAILAND/VALETTA ap/afp | Die italienische Regierung hat eingewilligt, 102 von Malta abgewiesene Bootsflüchtlinge aus Nordafrika aufzunehmen. Die **Migranten** sollten noch am Mittwoch in Sizilien an Land gehen, sagte der Kommandeur der italienischen Küstenwache, Filippo Marini. Der Tanker mit den **Flüchtlingen** an Bord hatte zwei Tage lang vor der Küste Maltas gelegen, weil die Regierung des Inselstaats ihm die Einfahrt in seine Hoheitsgewässer verwehrt hatte.

Die Salmis hatte die 102 Flüchtlinge, darunter ein Säugling und vier Schwangere, am Montag von einem kenternenden Schlauchboot vor der libyschen Küste gerettet und Kurs auf Malta genommen. Dass Valletta die Einfahrt in seine Gewässer blockierte, empörte die EU. EU-Innenkommissarin Cecilia Malmström appellierte an die humanitäre Pflicht der Regierung und warf ihr einen Verstoß gegen internationale Abkommen vor. Maltas Ministerpräsident Joseph Muscat wies dies zurück und machte den Kapitän der Salmis für die Odyssee verantwortlich, weil der am Montag nicht den nächstgelegenen Hafen in Libyen angesteuert habe.

Jedes Jahr versuchen Tausende Flüchtlinge aus Afrika über das Mittelmeer nach Europa zu gelangen und der Armut zu entkommen. Wegen der ruhigen See ist der Andrang derzeit besonders stark. Nach Angaben Maltas trafen allein im Juli 880 Flüchtlinge in dem kleinen Inselstaat ein. Internationalen Abkommen zufolge müssen Bootsflüchtlinge im Prinzip im nächstgelegenen Land aufgenommen werden.

**Load-Date:** August 7, 2013

**Abschiebung, die zweite; COURAGE Bundespolizei: Pakistanischer Flüchtling soll in einer Woche erneut abgeschoben werden. Erste Ausreise scheiterte an Protest durch Fluggast**

taz, die tageszeitung

Donnerstag 04. Juli 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** BERLIN; S. 23

**Length:** 266 words

**Byline:** KONRAD LITSCHKO

**Highlight:** COURAGE Bundespolizei: Pakistanischer **Flüchtling** soll in einer Woche erneut abgeschoben werden. Erste Ausreise scheiterte an Protest durch Fluggast

## Body

---

Sie versuchen es noch einmal: Der pakistanische **Flüchtling** Usman Manir soll nun am 11. Juli abgeschoben werden. Das bestätigte die Bundespolizei der taz.

Eine erste Abschiebung Manirs vom Flughafen Tegel war vor zwei Wochen gescheitert: Ein kanadischer Passagier hatte sich in dem Air-Berlin-Flieger geweigert sich zu setzen, wenn nicht der Flüchtling die Maschine verlasse. Darauf setzte der Pilot beide aus dem Flugzeug.

Auch der zweite Versuch soll von Tegel aus erfolgen. Laut Unterstützern soll Manir diesmal von Polizisten begleitet werden. Beim ersten Mal saß der 27-Jährige unbegleitet im Flieger, weil die Behörden von einer freiwilligen Ausreise ausgingen. Die Pilotenvereinigung Cockpit empfiehlt Mitgliedern, Abzuschiebende nur zu transportieren, wenn diese freiwillig ausreisen. Der Verband hat sich hinter den Air-Berlin-Piloten gestellt.

Manir war nach eigener Auskunft vor den Taliban nach Ungarn geflohen, dort aber in einem Flüchtlingsheim attackiert und schwer verletzt worden. Er floh weiter nach Deutschland und sitzt derzeit in Abschiebehaft in Eisenhüttenstadt. Er soll ins Ersteinreiseland Ungarn abgeschoben werden.

Unterstützer Manirs kündigten für den 11. Juli erneuten Protest an. Vor zwei Wochen hatten rund 50 Menschen vor dem Terminal demonstriert und so die Fluggäste auf die Abschiebung aufmerksam gemacht. Am heutigen Donnerstag soll im Bundesinnenministerium eine Petition gegen Manirs Ausweisung übergeben werden. Ebenfalls am Donnerstag wird ein Psychologe des Zentrums für Flüchtlingshilfen und Migrationsdienste Manir in Eisenhüttenstadt besuchen. KONRAD LITSCHKO

**Load-Date:** July 3, 2013

Abschiebung, die zweite COURAGE Bundespolizei: Pakistanischer Flüchtling soll in einer Woche erneut abgeschoben werden. Erste Ausreise scheiterte an Protest dur....

---

End of Document

**"Wir wollen den Knast verhindern"; Schönefeld II Die sozialpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Ülker Radziwill, über die Möglichkeit, eine Bundesratsinitiative einzubringen, um das Asylverfahren am neuen Flughafen zu stoppen**

taz, die tageszeitung

Montag 23. April 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** BERLIN AKTUELL; S. 21

**Length:** 499 words

**Byline:** ALKE WIERTH

**Highlight:** Schönefeld II Die sozialpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Ülker Radziwill, über die Möglichkeit, eine Bundesratsinitiative einzubringen, um das Asylverfahren am neuen Flughafen zu stoppen

## Body

---

### INTERVIEW ALKE WIERTH

taz: Frau Radziwill, im März hat die SPD-Fraktion einen Antrag der Grünen gegen das Flughafenasylverfahren abgelehnt. Nun will die LAG Migration selbst einen verabschieden. Warum dieser Sinneswandel?

Ülker Radziwill: Das ist kein Sinneswandel, das war immer die Position der LAG Migration. Wir versuchen schon lange, den Regierenden Bürgermeister davon zu überzeugen, eine Bundesratsinitiative zu starten. Leider hat Berlin als Bundesland keine juristische Handhabe, das Flughafenverfahren zu verhindern. Deshalb hat die Fraktion den Antrag der Grünen aus formalen Gründen abgelehnt. Inhaltlich arbeite ich mit der LAG intensiv dafür, den vorgesehenen Flughafenknast zu verhindern.

Wenn es juristisch gar keine Möglichkeit dazu gibt, was bringt dann der Antrag?

Wir möchten das Thema innerhalb der Partei in die Diskussion bringen und mehr Unterstützung dafür organisieren, dass sich die SPD gegen das Verfahren ausspricht. Deswegen wollen wir den Antrag auf den Landesparteitag bringen.

Was spricht aus Ihrer Sicht gegen das Flughafenverfahren?

Es entspricht nicht europäischem Recht, die Bundesregierung geht hier einen eigenen Weg. Räume auf dem Flughafen zu nichtdeutschem Territorium zu erklären, bedeutet, Menschen Rechte zu verweigern, die ihnen hier zustehen. Wenn wir zur EU stehen wollen, geht es nicht, dass wir europäische Rechtsprechung nicht umsetzen. Das macht Deutschland unglaublich unwürdig.



"Wir wollen den Knast verhindern" Schönefeld II Die sozialpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Ülker Radziwill, über die Möglichkeit, eine Bundesratsinitiati....

Welche Chancen hat der Antrag in der LAG?

Er wird mit einer sehr großen Mehrheit durchgehen, wenn nicht sogar einstimmig.

Und in der Landespartei?

Es wird auf dem Landesparteitag sicher eine Debatte zu dem Thema geben. Ich erhoffe mir auch dort eine große Mehrheit für den Antrag.

Wenn die Partei zustimmt, was folgt dann aus dem Antrag? Die CDU als Koalitionspartner zieht nicht mit.

Wir wollen, dass Berlin eine Bundesratsinitiative gegen das Flughafenverfahren startet, damit die Bundesregierung dieses rechtswidrige Verfahren abschafft. Um dafür die Unterstützung weiterer Länder zu bekommen, kann der Landesparteitag den Antrag an den Bundesparteitag weiterleiten, damit das Thema auch auf Bundesebene diskutiert wird.

Sie wollen das Thema nicht auf Senatsebene mit der CDU diskutieren?

Wir werden den Antrag auf allen Ebenen einbringen, die dabei helfen können, das Verfahren einzustellen.

Ist die Berliner SPD da nicht etwas konfliktscheu gegenüber der CDU? Kürzlich hat der Integrationsbeauftragte des Senats seinen Rücktritt angekündigt, weil er die integrationspolitische Zusammenarbeit mit der CDU nicht weiter möglich fand. Wie sehen Sie die künftige Zusammenarbeit mit der CDU in diesem Bereich?

Es wird sicher in vielen Bereichen Schwierigkeiten geben. Aber wir werden die nötigen Themen auf den Tisch bringen.

Wie viel Mitgestaltungsmöglichkeiten hat dabei die LAG?

Viele, wir können etwa Anträge stellen. Viele LAG-Mitglieder sind gleichzeitig Fraktionsmitglieder. Das heißt, Debatten, die bei uns geführt werden, erreichen mitsamt unseren Forderungen schnell die Fraktion.

**Load-Date:** April 22, 2012

**Einseitiges Täterbild; KRIMINALITÄT Vor Weihnachten warnt die Berliner Polizei vor Taschendieben. Deren Vorgehen veranschaulicht sie im U-Bahn-TV - die Täter sind ausschließlich Migranten**

taz, die tageszeitung

Donnerstag 05. Dezember 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** BERLIN AKTUELL; S. 29

**Length:** 655 words

**Byline:** Simone Kleeberger

**Highlight:** KRIMINALITÄT Vor Weihnachten warnt die Berliner Polizei vor Taschendieben. Deren Vorgehen veranschaulicht sie im U-Bahn-TV die Täter sind ausschließlich Migranten

## Body

---

VON SIMONE KLEEBERGER

Eine Asiatin greift in einem Kleidungsgeschäft in einen fremden Rucksack. Kurz darauf zieht ein Schwarzer im Supermarkt ein Portemonnaie aus der Handtasche einer alten Dame. Und eine dunkelhäutige Frau hilft ihrem Komplizen dabei, einen Fahrgast während des Einsteigens in einen Bus zu beklaulen. Zu sehen sind diese Szenen derzeit im Berliner Fenster, dem Fahrgastfernsehen der Berliner U-Bahn. Die Berliner Polizei hat den Spot geschaltet, um vor Taschendiebstahl zu warnen, er soll verdeutlichen, in welchen Alltagssituationen und wie die Täter vorgehen. Vorsicht, Diebe Schützen Sie Ihr Weihnachtsgeld! , heißt es am Ende des Films. Wer aus Angst vor Dieben nicht sofort erstarrt, kann sich über die Aufmachung des Warnhinweises wundern: Denn in drei von drei Szenen haben die Diebe offensichtlich einen Migrationshintergrund.

Rita Burkert, Sprecherin der für das Berliner Fenster zuständigen mc R&D GmbH, kann zur Produktion des Films nichts sagen; das Berliner Fenster sei für die Inhalte der gezeigten Spots nicht verantwortlich. Wir arbeiten hier in Kooperation mit der Berliner Polizei, die unser Medium nutzt, um die BerlinerInnen über wichtige Sachverhalte zu informieren.

Bei der Polizei heißt es, die Auswahl der in dem Warnspot gezeigten Originalaufnahmen sei allein nach einem Kriterium erfolgt: Die Handlungsweise von Taschendieben ist in den Sequenzen besonders gut zu sehen , sagte Polizeisprecher Stefan Redlich auf taz-Anfrage.

Hakan Tas, innenpolitischer Sprecher der Linksfraktion im Abgeordnetenhaus, will das nicht gelten lassen: Das Video im Berliner Fenster erweckt den Eindruck, dass die Berliner Polizei Menschen, die nichtdeutscher Herkunft sind, als Täter vorführen will, und stellt diese Personengruppe damit unter Generalverdacht. Der innenpolitische Sprecher der Grünen, Benedikt Lux, findet es schade, dass hier unnötig Klischees bedient werden. Als ob nur

Einseitiges Täterbild KRIMINALITÄT Vor Weihnachten warnt die Berliner Polizei vor Taschendieben. Deren Vorgehen veranschaulicht sie im U-Bahn-TV - die Täter sin....

weiße Omis Opfer von Taschendiebstählen werden und als ob alle Täter ein vermeintlich ausländisches Aussehen hätten.

Zu den Methoden, vor denen die Polizei warnt, zählen der Rempeltrick , der Supermarkttrick und der Drängeltrick ; in den meisten Fällen werden die Diebstähle in dichtem Gedränge beim Anrempeln, Beschmutzen oder Betteln durchgeführt.

96 Prozent der Delikte blieben unaufgeklärt

Laut Polizeisprecher Redlich hatte im Jahr 2012 rund jeder vierte eines Taschendiebstahldelikts Verdächtige die deutsche Staatsangehörigkeit. Auf ihrer Website warnt die Polizei besonders vor vier Gruppen, die in Erscheinung getreten seien: Von insgesamt 670 ermittelten Tatverdächtigen kamen demnach 54 aus dem ehemaligen Jugoslawien, 302 aus Osteuropa ( rumänische Klaukinder ), 50 aus Nordafrika und 12 aus Nord-, Mittel- und vor allem Südamerika. Nur: Diese Gruppen kommen in dem Spot gar nicht vor. Außerdem blieben im vergangenen Jahr auch mehr als 96 Prozent der Delikte unaufgeklärt. Wäre es nicht sinnvoll gewesen, die Szenen für den Spot im Berliner Fenster nachzustellen?

Die Berliner Polizei sollte endlich erkennen, dass sie Dienstleister für alle Berlinerinnen und Berliner ist, unabhängig von Herkunft und Nationalität , sagt Canan Bayram, Sprecherin für Integration, Migration und Flüchtlinge der Berliner Grünenfraktion. Der Spot zeige Menschen, bei denen aufgrund optischer Merkmale eine Stigmatisierung als kriminelle Ausländer bezweckt ist . Die interkulturelle Öffnung der Polizei sei gescheitert, so Bayram.

Der Mentalitätswandel, der auch seit dem Bekanntwerden des NSU-Skandals gefordert werde, fange im Kleinen an, sagt Aziz Bozkurt, Berliner Landesvorsitzender der AG Migration und Vielfalt. Dazu gehören auch so einfache Bilder, die man in diesem Video bedient.

Das Video im Berliner Fenster erweckt den Eindruck, dass die Berliner Polizei Menschen, die nichtdeutscher Herkunft sind, als Täter vorführen will, und stellt diese Personengruppe damit unter Generalverdacht

HAKAN TAS, LINKE

**Load-Date:** December 4, 2013

## Schuld sind immer die anderen; JUNGE FLÜCHTLINGE

taz, die tageszeitung

Samstag 23. November 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** BERLIN AKTUELL; S. 42

**Length:** 343 words

**Byline:** Kersten Augustin

**Highlight:** JUNGE FLÜCHTLINGE

### Body

---

Ralf Holzschuher ist gut vorbereitet, als er am Freitag auf Anfrage der Grünen ans Rednerpult im Brandenburger Landtag tritt. Die Vorwürfe treffen nicht zu, liest der SPD-Innenminister vom Blatt ab. Holzschuher räumt zwar ein, dass bei der Feststellung des Alters von jungen Flüchtlingen Fehler gemacht worden seien, aber nur in anderen Bundesländern, also bevor sie ins brandenburgische Eisenhüttenstadt kamen. Schuld hätten die anderen.

Seit Dienstag hat die taz mehrmals über Vorfälle in der Erstaufnahmestelle in Eisenhüttenstadt berichtet. 14 somalische Flüchtlinge werfen der dortigen Ausländerbehörde vor, ihre Minderjährigkeit nicht anzuerkennen. Stattdessen habe diese nach ihrer Ankunft Papiere mit neuen Geburtsdaten ausgestellt und sie flugs für volljährig erklärt, obwohl einige von ihnen Geburtsurkunden vorlegen konnten. Auch das zuständige Jugendamt, das die Jugendlichen laut Gesetz in Obhut nehmen muss, bis das tatsächliche Alter geklärt ist, wurde nicht oder erst viel später hinzugezogen.

Mit dem Verweis auf die anderen Bundesländer macht es sich der Innenminister zu einfach. Brandenburg sollte deren Altersangaben nicht einfach übernehmen, sagt Niels Espenhorst vom Bundesfachverband unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (BUMF): Die Flüchtlinge geben an, dass sie minderjährig sind, das ist, was zählt.

Holzschuher hofft wohl, dass mit seiner Erklärung der Fall erledigt ist. Doch in der nächsten Woche legt der BUMF seinen Bericht über die Situation minderjähriger Flüchtlinge vor. Dabei kommt Brandenburg, wie bereits durchsickerte, nicht sonderlich gut weg. Und auch Holzschuhers Aussage im Landtag, dass nur das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge die rechtsgültigen Aufenthaltsgestattung mit den umstrittenen Geburtsdaten ausstellt, ist falsch: Nach taz-Informationen hat zumindest bei einigen Jugendlichen die Ausländerbehörde die Ausweise ausgestellt. Weiß da ein Minister nicht, was in seiner Behörde passiert? KERSTEN AUGUSTIN

Die Flüchtlinge sagen, sie seien unter 18. Doch die deutschen Behörden lassen sie altern

**Load-Date:** November 22, 2013

Schuld sind immer die anderen JUNGE FLÜCHTLINGE

---

End of Document

**"Servicestelle" ohne Service; MIGRATION In der Ausländerbehörde steigen die Wartezeiten auf mehrere Monate, obwohl sich die Situation verbessern sollte. Nun helfen Zeitarbeiter**

taz, die tageszeitung

Dienstag 08. Mai 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** BREMEN AKTUELL; S. 24

**Length:** 488 words

**Byline:** kis

**Highlight:** **MIGRATION** In der Ausländerbehörde steigen die Wartezeiten auf mehrere Monate, obwohl sich die Situation verbessern sollte. Nun helfen Zeitarbeiter

## Body

---

Die zwei Security-Männer vor der Tür zum Foyer der Ausländerbehörde lassen niemanden mehr hinein – die Warteschlange ist zu lang. Dabei ist es Montagvormittag und erst kurz nach elf – eigentlich ist bis zwölf Uhr geöffnet. Die Warte-Situation aber hat sich in letzter Zeit verschärft. In der Ausländerbehörde sind nur noch 44,5 Vollzeitstellen besetzt, mehrere MitarbeiterInnen sind weggezogen. Vor zwei Monaten waren es noch 47, vor zwei Jahren 57 Vollzeitstellen. Seit Jahren aber werden die langen Wartezeiten und die Personal-Knappheit angeprangert.

Derzeit vergibt die Behörde Termine für August und September, sagt Holger Dieckmann, von der Flüchtlings-Beratungsstelle der Inneren Mission. Für 40.000 AusländerInnen ist die Behörde in der Stresemannstraße zuständig. Darunter fallen auch EU-Bürger, die im Grunde nicht vorbei kommen. Für Menschen mit einer Duldung aber läuft wenig ohne Genehmigung. Dieckmann erzählt von einer schwangeren Frau, die bislang illegal in Bremen lebte und eine Duldung beantragen wollte. Denn für die Zeit des Mutterschutzes kann sie nicht abgeschoben werden. Ende April bekam sie einen Erst-Termin für August, mit Verweis auf die personelle Situation. Bis dahin bleibt ihr Status illegal, ihre Krankenversicherung ungeklärt. Auch andere Flüchtlingsinitiativen berichten von solchen Fällen. Es geht um kurzfristige Verlassensserlaubnisse, um trotz Residenzpflicht zu einer Beerdigung zu fahren, um Duldungsverlängerungen, um die Beantragung sicherer Aufenthaltstitel. Für alles müsse mehrere Wochen gewartet werden, beklagen die Flüchtlingsverbände.

Das Problem ist bekannt und es wird daran gearbeitet, heißt es vom Sprecher des Innensenators. Vier neue Stellen für die Sachbearbeitungs-Teams und sechs weitere nur für die Ausstellung des elektronischen Aufenthaltstitels (EAT) werden in Kürze ausgeschrieben, so die Leiterin des Stadtamtes, Marita Wessel-Niepel. Seit Herbst müssen beim EAT auch biometrische Daten und Fingerabdrücke gespeichert werden, die Chipkarte mache mehr Arbeit. Bis zur Stellenbesetzung soll nun der Engpass mit Zeitarbeits-MitarbeiterInnen überbrückt werden. Für eilige Fälle aber finden wir immer einen kurzfristigen Termin, so Wessel-Niepel.

"Servicestelle" ohne Service MIGRATION In der Ausländerbehörde steigen die Wartezeiten auf mehrere Monate, obwohl sich die Situation verbessern sollte. Nun helf....

Dafür müsste man erstmal jemanden erreichen , sagt dazu Holger Dieckmann. Weder telefonisch, noch per Email sei das möglich. Er kennt mehrere Menschen, die für für die Beantragung einer Arbeitserlaubnis zu lange warten mussten, nachdem sie es trotz unsicheren Aufenthaltsstatus geschafft haben, eine Arbeitsstelle zu finden. Ich habe den Glauben verloren , sagt Dieckmann zu den Beteuerungen der Behörde. Etwa der von Innensenator Ulrich Mäurer (SPD): Im Januar hatte er verkündet, die neue Leiterin Wessel-Niepel solle die Behörde in eine Servicestelle für Aufenthalt und Einbürgerung verwandeln. kis

Derzeit vergibt die Behörde Termine für August

HOLGER DIECKMANN, FLÜCHTLINGSBERATUNG DER INNEREN MISSION

**Load-Date:** May 7, 2012

---

End of Document

**"In der Warteschleife vor Europa"; MIGRATION Zwei Männer auf dem Weg nach Europa: Davon handelt der Dokumentarfilm "Fremd" von Miriam Faßbender. Ein Gespräch über Dreharbeiten in Marokko, Mali und Algerien, im Sand versteckte Filmkassetten und den Rassismus in Nordafrika**

taz, die tageszeitung

Donnerstag 25. April 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** KULTUR; S. 15

**Length:** 1286 words

**Byline:** BERT REBHANDL

**Highlight:** **MIGRATION** Zwei Männer auf dem Weg nach Europa: Davon handelt der Dokumentarfilm Fremd von Miriam Faßbender. Ein Gespräch über Dreharbeiten in Marokko, Mali und Algerien, im Sand versteckte Filmkassetten und den Rassismus in Nordafrika

## Body

---

### INTERVIEW BERT REBHANDL

taz: Frau Faßbender, Sie zeigen in Ihrem Dokumentarfilm Fremd Menschen, die sich in Mali auf den Weg machen, um nach Europa zu kommen. Der Film ist, wie diese Bewegung auch, ein Langzeitprojekt geworden. Wie weit reicht es zurück?

Miriam Faßbender: 2005 war ich in Marokko, weil ich bei einem Filmprojekt von Shirin Neshat als Kammersassistentin gearbeitet habe. Das war gerade die Zeit, als es diese Anstürme auf die Zäune der spanischen nordafrikanischen Exklaven Ceuta und Melilla gab. Dabei wurden auch Menschen erschossen. In Casablanca habe ich drei **Migranten** kennengelernt, und da ist in mir der Wunsch entstanden, ihnen eine Stimme zu geben. Die Medien haben damals größtenteils von anonymen Massen berichtet, wenn es um **Migranten** ging, die, damals noch, wenn aus Afrika kommend, vor allem über den Arm von Gibraltar und die Kanaren versuchten, nach Europa zu kommen.

Wie haben Sie Ihre Protagonisten gefunden?

Ursprünglich wollte ich vier Leute zeigen, darunter auch jemanden, der umgedreht ist und wieder zurückkommt, und auf jeden Fall auch eine Frau. Da musste ich aber zuerst einmal die Schlepper loswerden, die mir jede Menge Kontakte aufdrängten. Mohamed, der mich drei Wochen lang ständig versetzt hat, ist schließlich deswegen ins Zentrum gerückt, weil er eine zwiespältige Position eingenommen hat. Er wäre im Grunde lieber dageblieben, wenn er eine Chance gesehen hätte. Aber er musste im Auftrag der Familie aufbrechen. Und so hat sich auch mein Konzept verändert, denn ursprünglich wollte ich nur in Mali drehen. Dann bot sich aber die Möglichkeit, Mohamed



"In der Warteschleife vor Europa" MIGRATION Zwei Männer auf dem Weg nach Europa: Davon handelt der Dokumentarfilm "Fremd" von Miriam Faßbender. Ein Gespräch übe....

in Algerien wiederzutreffen. Für die Strecke dazwischen habe ich ihm und seinen Begleitern Kameras mitgegeben. Damit haben sie selbst gedreht.

Später habe ich pro Transitland einen Migranten gesucht, dessen Schicksal stellvertretend die Situation der Migranten im jeweiligen Land beschreiben würde.

Die Stadt Gao im Norden von Mali, in der Sie damals drehten, wurde danach von Islamisten besetzt, inzwischen ist sie wieder befreit worden. Wie stellte sich für Sie die Situation dar?

Wir waren im Dezember 2006 dort, das ist eine ganze Weile her. Als ich die Drehgenehmigung beantragte, hat die Botschafterin persönlich mit mir gesprochen: Sie wollte sicherstellen, dass ich Mali nicht als ein armes Land darstelle. Als wir dann dort waren, war es vor allem wichtig, nicht deutlich zu machen, dass wir uns vor allem für die Migranten interessierten. Die Leute wollten nicht, dass Gao als Transitort erscheint.

Mohamed ist Muslim, wirkt aber nicht sehr religiös.

Er ist gläubig, aber er nimmt das nicht so ernst. In Algerien und Marokko ist es von Nutzen für ihn, Muslim zu sein. Leute aus Mali haben dort einen besseren Stand als Leute aus Kongo oder Zentralafrika, weil es eben das Bindeglied des Islam gibt. Muslime kennen ja eine ausgeprägtere Nächstenhilfe. Die Migranten werden dadurch zum Teil unterstützt. Größtenteils herrscht in Nordafrika aber doch enormer Rassismus, was wohl vor allem damit zu tun hat, dass auch diese Länder sehr arm sind, und damit, dass die Geschichte der arabischen Kolonisation Afrikas ebenso grausam ist wie die der Europäer und diese sich in Verhaltensweisen der Nordafrikaner gegenüber den subsaharischen Afrikanern immer noch widerspiegelt.

Was an Fremd besonders überrascht, ist die Dauer dieser Bewegung nach Norden. Immer wieder müssen die Migranten auf eine improvisierte Weise fast sesshaft werden.

Die große Erkenntnis für mich in Mali war die Tatsache, dass die Leute dort anders planen als wir. Sie sind jahrelang unterwegs und hängen wie in Warteschleifen vor Europa fest. Sie fahren nicht erst los, wenn die Reise ausfinanziert ist, wie wir das wohl machen würden. Sie haben von mir aus 100 Euro, kommen damit gerade einmal über die Grenze, müssen ja auch die Grenzposten schmieren, und hängen dann in Südalgerien fest. Wenn sie das Geld und die Bemühungen in ihrem Land investieren würden, wer weiß, was daraus würde? Aber es ist schwierig, diesen Vergleich zu machen.

War es schwierig, als Frau in diesen Gegenden zu arbeiten? Sie waren ja phasenweise allein.

Dass ich allein war, nachdem mein Tonmann ausfiel, erwies sich schließlich eher als ein Vorteil. Es kam mir auch entgegen, dass ich nicht sofort als Europäerin zu erkennen bin. Nach Adrar in Südalgerien bin ich geflogen, weil ich auf dem Landweg nicht durchkam. In dem Viertel, in dem Mohamed war, gab es eine Autowerkstatt, an der ich abgeholt werden sollte. Der Taxifahrer war ziemlich entsetzt, als ich ihm diese Adresse nannte. Es kam dann aber tatsächlich ein Foyer-Chef, wie das dort genannt wird, und brachte mich zu den Migranten. Es wurde ein Zimmer geräumt, und ich bin dageblieben. Dadurch, dass ich schon drei Wochen in Gao gewesen war und jetzt wie angekündigt wiedergekommen war, stieg meine Glaubwürdigkeit. Ich habe auch für sie gekocht, das hat Vertrauen geschaffen. Die Männer sind zum Teil nachts vor die Tür gegangen, ich konnte gar nicht raus. Einmal kam die Polizei, da musste ich abhauen und über die Dächer klettern. Dort musste ich darauf vertrauen, dass jemand anderer die Kamera nachbringen würde, das war dann auch so.

Die lange Dauer der Dreharbeiten (über drei Jahre hinweg) hat enorm geholfen, Vertrauen zu bekommen. Ohne Mohamed wäre ich auch nie an diese Un-Orte an der algerisch-marokkanischen und der europäischen Grenze gekommen. Zudem habe ich immer wieder einen aktuellen Rohschnitt an die jeweiligen Drehorte mitgebracht.

Vermutlich waren Sie häufig in Sorge um das gedrehte Material?

Wo es ging, habe ich das Material abends immer an einem neutralen und sicheren Ort hinterlassen, in Algerien war das beim Goethe-Institut, in Marokko bei einer NGO. Aber im Süden Algeriens ging das nicht. Da hatte ich zehn

"In der Warteschleife vor Europa" MIGRATION Zwei Männer auf dem Weg nach Europa: Davon handelt der Dokumentarfilm "Fremd" von Miriam Faßbender. Ein Gespräch übe....

Stunden Material dabei. Einmal wurde ich in einem Bus von der Polizei rausgezogen. In dieser Situation habe ich beim Durchspulen der Kassetten versucht, das so zu manipulieren, dass sie nichts Problematisches sehen. Drei Kassetten habe ich trotzdem verloren. In Mali und im Süden Algeriens habe ich die Kassetten zum Teil in Kühltaschen verpackt unter der Erde im Sand vergraben, weil es häufig keine andere Möglichkeit gab, sie vor eventueller Polizei oder Schleppern und auch vor der Hitze zu schützen.

Haben Sie jetzt noch Kontakt zu Mohamed?

Im Moment habe ich mit Mohamed keinen Kontakt. Er lebt jetzt in Mopti, südwestlich von Gao, arbeitet als Busfahrer und schickt Geld nach Hause. Er lebt nicht in seinem Heimatort Markala, weil ihm das immer noch unangenehm ist, dass er es nicht geschafft hat. Mein Protagonist aus Kamerun ist in Frankreich, ihm geht es schlecht. Er hat zwar jetzt die Möglichkeit, eine Aufenthaltsgenehmigung zu bekommen, aber er hat keine Arbeit. Er sagt zwar, er hätte das gewusst, dass es schwierig ist. Aber er hat es schon unterschätzt. Viele Migranten hören eben doch vor allem auf die Geschichten von Leuten, die ein bisschen was geschafft haben. Und es sind auch viele falsche Informationen im Umlauf. Annahmen über die sozialen Systeme machen die Runde, die nicht zutreffend sind.

Vor dem Gesetz gelten Ihre Protagonisten als Wirtschaftsflüchtlinge. Sie haben also keinerlei Chance auf eine legale Aufnahme. Sollte man die Grenzen öffnen?

Ich finde schon. Wenn man die Grenzen aufmachen würde, würde sich das meiner Meinung nach von selber regeln. Natürlich würden mehr Menschen wandern als bisher, aber ich halte es für wahrscheinlich, dass langfristig die Leute sich auch wieder in ihre Länder begeben würden. Grundsätzlich finde ich, dass selbst Asylwerber zu stark außen vor gehalten werden. Ich finde nicht, dass Europa es sich leisten kann, sich so abzuschotten, schon gar nicht angesichts unserer ausbeuterischen Vergangenheit.

**Load-Date:** April 24, 2013

**Warten auf Willkommenskultur; MIGRATION Die Ausländerbehörde wird umstrukturiert und personell aufgestockt. Trotz akuter Missstände geht die neue "Servicestelle" allerdings erst im Sommer an den Start**

taz, die tageszeitung

Mittwoch 31. Oktober 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** BREMEN AKTUELL; S. 24

**Length:** 641 words

**Byline:** SIMONE SCHNASE

**Highlight:** **MIGRATION** Die Ausländerbehörde wird umstrukturiert und personell aufgestockt. Trotz akuter Missstände geht die neue Servicestelle allerdings erst im Sommer an den Start

## Body

---

VON SIMONE SCHNASE

Monatelange Wartezeiten und Mitarbeiter, die weder telefonisch noch per Mail zu erreichen sind: Mehrfach hat die taz über die Missstände bei der Bremer Ausländerbehörde berichtet. Bereits im Frühjahr hieß es dazu vom Innensenator, eine Lösung sei in Arbeit – gestern wurde sie vorgelegt: Im Zuge der Umstrukturierung des Stadtamtes wird als erstes die Ausländerbehörde in Angriff genommen. Sie soll zur Servicestelle für Aufenthaltserteilung und Einbürgerung umorganisiert sowie personell aufgestockt werden. Mit einem Resultat ist allerdings frühestens im Sommer kommenden Jahres zu rechnen.

Auf den ersten Blick war klar, dass die Ausländerbehörde nicht so aufgestellt ist, dass sie funktionieren kann, so Staatsrat Holger Münch, der gemeinsam mit Stadtamts-Leiterin Marita Wessel-Niepel das Projekt Stadtamt zukunftssicher gestalten gesteuert hat. Im Projektbericht befanden sich weit über hundert Änderungsvorschläge, die alle das Ausländeramt betrafen. Die Projektgruppe, so Münch, ist durch die Republik gezogen, um gute Ausländerbehörden zu suchen. Fündig wurde sie in Wiesbaden, wo die Behörde Amt für Zuwanderung und Integration heißt.

Die Umbenennung der Bremer Behörde soll laut Innensenator Ulrich Mäurer (SPD) Zeichen eines Paradigmenwechsels sein, hin zu einer Willkommenskultur und ihren Aufgaben entsprechend. Damit das nicht bloße Makulatur bleibt, soll das Personal aufgestockt werden, um 15,5 Stellen auf 65,5. Weitere acht Azubi-Plätze kommen hinzu. Hier kommt Bremen allerdings nicht an sein Vorbild heran: Bei 250.000 Einwohnern beschäftigt Wiesbaden fünfzig MitarbeiterInnen, und das auch noch im gehobenen Dienst, so Mäurer und räumte ein, dass es selbst in der neuen Bremer Behörde eine im Bundesvergleich eher magere Personalausstattung geben werde.

Warten auf Willkommenskultur MIGRATION Die Ausländerbehörde wird umstrukturiert und personell aufgestockt. Trotz akuter Missstände geht die neue "Servicestelle"....

Die soll in einer zusammengefassten Abteilung für die Bereiche Einbürgerung und ausländerrechtliche Angelegenheiten mindestens an zwei Nachmittagen pro Woche zusätzlich zur Verfügung stehen. Neben den erweiterten Öffnungszeiten ist die Einrichtung einer zentralen Kontaktstelle mit zwei Telefonleitungen geplant, die Großraumbüros sollen abgeteilt, neue EDV angeschafft werden.

Für die Erneuerung der Stadtmats-Ausstattung sind zwei Millionen Euro aus Mitteln des Programms Umbau der Verwaltung und Infrastruktur (UVI) eingeplant, aber die Finanzierung von zusätzlichen Stellen war im Haushalt eigentlich nicht vorgesehen: Sie wird Teil des Haushaltsvollzugs 2013 sein, und das wird laut Finanzsenatorin ohne Nachtragshaushalt klappen, so Münch. Schließlich würde das Geld ja erst ab dem kommenden Sommer benötigt.

So lange soll es nämlich noch dauern bis zum Start der neuen Servicestelle. Die Neustrukturierung bedeutet eine erhebliche Umstellung für die Mitarbeiter, sagt Marita Wessel-Niepel. Hinzu kämen Ausschreibungen, Anstellungen und die Qualifizierung der MitarbeiterInnen: Angesichts des komplexen Ausländerrechts wird das einige Monate in Anspruch nehmen.

Für die Zeit bis dahin gibt es keine Zwischenlösung. Es ist untragbar, dass das immer noch auf die lange Bank geschoben wird, sagt Mark Millies vom Bremer Flüchtlingsrat, der gemeinsam mit weiteren Initiativen seit Monaten auf die Missstände bei der Ausländerbehörde hinweist. Es muss möglich sein, das Personal kurzfristig so aufzustocken, dass die Behörde telefonisch erreichbar ist. Gerade erst habe er wieder zwei Tage lang erfolglos versucht, dort anzurufen. Gundula Oerter von der Bremer Flüchtlingsinitiative sieht das genauso wie Millies aber vor allem strukturellen Verbesserungsbedarf: Wir sind diejenigen, die beim Ausländeramt auf die Rechte der Flüchtlinge hinweisen und Ermessensspielräume werden dort so gut wie nie ausgenutzt.

Es ist untragbar, dass das immer noch auf die lange Bank geschoben wird

Mark Millies, Flüchtlingsrat Bremen

**Load-Date:** October 30, 2012

**Geburt nur in der Not; MEDIZIN Die Versorgung von schwangeren Migrantinnen ohne Krankenversicherung wird zunehmend schwieriger. ÄrztInnen drängen jetzt auf eine politische Lösung**

taz, die tageszeitung

Mittwoch 15. August 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** BERLIN; S. 24

**Length:** 494 words

**Byline:** ALKE WIERTH

**Highlight:** MEDIZIN Die Versorgung von schwangeren Migrantinnen ohne Krankenversicherung wird zunehmend schwieriger. ÄrztInnen drängen jetzt auf eine politische Lösung

## Body

---

VON ALKE WIERTH

Mehr Nachfrage, weniger Angebot: Es wird zunehmend schwerer, schwangere Migrantinnen ohne Krankenversicherung zur Versorgung in einem Krankenhaus zu verhelfen, meldet das Büro für medizinische Flüchtlingshilfe (Medibüro). Das Medibüro betreut seit über 15 Jahren MigrantInnen ohne Papiere oder Krankenversicherung. Die Gründe für den Engpass: zum einen die wachsende Zahl von Zuwanderern aus neuen Mitgliedsländern der Europäischen Union, zum Zweiten der wachsende finanzielle Druck, unter dem die Krankenhäuser stehen.

Zwar dürfe keine Klinik eine Gebärende im Notfall abweisen, sagt die Ärztin Jessica Groß vom Medibüro: Das wäre unterlassene Hilfeleistung. Doch bei Notfallaufnahmen kenne das Krankenhaus die Patientin und ihre Vorgeschichte nicht und auch nicht eventuelle Risiken: Das versuchen wir durch vorherige Anmeldungen zu vermeiden, so Groß. Allerdings werde es immer schwerer, dafür die Finanzierung zu klären: etwa über die Sozialämter oder indem das Krankenhaus reduzierte Kosten anbiete.

Die Schwierigkeit, Belege zu organisieren

Das geschehe aber immer seltener, so Groß: Denn viele Krankenhäuser könnten sich das nicht mehr leisten. Das Medibüro fordert deshalb eine Klärung der Kostenübernahme auf politischer Ebene. Denn für viele MigrantInnen aus EU-Ländern wäre die Aufnahme in Krankenversicherungen eigentlich möglich, sagt Anna Schmitt von der Roma-Selbsthilfeorganisation Amaro Foro sofern sie in ihren Herkunftsländern bereits krankenversichert waren. Es sei jedoch gerade für die auch in ihren Herkunftsländern diskriminierten Roma nicht leicht, entsprechende Belege zu organisieren.

Geburt nur in der Not MEDIZIN Die Versorgung von schwangeren Migrantinnen ohne Krankenversicherung wird zunehmend schwieriger. ÄrztInnen drängen jetzt auf eine ....

Der Erhalt einer europäischen Krankenversicherungskarte müsse einfacher gemacht werden, fordert Groß, ebenso die Aufnahme in deutsche Krankenversicherungen. Zudem müsse auf lokaler politischer Ebene geklärt werden, wer die Kosten für solche Fälle übernehme. Etwa 50 Schwangere hat das Medibüro 2011 betreut, nun hatten wir schon 30 in der ersten Hälfte des laufenden Jahres , so Groß.

Nachsorge für die betroffenen Mütter gibt es bislang gar nicht: Da bräuchte man den Zugang zum regulären Versorgungssystem , so die Ärztin. Oder man wird wieder zum Notfall: Wenn mangels Nachbetreuung erst die Brustentzündung da ist, gilt wieder die Notaufnahmesituation.

Auf deren Kosten die Krankenhäuser dann wiederum sitzen bleiben. Denn die Übernahme durch die Sozialämter der Meldebezirke der Patientinnen sei kompliziert und gelinge nur in seltenen Fällen, heißt es aus dem St.-Joseph-Krankenhaus, das die Forderungen des Medibüros unterstützt. Auch im Mutter-Kind-Zentrum der Klinik Neukölln sei ein erhöhtes Aufkommen an nicht krankenversicherten Müttern zu beobachten, so der Gesundheitsstadtrat des Bezirks, Falko Liecke (CDU), die dort entbinden oder sich oder ihre Kinder dort behandeln lassen . Die Kosten trage Vivantes und damit das Land , so Liecke.

Der Zugang zur Krankenversicherung muss einfacher werden

Jessica Gross, Medibüro

**Load-Date:** August 14, 2012

**Behörden lassen Flüchtlinge alt aussehen; AUFENTHALT 14 junge Flüchtlinge, die unbegleitet nach Deutschland gekommen sind, werfen der brandenburgischen Ausländerbehörde vor, sie pauschal für volljährig erklärt zu haben. So spart das Land Kosten - doch den Flüchtlingen droht die Abschiebung**

taz, die tageszeitung

Dienstag 19. November 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** BERLIN AKTUELL; S. 21

**Length:** 1238 words

**Byline:** KERSTEN AUGUSTIN

**Highlight:** AUFENTHALT 14 junge Flüchtlinge, die unbegleitet nach Deutschland gekommen sind, werfen der brandenburgischen Ausländerbehörde vor, sie pauschal für volljährig erklärt zu haben. So spart das Land Kosten doch den Flüchtlingen droht die Abschiebung

## Body

---

VON KERSTEN AUGUSTIN

Gerade hat Abdirahman Adeen seinen Deutschunterricht beendet und sitzt in einem Kreuzberger Café. Er sieht jung aus, ist schüchtern und möchte nichts trinken. Würde Adeen ein Bier bestellen, die Bedienung würde ihn vielleicht fragen, ob er schon volljährig ist. Er könnte seinen Ausweis zeigen, demzufolge er 18 Jahre alt ist. Und das ist sein Problem.

Abdirahman Adeen und 13 weitere junge Flüchtlinge werfen den Behörden vor, pauschal und ohne Prüfung nicht anzuerkennen, dass sie minderjährig sind. Sie sind Flüchtlinge aus dem Bürgerkriegsland Somalia, die ohne Begleitung ihrer Eltern über Lampedusa nach Deutschland geflohen sind. Die Ausländerbehörde in Eisenhüttenstadt hat ihnen nach ihrer Ankunft Papiere mit neuen Geburtsdaten ausgestellt, obwohl einige von ihnen ihre Geburtsurkunden vorlegen konnten. Das Jugendamt, das laut Sozialgesetzbuch die Jugendlichen in Obhut nehmen muss, wenn ein Jugendlicher in der Erstaufnahmeeinrichtung ankommt, ist darüber laut eigener Aussage nicht informiert worden. Es sei nicht dabei gewesen, als das neue Geburtsdatum festgelegt wurde. Wozu auch? , fragte die zuständige Mitarbeiterin gegenüber der taz.

Für die Flüchtlinge hängt viel von ihrem Alter ab. Sind sie volljährig, werden sie auf Gemeinschaftsunterkünfte für Erwachsene in ganz Brandenburg verteilt. Dort sind die Lebensbedingungen und die Betreuung häufig schlecht, es gibt laut Personalschlüssel der Landesregierung einen Mitarbeiter auf 120 Flüchtlinge. Ist ein Flüchtling jünger als 18 Jahre alt, hat er Anspruch auf die Unterbringung in einer Einrichtung der Jugendhilfe, lebt in einer

Behörden lassen Flüchtlinge alt aussehen AUFENTHALT 14 junge Flüchtlinge, die unbegleitet nach Deutschland gekommen sind, werfen der brandenburgischen Ausländer....

Wohngemeinschaft mit anderen minderjährigen Flüchtlingen und kann zur Schule gehen. Ein Sozialarbeiter kümmert sich dort um acht Flüchtlinge. Der größte Unterschied: Minderjährige Flüchtlinge können nicht abgeschoben werden.

#### Somalische Urkunde

Nach seiner Ankunft in Eisenhüttenstadt habe Adeen den Mitarbeitern der Ausländerbehörde seine somalische Geburtsurkunde gezeigt, erzählt er. Laut Urkunde ist er 16 Jahre alt. Doch die Urkunde wurde nicht anerkannt. Stattdessen erhielt er einen Ausweis mit einem neuen Geburtsdatum: 21. 8. 1995. Plötzlich war Adeen volljährig. Mindestens 13 weitere junge Flüchtlinge, die in den letzten zweieinhalb Monaten in Eisenhüttenstadt angekommen sind, haben dasselbe Problem. Die meisten von ihnen bekamen sogar ein und dasselbe neue Geburtsdatum: 31. 12. 1994. Doch wer ist für das neue Geburtsdatum der Jugendlichen verantwortlich?

Die Behörden schieben sich gegenseitig die Verantwortung zu. Bei ihrer Ankunft in Eisenhüttenstadt erhalten Jugendliche einen weißen Heimausweis, schon dieser trägt das neue Geburtsdatum. Etwas später bekommen die Jugendlichen dann die Aufenthaltsgestattung. Beide Dokumente wurden von der Ausländerbehörde ausgestellt.

Das Innenministerium Brandenburgs bestritt das gegenüber der taz zunächst: Brandenburg sei nur für die Unterbringung zuständig, die Ausweispapiere und die Altersfeststellung würden vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) geleistet oder von wem auch immer, sagte Wolfgang Brandt, Sprecher des Innenministeriums.

Später jedoch schiebt das Ministerium nach: Die Heimausweise würden von der Ausländerbehörde ausgestellt, die Aufenthaltsgestattung nicht. Die Dokumente der Jugendliche zeigen jedoch, dass das nicht stimmt. Auch das BAMF antwortete auf taz-Anfrage, die Landesbehörden Brandenburgs seien für die Feststellung des Alters und die Ausstellung der Ausweispapiere zuständig.

Nachdem Adeen und die anderen somalischen Jugendlichen plötzlich volljährig waren, suchten sie Hilfe bei Flüchtlingsberatungen. Joachim Runge arbeitet bei der Flüchtlingsberatung der Diakonie Eisenhüttenstadt und besuchte Adeen und zwei weitere minderjährige Flüchtlinge Ende August. Die wirkten sehr jung auf mich, sagt er. Runge wandte sich an das Jugendamt. Doch das Jugendamt antwortete schriftlich: Da die Jugendlichen bereits für volljährig erklärt worden seien, könne man nichts für sie tun das Bundesamt sei zuständig. Die Jugendlichen müssten ihre Geschicke selbst in die Hand nehmen.

Auch Johanna Meier unterstützt mit einer Gruppe von Flüchtlingsaktivisten Flüchtlinge in Eisenhüttenstadt und betreut Adeen und die anderen Jugendlichen seit ihrer Ankunft. Sie heißt eigentlich anders, hat aber Angst, ihr Besuchsrecht zu verlieren, wenn sie mit ihrem echten Namen in der Zeitung erscheint. Wir haben wochenlang fast täglich an das Jugendamt geschrieben, sagt sie. Erst etwa 20 Tage nach der Ankunft von Adeen und wohl auf Druck der deutschen Unterstützer hin traf sich das Jugendamt mit einigen der Jugendlichen. Du siehst jung aus, aber ich kann dir nicht einfach glauben, habe die Frau vom Jugendamt zu Adeen gesagt, erzählt er.

Das Treffen mit dem Jugendamt nützte nichts: Adeen und neun weitere junge Flüchtlinge wurden bereits auf Unterkünfte für Erwachsene in Brandenburg verteilt, viele von ihnen ganz ohne Gespräch mit dem Jugendamt. Mindestens vier weitere Minderjährige mit neuem Geburtsdatum sind noch in Eisenhüttenstadt und warten auf ihren Transfer. Auch mit ihnen hat das Jugendamt bis heute nicht gesprochen.

Ob die Jugendlichen tatsächlich volljährig sind oder nicht, sei nicht entscheidend, sagt Niels Espenhorst vom Bundesfachverband unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge (BUMF) sobald sie angeben, minderjährig zu sein, müssten sie vom Jugendamt in Obhut genommen werden. Eine seriöse Überprüfung des Alters und des Hilfebedarfs des Jugendlichen dauert mehrere Monate, sagt Espenhorst. Viele Flüchtlinge sind traumatisiert und kommen ohne Papiere in Deutschland an.

Doch selbst wenn das Jugendamt informiert ist, sei den Flüchtlingen in Brandenburg noch nicht geholfen, sagt Espenhorst. Die Situation für minderjährige Flüchtlinge in Brandenburg ist katastrophal. In den letzten Monaten



Behörden lassen Flüchtlinge alt aussehen AUFENTHALT 14 junge Flüchtlinge, die unbegleitet nach Deutschland gekommen sind, werfen der brandenburgischen Ausländer....

besuchte er die zuständigen Jugendämter, die Ausländerbehörde und das Asylbewerberheim in Eisenhüttenstadt. In keinem anderen Bundesland gebe es so wenig Problembewusstsein: Es war erschreckend, wie viel Gleichgültigkeit uns da entgegengeschlagen ist.

Espenhorst berichtet von einem weiteren Problem in Brandenburg: Flüchtlinge im Alter von 16 und 17 Jahren werden grundsätzlich in Gemeinschaftsunterkünfte für Erwachsene gebracht, selbst wenn ihre Minderjährigkeit anerkannt wird. Das brandenburgische Innenministerium bestätigt diese Regelung: 16- und 17jährige Jugendliche kommen nicht in die Jugendhilfe. Demnach hätte Adeen zwar auch dann, wenn die Behörden sein Alter glauben würden, kein Anrecht auf die Unterbringung in der Jugendhilfe wäre aber vor Abschiebung geschützt.

Deshalb versuchen die Jugendlichen aus Eisenhüttenstadt nun, ihre Minderjährigkeit zu beweisen. Doch wenn die Volljährigkeit erst einmal in einen Ausweis geschrieben wurde, ist das schwer. Adeen lebt jetzt in einem Asylbewerberheim für Erwachsene in Eberswalde. Dort hat er Angst und schläft schlecht. Es gibt keine anderen Jugendlichen, und es gibt den ganzen Tag nichts zu tun, sagt er. Er und seine Freunde, die anderen jungen Flüchtlinge aus Eisenhüttenstadt, leben jetzt auf ganz Brandenburg verteilt.

Adeen möchte in Deutschland zur Schule gehen und Informatiker werden. Seine größte Angst ist, nach Italien abgeschoben zu werden. Ende des Jahres läuft Adeens Ausweis aus. Danach ist seine Zukunft ungewiss.

Du siehst jung aus, aber ich kann dir nicht einfach glauben, habe die Frau vom Jugendamt gesagt

**Load-Date:** November 18, 2013

---

End of Document

**"Im Grunde ist das dem Staat ja recht"; GESUNDHEIT Die Gynäkologin Jessica Groß vom Büro für medizinische Flüchtlingshilfe erklärt, warum auch Schwangere mit gültigen Papieren Hilfe benötigen - und wie die Behörden ihre Verantwortung abwälzen**

taz, die tageszeitung

Freitag 08. März 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** BERLIN AKTUELL; S. 22

**Length:** 425 words

**Byline:** CHARLOTTE LANGENKAMP

**Highlight:** GESUNDHEIT Die Gynäkologin Jessica Groß vom Büro für medizinische **Flüchtlingshilfe** erklärt, warum auch Schwangere mit gültigen Papieren Hilfe benötigen und wie die Behörden ihre Verantwortung abwälzen

## Body

---

taz: Frau Groß, das Medibüro ruft für Freitag, 17 Uhr, zu einem Schwangeren-Flashmob auf dem Alexanderplatz auf. Was steckt dahinter?

Jessica Groß: Wir nehmen den Frauentag zum Anlass, auf die Situation von Schwangeren ohne Papiere aufmerksam zu machen. Für viele illegalisierte Frauen ist es ein großes Problem, Schwangerschaft und Geburt zu meistern. Da sie keine Krankenversicherung haben, können sie nicht für Voruntersuchungen zum Arzt gehen oder sich im Krankenhaus zur Geburt anmelden.

Und wie helfen Sie ihnen?

Wir versuchen Voruntersuchungen zu ermöglichen und helfen, einen Krankenhausplatz zu finden. Mittelfristig versuchen wir die Bedingungen für papierlose Frauen zu verbessern. Wir haben erreicht, dass Schwangere für je drei Monate vor und nach der Geburt in Berlin eine Duldung bekommen können. Die Umsetzung ist aber schwierig.

Kein Krankenhaus darf eine Schwangere in den Wehen abweisen. Warum ist Ihre Arbeit dennoch so wichtig?

Ohne Voranmeldung wissen die Ärzte nichts über mögliche Komplikationen, das kann für Mutter und Kind gefährlich sein. Im Grunde sind nicht die Krankenhäuser das Problem. Die können die Abrechnungen für medizinische Versorgung Illegalisierter an die Sozialämter weiterleiten, die theoretisch dafür aufkommen müssten, denn auch Papierlose haben in Deutschland ein Recht auf medizinische Versorgung. Aber die Sozialämter lehnen über 90 Prozent der Anträge zur Kostenübernahme ab. Denn das Krankenhaus muss die Bedürftigkeit der Patienten nachweisen. Für Menschen ohne Papiere, Konto und Mietvertrag ist das natürlich sehr schwierig.

"Im Grunde ist das dem Staat ja recht" GESUNDHEIT Die Gynäkologin Jessica Groß vom Büro für medizinische Flüchtlingshilfe erklärt, warum auch Schwangere mit gül....

Behandeln Sie nur papierlose Migranten?

Nein. Ein großes Problem haben Migranten etwa aus Rumänien und Bulgarien. Als EU-Bürger sind sie nicht illegal in Deutschland, aber auch nicht versichert.

Warum?

Ihnen ist der Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt verwehrt, sie können also nicht in die gesetzlichen Krankenversicherung einzahlen, und oft genug hatten sie auch in ihren Heimatländern keine sozialversicherungspflichtige Arbeit. Damit entfällt ihr Anspruch auf eine Krankenversicherung in Deutschland.

Dass Sie Illegalisierte versorgen, ist bekannt stand noch nie die Polizei vor Ihrer Tür?

Nein. Im Grunde ist dem Staat unsere Arbeit ja recht, er fühlt sich nicht mehr verantwortlich. Es ist absurd, wenn auf öffentlichen Internetseiten, beispielsweise vom Gesundheitsamt, auf unser Büro verwiesen wird. Wir wollen kein Parallelsystem aufbauen, sondern erreichen, dass alle Menschen gleichermaßen Zugang zum öffentlichen Gesundheitssystem bekommen.

INTERVIEW: CHARLOTTE LANGENKAMP

**Load-Date:** March 7, 2013

**Caracas wartet auf Edward Snowden; VENEZUELA/USA NSA-Enthüller  
Snowden hat das Asylangebot Venezuelas angenommen. Dessen Regierung  
heißt ihn willkommen - aber wie soll der von den USA gesuchte  
Whistleblower dort hingelangen?**

taz, die tageszeitung

Mittwoch 10. Juli 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** AUSLAND; S. 10

**Length:** 412 words

**Byline:** JÜRGEN VOGT

**Highlight:** VENEZUELA/USA NSA-Enthüller Snowden hat das **Asylangebot** Venezuelas angenommen. Dessen Regierung heißt ihn willkommen aber wie soll der von den USA gesuchte Whistleblower dort hingelangen?

## Body

---

BUENOS AIRES taz | Der US-Spionage-Enthüller Edward Snowden hat das **Asylangebot** aus Venezuela angenommen. Das teilte ein dem Kreml nahestehender russischer Abgeordneter am Dienstag über Twitter mit. Venezuelas Präsident Nicolás Maduro hatte am Montagabend bestätigt, dass ihm ein **Asylantrag** Snowdens vorliege. Wir haben den Brief mit dem **Asylantrag** erhalten. Er muss jetzt entscheiden, wann er fliegt, sollte er letztlich hierher wollen, sagte Maduro im Präsidentenpalast in Caracas.

Die Bereitschaft, den 30-Jährigen in Venezuela aufzunehmen, hatte Maduro in den vergangenen Tagen bereits mehrfach erklärt. Besonders nachdrücklich wurde das Angebot nach dem unfreiwilligen Wien-Aufenthalt des bolivianischen Präsidenten Evo Morales. Dort saß Morales vor einer Woche, aus Moskau kommend, 13 Stunden fest, da ihm mehrere europäische Länder das Überflugrecht für seine Präsidentenmaschine verweigerten. Angeblich sollte sich Snowden heimlich an Bord befunden haben.

Der Vorfall löste in Lateinamerika einen Sturm der Entrüstung aus. Wir haben diesem jungen Mann gesagt: Sie werden vom Imperialismus verfolgt, kommen Sie her, so Maduro am Montag und fügte hinzu, dass er sich über einen Anruf Snowdens freuen würde.

Der sitzt offenbar noch immer im Transitbereich eines Moskauer Flughafens. Dort war er am 23. Juni, aus Hongkong kommend, gelandet. Spekuliert wird nun darüber, ob Snowden zunächst in die venezolanische Botschaft in Moskau übersiedelt, um ähnlich wie der Wikileaks-Gründer Julian Assange in der ecuadorianischen Botschaft in London im Asyl zu sitzen. Oder ob er mit einem Flugzeug über Kuba tatsächlich nach Venezuela reist. Kubas Präsident Raúl Castro hatte am Sonntag die Asylangebote von Kubas lateinamerikanischen Verbündeten unterstützt. Es sei ihr Recht, jenen Asyl anzubieten, die für ihre Ideale oder ihren Kampf um Demokratie verfolgt werden, sagte Castro vor der Nationalversammlung.

Caracas wartet auf Edward Snowden VENEZUELA /USA NSA-Enthüller Snowden hat das Asylangebot Venezuelas angenommen. Dessen Regierung heißt ihn willkommen - aber w....

Beide Varianten wären mit einem von den Behörden in Caracas ausgestellten vorläufigen Reisedokument möglich. Damit wäre die russische Migrationsbehörde aus dem Schneider, denn Snowdens Reisepass war von den US-Behörden für ungültig erklärt worden. Offen bleibt die Frage, welche Route das Flugzeug nehmen müsste. Mit der offensichtlich von den USA erzwungenen Zwischenlandung des bolivianischen Präsidenten in Wien hat die US-Regierung deutlich gemacht, dass sie jede Maschine auf den Boden holt, die auch nur im Verdacht steht, Snowden an Bord zu haben. JÜRGEN VOGT

**Load-Date:** July 9, 2013

---

End of Document

## Muslime ermutigen Migranten; RAMADAN In der Gröpelinger Fatih Moschee empfangen Bremer Muslime zum ersten Mal jugendliche Flüchtlinge, um gemeinsam mit ihnen das Fastenbrechen zu feiern

taz, die tageszeitung

Donnerstag 25. Juli 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** BREMEN AKTUELL; S. 24

**Length:** 846 words

**Byline:** WIEBKE BRENNER

**Highlight:** RAMADAN In der Gröpelinger Fatih Moschee empfangen Bremer Muslime zum ersten Mal jugendliche Flüchtlinge, um gemeinsam mit ihnen das Fastenbrechen zu feiern

### Body

---

VON WIEBKE BRENNER

Jedes Jahr an Ramadan versammeln sich gläubige Muslime vor der Fatih Moschee in Gröpelingen, um gemeinsam das allabendliche Fastenbrechen (Iftar) zu begehen. In diesem Jahr sind ein paar ganz besondere Gäste mit dabei, nämlich jugendliche Flüchtlinge aus der Zentralen Aufnahmestelle (Zast) in Habenhausen.

Seit dem 9. Juli ist Ramadan: 30 Tage lang fasten seither Muslime auf der ganzen Welt. Erst nach Sonnenuntergang essen sie. Iftar heißt das, Fastenbrechen. Das findet auch in der Gröpelinger Moschee statt für Bedürftige, aber auch für alle anderen Gemeindemitglieder, die gerne in Gesellschaft die feierliche Mahlzeit zu sich nehmen. Nach Sonnenaufgang nehmen die Menschen während des Ramadan dann nichts mehr zu sich, nicht einmal ein Glas Wasser wird in diesem Zeitraum getrunken. Der Appetit und der Ansturm aufs Essen sind dafür jetzt umso größer.

Bei den jungen Essens-Gästen handelt es sich um minderjährige Flüchtlinge, die unbegleitet nach Bremen gekommen sind und in der Zast untergekommen sind. Hier sind momentan 47 Jungen, und ungefähr jeden zweiten Tag kommen neue dazu, erzählt eine Mitarbeiterin der Jugend- und Familienhilfe Effect, die sich seit Februar um die Jugendlichen kümmert. Weibliche Flüchtlinge sind seltener und haben mit Institutionen wie dem St. Theresienhaus andere Anlaufstellen und für sie ist es recht leicht, Pflegefamilien zu finden, sagt sie. Von den Jungen hingegen würden nur wenige weiter vermittelt.

Neun Effect-MitarbeiterInnen mit Sprachkenntnissen in Französisch, Spanisch und Englisch über Türkisch und Arabisch bis zu afrikanischen Sprachen bemühen sich, Ansprechpartner zu sein für die Jugendlichen aus Mali, Guinea, Gambia, Marokko, Libyen, dem Iran oder Afghanistan. Seit einem Jahr kommen vermehrt Flüchtlinge, die Unterkunftssituation aber werde nicht angepasst, sagt die Effect-Mitarbeiterin. Die Zast sei momentan vollkommen

Muslime ermutigen Migranten RAMADAN In der Gröpelinger Fatih Moschee empfangen Bremer Muslime zum ersten Mal jugendliche Flüchtlinge, um gemeinsam mit ihnen das....

überlastet: Sollten ursprünglich Jugendliche und Erwachsene in unterschiedlichen Gebäuden untergebracht werden, wohnen nun alle zusammen unter einem Dach.

Für maximal 200 Personen ist das Heim konzipiert, aktuell wohnen dort 260. Sogar auf den Fluren liegen Matratzen: Eine untragbare Situation, findet die Mitarbeiterin. Die Einladung zum Fastenbrechen ist eine willkommene Abwechslung: Rund zwanzig Jugendliche sind heute nach Gröpelingen gekommen.

Die Zusammenarbeit entstand auf Wunsch der Flüchtlinge: Sie wollten in Tradition des Ramadan fasten, die relativ einseitige Kost im Heim machte das jedoch fast unmöglich. Wer fastet, braucht zumindest nachts nahrhaftes Essen, das genug Energie für den nächsten Tag liefert. Deshalb suchten die Betreuer den Kontakt zu anderen Muslimen in Bremen.

Mit Ismail Baser fanden sie einen Ansprechpartner: er ist Vorsitzender der Schura, der islamischen Religionsgemeinschaft Bremens. Er habe nicht von den prekären Verhältnissen im Flüchtlingsheim gewusst und wollte sofort helfen, als er davon erfuhr, erzählt er. Jetzt bekochen Mitglieder der Fatih-Moschee während des Ramadan die Flüchtlings-Heimbewohner, sowohl die Jugendlichen als auch die Erwachsenen, und weil der Weg von Habenhausen nach Gröpelingen zu weit ist, wird das Essen normalerweise direkt zur Zast geliefert. Aber einmal in der Woche nehmen die Jungen die Fahrt zur Moschee auf sich.

Was aber, wenn am 7. August der Ramadan endet und dieser Termin wegfällt? Man wolle den Kontakt auf jeden Fall halten, sagt Baser: Wir denken über verschiedene Aktionen nach, zum Beispiel wollen wir Kleidung spenden und im nächsten Jahr wieder zum Iftar einladen. Ein weiteres Anliegen Basers ist die Sensibilisierung der muslimischen Gemeinde für das Flüchtlingsproblem, vor allem das der Jugendlichen ohne Angehörige. Dafür wolle er mit Pflegekinder in Bremen (PIB) zusammenarbeiten und durch Kampagnen auf das Problem hinweisen: Besonders die migrantischen Kreise müssen mit einbezogen werden und darauf aufmerksam gemacht werden, dass die Möglichkeit besteht, ein Pflegekind aufzunehmen.

Der Übergang im provisorischen Matratzenlager, bevor man sie offiziell in Deutschland ankommen lasse, sei schon kaum aushaltbar, erzählen die Jugendlichen beim Fastenbrechen. Am meisten störe sie das ewige Verharren in einer Grauzone. Was sie sich wünschen, sind konkrete Aussichten und ein richtiges Zuhause. Solange die Flüchtlinge in der Zast sind, erhalten sie keine offiziellen Papiere, haben somit weder ein Recht auf Schulbildung noch auf Arbeit. Ein Junge aus Mali ist mit 15 einer der jüngsten in der Gruppe und sagt: Ich will zur Schule gehen, aber ich darf nicht.

Um dieses Ziel zu erreichen, müsste sich zunächst an seiner Wohnsituation etwas ändern. Entsprechende Maßnahmen vom Sozialsenator bleiben abzuwarten. Die künftigen politischen Entscheidungen beeinflussen auch den Ramadan 2014: Sollte es bis dahin neue Wohneinheiten und festangestellte SozialpädagogInnen für die Flüchtlinge geben, würde die Zusammenarbeit mit den Betreuern von Effect wohl aufhören.

Einmal in der Woche nehmen die Jugendlichen die Fahrt von Habenhausen zur Fatih Moschee auf sich

**Load-Date:** July 24, 2013

## Was macht die Bewegung?; [bewegung.taz.de](http://bewegung.taz.de)

taz, die tageszeitung

Donnerstag 05. September 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** AUSLAND; S. 07

**Length:** 202 words

### **Body**

---

- Freitag, 6. September

Erfurt | **Migration**

Eine Kurzfilmwanderung zur **Flüchtlingspolitik**, über die von Diskriminierung und rassistischen Hürden gezeichneten Wege von **Flüchtlingen**, ab 21 Uhr, auf dem Bahnhofsvorplatz.

Hamburg | Antifaschismus

Infoveranstaltung Nazistrukturen in und um Hamburg im historischen Überblick , mit Andreas Speit (Journalist), 20 Uhr, Hafenvokü, Hafenstraße 116

- Samstag, 7. September

Berlin | Überwachungswahn

Freiheit statt Angst Stoppt den Überwachungswahn , Großdemonstration gegen staatliche Überwachung und Datensammelwut, 13 Uhr, Alexanderplatz / Karl-Marx-Allee

[www.freiheitstattangst.de](http://www.freiheitstattangst.de)

Grohnde | Anti-Atom

Sternfahrt zum AKW-Grohnde, morgens Protest-Anreise aus den umliegenden Städten, um 15 Uhr Kundgebung vor dem AKW

[www.grohnde-kampagne.de](http://www.grohnde-kampagne.de)

Bremen | Antisexismus

Festival Still not ing sexism , Beginn: 14 Uhr, erst Workshopphasen, abends Party, Spedition, Bürgermeister-Schmidt-Str.



München | Tierversuche

Protestaktion gegen Laborneubauten mit der Vereinigung Ärzte gegen Tierversuche, von 12 bis 14 Uhr auf dem Wiener Platz

- Sonntag, 8. September

Berlin | Kulturdenkmal

Für den Erhalt des RAW-Geländes , Tag der offenen Türen auf dem RAW, Revaler Straße 99

Mehr: [www.bewegung.taz.de](http://www.bewegung.taz.de)

**Load-Date:** September 4, 2013

---

End of Document

## **Quote für die SPD; MIGRATION In der SPD wird eine Migrantenquote für den neuen Landesvorstand gefordert**

taz, die tageszeitung

Mittwoch 16. Mai 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** BERLIN; S. 23

**Length:** 469 words

**Byline:** AKW

**Highlight:** **MIGRATION** In der SPD wird eine **Migrantenquote** für den neuen Landesvorstand gefordert

### **Body**

---

Mitglieder der SPD fordern eine **MigrantInnenquote** für die engere Landesspitze der Partei. Dies sei der selbstverständliche nächste Schritt, was die Teilhabe von Menschen mit **Migrationshintergrund** betrifft, sagt etwa Orkan Özdemir, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft **Migration** der SPD Tempelhof-Schöneberg und Vorstandsmitglied der Landesarbeitsgemeinschaft für **Migration** der Partei.

Am 9. Juni wählt die Berliner SPD einen neuen Landesvorstand. Um den Vorsitz konkurriert mit dem amtierenden Landeschef Michael Müller der Parteilinke Jan Stöß, Kreisvorsitzender der SPD in Friedrichshain-Kreuzberg.

Angesichts einer hohen migrantischen Bevölkerungsquote von rund 26 Prozent in Berlin habe die SPD die Verantwortung und Verpflichtung, GenossInnen mit Migrationshintergrund/-geschichte auch an führungsrelevanten Gremien und Positionen zu beteiligen, schreibt die AG Migration Tempelhof-Schöneberg in einer am Montag veröffentlichten Pressemitteilung. Die Bundes-SPD hatte bereits im Mai 2011 eine Quote von 15 Prozent für MigrantInnen in allen wichtigen Parteigremien beschlossen.

Dem fünfköpfigen geschäftsführenden Landesvorstand, der aus den stellvertretenden Landesvorsitzenden und dem Kassierer besteht, gehören bislang keine MigrantInnen an. Im gesamten Landesvorstand aus 32 GenossInnen sitzen zurzeit vier MigrantInnen: Die ehemalige Vorsitzende der Landes-AG Migration, Ülker Radziwill, und die Kreisvorsitzenden aus Tempelhof-Schöneberg, Dilek Kolat, und Spandau, Raed Saleh. Dazu kommt der Juso-Vorsitzende Christian Berg: Er ist Luxemburger.

Er erwarte, dass künftig von den fünf Mitgliedern des geschäftsführenden Landesvorstands mindestens eins Migrationshintergrund habe, so SPD-ler Özdemir zur taz. Unterstützung für seine Forderung kommt aus Friedrichshain-Kreuzberg: Dort wirbt das SPD-Kreisvorstandsmitglied Ahmet Iyidirli für die Quoten-Idee.

In ihrer Pressemitteilung appelliert die Bezirks-AG Tempelhof Schöneberg auch an die Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Migration, die Forderung zu unterstützen. Ohne Wenn und Aber müsse die SPD die Vielfalt in der Gesellschaft repräsentieren, sagte der neue Vorsitzende der LAG, Aziz Bozkurt. Die Landesarbeitsgemeinschaft

Quote für die SPD MIGRATION In der SPD wird eine Migrantenquote für den neuen Landesvorstand gefordert

habe den Kandidaten Stöß und Müller Fragebögen zum Thema Integration zugeschickt, in dem sie sich auch zum Thema Quote erklären sollen.

Er stehe dafür ein, dass wir insgesamt den Anteil von MigrantInnen erhöhen, sagte Jan Stöß auf Anfrage der taz. In seinem geplanten geschäftsführenden Landesvorstand, den er vergangene Woche vorstellte, hat allerdings niemand einen Migrationshintergrund. Er sei aber nicht gegen die Quote, so Stöß. Ich glaube, dass es gut ist, wenn wir uns dem schrittweise annähern. Vom SPD-Vorsitzenden Michael Müller war auf die schnelle taz-Anfrage am Dienstagnachmittag keine Antwort zu bekommen. AKW

**Load-Date:** May 15, 2012

---

End of Document

**"Nur mit Migranten bleibt Berlin ein interessantes gesellschaftliches Labor";  
AUSTAUSCH Ethnologin Regina Römhild von der Humboldt-Universität über  
die neuen Migranten und wie sie die Stadt prägen**

taz, die tageszeitung

Samstag 19. Oktober 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** BERLINER THEMA; S. 44

**Length:** 964 words

**Byline:** MAJA BECKERS

**Highlight:** AUSTAUSCH Ethnologin Regina Römhild von der Humboldt-Universität über die neuen Migranten und wie sie die Stadt prägen

## Body

---

taz: Frau Römhild, in der U-Bahn hört man Englisch, Spanisch, Französisch Ist Berlin endlich international?

Regina Römhild: Nein, transnational.

Was ist der Unterschied?

Der Begriff international führt in die falsche Richtung. Er steckt die Menschen noch in Kästchen, schön getrennt nach nationaler Herkunft, und das entspricht nicht mehr der Realität.

Wie sieht die aus?

Wenn jemand beispielsweise in Griechenland geboren ist und nach Berlin kommt, dann erweitert sich der Lebenshorizont nicht nur um eine griechisch-deutsche Dimension. Man kommt dann mit vielen anderen Migranten und Kulturen in Kontakt. Gleichzeitig bleiben die Beziehungen nach Griechenland bestehen und es entstehen neue in andere Länder, je nach den sozialen Netzen der betreffenden Person dann lebt man in Berlin ein transnationales Leben. Leider empfinden wir das oft als Zerrissenheit, weil wir gelernt haben, in eindeutigen Kategorien der Identität zu denken. Aber mit Migration werden auch Identitäten und Kulturen mobil.

Ist das berlinspezifisch?

Nein, aber Berlin hat eine lange Geschichte als Migrationsmetropole und daher traditionell ein Image von Weltoffenheit. Zur Zeit der Teilung zog Westberlin, nach dem Mauerfall besonders Ostberlin auch eine von überall heranstürmende Alternativszene an, die dieses Image sehr mitgeprägt hat.

Ist das bloß Image?

"Nur mit Migranten bleibt Berlin ein interessantes gesellschaftliches Labor" AUSTAUSCH Ethnologin Regina Römheld von der Humboldt-Universität über die neuen Mig....

Nein, da ist auch etwas dran. Für eine rein ökonomisch motivierte Migration wären andere Orte in Deutschland interessanter. Trotzdem kommen viele junge Europäer gerade deshalb nach Berlin, weil sie die Stadt als offenes, kreatives Gesellschaftslabor sehen. Sie leben dann oft sehr prekär, bleiben aber trotzdem.

Viele Migranten, die in den letzten Jahren kamen, sehen sich ausgerechnet Kritik von links ausgesetzt: Sie würden die Gentrifizierung anschieben.

Auch wenn die neuen Migranten oft aus europäischen Krisengebieten wie Italien, Spanien oder Griechenland kommen, werden sie anders wahrgenommen. Sie passen nicht in das Bild, das im offiziellen politischen Diskurs gezeichnet wird, wo beim Stichwort Migration sofort große Problem -Schilder aufleuchten und Integration gefordert wird. Als Migrant gilt in diesem Diskurs, wer an den sozialen Rändern der Stadt zu Hause ist, auch wenn das genauso für viele Einheimische gilt und auch wenn er oder sie längst schon hier geboren, also selbst einheimisch , ist. Gut ausgebildete Migranten aus dem im weiteren Sinne Westen werden dem meist als Kosmopoliten, die uns bereichern, entgegengestellt und gar nicht unter der Rubrik Migranten wahrgenommen.

Deshalb brauchen sie keine Solidarität?

Es zeigt sich hier eine Haltung, die dazu neigt, die üblichen Ressentiments nur umzudrehen: Sie hat Sympathien für die als Armutsflüchtlinge und als Integrationsproblem diffamierten Migranten, was toll und wichtig ist, spielt aber die anderen ich nenne sie mal sehr pauschal weiße Migranten als wohlhabend und für die Gentrifizierung verantwortlich dagegen aus. Dabei sind auch viele der europäischen Migranten in ihren Heimatländern mit den existenzbedrohenden Folgen der Krise und des Krisenmanagements in Europa konfrontiert. Die Gentrifizierung diesen Einwanderern oder den Touristen anzulasten, ist sowieso viel zu kurz gedacht.

Warum diese zweierlei Arten von Aufmerksamkeit?

Provokativ zugespitzt würde ich sagen, die Ressentiments gegen diese weißen Migranten haben auch damit zu tun, dass sie einer linken, etablierten, urbanen Öffentlichkeit sehr viel näherkommen als alle anderen.

Näherkommen?

Na ja, es gibt durchaus eine problematische Tradition in der Linken, sich leichter mit Menschen zu solidarisieren, die nicht nebenan wohnen. Aber als Ethnologin plädiere ich dafür, dass wir uns mal wieder selbstreflexiv fragen: Fällt es uns leichter, uns für Menschen zu engagieren, von denen wir glauben, dass sie nicht denselben europäischen , sozialen Hintergrund haben? Und die wir deshalb als bedürftige Andere sehen, die unsere Hilfe brauchen?

Egal wo man im Kulturbetrieb hinschaut, hat man das Gefühl, ohne diese neuen Berliner wäre hier wenig los.

Das stimmt. Alles, was hier kulturell hergestellt wird, ist ohne Migration so gar nicht denkbar. Aber man muss auch immer fragen, wer zugelassen wird und mitwirken darf. Die neuen Berliner aus Rumänen und Bulgaren etwa erfahren gerade sehr viel Abweisung, obwohl auch sie heute mit einem EU-Pass kommen.

Viele neue Migranten wandern in die creative class ein. Wie verändern sie diese Szene?

Die neuen Migranten schließen unmittelbar an die lange Geschichte migrantischer Interventionen in den Kulturbetrieb an. Wer von außen kommt oder wem diese Position noch als Kind oder Enkel ehemaliger Einwanderer zugemutet wird, kann viele Dinge reflektierter und kritischer sehen. Shermin Langhoff, neue Intendantin des Maxim Gorki Theaters, hat deshalb den Begriff des postmigrantischen Theaters geprägt. Das ist kein migrantisches Theater, wo wir nur etwas über die Türken erfahren. Postmigrantisch heißt: ein Ort, an dem ein anderer Blick auf unsere gemeinsame, längst durch Migration geprägte Gesellschaft geworfen wird.

Und in anderen Bereichen?

"Nur mit Migranten bleibt Berlin ein interessantes gesellschaftliches Labor" AUSTAUSCH Ethnologin Regina Römhild von der Humboldt-Universität über die neuen Mig....

Vor allem die europäischen Krisenflüchtlinge regen auch die politische Diskussion und die sozialen Bewegungen hier an. Das hat man beim Occupy Camp in Berlin gesehen, bei dem sich viele Leute aus Spanien und Griechenland engagiert haben. Sie konfrontieren uns mit ihren Erfahrungen und wollen über Europa, die Krise und die Zukunft diskutieren. So wird diese Stadtgesellschaft herausgefordert, über Dinge nachzudenken, die über ihren lokalen Horizont hinausgehen. Nur so bleibt Berlin ein interessantes gesellschaftliches Labor, in dem über Alternativen nachgedacht wird.

INTERVIEW: MAJA BECKERS

Die europäischen Krisenflüchtlinge regen auch politische Diskussionen und soziale Bewegungen an

**Load-Date:** October 18, 2013

---

End of Document

**Der unbekannte Besucher; KULTUR Verein sucht Wege, migrantische BerlinerInnen ins Theater zu locken**

taz, die tageszeitung

Samstag 02. März 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** BERLIN AKTUELL; S. 52

**Length:** 297 words

**Byline:** SUG

**Highlight:** KULTUR Verein sucht Wege, migrantische BerlinerInnen ins Theater zu locken

## Body

---

Alle sollten Zugang zu Kultur haben, ob reich oder arm, jung oder alt, Deutscher oder Nicht-Deutscher, konstatierte der Intendant des Grips-Theaters, Stefan Fischer-Fels, gleich zu Beginn. Aber, fügte er selbstkritisch hinzu: Das Grips behandle in der Regel sehr deutsche Themen, gespielt von deutschem Personal. Entsprechend sei das Publikum: vor allem Deutsch. Wie Berliner Kultureinrichtungen mehr migrantische Besucher gewinnen können, war Thema der Jahrespressekonferenz der Kulturloge Berlin am Freitag.

Seit 2010 vermittelt der Verein Kulturloge e.V. nicht verkaufte Eintrittskarten für Kulturveranstaltungen an Geringverdiener. Mit Erfolg: 2012 habe der Verein 23.000 Tickets an rund 6.000 angemeldete Gäste vermitteln können, sagte Kulturlogen-Gründerin Angela Meyenburg zur Einführung. Im April habe man zudem das Projekt Kulturelle Teilhabe migrantischer GeringverdienerInnen gestartet.

Die zu steigern sei auch nötig, bestätigte Thomas Renz vom Institut für Kulturpolitik der Uni Hildesheim, die das Projekt wissenschaftlich begleitet. Ohnehin werde öffentlich geförderte Hochkultur vor allem von Akademikern genutzt, kaum von Menschen mit geringem Bildungsgrad. Und Menschen mit Migrationshintergrund nutzen sie noch seltener, so Benz.

Damit sich das ändert, müssen die Kulturangebote sich den Lebenswelten von Migranten öffnen, so ein Fazit der Diskussion. So wie die Ausstellung 7 mal jung: Sie versuche, NS-Geschichte für türkische SchülerInnen interessant zu machen, indem sie über deutsche Emigration in die Türkei in den 30ern aufkläre, sagte Sophia Oppermann vom Verein Gesicht Zeigen!. Zudem müssten sich die Kultureinrichtungen ändern, ergänzte Schauspieler Kerem Can. Man brauche etwa türkeistämmige Intendanten an den Theatern: Das wird kommen. SUG

**Load-Date:** March 1, 2013

Der unbekannte Besucher KULTUR Verein sucht Wege , migrantische BerlinerInnen ins Theater zu locken

---

End of Document



**"Ich habe keine Angst vor meiner Angst"; EUROPA Nicht nur über Lampedusa versuchen afrikanische Flüchtlinge den Kontinent zu erreichen. Tresor aus Kamerun plant die gefährliche Überfahrt von Marokko nach Spanien**

taz, die tageszeitung

Samstag 19. Oktober 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** THEMEN DES TAGES; S. 08

**Length:** 2389 words

**Byline:** CHRISTIAN JAKOB

**Highlight:** EUROPA Nicht nur über Lampedusa versuchen afrikanische **Flüchtlinge** den Kontinent zu erreichen. Tresor aus Kamerun plant die gefährliche Überfahrt von Marokko nach Spanien

## Body

---

AUS TANGER UND MELILLA CHRISTIAN JAKOB (TEXT) UND JULIAN RÖDER (FOTOS)

Die Straße von Gibraltar misst 14 Kilometer an der schmalsten Stelle. Doch Strömung und Winde sind stark. Mehr als einen Kilometer pro Stunde kommt man in einem Schlauchboot nicht voran. Beim letzten Mal hat er sich die Hände am Paddel aufgescheuert, jetzt hat er sich dünne Bauarbeiterhandschuhe besorgt. Ich mache das nicht wie die anderen, ich gehe es professionell an, sagt Tresor. Alle Infos über Strömungsverhältnisse, das Einsatzgebiet der spanischen Guardia Civil, die verschiedenen Materialien von Schlauchbooten hat er gesammelt, Kondome gekauft, in die er Handy und Geld einwickelt gegen Salz und Wasser, sich Tidenkalender und Telefonnummern in Europa beschafft.

In seinem Pass steht der Name Ndjeyig Marius, aber das interessiert hier in Boukhalef keinen. Es ist ein Neubauviertel im Osten der marokkanischen Hafenstadt Tanger, Tausende Wohnungen in verzierten weißen Häuserblöcken. Doch bevor diese an einheimische Mittelschichtsfamilien vermietet werden konnten, siedelten sich in Marokko festsitzende Transitmigranten, aus Guinea, Kamerun, dem Senegal, Nigeria oder Kongo, in den teils unfertigen Häusern an. Bleiben, das will keiner von ihnen.

Tresor war das letzte Mal am Montag auf dem Meer, die Gendarmerie stoppte ihr Schlauchboot, er zeigt verwackelte Handyfotos aus dem Gefängnis. Er ist 30 Jahre alt, Kamerun verließ er 2006, an Europa dachte er damals nicht. Stattdessen wollte er in Algerien einen Betriebswirtschaft-Master machen. Erst ging alles gut, doch 2008 kam er wegen illegalen Aufenthalts ins Gefängnis, die Algerier schoben ihn nach Mali ab. Zwei Jahre hing er dort fest, dann ging er nach Tunesien, versuchte vergeblich einen Platz in einem Boot nach Lampedusa zu ergattern. Seit Januar ist er in Marokko, bis Ende August lebte er in einem Wald vor der spanischen Exklave Melilla.

"Ich habe keine Angst vor meiner Angst" EUROPA Nicht nur über Lampedusa versuchen afrikanische Flüchtlinge den Kontinent zu erreichen. Tresor aus Kamerun plant ....

Die Hölle , wie er sagt, der Weg über den Zaun zu gefährlich. Zurück nach Kamerun will er nicht und so kam er nach Boukhalef.

Die Chance: das dreitägige Opferfest

Das Ghetto Boukhalef ist der Wartesaal Europas, doch jetzt soll es weitergehen. Am nächsten Tag, einem Mittwoch, beginnt Eid al-Adha, das dreitägige islamische Opferfest. Morgen um zehn Uhr töten die marokkanischen Familien eine Ziege , sagt Tresor und deutet mit der Hand einen Schnitt durch die Kehle an. Es ist wie der Heilige Abend in Deutschland, alle sind bei ihren Familien, und zwar, das hoffen die Flüchtlinge in Boukhalef, auch die Gendarmen, die sonst die Küste bewachen. Hunderte wollen dann losfahren , sagt Tresor.

In weißem T-Shirt, kurzer Hose in Tarnfarben und einer olivgrünen Strumpfhose sitzt er in einer Zweizimmerwohnung im vierten Stock. Ein paar graue Schaumstoffmatratzen, eine Lampe, eine Steckdosenleiste mit noch mehr Steckdosenleisten, an denen Handys hängen. Neun Menschen teilen sich die Wohnung, alle hier haben mehrere Versuche der Überfahrt hinter sich. Martin aus Kamerun versuchte es in diesem Monat fünf Mal, die schwangere Joylene mit ihrem Mann Colins, die ihre beiden Kinder bei den Großeltern in Kamerun zurückgelassen haben, 15 Mal in den letzten zwei Jahren, sagen sie.

Viele hier sprechen fließend Englisch und Französisch, haben eine Ausbildung oder studiert. Die Hoffnung auf sozialen Aufstieg, auf den Eingang in die wachsenden Mittelschichten der subsaharischen Staaten, haben sie trotzdem aufgegeben. Ihm gehe es auch um Freiheit , sagt Tresor. In Afrika kannst du nicht sagen, was du willst, dich kann jemand angreifen, bestehlen oder töten. Keiner setzt deine Rechte durch. In Europa werden deine Rechte respektiert.

Doch bislang stoppte die Armee mit ihren Radarstationen, Wärmebildkameras, Schnellbooten und Nachtsichtgeräten sie jedes Mal. Die Flüchtlinge fürchten die unberechenbare Gewalt der Soldaten. Am Montag, bei ihrem letzten Versuch, haben die Soldaten Celine, einer jungen Kamerunerin mit kurzen blondgefärbten Locken, mit einem Messer eine tiefe Schnittwunde am Arm zugefügt, ihrem Bruder schlugen sie derart auf den Schädel, dass sie fürchteten, er verblute. Kürzlich sei ein Senegalese ertrunken, den die Armee auf dem Meer verprügelt habe, sagen sie. Aber sie misshandeln uns nicht nur , sagt Joylene. Sie nehmen uns auch das Material weg.

Tresor holt zwei große Pakete aus dem Nebenraum. Ein grünes Schlauchboot, hier fahren zehn Leute mit , die Gruppe hat Geld zusammengelegt; eine Pumpe, in schwarze Folie eingewickelte Paddel, Schwimmwesten. Ein paar der Männer ziehen sie an, nehmen dazu eine Bibel in die Hand und posieren voreinander. Die Westen sind nicht gut, sie sind nach 24 Stunden voller Wasser , sagt Tresor, in einer anderen Tüte sind kleine schwarze Gummireifen, er bläst einen davon auf und zieht ihn sich unter die Arme, damit will er sich vor dem Ertrinken schützen.

Die Flüchtlinge kalkulieren knapp. Pro Kilo Nutzlast kosten die Boote etwa einen Euro, deswegen wird je 40 Kilo Nutzlast ein Passagier eingeladen, obwohl er mit Gepäck gut das Doppelte wiegt. So bleiben die Kosten für Boot, Paddel, Schwimmweste und das Ticket an den Strand bei gut 100 Euro. Das ist ein Bruchteil dessen, was Schlepper für eine Überfahrt etwa in der zentralen Mittelmeerregion verlangen. Doch diese Summe immer wieder aufzubringen überfordert fast jeden hier.

Wir müssen was gegen den Stress machen. Runterkommen , sagt Tresor. Die Gruppe geht ein paar Häuser weiter, es ist eine Art illegale Wohnzimmerbar. Senegalesischer Elektropop ist voll aufgedreht. Knapp 20 Männer, vier Frauen sitzen herum. Alle sind betrunken. Die Stimmung ist aufgereggt, die Ersten wollen schon in wenigen Stunden aufbrechen. Der Barmann holt zwei Literflaschen Gin, Coca-Cola, Eiswasser und Plastikbecher. Tresor läuft mit der Ginflasche herum, lässt alle Anwesenden mit der flachen Hand auf den Deckel klopfen, es soll Glück bringen. Irgendwer sagt: Auf die letzte Nacht in Afrika , sie prosteten sich zu, bis jemand Ratissage ruft. Razzia. Alle rennen die Treppe rauf, hoch auf das Dach.

"Ich habe keine Angst vor meiner Angst" EUROPA Nicht nur über Lampedusa versuchen afrikanische Flüchtlinge den Kontinent zu erreichen. Tresor aus Kamerun plant ....

Sie verprügeln uns, sie schlagen alles kaputt oder nehmen mit, was sie gebrauchen können , sagt Tresor. Er steht auf dem Dach, alle reden durcheinander und schauen herab, versuchen, Polizisten zu erspähen, doch es sind keine in Sicht. Fehlalarm. Trotzdem verbringen sie die ganze Nacht auf dem Dach.

Die letzte Razzia am 10. Oktober überlebten nicht alle. Der Senegalese Moussa Seck, 29, flüchtete sich auf das Dach, die Polizisten verfolgten ihn, Seck stürzte hinab und starb. Am 24. Juli verprügelten Polizisten in Tanger den 39-jährigen Kongolesen Toussaint-Alex Mianzoukouta, bis er ins Koma fiel und nach drei Tagen starb.

Die Todesfälle seien symptomatisch für die staatliche Gewalt gegen MigrantInnen, sagt Helena Maleno von der spanischen NGO Caminando Fronteras. Der Druck ist enorm. Seit elf Jahren lebt die Juristin in Tanger und dokumentiert Menschenrechtsverletzungen. In den letzten Monaten habe die Polizei eine härtere Linie eingeschlagen. Maleno berichtet von Razzien in den frühen Morgenstunden, die Polizei stehle und zerstöre das Eigentum der Flüchtlinge, verprügele sie und nehme ihnen die Pässe ab. In Tanger ist jetzt die Anzeige einer jungen Frau aus der Elfenbeinküste anhängig. Sie sagt, dass Polizisten sie im Gefängnis vergewaltigt haben.

Die Marokkaner sprechen von Clandestins , Illegalen, doch die Angehörigen vieler afrikanischer Staaten brauchen kein Visum, ihr Aufenthalt in dem maghrebischen Königreich ist legal. Illegal ist nur die Einreise nach Spanien. 2005 versuchten Tausende Subsaharis die Zäune zur spanischen Enklave Melilla zu stürmen, es gab Tote. Seitdem nimmt Spanien Marokko in die Pflicht, die Flüchtlinge aufzuhalten. Spanien hat seinen Grenzschutz ausgelagert, und dafür fließen jedes Jahr Millionen von Euro hierher , sagt Maleno.

Obwohl Marokko und Spanien die einzige Landgrenze der EU mit Afrika verbindet und die Straße von Gibraltar vergleichsweise leicht zu durchqueren ist, zählte die EU-Grenzschutzagentur Frontex 2012 etwa 6.400 illegale Grenzübertritte zwischen den Ländern etwa zehn Prozent aller irregulären Einreisen in die EU. Allein seit Anfang August hat Malenos Initiative, die mit den Rettungsdiensten und staatlichen Stellen kooperiert, mindestens 30 Menschen gezählt, die in der Straße von Gibraltar ertrunken sind, und fünf, die bei dem Versuch starben, die Zäune um Melilla zu überklettern, seit Anfang 2012 waren es 41.

Ist es der Versuch trotzdem wert? Ja , sagt Tresor. Hat er keine Angst? Doch. Aber ich habe keine Angst vor meiner Angst. Um acht Uhr soll es losgehen, die Fahrer sind bestellt, Motormafia nennen die Afrikaner sie, eher im Scherz. Auf Druck der EU hat Marokko die Schleppergesetze verschärft, Fluchthelfern drohen bis zu zehn Jahre Haft. Die letzten Kilometer zum Strand sind deshalb teuer: umgerechnet 300 Euro für eine Gruppe von sieben Personen. Ein mafiöses Geschäft? Nein , sagt Colins, er gehört zu Tresors Gruppe. Der Preis ist fix, so kalkulieren sie ihr Risiko.

Polizei und Armee sind doch unterwegs

Am Morgen telefonieren alle im Raum mit Freunden, die schon in der Nacht in Richtung Strand gestartet sind. Der Empfang ist schlecht, sie drängen sich am Fenster, lehnen sich mit den Handy am Ohr hinaus. Die Nachrichten sind nicht gut. Doch viel Polizei auf den Straßen, heißt es. Stunde um Stunde verzögern sie ihren Aufbruch. Wir können es nicht riskieren, wir haben kein Geld mehr, wir dürfen das Material nicht verlieren , sagt Tresor. Es kann dauern, die Stimmung ist miserabel bis angespannt. Auch wenn der Islam in Marokko moderat ausgelegt wird, scheint das Opferfest allen heilig: Kein Geschäft ist geöffnet, kaum ein Mensch ist auf der Straße.

Doch es gibt Ausnahmen. Graue Geländewagen von Armee und Polizei stehen alle paar Kilometer quer über der Nationalstraße 16 an der Küste zwischen Tanger und der spanischen Exklave Ceuta, die Beamten prüfen, wer in den vorbeifahrenden Autos sitzt. Auf Kilometer 9 läuft eine Gruppe von Kongolesen, die vom Strand zurückkehrt. Sie war mit Freunden unterwegs, doch die sind entweder verhaftet oder auf dem Meer, sagen sie.

Den ganzen Mittwoch und ganzen Donnerstag verhaftet die Polizei an den Stränden rund um Tanger Migranten. Bei Kilometer 27, über dem Strand von Oued Alian, steht eine heruntergekommene kleine Polizeistation auf einem Hügel über der Küste. Dort stehen 50 gefangene Subsaharis hinter zwei weißen Bussen, ein paar Soldaten bewachen sie, sie rufen: keine Fotos . Nach einiger Zeit erklären sie, die Afrikaner hätten versucht, das Meer zu überqueren, das sei illegal, nun kämen sie zum Verhör in das Kommissariat. Und dann? Keine Auskunft. Hey,

"Ich habe keine Angst vor meiner Angst" EUROPA Nicht nur über Lampedusa versuchen afrikanische Flüchtlinge den Kontinent zu erreichen. Tresor aus Kamerun plant ....

kommt her, habt ihr Angst vor uns? , ruft einer der Festgenommenen, andere rufen etwas von Menschenrechtsverletzungen, nach rund zwanzig Minuten müssen sie die Busse besteigen, der Einsatzleiter setzt sich mit einem großen Stapel roter Pässe in der Hand in sein Auto und fährt hinterher.

Zur selben Zeit, etwa 30 Kilometer weiter östlich, wird Helena Maleno Augenzeugin, wie etwa 300 Migranten versuchen, vom marokkanischen Findeq aus schwimmend die spanischen Nachbarstadt Ceuta zu erreichen; wie der Präfekt von Ceuta später erklärt, einer der bisher größten Versuche dieser Art. In der Vergangenheit hatten die Migranten immer wieder Glück. Heute nicht: Alle werden von der marokkanischen Gendarmerie aufgehalten, es gibt etliche Verletzte. Die Polizei hat alle in die Gefängnisse von Tetouan und Tanger gebracht, auch die Verletzten , sagt Maleno. Zwei Stunden zuvor war eine Gruppe von elf Kamerunern in Tanger mit einem Schlauchboot gestartet, sie melden sich später bei Freunden in Boukhalef und berichten, die Küstenwache habe sie derart rabiatt gestoppt, dass ihr Boot kenterte und ein Baby ertrank.

Die Zentrale der Küstenwache liegt im Altstadthafen von Tanger. Seit Mittwochvormittag ist zu beobachten, wie Busse die Migranten anliefern und wieder abtransportieren. Die große Zelle direkt neben dem Eingangsraum ist voll mit Aufgegriffenen, die hinter dicken Gitterstäben stehen. Ein paar der Männer aus der Wohnzimmerbar aus Boukhalef sind unter den Gefangenen.

Der Kommandant heißt Hicham, seinen Nachnamen will er nicht sagen und auch sonst nichts. Auch ein Schreiben des marokkanischen Außenministeriums hilft nicht weiter. Was mit den Gefangenen geschieht, unter welchen Bedingungen sie abtransportiert werden, was ist mit den Schilderungen über die Misshandlungen, den Todesfall, die Verletzten, die Passdiebstähle? Kein Kommentar.

Nach Stunden lässt sich Kommandant Hicham dann doch hinreißen. Es sind keine Gefangenen, wir verhören sie nur. Wir bringen sie in die marokkanischen Städte, aus denen sie gekommen sind. Keine Abschiebung , behauptet er. Später ruft einer der Gefangenen seine Freunde in Boukhalef an. Sie sind auf dem Weg nach Oujda, der Grenzstadt zu Algerien, wohin Marokko alle subsaharischen MigrantInnen abschiebt.

Gegenüber der französischen Nachrichtenagentur AFP erklärte das Innenministerium in Rabat am Freitagmorgen, dass während der ersten beiden Tage des Opferfestes etwa 700 Migranten rund um Tanger bei dem Versuch verhaftet wurden, nach Spanien zu gelangen. Die spanische Küstenwache berichtet, im selben Zeitraum 50 Migranten in spanischen Gewässern aufgegriffen und an Land gebracht zu haben.

Einige von ihnen melden sich am Abend in Boukhalef. Sie waren in einer Gruppe von acht in einem Boot und haben es sicher bis nach Algeciras in Andalusien geschafft. Die Nachricht macht sofort die Runde.

Das Boot im Wald, nahe am Meer

Am Abend sitzt die Gruppe um Tresor noch immer in ihrem Appartement, ihr Schlauchboot immer noch in der Decke eingewickelt. Colins lässt sich von einem Freund den Schriftzug I love Jesus auf dem Unterarm tätowieren, die einzige freie Stelle ist neben einem schon eintätowierten Frauennamen, so dass das Jesus in der zweiten Zeile etwas untergeht.

Die ganzen letzten Tage haben sie telefoniert, die Nachrichten über die Polizeieinsätze verfolgt. Nicht alle Marokkaner haben Schafe gegrillt. Es war zu viel Armee, zu viel Polizei, Verhaftungen , sagt Tresor.

Am nächsten Tag verstecken er und seine Freunde ihr Boot in einem Wäldchen nahe am Meer. Ein kleiner Schritt. Er will nicht mehr lange warten.

- Christian Jakob, 34, ist froh, dass er mit der Fähre nach Spanien zurückfahren konnte

- Julian Röder, 32, ist müde vom Ruf des Muezzins

**Load-Date:** October 18, 2013

"Ich habe keine Angst vor meiner Angst" EUROPA Nicht nur über Lampedusa versuchen afrikanische Flüchtlinge den Kontinent zu erreichen. Tresor aus Kamerun plant ....

---

End of Document

**All inclusive: Familienkrach, Flüchtlingsdrama; SOMMERFERIEN Ignoranter, verliebter Vater gegen engagierten Sohn: "Implosion" (0.20 Uhr, ZDF)**

taz, die tageszeitung

Montag 05. August 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** FLIMMERN UND RAUSCHEN; S. 18

**Length:** 593 words

**Byline:** JENS MÜLLER

**Highlight:** SOMMERFERIEN Ignoranter, verliebter Vater gegen engagierten Sohn: Implosion (0.20 Uhr, ZDF)

## Body

---

Sommerferien. Die Schule mal für ein paar Wochen vergessen. Der 17-jährige Thomas (Sven Gielnik) ist weit weg von zu Hause. Ein Strandcafé an irgendeiner spanischen Costa Blanca/Brava/del Sol. Hallo Thomas, sagt die Frau (Carolina Clemente), die schon dasitzt: Machst du hier Urlaub? Das is' meine Spanischlehrerin, sagt Thomas zu seinem Vater (Hans-Jochen Wagner). Und: Lass uns abhauen! Der Vater will nicht abhauen: Ja, Zufälle gibt's!

Nur ist dieser Fall kein Zufall. Augenblicke später finden die Hände von Vater und Lehrerin zueinander, der Vater erklärt knapp: Wir sind zusammen.

Implosion, Schock aber immerhin die Möglichkeit, Oben-ohne-Fotos von der schönen Lehrerin per MMS zu verschicken. Der Vater schwebt auf Wolke sieben: Genau das hab ich mir gewünscht! Sonne, Strand, Meer. Liebe. Alles so einfach. So sausimpel. So supersausimpel. Endlich wieder lebendig!

Sommertage und eine komplizierte zwischenmenschlich-familiäre Konstellation für einen Berliner-Schule-Film wäre das Stoff genug. Siehe Ferien von Thomas Arslan, siehe Nachmittag von Angela Schanelec. Sören Voigt hat auch an der Deutschen Film- und Fernsehakademie Berlin (dffb) studiert, ihm ist es nicht genug.

Endlich wieder lebendig!, suhlt sich also der Vater in seinem Glück. Vierzehn tote Migranten und ein lebendiger Tourist, konstatiert Thomas. Das nämlich waren die ersten Filmbilder: Leichen von Menschen mit schwarzer Hautfarbe treiben im Wasser. Bootsflüchtlinge brechen ein in das Idyll eines Touristenstrandes. Aber der Vater in seiner Feel-good-Ignoranz hat nichts mitbekommen.

Mehr als 10.000 afrikanische Boatpeople sollen in den letzten Jahren im Mittelmeer ertrunken sein. Eine Folge der Krimireihe Unter Verdacht fällt einem ein, ansonsten ist das Thema im deutschen Spielfilm kaum präsent. Vielleicht liegt es daran, dass die EU das Problem konsequent an die Mittelmeerländer delegiert hat. Als Deutscher kann man vor dem Problem wohl nur dann nicht länger die Augen verschließen, wenn man die Ankunft eines

All inclusive: Familienkrach, Flüchtlingsdrama SOMMERFERIEN Ignoranter, verliebter Vater gegen engagierten Sohn: "Implosion" (0.20 Uhr, ZDF)

Flüchtlingsboots als Tourist vor Ort miterlebt. Es sei denn, man ist so ignorant wie Thomas' Vater, dann geht es auch unter diesen Umständen.

Thomas ist jugendlich unbedarft und also aufgeschlossen und gewährt der 20-jährigen Kongolesin Djamile (Eye Haidara) Asyl in seinem Hotelzimmer. Er will sie mit nach Deutschland nehmen und plant schon die Heirat. Der Vater entpuppt sich zunehmend als Abziehbild von Richter Gnadenlos Ronald Schill. Als Staatsanwalt weiß er Bescheid, er betet Thomas die verübten Delikte vor und will das Strafgesetz für sich selbst nicht gelten lassen: §§ 185, 223 StGB, das sind die entsprechenden Paragraphen zu Beleidigung und Körperverletzung.

Zu dem eskalierenden Vater-Sohn-Konflikt kommen dann auch noch die Menschenhändler, die Ansprüche auf Djamile anmelden und mit denen Thomas fertigwerden muss. Das mag sich als Plot etwas überkonstruiert lesen, aber Sören Voigt (Buch und Regie) lässt in seinem dritten Langfilm sehr souverän und plausibel eins auf das andere und aus dem anderen folgen. Das mitunter durchaus dramatische Geschehen erzählt er bemerkenswert unaufgeregt. Wer es suchen wollte, der könnte es hier finden: das Beiläufige der Berliner Schule.

Ach, und das ist nun natürlich eine Frage der Perspektive: Soll man Voigt nun noch dafür loben, dass er bei der Besetzung und Schauspielerführung auch so souverän war? Oder soll man einfach sagen, dass die vier Hauptdarsteller sehr gut spielen?

JENS MÜLLER

Der Vater liebt die Lehrerin des Sohns. Der will eine geflohene Kongolesin heiraten

**Load-Date:** August 4, 2013

**Diese verdammte Realität; Kommentar: Eiken Bruhn über unbegleitete Flüchtlinge**

taz, die tageszeitung

Mittwoch 20. Februar 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** BREMEN AKTUELL; S. 24

**Length:** 226 words

**Byline:** Eiken Bruhn

## **Body**

---

Kommentar: Eiken Bruhn über unbegleitete **Flüchtlinge**

Da wollen vor allem die Grünen in der rot-grünen Koalition diejenigen, die in unserer Gesellschaft an den Rand gedrängt sind, in ihre Mitte führen. Behinderte Kinder sollen in ganz normale Schulen gehen dürfen, Obdachlose und **Flüchtlinge** nicht in Extra-Heimen leben und Jugendliche, die alleine nach Deutschland geflohen sind, möglichst in familienähnlichen Verhältnissen.

Und dann durchkreuzt die verdammte Realität das ehrbare Vorhaben. Die Inklusion Behinderter kostet tatsächlich Geld und geht nicht so schnell wie angekündigt. Der Wohnungsmarkt in Bremen ist so eng, dass Normalverdiener ohne Migrationshintergrund Probleme haben, eine Wohnung zu finden. Flüchtlinge und Obdachlose haben da selbst mit Unterstützung die auch nicht umsonst zu haben ist ganz schlechte Karten. Und die minderjährigen Flüchtlinge: Von denen sind plötzlich so viele in der Stadt, dass nicht einmal in den Heimen noch Platz ist für sie.

Soll die Koalition deshalb diese Vorhaben aufgeben? Nein! Aber sie soll sich und anderen klarmachen, dass sie nicht für lau zu haben sind wenn man es richtig machen will. Beim Beispiel der jungen Flüchtlinge würde dazu gehören, eine von Fachleuten geführte erste Anlaufstelle und Notaufnahme zu schaffen. Bei 40 Fällen im Jahr mag dies noch übertrieben erscheinen. Bei 150 nicht mehr.

**Load-Date:** February 19, 2013



**"Kulturfeste reichen nicht"; INTEGRATION MigrantInnen in der Politik sind nach wie vor keine Normalität. Wie lässt sich das ändern? HEUTE IN HAMBURG**

taz, die tageszeitung

Dienstag 26. November 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** HAMBURG AKTUELL; S. 24

**Length:** 371 words

**Byline:** DKU

**Highlight:** INTEGRATION MigrantInnen in der Politik sind nach wie vor keine Normalität. Wie lässt sich das ändern?

## Body

---

taz: Frau Özdemir, wie sind Sie Sprecherin für Integrationspolitik der Linksfraktion in der Bürgerschaft geworden?

Cansu Özdemir: Ich habe selbst einen Migrationshintergrund und mich auch in meiner Jugend viel mit Integrationspolitik befasst.

Fühlen Sie sich auf das Thema reduziert?

Ich bin auch für Soziales zuständig. Wenn Integrationspolitik mein einziges Themengebiet gewesen wäre, hätte mich das schon gestört. Aber so ist das schon in Ordnung. Ich kann ganz viel eigene Erfahrung mitbringen. Davon profitiere ich als Politikerin.

Haben Sie den Eindruck, dass Sie als Politikerin mit Migrationshintergrund anders behandelt werden als Kollegen, deren Eltern aus Deutschland kommen?

Auf jeden Fall. Man muss sich doppelt beweisen. Das liegt bei mir vielleicht auch am Alter, aber sicher nicht nur. Viele Menschen achten zum Beispiel darauf, ob ich mit Akzent spreche. Man muss sich mehr anstrengen, damit die Stimme erhört wird. Ich habe das Gefühl, dass bei vielen Journalisten eine gewisse Scheu da ist, sich mit migrantischen Politikerinnen und Politikern auseinanderzusetzen.

Woran machen Sie das fest?

Man wird nicht so oft angesprochen, es sei denn, die Journalisten haben selbst einen Migrationshintergrund oder es geht um Migrationsthemen.

Gibt es Momente, wo Sie den Eindruck haben, dass Ihr Migrationshintergrund von Vorteil ist?

"Kulturfeste reichen nicht" INTEGRATION MigrantInnen in der Politik sind nach wie vor keine Normalität. Wie lässt sich das ändern? HEUTE IN HAMBURG

Ich werde oft in Schulklassen eingeladen und da merke ich, dass Leute mit Migrationshintergrund weniger Berührungängste haben.

Was müsste sich ändern, damit es mehr Mandatsträger mit Migrationshintergrund gibt?

Es muss sich viel bei den Parteien tun. Die können ja in ihr Programm schreiben, was für Maßnahmen für Migranten gemacht werden sollten. Aber letztlich muss jeder Einzelne auch in den Parteien sich interkulturelle Kompetenzen aneignen und sie einsetzen. Es muss etwas ganz Normales werden, dass Migranten in der Politik sind. So wie es ganz normal ist, dass sie in den Hamburger Schulklassen sind. Es reicht nicht aus, irgendwelche Kulturfeste zu organisieren, wo Speisen aus verschiedenen Kulturen gegessen werden. INTERVIEW: DKU

Vorstellung einer Studie zur politischen Partizipation von MigrantInnen und Diskussion: 19:30 Uhr, Altonaer Rathaus, Platz der Republik 1, Kollegiensaal

**Load-Date:** November 25, 2013

---

End of Document

## "Wir sind verantwortlich"; Protest gegen Europas Politik im Mittelmeer HEUTE IN HAMBURG

taz, die tageszeitung

Freitag 13. Juli 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** HAMBURG AKTUELL; S. 24

**Length:** 279 words

**Byline:** HANNAH RAMMÉ

**Highlight:** Protest gegen Europas Politik im Mittelmeer

### Body

---

taz: Frau Geitner, warum halten Sie heute eine Kundgebung an und auf der Binnenalster ab?

Margret Geitner: Wir wollen auf Flüchtlingsschicksale aufmerksam machen. Wir protestieren gegen die europäische Politik und berichten über die vielen Flüchtlinge, die jährlich im Mittelmeer ertrinken. Die Boote auf der Alster symbolisieren unsere Unterstützung des Bündnisses Boats4People : Dieser Zusammenschluss von Organisationen und Menschen aus europäischen und afrikanischen Ländern hat zum Ziel, die Rechte von MigrantInnen auf See zu verteidigen.

Bleibt es heute bei symbolischem Protest?

Die Kundgebung läuft parallel zu der Ankunft des Boats4People- Schiffes im tunesischen Monastir. Auch dort finden Veranstaltungen statt. Aktivisten vor Ort sprechen mit den Familien von Vermissten und solidarisieren sich durch Trauergottesdienste. Als Gegenstück zur Politik der EU-Grenzschutzagentur Frontex soll ein Netzwerk von Containerschiffen, Fischern und privaten Seeleuten aufgebaut werden, die Flüchtlinge im Mittelmeer retten ohne zu riskieren, als Schlepper im Gefängnis zu landen.

Wie schlimm ist die Situation?

Im Zuge der Revolutionen in Tunesien und Libyen sind tausende Menschen im Mittelmeer gestorben. Die europäischen Länder sind für dieses Sterben verantwortlich, die Flüchtlingsschicksale betreffen uns in Deutschland und darauf wollen wir aufmerksam machen.

Was kann jemand tun, dem eine Kundgebung nicht reicht?

Es geht darum, das Thema in die Öffentlichkeit zu tragen und sich mit den Menschen zu beschäftigen, die die Überfahrt überlebt haben und jetzt in Flüchtlingsheimen leben. INTERVIEW: HANNAH RAMMÉ

"Wir sind verantwortlich" Protest gegen Europas Politik im Mittelmeer HEUTE IN HAMBURG

Kundgebung: 16.30 Uhr, Jungfernstieg / Alsterpavillon

**Load-Date:** July 12, 2012

---

End of Document

**Im Beuteschema der Polizei; DEBATTE Trayvon Martin ist in den USA gestorben, aber Rassismus und Gewalt sind kein US-Problem: Auch in Deutschland leiden Migranten unter fremdenfeindlichen Übergriffen**

taz, die tageszeitung

Mittwoch 24. Juli 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** TAZZWEI; S. 14

**Length:** 637 words

**Byline:** DANIEL BAX

**Highlight:** DEBATTE Trayvon Martin ist in den USA gestorben, aber Rassismus und Gewalt sind kein US-Problem: Auch in Deutschland leiden Migranten unter fremdenfeindlichen Übergriffen

## Body

---

VON DANIEL BAX

Wer hat Angst vorm schwarzen Mann? Nach dem Freispruch des Wachmanns, der den 17 Jahre alten Highschool-Schüler Trayvon Martin erschossen hat, wird in den USA wieder hitzig über die alte Frage debattiert, wie schnell weiße Furcht vor schwarzen Jugendlichen in Gewalt umschlagen kann, und wie sehr Justiz und andere Behörden dort von Vorurteilen geleitet werden. In Deutschland verfolgt man diese Debatte mit einer Mischung aus Faszination und Schrecken, als handele es sich dabei um ein exotisches Geschehen aus einer uns völlig fremden Welt. Dabei gibt es auch hierzulande einen engen Zusammenhang zwischen Rassismus und Gewalt.

Der Wachmann aus Florida hatte den unbewaffneten Jugendlichen verfolgt, weil er ihn aufgrund seines Kapuzenshirts und seiner schwarzen Hautfarbe für einen Einbrecher hielt. Natürlich lässt sich dieser Fall nicht einfach so auf Deutschland übertragen. Dafür fehlt die Erfahrung der Sklaverei, die Weiße und Schwarze in den USA bis heute spaltet. Und vor allem gibt es hier nicht, wie in einigen Bundesstaaten der USA, diese Stand-your-Ground-Gesetze, die der Selbstjustiz Tür und Tor öffnen.

Doch auch hier laufen Männer mit schwarzer Hautfarbe oft Gefahr, Opfer rechter Gewalt zu werden – oder, wenn sie Flüchtlinge sind, von übermäßiger Polizeigewalt. Rassismus und Gewalt richten sich aber auch gegen männliche Jugendliche mit türkischem und arabischem Hintergrund – sie werden von Teilen der deutschen Mehrheitsgesellschaft als ebenso bedrohlich empfunden wie junge Schwarze von vielen Weißen in den USA. Weil das so ist, geraten sie allein aufgrund ihrer Herkunft besonders häufig ins Visier der Polizei. Racial Profiling heißt deren Taktik, bei Gruppen, die sie dem äußeren Anschein nach für verdächtig hält, ohne Anlass gezielte Personenkontrollen durchzuführen.

Im Beuteschema der Polizei DEBATTE Trayvon Martin ist in den USA gestorben, aber Rassismus und Gewalt sind kein US -Problem: Auch in Deutschland leiden Migrante....

Erst in den letzten beiden Wochen sind solche Kontrollen in Handgreiflichkeiten ausgeartet. In Offenbach gerieten arabische und türkische Jugendliche in der vergangenen Woche mit der Polizei aneinander. Eine Woche zuvor hatten sich jugendliche Migranten in Hamburg-Altona mit der Polizei gerieben. In beiden Vierteln gab es Proteste, viele Anwohner fanden das Vorgehen der Polizei überzogen. Doch während die deutsche Öffentlichkeit gebannt auf den Fall Trayvon Martin in den USA blickte, blieben die Proteste hierzulande nahezu unbemerkt. Offenbar halten viele unverhältnismäßige Polizeigewalt vor der eigenen Haustür nicht für ein so gravierendes Problem, so lange sie nur Migrantenjugendliche betrifft. Doch das ist kurzsichtig.

Deutschland kann sich glücklich schätzen, dass es hier noch nie zu solchen Krawallen kam wie in Frankreich, wo im Herbst 2005 die Vorstädte brannten, oder in Großbritannien, wo es im August 2011 zu Unruhen kam. In Frankreich war es der Unfalltod zweier arabischer Jugendlicher, die vor der Polizei geflüchtet waren, der die Krawalle auslöste. Den Ausschreitungen in Großbritannien ging der Tod eines 29 Jahre alten schwarzen Kleinkriminellen in London voraus, der bei seiner Festnahme von einem Polizisten erschossen wurde.

Muss es auch in Deutschland erst zu einer solchen Tragödie kommen, damit breit über Rassismus diskutiert wird? Denn das ist ein weiterer Unterschied zu den USA: Dort streitet man offen über das Thema, sogar US-Präsident Barack Obama hat sich mehrmals eingeschaltet. In Deutschland dagegen wird dieses Thema bagatellisiert. Doch für moralische Überlegenheitsgefühle ist kein Platz. Denn es ist zu bequem, nur mit dem Finger auf die USA zu zeigen, als ob es das einzige Land wäre, das ein Rassismusproblem hat.

In Deutschland richten sich die Aggressionen auch gegen männliche Jugendliche mit türkischem und arabischem Hintergrund sie werden von Teilen der Mehrheitsgesellschaft als ebenso bedrohlich empfunden wie junge Schwarze von vielen Weißen in den USA

**Load-Date:** July 23, 2013